Rostocker Dokumentenserver
Dieses Werk wurde Ihnen durch die Universitätsbibliothek Rostock zum Download bereitgestellt.
Für Fragen und Hinweise wenden Sie sich bitte an: digibib.ub@uni-rostock.de

David Lloyd George

Ist wirklich Friede?

6. - 10. Tausend, Leipzig: Paul List Verlag, 1924

http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1839621818

Druck Freier Zugang PUBLIC DOMAIN OCR-Volltext

LLOYD GEORGE

IST WIRKLICH FRIEDE?

*

6.—10. TAUSEND

Lesesaalhandbücherei des Georg-Eckert-Instituts Nr. 6

LLOYD GEORGE

Ist wirklich Friede?

Ba – 35

Ins Deutsche
übertragen und eingeleitet
von
DR. W. SIMONS
Reichsaußenminister a. D.

Geographisches Institut der Universität ROSTOCK
II a
5

PAUL LIST VERLAG LEIPZIG

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

Inhalt

Seite

Vorwort von Dr. W. Simons V

I. Kapitel. 1922 1

II. Kapitel. Was hat Frankreich vor?
1. Der Rhein 6

III. Kapitel. Was hat Frankreich vor?
2. Der Rhein (Fortsetzung) 13

IV. Kapitel. Was hat Frankreich vor?
3. Die Pariser Konferenz 22

V. Kapitel. Europa noch am Rüsten 25

VI. Kapitel. Reparationen — zurück zum Vertrag 30

VII. Kapitel. Herrn Hughes' Rede in New Haven 37

VIII. Kapitel. Der französische Einbruch im Ruhrgebiet 42

IX. Kapitel. Versäumte Gelegenheiten 48

X. Kapitel. Französische Pläne 53

XI. Kapitel. Triebsand 59

XII. Kapitel. Das erste deutsche Angebot 64

XIII. Kapitel. Die zweite deutsche Note 70

XIV. Kapitel. Die große Gefahr 77

XV. Kapitel. Die englische Schuld an Amerika 93

XVI. Kapitel. Interalliierte Schulden. Das Schicksal Isaschars . . 98

XVII. Kapitel. Die britischen Wahlen 105

XVIII. Kapitel. Das Wirken der Demokratie 115

XIX. Kapitel. Politische Wirklichkeiten 121

XX. Kapitel. Ist der Völkerbund ein Erfolg? 127

XXI. Kapitel. Der Vertrag von Versailles und seine Kritiker . . . 134

XXII. Kapitel. Sollen wir unseren Frieden mit Rußland machen? . 143

XXIII. Kapitel. Das Alkoholverbot 150

Seite

XXIV. Kapitel. Nichtamtliche Veröffentlichungen amtlicher Nachrichten 156

XXV. Kapitel. Palästina und die Juden 163

XXVI. Kapitel. Der Vertrag von Lausanne 169

XXVII. Kapitel. Die Unterzeichnung des irischen Vertrags 179

Namen- und Sachregister 186

Einleitung

Die einzelnen Kapitel des Buchs, das hier in deutscher Übersetzung erscheint, hat Lloyd George großenteils gegen Ende des Jahres 1922 und in der ersten Hälfte des Jahres 1923 als Zeitungsartikel veröffentlicht. Sie tragen deutlich die Zeichen ihrer Entstehung; ihr Gegenstand gehört vielfach schon so sehr der Geschichte an, daß die lebhafte Polemik, mit der der Verfasser ihn behandelt, überholt erscheinen könnte. Der aufmerksame Leser wird jedoch finden, daß dies keineswegs der Fall ist. Dieselben Probleme, mit denen der Verfasser ringt, deren richtige Lösung er dem europäischen Publikum mit leidenschaftlichem Nachdruck darzulegen versucht, stehen auch heute noch zur Entscheidung und befinden sich gerade heute im Mittelpunkt des Interesses. Vor allem gilt dies von der französischen Ruhrpolitik und der Reparationsfrage. Die Tendenz des eben erschienenen französischen Gelbbuchs wird hier im voraus widerlegt.

Es lohnt sich, in diesem Buche nachzulesen, mit welcher Sicherheit Lloyd George den wirtschaftlichen Mißerfolg des Ruhreinbruchs und die Unmöglichkeit einer Lösung der Reparationsfrage auf dem Wege der Poincaréschen Politik vorausgesagt hat. Das trifft nicht nur für die Grundzüge der Entwicklung zu, sondern für viele Einzelheiten; so z. B. für den damals noch völlig latenten Frankensturz.

Geirrt hat sich der Verfasser in der Auffassung über die Art des deutschen Widerstandes an der Ruhr. Er konnte freilich nicht voraussehen, daß dieser Widerstand, statt in erster Linie mit ethischen Mitteln, wesentlich mit den Mitteln einer unerhörten Inflationspolitik geführt worden ist, die es Frankreich möglich machte, den Ruhrkrieg zu gewinnen, nachdem die deutsche Wirtschaft dicht an den Rand des Abgrunds gebracht war. Wahr bleibt aber dennoch die Voraussage Lloyd Georges, daß der Ruhrkrieg auch Frankreich wirtschaftlich zum Unheil gereichen würde.

Man hat sich in Deutschland angewöhnt, den Verfasser des Buches nach drei Richtungen hin zu verkennen. Auf der einen Seite betrachtet man ihn seit dem Erscheinen jener Artikel und namentlich seit seiner Propagandareise in den Vereinigten Staaten Nordamerikas als einen deutschfreundlichen Staatsmann, der sich bemühe, das an Deutschland begangene Unrecht wieder gutzumachen. Nichts ist verkehrter als das. Das Deutschtum ist, wie man aus dem Buche ersieht, dem Verfasser auch jetzt noch unsympathisch, und wenn er dafür eintritt, daß man den Deutschen ehrliches Spiel gewährt, so geschieht das nicht aus irgendeinem gefühlsmäßigen Grunde, sondern weil er ein solches Verhalten als im englischen Interesse gelegen betrachtet. So verlangt er denn auch nichts weniger als eine Revision des Versailler Vertrages; im Gegenteil, er hält mit der Zähigkeit, die er neben aller Vielgewandtheit als Staatsmann stets bewiesen hat, an diesem Vertrage fest. Dadurch unterscheidet er sich von der jetzt in England ans Ruder gekommenen Labourpartei, zu deren Hauptprogrammpunkten der Kampf gegen den Versailler Frieden gehört. In dieser Hinsicht ist es höchst charakteristisch, daß Lloyd George der erste war, der den jetzigen Ministerpräsidenten wegen der Rede des Ministers Henderson interpellierte, weil in dieser Rede die Revision des Versailler Vertrages mit kräftigem Nachdruck und überzeugenden Gründen gefordert worden ist. Nicht Revision des Vertrages, sondern Wiederherstellung des Vertrages ist die Parole Lloyd Georges! Ist doch dieser Vertrag, von wenigen wichtigen Bestimmungen abgesehen, sein eigenstes Werk; sind doch namentlich die wirtschaftlichen, das deutsche Volk so schwer in Fesseln schlagenden Bestimmungen „made in England"! Auch jetzt noch wiederholt Lloyd George die Behauptung, daß die Härte des Vertrages der Schuld Deutschlands am Kriege entspreche. Auch jetzt noch will er nichts davon wissen, daß dieser Vertrag eine weit schlimmere Völkerrechtsverletzung ist als Deutschlands Verletzung der belgischen Neutralität, weil er die Bestimmungen des Vorvertrags vom Oktober-November 1918, auf Grund deren das deutsche Volk die Waffen niedergelegt hatte, in Fetzen riß. Noch immer steht Lloyd George auf dem Standpunkt, den er mir gegenüber am 4. März 1921 in London vertrat, als er den Satz von

der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege für die Grundlage des ganzen Vertrags erklärte. Darin hat er recht; dieser Friede ist nur als Strafurteil verständlich und vertretbar. Aber ich habe ihm schon damals entgegengehalten, daß es auch gegen Strafurteile eine Wiederaufnahme des Verfahrens gebe, und daß über die Frage, ob überhaupt einem Volke, und ob insbesondere dem deutschen Volke die alleinige Schuld am Kriege aufgebürdet werden könne, erst die Geschichte den endgültigen Spruch fällen werde. Er erwiderte mir damals mit der skeptischen Gegenfrage: „Wann beginnt die Geschichte?" Dieses Buch bildet den besten Beweis dafür, daß sie begonnen hat.

In Wahrheit ist die ganze Tätigkeit des leitenden Ministers der Kriegszeit seit dem Friedensschluß ein tragischer Kampf gegen sein eigenes Werk. Er hat eingesehen, daß der Versailler Friede, so wie er geschlossen und durchgeführt wurde, Deutschland zu schwach und Frankreich zu stark gemacht hat. Damit war er von der überlieferten englischen Politik abgewichen. Nach ihr war es Gesetz, daß beim Abschluß jedes Krieges, den England mit kontinentalen Bundesgenossen gegen einen kontinentalen Feind siegreich geführt hatte, für die Stärkung des Feindes und die Schwächung des Bundesgenossen gesorgt werden müsse. Wer ein Musterbeispiel für diesen Grundsatz englischer Staatsweisheit haben will, lese die Briefe, die Lord Wellington nach der Niederwerfung Napoleons aus Paris an seine politischen Freunde in London geschrieben hat. Der große Feldherr fand damals, daß man Frankreich schon allzusehr besiegt habe; er sorgte — auf Deutschlands Kosten, aber im Hinblick auf Rußland — dafür, daß der Friede nicht zu hart für Frankreich wurde. Lloyd George hat den Frieden für uns zu hart werden lassen.

Diese Vernachlässigung eines altenglischen politischen Rezepts hat man auch in Deutschland — und das ist die zweite Verkennung — als Zeugnis dafür herangezogen, daß Lloyd George kein wirklich großer Staatsmann sei, daß er als Waliser nicht teilhabe an der englischen politischen Erbweisheit. Das ist eine ungerechte Beurteilung. Der Mann, der England durch vier Jahre eines ungeheuren Weltkampfes hindurchgerissen hat, der Mann, der sein Land durch die schwersten Gefahren führte, die ihm während seiner langen, wechselvollen Geschichte je gedroht haben, der ist und bleibt ein großer Staatsmann trotz

seiner Fehler. Man muß bedenken, daß die unerhörte Kraft, die Deutschland während des Krieges zu Lande und ganz besonders zu Wasser entfaltet hat, es auch nach dem Verlust des Krieges, der ja seine Grenzen kaum berührte, stärker erscheinen ließ, als es in Wirklichkeit war. Die grauenhaften Folgen der Hungerblockade waren während der Pariser Friedenskonferenz den Feinden noch nicht so erkennbar wie uns; werden doch wir selbst noch Jahrzehnte brauchen, um sie völlig richtig abzuschätzen. Kein Wunder, daß der Gedanke an Sicherung gegen Deutschlands Kraft den Geist Lloyd Georges stärker beschäftigte als der Gedanke an Sicherung gegen Frankreichs Aufstieg — Frankreichs, dessen industriereichste Provinzen zerstört, dessen Volkskraft durch schweren Blutverlust geschwächt, dessen Untergang nur durch die Hilfe so vieler alliierter und assoziierter Nationen abgewendet worden war! Auch war Lloyd Georges erstaunliche Leistungsfähigkeit durch die Riesenlast der Kriegszeit beeinträchtigt. „Ich habe in einer furchtbaren Spannung gelebt alle diese Jahre", sagte er mir bei unserer ersten Unterredung in Spa.

Und doch hat er versucht, die Gefahren der französischen Friedenspolitik nach Kräften zu bekämpfen, soweit er sie erkannte. Aus dem berühmten Interview, das sein amerikanischer Gast vor einigen Wochen über das sog. Geheimabkommen zwischen Wilson und Clémenceau veröffentlichte, und aus der sich daran anschließenden Zeitungspolemik ist klar erkennbar, wie Lloyd George durch den Sieg des französischen Anspruchs auf eine unabsehbare Rheinbesetzung überrumpelt worden ist. Und Herr Tardieu hat daraufhin der Welt enthüllt, welche Mühe sich Lloyd George noch Ende Mai und Anfang Juni 1919 gegeben hat, um die politischen Knebelungsbestimmungen, die der Vertrag zu Frankreichs Gunsten im Westen und im Osten Deutschlands vorsah, im Hinblick auf den Widerstand der deutschen Friedensdelegation zu Fall zu bringen. Die verfrühte Zeichnungsbereitschaft gewisser Berliner oder Weimarer Kreise hat ihn damals diesen Kampf verlieren lassen; jetzt, nachdem er die Bürde des Amts unwillig niedergelegt hat, nimmt er den Kampf wieder auf.

Wir haben allen Anlaß, ihn bei diesem Kampf zu unterstützen, nicht freilich in dem Sinne, als wollten wir die deutsche

Politik auf die von ihm vertretene englische Politik oder auf irgendeine andere englische Politik festlegen. Wie Herr Lloyd George nur englische Politik macht, so dürfen wir nur deutsche Politik machen. Andernfalls würden wir uns jeden Weg zu einer unmittelbaren Verständigung mit Frankreich verbauen, die zwar, solange Herr Poincaré am Ruder ist, so gut wie ausgeschlossen erscheint, aber bei einem Umschwung der öffentlichen Meinung Frankreichs möglich und dann ebensowohl im Interesse Deutschlands wie ganz Europas gelegen wäre. Wir können schon deshalb nicht die Politik Lloyd Georges machen, weil diese von der Aufrechterhaltung des Versailler Friedens ausgeht, während unser Ziel seine Revision sein und bleiben muß.

Nicht das ist der Vorwurf, den man dem Frieden von Versailles mit Recht machen kann, daß er ein Gewaltfriede sei. Die Gewalt ist ein legitimes Mittel der Rechtserzeugung im bisherigen Völkerrecht, dem der Zweikampf der Völker zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten ebenso zulässig erscheint wie dem altgermanischen Recht der Zweikampf der Volksgenossen zur Schlichtung von Privatfehden. Es dürfte wenige Friedensverträge der Weltgeschichte geben, die nicht von der im Kriege überwundenen Partei als Gewaltfrieden empfunden worden wären, bis die Zeit die durch sie geschlagenen Wunden geheilt und ihre Bestimmungen geheiligt hatte. Nein, der Frieden von Versailles leidet im Gegensatz zu anderen Friedensschlüssen an drei schweren Mängeln: er widerspricht dem Vorvertrag über die Wilsonschen Friedensgrundlagen; er geht von dem erzwungenen und lügenhaften Anerkenntnis der deutschen Alleinschuld aus; er ist abgeschlossen worden, ohne daß die Parteien über den Inhalt wirklich verhandelt hätten. Deshalb ist er krank in seinen Wurzeln und unfähig, das dauernde Fundament für den Neubau Europas zu sein. In allen diesen Richtungen widerspricht er z. B. dem Geiste der Völkerbundssatzung und würde deshalb, wenn Deutschland im Völkerbund wäre, Anlaß bieten, gemäß Artikel 19 der Satzung die Revision zu verlangen.

Ich weiß wohl, daß den englischen Politikern das Wort „Revision" Schauder einflößt, weil sie damit in schroffen Gegensatz zum Poincarismus geraten, der sich den Anschein gibt, dem

Vertragsdokument eine abergläubische Buchstabenverehrung zu weihen, obwohl er sich nicht scheut, seinem Geist wie seinen Klauseln, so oft es ihm paßt, zuwider zu handeln. Da Deutschland durch die Forderung der Revision nicht, wie der für seine Ehrlichkeit gerüffelte Minister Henderson, Freundschaftsbande mit den gegenwärtigen Herrschern Frankreichs gefährdet, sondern nur von diesen schlecht informierten Herrschern an die künftigen besser zu informierenden Berufung einlegen will, so hat es allen Anlaß, für die bessere Information dieser künftigen Herrscher und der ganzen Welt nach Kräften zu sorgen. Wohl stehen ihm heute bei Erfüllung dieser Aufgabe wertvolle Bundesgenossen zur Seite, wohl mehrt sich deren Zahl von Jahr zu Jahr; aber sie werden nichts erreichen, solange nicht das deutsche Volk selbst durch seine berufenen Vertreter kräftiger und geschickter die Aufklärungsarbeit betreibt.

Diese Arbeit wird schließlich auch der Politik Lloyd Georges zugute kommen, die ihr den Weg bereitet. Das letzte Ziel ist dasselbe: der friedliche Wiederaufbau Europas. Der ist nicht denkbar, bis die Fehler des Versailler Vertrags allerseits eingesehen und im gemeinsamen Einverständnis wieder gutgemacht sind. Der Poincarismus wirkt in der entgegengesetzten Richtung; nach welchem Ziel sie geht, hat Lloyd George in dem packenden Vortrag über „Die große Gefahr" den Völkern Europas mit Flammenzeichen an die Wand geschrieben. Dreiviertel Jahre sind seitdem vergangen; es ist höchste Zeit, daß die Völker sich diese Warnung gesagt sein lassen. Erleichtert wird ihnen das dadurch, daß die Vereinigten Staaten in die Beratung der Reparationsfrage mit eingetreten sind und sogar eine führende Rolle bei der Untersuchung übernommen haben, wie es Lloyd George in diesem Buch immer und immer wieder verlangt hat. Ob freilich der Eintritt in so später Stunde die schädlichen Folgen des langen Zögerns wird wettmachen können, erscheint mir zweifelhaft.

Jeder, der sich mit den Aufbaufragen zu befassen hat, tut wohl daran, die Ausführungen Lloyd Georges noch einmal aufmerksam zu lesen. Es ist in Deutschland Mode geworden — und das ist die dritte und nach meiner Ansicht bedenklichste Verkennung —, Lloyd George als abgetane politische Größe zu behandeln. Man sagt, er habe in England jede Autorität ver-

loren; es lohne sich nicht mehr, auf seine Worte zu hören. Das gleiche hat man von einem Größeren gesagt, als er aus dem Amte geschieden war. Der war damals ein hoher Siebziger, und dennoch war die Behauptung falsch. Lloyd George ist weit jünger und hat noch in letzter Zeit starke Proben seiner körperlichen und geistigen Rüstigkeit abgelegt. Solange das englische Parlament in drei Gruppen geteilt bleibt, von denen keine Aussicht hat, für sich allein eine feste Mehrheit zu erzielen, kann England auf die Dauer nur durch eine Koalition regiert werden. Die Koalition aber ist das Programm Lloyd Georges, und ich wüßte nicht, wer so wie er geeignet wäre, es im rechten Augenblick zu verwirklichen.

In dem vorliegenden Buche kämpft Lloyd George für seine Ideen mit einer Heftigkeit, die nicht darauf Rücksicht nimmt, daß er je die Zügel der britischen Staatsgewalt wieder in die Hand nehmen könnte. Aus diesen Zeilen spricht der tiefe Groll des Staatsmanns, der im politischen Turnier von seinen Gegnern aus dem Sattel der Macht geworfen ist. Zwei Ereignisse haben Lloyd George gestürzt: das eine war die Tatsache, daß Poincaré statt Briand Ministerpräsident Frankreichs wurde; das zweite die Niederlage, die Kemal Pascha den von England ins Feld geschickten Griechen beibrachte. Kein Wunder, daß Lloyd George die französischen Chauvinisten und die kemalistischen Türken mit dem wildesten Zorn und dem beißendsten Sarkasmus bekämpft, so daß es schwer hält, sich vorzustellen, wie er sich später als Leiter der englischen Geschicke in ein erträgliches Verhältnis zu ihnen setzen könnte. Aber der Tag wird kommen, wo das nach der einen oder der anderen Richtung kaum mehr nötig ist.

Nicht nur für Franzosen und Türken, auch für uns Deutsche ist dieses Buch oft wenig angenehm zu lesen. Vielfach fühlte ich mich gedrängt, in Anmerkungen gegen einzelne Stellen des Buches zu protestieren, wo deutsche Verhältnisse nach meiner Überzeugung falsch dargestellt werden. Aber ich habe von Anmerkungen überhaupt absehen müssen, so sehr sie auch aus anderen Gründen angezeigt erschienen; es fehlte mir die Zeit, um allen von dem Verfasser herangezogenen Tatsachen und Personen nachzugehen, wie es für den deutschen Leser erwünscht gewesen wäre. Sollte das Buch in deutscher Übersetzung so

viele Leser finden, daß eine Neuauflage nötig würde, so ließe sich wohl das hier Versäumte nachholen.

Der größte Teil der Kapitel ist, soweit sie als Zeitungsartikel erschienen sind, bereits früher ins Deutsche übersetzt worden. Daß meine Übersetzung eine selbständige ist, brauche ich nicht zu versichern. Ein Vergleich mit der früheren Übersetzung, die an sich ganz ausgezeichnet war, wird ergeben, daß jene knapper ist und sich deshalb leichter liest. Ich war verpflichtet, möglichst wortgetreu zu übersetzen und habe dies auch da getan, wo infolge des Wortreichtums, den das Original aufweist, die Übersetzung gewisse Längen erhalten mußte. Die volkstümliche, bilderreiche und höchst persönliche Sprache Lloyd Georges erschwert die Übersetzung nicht wenig; manche Wortspiele sind ganz unübertragbar. Immerhin hoffe ich, daß auch der deutsche Leser durch das Buch eine Vorstellung von der eigenartigen Kraft erhält, mit der dieser Selfmademan bisher noch jedes englische Publikum, an dessen Meinung ihm lag, mochte es sich um Parlamentsmitglieder, Wählermassen, Kirchenmänner, Munitionsarbeiter oder Bergleute handeln, bezaubert und gewonnen hat.

Leipzig, den 4. März 1924.

Dr. W. Simons.

Erstes Kapitel

1922

Das Jahr 1922 war Zeuge, wie sich die Völker redlich um die Wiederherstellung des Friedenszustandes in der Welt bemühten. Während der Jahre 1919, 1920 und 1921 war „das Tarantelgift noch in ihrem Blut". Der tolle Kriegstanz zuckte noch in ihren Gliedern nach; sie konnten nicht stille sitzen. Das Knattern der Gewehre hörte nicht auf und machte die so nötige Ruhe unmöglich. Es gab kein Land in Europa oder Asien, dessen Truppen nicht zornige Schüsse auf irgendeinen äußeren oder inneren Feind abgegeben hätten.

Amerika ließ den eisernen Vorhang herunter, bis dieser hysterische Wahnsinn sich ausgebrannt haben würde. Hat es recht daran getan? Es ist noch zu früh, darauf Antwort zu geben. Der Rechtsstreit ist erst „teilweise verhandelt" — manche Jahre, deren Aussage wichtig ist, sind noch nicht als Zeugen aufgerufen worden; es wird deshalb noch einige Zeit dauern, bis das Urteil der Geschichte gesprochen werden kann.

Aber 1922 zeigt doch manches auffallende Symptom dafür, daß bei den gequälten Kontinenten die Gesundheit wiederkehrt. Vor 1922 spürte man überall die Reizbarkeit des überspannten Nervensystems. Das unbedeutendste Versehen oder Mißverständnis, so wenig es auch beabsichtigt war, rief einen Streit hervor, und fast auf jeden Streit folgte ein Schlag. Es war eine verrückte Welt, in der man leben mußte. Das Gekreisch ineinander verkrallter Nationen zerriß die Nacht Europas und machte sie schauerlich. Ein hervorragender General behauptet, daß zu einem gewissen Zeitpunkt — ich glaube, es war das Jahr 1920 — dreißig verschiedene Kriege, große und kleine, gleichzeitig im Gange waren. Wer war dafür zu tadeln? Jedermann und niemand. Die Menschheit hatte gerade das nervenzerrüttendste Erlebnis ihrer ganzen Foltergeschichte hinter sich und

[1] Lloyd George, Ist wirklich Friede?

war für ihre Handlungen nicht verantwortlich. Millionen junger Männer waren jahrelang durch solch einen erbarmungslosen Regen von Schrecknissen gegangen, wie er noch niemals dargestellt worden ist, außer in Miltons Beschreibung der Schlachtszenen, in denen die gefallenen Engel kopfüber in die Tiefe geschleudert werden. Und als der Friedensengel die Völker herausführte aus den Toren der Hölle, war es nicht verwunderlich, daß sie Jahre brauchten, um gesunden Blick und Verstand zurückzuerlangen. 1922 war ein solches Jahr wiedergewonnener Fassung.

Das sichtbare äußere Zeichen dafür ist der veränderte Charakter der internationalen Konferenzen, die in diesem Jahre abgehalten wurden. Die Ultimatumsart machte der Art echter Friedenskonferenzen Platz. Die Methode, auf der die französischen Staatsmänner bestanden, war die, daß man auf dem Konferenzamboß Forderungen zurechthämmerte und sie dann in der Form eines Ultimatums den Nationen zusandte, die trotz der Friedensverträge noch als Feinde behandelt wurden; die neue Methode bestand darin, auf dem Boden der Gleichberechtigung die Bedingungen für die Befriedung der Welt zu erörtern.

Deutschland wurde, weil es keine Flotte im Stillen Ozean besaß, nicht zur Abrüstungskonferenz nach Washington eingeladen, und Rußland wurde aus anderen Gründen dort ausgeschlossen. Aber in Cannes waren deutsche Vertreter und in Genua hatten sowohl Deutschland wie Rußland ihre Delegierten.

Die Konferenz in Washington war in mancher Hinsicht die merkwürdigste internationale Konferenz, die je abgehalten worden ist. Es war das erstemal, daß große Nationen, die über gewaltige Rüstungen geboten, sich zusammensetzten, um entschlossen über eine freiwillige Begrenzung ihrer Angriffs- und Verteidigungsmittel zu verhandeln. Eine Beschränkung oder Verminderung solcher Mittel ist oft in Friedensverträgen von triumphierenden Siegern den geschlagenen Feinden auferlegt worden. Der Vertrag von Versailles ist ein Beispiel für ein derartiges Verfahren. Aber in Washington vereinbarten die Sieger ein gegenseitiges Herabsetzen von Flotten, die für die nationale Sicherheit erbaut und dem Nationalstolz zuliebe verstärkt worden waren. Die Friedensfreunde haben also guten Grund für den Jubel, mit dem sie die inzwischen durchgeführte wesentliche Verminderung in den Flottenprogrammen der mächtigsten See-

staaten der Welt — Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans — als ein unmittelbares Ergebnis der Washingtoner Verhandlung anerkannten.

Amerikanische Staatskunst hat einen Anstoß gegeben, auf den sie stolz sein darf, und das scheidende Jahr 1922 darf behaupten, daß dieser Triumph guten Einvernehmens ihm eine Fülle von Ruhm eingebracht hat, die ihm einen besonderen Glanz unter den Jahren der Erdgeschichte verleihen wird.

Auch die Versammlungen von Cannes und Genua können in der weitverzweigten und wachsenden Familie der internationalen Konferenzen ein besonderes Verdienst in Anspruch nehmen, das noch nicht genügend anerkannt ist. In Washington versammelten sich zunächst nur die Alliierten. In Cannes und Genua kamen Nationen zusammen, die vor kurzem erst aus dem tödlichen Kampf gegeneinander aufgetaucht waren. Auf jeder dieser Konferenzen traf ich beiderseits Männer, die kaum von schweren, in jenem Kampf erlittenen Wunden genesen waren. In Cannes saßen französische, belgische, italienische wie britische Minister und Sachverständige zu Rat mit deutschen Ministern und Sachverständigen, um die Streitfrage wegen der Reparationen ohne gegenseitige Sticheleien und Beschuldigungen zu erörtern. Da war ein ruhiges Anerkennen nicht allein der Nöte der geschädigten Länder, sondern auch der Schwierigkeiten des Staates, der den Schaden getan hatte. Da war eine feste Entschlossenheit, auch abgesehen von dem deutschen Problem alle die verschiedenartigen Elemente der Unruhe auszuschalten, die auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet Europa in Gärung erhielten und seine Wiederherstellung unmöglich machten.

Hier beschloß man, alle die ehemals kriegführenden Nationen zu einer großen Konferenz nach Genua einzuladen, um den Wiederaufbau zu besprechen. Dazu fügte man noch die neutralen Nationen Europas. Es war ein großer Entschluß. Drei Hindernisse standen der Verwirklichung des Programms im Wege. Das erste war der ausdrückliche Vorbehalt Frankreichs, daß die besonderen Probleme, die durch den Vertrag von Versailles aufgeworfen worden waren, ganz und gar von dem Arbeitsplan der Konferenz ausgeschlossen sein sollten. Das tat ihren Verrichtungen und Aussichten schweren Eintrag. Immerhin, wenn die Sitzungen in Cannes fortgesetzt worden wären,

hätte man wohl zu einer Vereinbarung mit den Deutschen gelangen können, die die Beratungen von Genua erleichtert haben würde. Das zweite Hindernis war die Weigerung Amerikas, an den Verhandlungen teilzunehmen. Weshalb weigerte sich die amerikanische Regierung? Sie hatte vermutlich gute Gründe dafür. Aber allein der buchführende Engel kennt diese Gründe erschöpfend und genau. Das dritte Hindernis war der Sturz des Ministeriums Briand und sein Ersatz durch eine weniger sympathische Regierung. Trotz aller dieser ernstlichen Hemmnisse vollführte Genua große Dinge. Es brachte in demselben Raume Feinde zusammen, die einander jahrelang nicht begegnet waren, außer auf dem Schlachtfeld. Sie unterhandelten und unterhielten sich wochenlang rund um denselben Tisch — in Vollsitzungen, Ausschüssen und Unterausschüssen. Sie brachen Brot und tranken Wein miteinander an denselben festlichen Tafeln. Ehe die Konferenz zu Ende ging, war eine Atmosphäre von Freundlichkeit geschaffen, die in sich selbst eine Gewähr für friedensmäßige Beziehungen bot; denn die Delegierten, die ihre Völker in Genua vertraten, waren sämtlich Männer von wirklichem Einfluß in ihren Ländern.

Aber wie bedeutsam auch das ungreifbare Ergebnis sein mochte, es wurde noch weit mehr erreicht. Die dreißig Nationen, die auf der Konferenz vertreten waren, gingen einen feierlichen Vertrag ein, keinerlei Angriffshandlungen gegen ihre Nachbarn zu begehen. Als sie zur Konferenz kamen, waren wenige unter ihnen, die nicht von dem Verdacht bedrückt wurden, daß diese Nachbarn auf Gewalttat gegen ihre Grenzen sännen. Als sie in Genua eintrafen, waren sie ängstlich auf Frieden bedacht, aber auch furchtsam gespannt auf den drohenden Krieg. Genua zerstreute diese Sorgen.

Eines der vielversprechendsten Ergebnisse des Vertrags und der besseren Wetterlage, aus der er entstand, war die wesentliche Verminderung der bolschewistischen Armee. Sie ist schon auf den Umfang der französischen Armee zurückgeführt, und eine weitere Verminderung ist uns neuerdings versprochen worden. Das beseitigt eine wirkliche Bedrohung des europäischen Friedens. Wenn der Verminderung der Heere im Osten Europas eine entsprechende Verminderung im Westen folgt, ist das Reich des Friedens nicht mehr fern.

Jetzt ist nicht die Zeit, bei den bedeutsamen Vereinbarungen zu verweilen, die in Genua über Währungs-, Kredit- und Transportfragen getroffen worden sind. Alle dort empfohlenen Maßnahmen hängen in ihrer erfolgreichen Durchführung ab von der Aufrichtung eines wahren Friedens und eines guten Einverständnisses zwischen den Völkern. Frieden und guter Wille auf Erden ist immer noch die einzige Heilsbotschaft, die Idealisten predigen und Staatsmänner verwirklichen können. Ohne sie müssen alle Pläne und Protokolle unvermeidlich scheitern.

Wo aber findet der Friede seinen Standort? Der müde Engel muß weiter fliegen, denn die Wasser haben sich noch nicht verlaufen. Er mag vielleicht einen Stützpunkt im großen Westen finden. Auch Großbritannien ist so gut wie gerettet — Irland noch nicht.

Aber der Kontinent Europas ist noch morastiger und unsicherer Boden. Die Reparationsdebatte in der Französischen Kammer war nicht ermutigend. Der einzige Meinungsunterschied in den Verhandlungen war der zwischen den Fürsprechern eines Einbruchs in das Ruhrbecken und einer weiteren Pfandnahme deutschen Gebiets und denjenigen, die das linke Rheinufer „entwickeln" wollen. Besetzen, beaufsichtigen, entwickeln, angliedern — all das kommt auf dasselbe heraus; die Gebiete auf dem linken Rheinufer sollen von Deutschland losgerissen und Frankreich einverleibt werden.

In diesen Redensarten ist kein Friede. Es ist eine düstere Note, in der die friedliche Musik von 1922 ausklingen soll. Man muß sie ausdeuten in Verbindung mit einem anderen Ergebnis von 1922 — der russisch-deutschen Vereinbarung. Seither hat Tschitscherin — ein fleischgewordener Dämon des Unheils — Berlin beinahe zu seinem dauernden Aufenthalt gemacht. Die Männer, die ihre Einbildungskraft der Aufgabe widmen, neue Folterqualen für Deutschland zu ersinnen, bereiten zugleich neue Schrecknisse für ihre eigenen und für ihrer Nachbarn Kinder vor. Das Jahr geht zu Ende mit Gerüchten über gewaltige amerikanische Pläne, allem und jedem große Summen Geldes zu leihen und die Streitfrage der Reparationen zu erledigen. Die Anleihe, so nimmt man an, soll begleitet sein von Garantien, die Frankreich dafür zu geben hat, daß es nicht weiter in deutsches Gebiet einbricht. Einige gehen so weit, zu mutmaßen, es werde

eine wesentliche Bedingung für die Teilnahme an diesem Weihnachtsgeschenk der Frau Fama sein, daß Frankreich sein Heer vermindere und sich verpflichte, die von der Konferenz von Washington für die französische Flotte gesetzten Grenzen nicht zu überschreiten.

Niemand scheint Genaues darüber zu wissen, und ich wiederhole nur den Presseklatsch. Aber wenn die 350 000 000 Pfund-Anleihe Aussicht hat, Gestalt anzunehmen, so handeln die Urheber dieses Planes weise, ihn an Bedingungen zu knüpfen, die ihnen etwas Hoffnung lassen, daß sie während der Lebenszeit der jetzigen Generation wenigstens mäßige Zinsen davon erhalten. Kein vorsichtiger Bankier würde Geld auf die Sicherheit eines feuerspeienden Vulkans ausleihen.

London, den 22. Dezember 1922.

Zweites Kapitel

Was hat Frankreich vor?

1. Der Rhein

Herr Clémenceau hat in der bemerkenswerten Reihe von Vorträgen, die er in den Vereinigten Staaten von Amerika gehalten hat, Großbritannien in verhüllter Form Treubruch in bezug auf den Vertrag vorgeworfen, der Frankreich gegen die Möglichkeit eines deutschen Angriffs sicherstellen sollte. England hat in ganz Frankreich keinen besseren Freund als Herrn Clémenceau. Eine rastlose, aber folgerichtige Laufbahn hindurch hat er niemals in seiner Freundschaft für England geschwankt. Manches Mal hat er wegen dieser Freundschaft erbitterte Angriffe erfahren. Französische Zeitungsschreiber sind nicht sparsam mit Anzüglichkeiten gegen diejenigen, die sie hassen. Ihr Haß ist grimmig und ihr Hieb rücksichtslos. Und Herr Clémenceau, ein Mann von peinlicher Rechtschaffenheit, wurde in einer bestimmten Periode seines stürmischen politischen Lebens von gewissen Pariser Presseorganen bezichtigt, von England bezahlt zu sein. Wenn er also jetzt Großbritannien Unrecht tut, so bin ich überzeugt, es geschieht nicht aus blindem Haß gegen unser Land,

sondern aus zeitweiliger Vergeßlichkeit mit Bezug auf die Tatsachen.

Diejenigen Tatsachen, die sich auf den ursprünglichen Vertrag beziehen, legt er ganz redlich dar. Der Vertrag wurde vorgeschlagen als eine Antwort an die, die den Anspruch erheben, daß das linke Rheinufer Frankreich angegliedert werden sollte. Es gab eine starke Partei in Frankreich, die Herrn Clémenceau zu der Forderung drängte, daß der Rhein als die natürliche Grenze ihres Landes behandelt werde und daß man aus der überwältigenden Niederlage Deutschlands den Vorteil ziehen sollte, die Marken Frankreichs bis an jenen schicksalsreichen Strom vorzuschieben. Seit ungezählten Jahrhunderten ist dieser Strom Gegenstand von Gefechten herüber und hinüber gewesen — ein wahrhafter Blutstrom. Wenn französischer Chauvinismus seinen Zweck auf der Pariser Konferenz erreicht hätte, würde der Rhein innerhalb eines Menschenalters noch einmal über seine Ufer treten und Europa verwüsten. Die maßvollste, aber auch die hinterlistigste Form, die jene Forderung annahm, war ein Vorschlag, daß die deutschen Gebiete auf dem linken Ufer des Rheins so lange von Frankreich besetzt bleiben sollten, bis der Versailler Vertrag erfüllt wäre. Das bedeutete: für immer. Schon die Reparationen würden — unter geschickter Behandlung durch den Quai d'Orsay — die Möglichkeit ausschließen, daß man jemals die Erfüllung erlebte. Die Begründung, mit der man die Forderung stützte, war die, daß die französische Grenze ohne eine natürliche Barriere nicht zu verteidigen sei. Frankreich war, wie sich Lebende erinnerten, zweimal durch seine furchtbaren Nachbarn überfallen und überrannt worden. Zwar die Militärmacht Deutschlands war nun zermalmt und reiche und stark bevölkerte Gebiete des Deutschen Reichs waren den Franzosen und Polen zurückgegeben. Aber die Bevölkerung Deutschlands war immer noch um 50% stärker als die Frankreichs und sie vermehrte sich in besorgniserregender Weise, während die französische Bevölkerung zum Stillstand gelangt war. Deutsche Städte und Dörfer waren voll von dem Geschrei kräftiger Kinder. Man kann nicht lange mit einem Franzosen sprechen, ohne gewahr zu werden, wie dieses Gespenst des deutschen Kinderreichtums Frankreich verfolgt und sein gesundes Urteil einschüchtert. Diese Kinder, sagt man, werden mit

Rache genährt; eines Tages wird der Kampf wieder aufgenommen werden und Frankreich hat keine natürliche Verteidigung gegen die rächenden Horden, die heute noch auf den deutschen Straßen spielen und von deren Stimmengesumme die deutschen Kindergärten widerhallen.

Man sagt uns, der Rhein sei die einzig mögliche Verteidigungslinie. Die Vorsehung selbst habe ihm diese Rolle zugewiesen, und nur das verhängnisvolle Dazwischentreten von Staatsmännern, die Frankreich nicht liebten, habe die Franzosen dieser Friedenssicherheit beraubt, für die eine weitschauende Natur gesorgt habe.

Die Tatsache, daß dies die Unterwerfung von Millionen Menschen deutschen Blutes, deutscher Geschichte, deutscher Sympathien unter ein fremdes Joch bedeuten würde und daß die Einverleibung eines so zahlreichen, in jeder Faser der französischen Herrschaft feindlichen fremden Elements eine dauernde Quelle von Unruhe und Sorge für die französische Regierung darstellen würde, während sie nicht allein Deutschland zur Wiederaufnahme des Krieges anreizen, sondern den Angriff dadurch rechtfertigen und heiligen würde, daß sie ihn in einen Befreiungskrieg umwandelte — alles dies machte keinen Eindruck auf die rheinische Richtung der französischen Politik.

Diese Richtung ist so mächtig wie je. In einer Hinsicht ist sie sogar noch mächtiger; denn 1919 stand ein Staatsmann an der Spitze der Geschäfte, der die Kraft sowohl als die Weisheit hatte, sich ihren übel beratenen Forderungen zu widersetzen. Aber wie steht es 1922? Wo ist die Voraussicht, wo ist die Kraft? Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß die Besatzungsfrist von 15 Jahren unter dem oder jenem Vorwand ins ungemessene verlängert wird. Wenn sie zu Ende geht, wird dann ein Ministerium in Frankreich regieren, das stark genug ist, die Truppen zurückzuziehen? Wird vor dem Ende der 15jährigen Besatzungsfrist ein Ministerium oder eine Reihe von Ministerien vorhanden sein, stark genug, um der unermüdlich in der französischen Presse vorgebrachten Forderung zu widerstehen, daß die Besetzung wirksam gestaltet werden solle?

Von der Antwort auf diese Fragen hängt der Friede Europas, der Friede der Welt, vielleicht das Leben unserer Zivilisation ab. Das Drängen nach der bösen Tat, die noch einmal Ströme

von Menschenblut zur Folge haben muß, wird stärker und stärker. Die Versuchung wächst, der Widerstand läßt nach. Nur Amerika und England, wenn sie zusammenstehen, können die Katastrophe noch abwenden. Aber sie können es nur dann, wenn sie klarstellen, daß der Angreifer, wer es auch sein mag, die unüberwindliche Macht dieser beiden Gemeinwesen im Aufmarsch gegen jede Nation vereint sehen wird, die es unternimmt, die Welt in einen neuen Streit zu verwickeln.

Es gibt Leute in Deutschland, die Rache predigen. Man muß ihnen sagen, daß ein Rachekrieg dieselben Verbündeten Seite an Seite finden wird, bereit, die Friedensbrecher zur Strafe zu ziehen. Es gibt Leute in Frankreich, die zur Angliederung von Gebieten mit einer Bevölkerung fremder Rasse raten. Man muß ihnen warnend sagen, daß ein solcher Schritt ihnen die Sympathien Englands und Amerikas entfremden wird und daß, wenn der unvermeidliche Befreiungskrieg kommt, die Sympathien Englands und Amerikas sich offen auf die Seite derer stellen werden, die für nationale Freiheit fechten.

Die Zeit ist gekommen, diese Dinge auszusprechen, und wenn sie nicht an hoher Stelle ausgesprochen werden, so wird die Menschheit eines Tages diejenigen, die hohe Stellen einnehmen, zur Rechenschaft ziehen.

Der Garantievertrag war bestimmt, die Hände Herrn Clémenceaus gegen die zudringliche Partei zu stärken, die damals darauf bedacht war und noch jetzt darauf bedacht ist, Frankreich zu dem ungeheuerlichen Irrtum einer Angliederung von Gebiet zu verleiten, das immer rein deutsch gewesen ist.

Herr Clémenceau weiß sehr wohl, daß England allezeit während der letzten drei Jahre und bis vor wenigen Monaten bereit gewesen ist, die Last jenes Vertrages mit oder ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika auf seine Schultern zu nehmen. In Cannes habe ich zu Beginn dieses Jahres einen bestimmten Vorschlag in dieser Richtung gemacht. Es war ein schriftliches Angebot, das ich im Namen der britischen Regierung an den damaligen Premierminister Frankreichs, Herrn Briand, richtete.

Es lag mir sehr daran, mir die Mitwirkung Frankreichs zu sichern bei einer allgemeinen Bemühung, die europäische Lage zu klären und einen wirklichen Frieden vom Uralgebirge bis

zur atlantischen Küste aufzurichten. Französisches Mißtrauen und französische Ängstlichkeit schufen ein ernstliches Hindernis auf dem Wege einer solchen Regelung, und ich dachte, wenn wir Frankreich klarmachen könnten, daß die ganze Stärke des britischen Imperiums ihm sicherlich zu Hilfe kommen würde, wenn ihm ein neuer Einbruch drohte, so würde die öffentliche Meinung Frankreichs in besserer Stimmung sein, um die offenen Fragen zu erörtern, die Europa beunruhigen.

Der internationale gute Wille ist wesentlich für die Wiederherstellung der zertrümmerten Maschinerie des internationalen Handels und Verkehrs. Solange ein großes Land wie Frankreich, dem der Ausgang des Krieges eine überwiegende Stellung auf dem europäischen Festlande gegeben hat, sich im Zustande nervöser Überreizung befand, war es unmöglich, Europa in Ordnung zu bringen.

Hieraus erklärt sich das Angebot der britischen Regierung. Herr Briand war darauf vorbereitet, das Angebot entgegenzunehmen und daraufhin zu einer ruhigen Prüfung der verwickelten europäischen Lage zu schreiten. Man kam überein, eine Konferenz nach Genua einzuladen und dort die Bedingungen der europäischen Währungs-, Kredit- und Handelsverhältnisse zu erörtern. Man beschloß ferner, eine Anstrengung zu machen, um den Frieden mit Rußland wieder herzustellen und dieses große Land wieder in die Gemeinschaft der Nationen aufzunehmen. Ein großer Schritt auf dem Wege wirklicher Befriedung war gemacht. Die deutsche Regierung wurde eingeladen, ihren leitenden Minister zur Konferenz von Cannes zu senden, um über die Streitfrage der Reparationen zu einer durchführbaren Regelung zu kommen. Auf die Einladung folgte eine schleunige Antwort und Dr. Rathenau, begleitet von zwei oder drei anderen Ministern und einer Gefolgschaft von Finanzsachverständigen, traf zeitig genug in Cannes ein, um noch an den Erörterungen teilzunehmen.

Die Verhandlungen nahmen einen hoffnungsvollen Fortgang und in einer weiteren Woche hätte man zu Ergebnissen gelangen können, die den Aufruhr mißtrauischer Völker besänftigt und das versprochene Reich der Brüderlichkeit eingeleitet haben würden. Aber leider ist der Teufel noch nicht fertig mit Europa. Eine Ministerkrisis in Frankreich warf unsere Hoffnungen zu

Boden. Die Konferenz wurde an der Schwelle des Erfolgs auseinander gebrochen.

Mißtrauen ergriff wiederum das Steuerruder, und Europa wurde gerade in dem Moment, als es den Hafen guten Willens zu erreichen schien, gewaltsam zurückgewendet in die hochgehende See internationalen Mißtrauens. Englands Angebot, den Garantievertrag mit Frankreich allein innezuhalten, wurde mit Verachtung zurückgewiesen. Man sagte uns mit brutaler Offenheit, daß er ohne eine Militärkonvention nichts nützen könne. Eine solche abzuschließen lehnten wir ab. Von Militärkonventionen hat Europa zuviel Unheil erfahren, als daß man die Wiederholung solch eines unheilvollen Experiments empfehlen könnte.

Der Garantievertrag mit England liegt augenblicklich im Papierkorb. Aber wir waren es nicht, die ihn dorthin geworfen haben. Herr Clémenceau hätte sich in Paris gegen Männer seines eigenen Stammes und nicht in Neuyork gegen Engländer beschweren sollen. Mit dem Garantievertrag ging auch der Versuch, Friede in Europa zu stiften, zunichte.

Die Geschichte der Konferenz zu Genua ist noch zu frisch, als daß ich nötig hätte, ihre Hauptzüge zu wiederholen. Das neue französische Ministerium wollte die Rolle der Regierung, die zu den Verhandlungen von Cannes eingeladen hatte und deshalb verpflichtet war, auf ein erfolgreiches Ende der Verhandlungen zu dringen, nicht übernehmen; sie zog die eines tadelsüchtigen Kritikers vor, den man Zoll für Zoll zum Fortschreiten auf dem Wege überreden mußte und der bei jedem Hindernis drohte, umzudrehen und das übrige Europa mit seiner Last unter dem spöttischen Gelächter Frankreichs allein zu lassen.

Ich beklage mich nicht über Herrn Barthou. Unter äußerst entwürdigenden Bedingungen tat er sein Bestes, um gegenüber der Konferenz, die seine Regierung mit eingeladen hatte, loyal zu bleiben. Aber seine Aufgabe war unlösbar. Bei jeder Wendung der Verhandlungen wurde er zurückgehalten, in Verwirrung gesetzt und gefesselt. So oft er einen Schritt vorwärts tat, wurde ihm durch eine Depesche aus Paris eine Schlinge um den Hals geworfen. Ich kann aus guter Quelle feststellen, daß er über 800 solcher Mitteilungen im Laufe der Konferenz erhalten hat!

Was konnte der arme Mann unter solch verwirrenden Umständen tun? Die anderen europäischen Länder waren bestürzt und hin- und hergerissen. Es lag ihnen daran, daß die Konferenz von Genua zu einem dauerhaften Frieden führen möchte. An der Aufrichtigkeit, der leidenschaftlichen Aufrichtigkeit des Wunsches nach Frieden in ganz Europa war nicht zu zweifeln. Aber die europäischen Völker konnten nicht umhin, zu erkennen, daß eine der Großmächte auf einen Fehlschlag des Versuchs hinarbeitete. Natürlich suchten sie den Anschein zu vermeiden, als wollten sie Partei ergreifen.

Es ist ein wahres Wunder, daß trotz der unglückseligen Haltung der französischen Regierung ein Vertrag unterzeichnet werden konnte, der immerhin den Frieden Westeuropas für einige Monate gesichert hat. Vor der Konferenz hörten wir, wie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer die Heere an den Grenzen verstärkt und drohende Truppenbewegungen eingeleitet wurden. Diese Wolke wenigstens hat Genua zerstreut. Aber ein dauernder Friede ist bisher noch nicht gesichert, und der Vertrag mit Rußland wird bald ablaufen. Dennoch hoffe ich, daß der Geist Genuas zwischen den streitlustigen Heeren stehen und den Zusammenprall der Schwerter verhindern wird.

Indes führt mich alles dies von der Prüfung der Behauptung des Herrn Clémenceau ab, England habe Frankreich in Sachen der Garantie gegen deutschen Angriff nicht Wort gehalten. Unser Angebot wurde endgültig in Cannes erneuert und Herr Poincaré hat es nicht angenommen. Ich habe meine eigene Meinung darüber, was ihn abgehalten hat, dies zu tun. Es ist nicht nur seine Abneigung, das Siegel seiner Zustimmung unter eine Tat seines Vorgängers zu setzen. Ich fürchte, der Grund ist von viel unheilvollerer Art. Wenn Frankreich Englands Garantie für die Verteidigung seiner Grenzen annimmt, so verschwindet jegliche Entschuldigung für die Annektion des linken Rheinufers.

Wenn dies die Erklärung ist, wenn französische Minister entschlossen sind, unter keiner Bedingung, auch nicht am Ende der Besetzungsfrist, vom Rhein wegzugehen, dann beginnt ein neues Kapitel der Geschichte Europas und der Welt mit einer Steigerung des Schreckens, wie sie die Menschheit noch nicht erlebt hat.

Die deutschen Gebiete auf der linken Rheinseite sind innerlichst deutsch nach Abstammung, Sprache, Überlieferung und Neigung. Es gibt 70 Millionen Deutsche in Europa. Ein Menschenalter später mögen es 100 Millionen sein. Sie werden niemals Ruhe geben, solange Millionen ihrer Volksgenossen auf dem anderen Ufer des Rheins unter fremdes Joch gebeugt sind, und es wird nur eine Frage der Zeit und Gelegenheit sein, daß der unvermeidliche Befreiungskrieg beginnt.

Wir wissen, was der letzte Krieg zu bedeuten hatte. Niemand kann die Schrecken des nächsten voraussagen. Der Marsch der Wissenschaft ist erbarmungslos. Und wohin er auch geht, er geht nach Menschengebot zum Aufbau oder zur Vernichtung. Ist die Forderung übertrieben, daß Amerika rechtzeitig ein wirksames Interesse daran nehmen möge, wie sich die Dinge an den Ufern des Rheins entwickeln? In dieser Hinsicht befinde ich mich mit Herrn Clémenceau in völligem Einklang. Weder England noch Amerika kann es sich gestatten, die Machenschaften zu übersehen, die am Rhein vor sich gehen. Der Ruf vom Rhein zum Mississippi hat einen weiten Weg. Aber der Weg ist nicht mehr so weit als er früher war.

Es liegen jetzt Gräber nicht weit vom Rhein mit dem Staube von Männern, die vor weniger als sechs Jahren von den Ufern des Mississippi kamen, ihr Antlitz gegen den Rhein gerichtet.

London, den 2. Dezember 1922.

Drittes Kapitel

Was hat Frankreich vor?

2. Der Rhein (Fortsetzung)

Der Zusammenbruch der Londoner Konferenz und besonders der Grund für diesen Zusammenbruch beweist, daß die Warnung, die ich in meinem letzten Artikel ausgesprochen habe, nötig und zeitgemäß war. Herr Poincaré verlangte, daß das einzige reiche Kohlenbecken, das Deutschland übriggeblieben war, als eine Gewähr für die Ausführung unausführbarer Bedingungen besetzt werden solle. Gerade weil ich tief überzeugt

bin, daß die Politik, die sich in diesem Plan darstellt, zu Störungen schwerster Art für Europa und die Welt führen muß, fühlte ich mich bewogen, ein Warnungssignal erschallen zu lassen. Ich wußte, daß es viel zornige Mißdeutung hervorrufen würde. Daran bin ich gewöhnt. Ich hielt es für meine Pflicht, ihr zu trotzen.

Die Feststellung, die ich in meinem letzten Artikel traf, daß in Frankreich eine starke Partei besteht, die den Rhein als die natürliche Grenze jenes Landes betrachtet, hat einen Sturm von Ableugnung, Widerspruch und Entrüstung entfesselt. Sie wird als gehässige Erfindung an den Pranger gestellt. Einige sind erstaunt über die Unverschämtheit einer solchen Verleumdung. Wo ist jene Partei? Frankreich weiß nichts von ihr. Ist sie nicht ein Ungeheuer, das nur aus dem Gehirn eines Franzosenfeindes hat entspringen können? Ableugnungen haben ihren Wert, namentlich, wenn sie von Autoritäten herrühren, und ich werde Angriffe mit der Tapferkeit ertragen, zu der sich alle, die zugleich Politiker und Glückliche sein wollen, abhärten müssen, vorausgesetzt, daß das Dementi, das ich hervorgerufen habe, geeignet ist, künftiges internationales Unheil zu verhindern.

Jedoch eine weitere Prüfung des Beweismaterials, auf das sich meine Feststellung gründete, hat meine Besorgnisse nur vertieft. Wie lautete die Feststellung? Es sei gestattet, meine eigenen Worte zu wiederholen:

„Es gab eine starke Partei in Frankreich, die Herrn Clémenceau zu der Forderung drängte, daß der Rhein als die natürliche Grenze ihres Landes behandelt werde und daß man aus der überwältigenden Niederlage Deutschlands den Vorteil ziehen sollte, die Marken Frankreichs bis an jenen schicksalsreichen Strom vorzuschieben. Seit ungezählten Jahrhunderten ist dieser Strom Gegenstand von Gefechten herüber und hinüber gewesen — ein wahrhafter Blutstrom. Wenn französischer Chauvinismus seinen Zweck auf der Pariser Konferenz erreicht hätte, würde der Rhein innerhalb eines Menschenalters noch einmal über seine Ufer treten und Europa verwüsten. Die maßvollste, aber auch hinterlistigste Form, die jene Forderung annahm, war ein Vorschlag, daß die deutschen Gebiete auf dem linken Ufer des Rheins so lange von Frankreich besetzt bleiben sollten, bis der

Versailler Vertrag erfüllt wäre. Das bedeutete: für immer. Schon die Reparationen würden — unter geschickter Behandlung durch den Quai d'Orsay — die Möglichkeit ausschließen, daß man jemals die Erfüllung erlebte . . . Der Garantievertrag war bestimmt, die Hände Herrn Clémenceaus gegen die zudringliche Partei zu stärken, die damals darauf bedacht war und noch jetzt darauf bedacht ist, Frankreich zu dem ungeheuerlichen Irrtum einer Angliederung von Gebiet zu verleiten, das immer rein deutsch gewesen ist."

Was war die Grundlage, auf der ich diese Behauptung aufstellte? Sie war allen denen, die an den Verhandlungen der Friedenskonferenz beteiligt waren, wohl bekannt. Der Rhein stand wochen- und monatelang im Hintergrunde aller Machenschaften. Ob es sich um den Völkerbund handelte oder um die deutsche Flotte oder um die Verfassung von Fiume, wir wußten, daß der eigentliche Kampf um den Rhein gehen würde. Auf der einen Seite hieß es: Wieviel wird Frankreich fordern? Auf der anderen: Wieviel werden die Verbündeten zugestehen? Im Unterbewußtsein ging der Streit um den Rhein durch die ganze Erörterung hindurch, wie gleichgültig auch der Gegenstand sein mochte, der gerade zur Erwägung gestellt war. Aber Erinnerungen, die nicht urkundlich niedergelegt sind, haben geringen Beweiswert, wenn sie nicht durch greifbarere Beweismittel bestärkt werden. Gibt es solche Beweismittel? Ich will einige in die Erinnerung zurückrufen.

Es gab eine Partei, die den Rhein als die einzige natürliche Grenze Frankreichs betrachtete. Es war eine starke Partei mit einem starken Mann als Sprecher — in mancher Beziehung dem stärksten Mann in Frankreich —: Marschall Foch. Seine glänzenden Dienste im Kriege gaben ihm eine Stellung, wie sie kein Soldat weder in Frankreich noch in irgendeinem anderen Lande in Anspruch nehmen konnte. Der Soldat, der durch sein Genie eine Nation zum Siege führt, besitzt ein Maß von Einfluß auf die öffentliche Meinung des Volkes, das er vor der Vernichtung gerettet hat, wie ihn kein anderes Einzelwesen sich anmaßen kann, solange seine Dienste frisch in der Erinnerung seiner Volksgenossen sind. Ich gebe zu, das ist keine sehr lange Zeit. Dankbarkeit ist eine Art Manna — man muß es rasch einsammeln und genießen, denn seine Frische ist bald dahin. Aber in den

ersten Monaten von 1919 saß Marschall Foch noch an der Festtafel der Volksgunst und erfreute sich des vollen Wohlgeschmacks dankbarer Anerkennung. In allen Fragen, die die Sicherheit und das künftige Schicksal Frankreichs angingen, wurde sein Wort mit einer Ehrerbietung angehört, die kein anderer Mann in Frankreich sich hätte verschaffen können. Foch hat übrigens auch noch eine Eigenschaft, die kein gewöhnliches Attribut des Feldherrntums ist: er ist ein klarer, kraftvoller und bilderreicher Redner. Man hörte also auf ihn um dessenwillen, was er war, um dessenwillen, was er sagte, und um der Art willen, wie er es sagte.

Was sagte er? Er sagte recht viel über die Rheingrenze, und ich kann nicht alles anführen. Ich will aus seinen zahlreichen Äußerungen über diesen Gegenstand wenige authentische Sätze herausnehmen. Am 19. April 1919 erschien in der Londoner Times ein Interview mit Marschall Foch. Aus diesem Interview zitiere ich folgende hervorstechenden Stellen:

„Und jetzt, nachdem wir den Rhein erreicht haben, müssen wir dort bleiben," fuhr der Marschall mit großem Nachdruck fort, „machen Sie das Ihren Landsleuten deutlich. Es ist unsere einzige Sicherheit und Ihre einzige Sicherheit. Wir müssen eine Barriere haben. Wir müssen das Tor verschließen und verriegeln. Demokratien wie die unseren, die niemals aggressiv sind, müssen starke natürliche Grenzen haben. Denken Sie daran, daß diese 70 Millionen Deutsche für uns immer eine Drohung bleiben. Verlassen Sie sich nicht auf den gegenwärtigen Anschein. Ihre natürlichen Charaktereigenschaften haben sich in den vier Jahren nicht geändert. In fünfzig Jahren werden sie noch sein, was sie heute sind" . . .

Von dem Tisch am anderen Ende des Raumes brachte Marschall Foch eine große Karte, 6—8 Fuß im Quadrat, auf welcher die physikalische Gestalt Westeuropas verzeichnet war. Der Rhein war eine dicke blaue Linie. Im Westen des Flusses hatte der Marschall mit Bleistift einen konkaven Bogen gezeichnet, der die neue Grenze Frankreichs nach dem Friedensvertrag darstellen sollte. Es war offenbar eine willkürliche politische Grenze, die sich keiner natürlichen Gestalt des Landes anpaßte. „Sehen Sie hin," sagte der

Marschall Foch, „es ist kein natürliches Hindernis an dieser Grenze. Können wir hier die Deutschen zurückhalten, wenn sie uns wieder angreifen? Nein. Hier! Hier! Hier!" Und er klopfte mit dem Bleistift auf den blauen Rhein. „Hier müssen wir bereit sein, unsere Feinde zu bestehen. Das ist ein Hindernis, das zu überschreiten einige Mühe machen wird. Wenn die Deutschen versuchen, einen Übergang über den Rhein zu forcieren — ho! Aber hier," dabei berührte er die schwarze Bleistiftlinie, die von Lothringen außen am Saargebiet entlang nach Nordwesten bis zur belgischen Grenze gezogen war, „hier gibt es nichts" . . .

„Nein; wenn Sie weise sind, so bestehen Sie darauf, für Ihr Eigentum Riegel und Mauern zu haben, und wir, wir müssen unsere Armee am Rhein haben. Manche Leute wenden ein, daß viele Truppen nötig sind, um den Rhein zu halten. Nicht so viele als nötig wären, um eine politische Grenze zu halten! Den Rhein kann man nur an bestimmten Orten überschreiten, während die neue politische Grenze Frankreichs überall durchbrochen werden kann und nicht in ihrer ganzen Länge instandzuhalten wäre."

Er setzte seine Lehre dann eingehender in einer amtlichen Denkschrift auseinander, die er als Oberkommandierender der verbündeten Heere Herrn Clémenceau überreichte:

„Um die westwärts gerichteten Unternehmungen dieses Volkes zum Aufhören zu bringen, eines Volkes, das allezeit kriegerisch gesinnt war, das sich gelüsten ließ der guten Dinge anderer, das erst kürzlich seine politische Form gefunden hat und zu gewaltsamen Eroberungen fortgetrieben wird ohne Rücksicht auf jedes Recht und mit Methoden, die jedem Recht widersprechen, eines Volkes, das immer nach der Weltherrschaft strebt, hat die Natur nur ein Hindernis geschaffen — den Rhein. Dieses Hindernis muß Deutschland aufgezwungen werden. Von nun an wird der Rhein die Westgrenze der deutschen Stämme sein."

Er hat diese Forderung in einer späteren Denkschrift wiederholt. Manche von uns erinnern sich noch, wie er im Mai 1919 auf den ruhigen Schauplatz der Friedenskonferenz hereinbrach, stets mit dem gleichen Thema herumfuchtelnd.

[2] Lloyd George, Ist wirklich Friede?

Man mag sagen, daß Marschall Foch ein Staatsmann weder ist noch sein will. Er ist nur ein großer Soldat. Indessen war sein politischer Einfluß so bedeutend, daß er noch 1920 den mächtigsten Staatsmann Frankreichs zu Fall brachte, einen Monat, nachdem dieser mit einer gewaltigen Majorität im französischen Parlament hinter sich triumphierend aus dem Wahlkampf gekommen war. Marschall Foch wurde durch seine Gegnerschaft verantwortlich für die Niederlage Clémenceaus bei der Präsidentschaftswahl von 1920. Ohne das Eingreifen des Marschall Foch wäre Clémenceau noch heute Präsident der französischen Republik.

Warum wurde er auf der Höhe seines Ruhms von einem Kandidaten geschlagen, der unendlich weniger Ansehen und Macht besaß? Der Zorn des Marschall Foch und seiner erschrecklichen Gefolgschaft war gegen Clémenceau entbrannt, weil dieser unter dem Druck der Alliierten von der herkömmlichen französischen Rheinpolitik abgegangen war. Bekanntlich war Herr Tardieu einer der hervorragendsten Minister in Herrn Clémenceaus Regierung und der nächste Mitarbeiter seines Chefs bei der Ausgestaltung des Friedensvertrags. Er hat ein Buch darüber geschrieben und gibt in diesem Buche eine Urkunde wörtlich wieder, die er am 12. März 1919 den Verbündeten überreichte und die folgenden Vorschlag enthielt:

> „Im allgemeinen Interesse des Friedens und zur Sicherung einer wirksamen Durchführung der Grundbestimmung des Völkerbundvertrags wird die Westgrenze Deutschlands an den Rhein verlegt. Infolgedessen verzichtet Deutschland auf seine Hoheitsrechte und seine Zollgemeinschaft in Ansehung aller Gebiete, die das frühere Deutsche Reich auf dem linken Rheinufer besaß."

Es liegt ein sardonischer Humor in den Worten: „Im allgemeinen Interesse des Friedens und zur Sicherung einer wirksamen Durchführung der Grundbestimmung des Völkerbundvertrags". Aber er zeigt, daß damals Herr Clémenceau und sein Minister sich zur Lehre von dem Rhein als der natürlichen Grenze Deutschlands bekehrt hatten. Der Druck Amerikas und Englands brachten ihn in der Folge dazu, diese Stellung zu verlassen und, wie ich in meinem früheren Artikel ausgeführt habe, war es teilweise der Garantievertrag, mit dem man gegen ihn

argumentierte. Aber die Rheinpartei verzieh ihm das nie. Daher sein Mißerfolg beim Streben nach dem Präsidentensitz. Es war ein ehrenvoller Mißerfolg, der ihm stets zum Ruhm gereichen wird.

Die Gründe jener Niederlage, die von dem „Annual Register" von 1919 bis 1920 — sicherlich einer unparteiischen Autorität — verzeichnet werden, beweisen, daß selbst ein kühler Chronist unter der Täuschung befangen war (wenn es eine Täuschung war), der auch ich erlag, als ich den anstößigen Artikel schrieb. Zur Erklärung der merkwürdigen Niederlage sagt das „Annual Register":

> „Clémenceaus Anhänger behaupteten, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles vom französischen Standpunkt aus zufriedenstellend seien; seine Gegner erklärten, daß er dem amerikanischen und britischen Standpunkt zu sehr nachgegeben habe und daß der Frieden ungenügend sei, besonders in bezug auf die Sicherungen für die an Frankreich geschuldeten Reparationen. Und in der Angelegenheit der französischen Ostgrenze hatte, wie man sich erinnern wird, ein großer Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs gewünscht, daß Frankreich sich die Rheinlinie als Ostgrenze sichern sollte."

Nötigenfalls könnte ich endlose Leitartikel in französischen Zeitungen sowie schriftliche und mündliche Äußerungen französischer Politiker zitieren. Männer von so verschiedenen Temperamenten und Begabungen wie Herr Franklin Bouillon und Herr Tardieu unterstützten die Forderung, daß Deutschland am Rhein amputiert werden sollte. Diese Forderung trug der eine gleichsam auf dem reißenden Strom seiner sprühenden Lava, der andere auf dem starren Gipfel eines Eisberges vor sich her. Später hat Herr Poincaré, als er den Marschall Foch nach seiner Ernennung zum Mitglied der französischen Akademie empfing, seine feierliche Rede mit einer Wendung gegen den Marschall unterbrochen und anspielend auf die wohlbekannte Haltung, die der alte Feldherr während der Friedensverhandlungen einnahm, zu ihm gesagt: „Ach, Herr Marschall, wenn man nur auf Ihren Rat gehört hätte!" Ist Herr Poincaré wohl von einer Meinung zurückgekommen, der er einen so schauspielerhaften Ausdruck gegeben hat? Wir wollen das Beste hoffen.

Ich weiß, man wird sagen: Wenn auch die Grenzen Deutschlands am Rhein enden sollten, so brauche das Gebiet auf dem linken Rheinufer nicht annektiert zu werden, sondern es könne zu einer „unabhängigen Republik" umgestaltet werden. Was für eine Unabhängigkeit und was für eine Republik? Alle deutschen Beamten würden vertrieben werden; durch eine besondere Bestimmung würde das Gebiet von dem wirtschaftlichen Leben Deutschlands, auf das es fast gänzlich für sein Dasein angewiesen ist, abgeschnitten werden. Es würde ihm nicht gestattet werden, sich mit dem Vaterland zusammenzuschließen. Der Rhein, der das neue Gebiet von Deutschland trennte, würde in der Hauptsache durch französische Truppen besetzt werden. Die Gebiete der „unabhängigen Republik" würden von fremden Soldaten besetzt werden. Ihre Jungmannschaft würde einberufen und gedrillt werden, um sie in die französische und belgische Armee zum Kampf gegen ihre eigenen Volksgenossen auf der anderen Rheinseite einzugliedern. Die ganzen Lebensbedingungen in der „freien und unabhängigen Republik" würden durch eine „Verständigung" zwischen Frankreich, Luxemburg und Belgien diktiert werden und, nach den Worten des Marschall Foch, „England würde schließlich mit ins Geschäft genommen werden".

Aber man sagt mir, diese Vorschläge bedeuten keine Annexion. Was bedeuten sie denn sonst? — Du verschluckst die Auster nicht. Du gibst ihr nur zuerst ein unabhängiges Dasein, indem du sie von ihrer harten Umgebung löst. Dann umfaßt du sie von allen Seiten und verleibst sie deinem eigenen System ein, damit du den nötigen Kraftüberschuß gewinnst, um andere Austern zu vertilgen. Was für eine Unabhängigkeit und was für eine Republik! Das würde nichts anderes sein und sollte auch nichts anderes sein als eine Scheinrepublik. Wäre der Plan angenommen worden, so wäre es eine Dummheit und ein Verbrechen gewesen, für die nicht allein Frankreich, sondern die ganze Welt später hätte büßen müssen.

Kann gegenüber diesen Zitaten und diesen unzweifelhaften Tatsachen irgendeiner behaupten, daß ich Frankreich verleumdete, als ich sagte, es gäbe in diesem Lande eine mächtige Partei, die da fordere, daß der Rhein als natürliche Grenze Deutschlands behandelt werden sollte und daß der Friedensvertrag auf

diese Annahme zu gründen sei? Es ist wohl zu beachten, daß ich niemals behauptet habe, der Anspruch finde die Unterstützung der französischen Demokratie. Der Umstand, daß der Vertrag, obwohl er jene Bestrebungen nicht verwirklichte, durch eine überwältigende Mehrheit des französischen Parlaments und nachträglich durch eine eindrucksvolle Kundgebung des Landes ratifiziert wurde, zeigt klar, daß das französische Volk als Ganzes mit seinem unbesiegbaren gesunden Menschenverstande davor zurückschrak, selbst einem bewunderten Führer auf dem Wege zu künftigem Unglück zu folgen. Aber die andere Tatsache, daß mächtige Einflüsse in Frankreich immer noch nach dieser Richtung drängen und jede Enttäuschung benutzen, um ihren Anspruch vorwärts zu treiben, erfordert unermüdliche Wachsamkeit bei allen Völkern, denen die Wohlfahrt der Menschheit am Herzen liegt.

Zum Schluß möchte ich hinzufügen, daß es eine kindische Lächerlichkeit ist, mich als einen Feind Frankreichs hinzustellen, weil ich mit der internationalen Politik seiner gegenwärtig führenden Politiker nicht einverstanden bin. Während meiner ganzen öffentlichen Laufbahn bin ich ein unentwegter Verteidiger der Zusammenarbeit zwischen der französischen und britischen Demokratie gewesen. Ich habe diese Richtung verfolgt, als es in unserem Lande Mode war, dem deutschen Imperialismus zu schmeicheln. Während des Krieges habe ich zweimal meine Premierschaft aufs Spiel gesetzt durch meine Bemühungen, die britische Armee unter das Oberkommando eines französischen Generals zu stellen. Um die französische Freundschaft zu erhalten, habe ich oftmals französischen Forderungen nachgegeben und dadurch der öffentlichen Meinung meines Landes Widerstand geleistet. Aber ich kann nicht so weit gehen, einer Politik, die den Frieden der Welt in Gefahr bringt, Beifall zu zollen, nur um einem gewissen Bruchteil des Volkes zu gefallen, für dessen Land ich immer die aufrichtigste Zuneigung empfunden habe.

London, den 9. Dezember 1922.

Was hat Frankreich vor?

3. Die Pariser Konferenz

Die dritte Reparationskonferenz mit Herrn Poincaré hat, wie ihre beiden Vorgängerinnen, mit einem vollkommenen Niederbruch geendet. Die erste wurde im August 1922 abgehalten, die zweite im Dezember, und das dritte Fiasko haben wir eben erlebt.

Ich beglückwünsche Herrn Bonar Law, daß er den Mut besessen hat, lieber einen doppelten Mißerfolg auf sich zu nehmen, als einer politischen Richtung zuzustimmen, die sich letzten Endes als enttäuschend und wahrscheinlich als unheilvoll herausgestellt hätte. Übereinstimmung zwischen Verbündeten ist an sich ein erwünschter Gegenstand für das Streben von Staatsmännern, aber eine Einigung dahin, daß sie ihre Länder dem Unsinn überantworten, ist schlimmer als Entzweiung.

Frankreich und England dürften nicht miteinander streiten, selbst wenn sie nicht miteinander übereinstimmen können; aber wenn französische Minister auf der Politik Poincarés bestehen, so wird die Kameradschaft zwischen Frankreich und England in Hinsicht auf diese Frage die von zwei parallelen Linien sein, die sich zwar niemals schneiden, aber auch niemals berühren.

Was ist der Zweck dieser halsstarrigen Politik? Reparationen? Es gibt keinen Finanzmann von Ansehen auf irgendeinem Abschnitt der Erdoberfläche, der zugeben wird, daß diese Methoden den Verbündeten einen Ersatz für ihre versiegten Hilfsquellen liefern werden. Auf der Augustkonferenz waren alle Sachverständigen hierüber einig. Aber wenn jene Methoden auch kein Bargeld einbringen, so werden sie unzweifelhaft einen Krach hervorrufen.

Meine Erinnerungen an die Augustverhandlungen versetzen mich in die Lage, die ziemlich verwirrten Berichte, die mich bis jetzt hier erreicht haben, mit einem gewissen Verständnis zu verfolgen. Unter allen Verbündeten herrscht Übereinstimmung darüber, daß Deutschland unter den jetzigen Umständen seine Abzahlungen nicht leisten kann. Es besteht keine Meinungs-

verschiedenheit darüber, daß ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden muß, damit es seine Finanzen in Ordnung bringt und durch Ausgleichung seines Haushalts die Wirksamkeit seiner Währung wieder herstellt, um seinen Verpflichtungen Genüge leisten zu können. Aber Herr Poincaré bestand darauf, daß als Vorbedingung für die Gewährung des Moratoriums Pfänder innerhalb des deutschen Gebietes von den Verbündeten beschlagnahmt werden sollten. Diese Pfänder sollten teils aus Zöllen bestehen, die schon eingeführt waren, teils aus neuen Zöllen, die am Rhein und rund um das Ruhrgebiet zu errichten wären, so daß ohne schwere Zollgebühren keine Güter zum Verkehr zwischen diesen deutschen Gebieten und dem übrigen Deutschland zugelassen werden sollten. Die übrigen Pfänder, die man vorschlug, waren die Beschlagnahme von deutschen Wäldern, von deutschen Bergwerken und von 60% der Aktien gewisser deutscher Industrien. Herr Bonar Law scheint, wenn man sich an sein amtliches Communiqué nach dem Niederbruch der Konferenz hält, gegen jene Pfänder dieselben Bedenken erhoben zu haben, die ich auf der Augustkonferenz zur Sprache brachte: Sie würden nichts einbringen im Verhältnis zu den Verwaltungskosten; sie würden viel Unordnung und Erregung hervorrufen und vielleicht zu Ereignissen von sehr ernstem Charakter führen.

In der Tat, diese Pfänder sind nichts als Papier und Provozierung. Die Zollgrenze am Rhein ist schon einmal versucht worden und hat sich als vollkommener Fehlschlag erwiesen. Damals wurde sie als Sanktion versucht und nicht als ein Mittel, Geld zu beschaffen. Für den erstgenannten Zweck mag sie ein gewisses Maß von Erfolg erzielt haben. Aber unter dem Gesichtspunkt der Geldbeschaffung war sie ein lächerliches Fiasko. Im gegenwärtigen Augenblick befinden sich Hunderte von Millionen Papiermark, die man in den neuen Zollhäusern einsammelte, immer noch im Geldschrank der Reparationskommission. Sie sind zugegebenermaßen wertlos. Solange diese Zölle bestanden, waren sie vexatorisch; sie unterbanden das Geschäft; sie verfuhren schonend mit französischen Luxusartikeln, die ihren Weg nach Deutschland suchten, aber legten eine schwere Hand auf alle die nützlichen Dinge, die für den Gewerbefleiß und das Leben des Volkes nötig waren. Sie wurden schließ-

lich mit allgemeiner Zustimmung aufgehoben. Jetzt versucht Herr Poincaré, sie wieder ins Leben zu rufen.

Die Beschlagnahme deutscher Wälder und Bergwerke wird unvermeidlich zu noch ernsteren Folgen führen. Die Aufsicht der Alliierten, die man im fernen Inneren Deutschlands einrichten muß, würde des Schutzes bedürfen. Schutz bedeutet militärische Besetzung in dieser oder jener Form. Militärische Besetzung in entfernten Landstrichen bedeutet Zwischenfälle, und Zwischenfälle wachsen sich rasch zu ernsteren Verwicklungen aus.

Hieraus erklärt sich der Widerwille der britischen Regierung, deren Haupt ich war, gegen eine Teilnahme an dieser gefährlichen Politik. Hieraus erklärt sich die Weigerung der Regierung Bonar Laws, die Verantwortung für eine solche Politik zu übernehmen. Schon vom logischen Standpunkte aus läßt sie sich nicht verteidigen.

Es gibt nur zwei mögliche Gesichtspunkte, und diese schließen einander aus. Der eine ist, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen nicht zahlen kann, bis seine Finanzen in Ordnung gebracht sind, und daß ihm ein Moratorium für einen Zeitraum gewährt werden sollte, der genügt, um die Ordnung der Finanzen reifen zu lassen. Der zweite Gesichtspunkt ist, daß Deutschland zahlen kann, daß es Zahlungsunfähigkeit lediglich vortäuscht, und daß es nur nötig ist, ihm die Daumschrauben rücksichtslos anzusetzen, um Bargeld herausspringen zu lassen. Logischerweise kann ich jede von diesen beiden Alternativen verstehen. Aber was ich nicht begreifen kann, ist die Vernunft des Vorschlags, der zugleich Deutschland ein Moratorium gewährt, weil es nicht zahlen kann, und ihm die Daumschrauben ansetzt, damit es zahlt.

Ich bin froh, daß der britische Premierminister weise genug war, sich nicht auf eine Politik einzulassen, die unvermeidlich alle in Mißkredit bringen wird, die für ihre Durchführung verantwortlich sind.

Inzwischen werden die Aussichten einer Erholung Europas wieder einmal verzögert durch die törichte Hartnäckigkeit einiger unter seinen Herrschern.

Ronda (Spanien), 6. Januar 1923.

Europa noch am Rüsten

Marschall Foch sagte mir einst, er betrachte die deutsche Armee von 1914 als das vollendetste Heer, das die Welt je gesehen hat, an Zahl, Organisation, Ausbildung und Ausrüstung. Was setzte diese Armee in Bewegung? Viel ist geschrieben und gesprochen worden über den Ursprung des großen Krieges und über die Frage, wer und was für eine solch überwältigende Katastrophe verantwortlich ist. Niemand hat je geglaubt, daß die Ermordung des Erzherzogthronfolgers die Ursache sei. Einige sagten, es sei die Auswirkung der alldeutschen Weltherrschaftspläne; andere behaupteten, es sei die deutsche Furcht vor der wachsenden russischen Macht gewesen, die nervöse Angst vor dem, was wie eine Einkreisungsaktion von Rußland, Frankreich und England aussah.

Das Wort des großen französischen Marschalls enthielt die wahre Erklärung. Solange dieser noch nicht genügend betonten Tatsache ihr wahres Gewicht vorenthalten wird, bleibt die diplomatische Verwirrung des Juli 1914 unverständlich. Wäre nicht die deutsche Armee vollendeter und wirkungskräftiger gewesen als die französische wie die russische Armee — wäre nicht jeder deutsche Offizier überzeugt gewesen, daß die deutsche Heeresmaschine jeder Konkurrenz überlegen war — so hätte es keinen Krieg gegeben, was auch immer Kaiser, Diplomaten oder Staatsmänner gesagt, gedacht oder geplant hätten.

Jedes Volk hat seinen Ehrgeiz. Aber es wird nicht in Versuchung kommen, ihn an seinem Nachbarn auszulassen, wenn der Einsatz zu offensichtlich groß ist. Das Gefühl überwältigender Kraft ist aber für die nationalen Bestrebungen, hinter denen es steht, ein dauernder Anreiz zu Rücksichtslosigkeit, Gier und ehrgeizigem Chauvinismus.

Je mehr man, bei wachsender Ruhe, die Ereignisse des Juli 1914 prüft, desto stärker wird der Eindruck, daß die angeblichen Leiter angriffslustiger Reiche sich vor dem Abgrund entsetzten, dem sie näher kamen, während die militärischen Organisationen, die hinter jenen schlotternden Puppen standen, erbarmungslos vorwärts drängten.

Flotten sind ihrem Wesen nach Verteidigungswaffen. Keine Hauptstadt der Welt kann allein durch Flotten erobert werden, und kein Gebiet kann durch ein Schiffsgeschwader annektiert oder besetzt werden. Aber Heere sind Grapsmaschinen. Eine überragende Armee hat noch immer zum Angriff verlockt. Kein Land kann der Verführung leichten kriegerischen Triumphes widerstehen, der vor den Augen zweier aufeinanderfolgenden Generationen paradiert hat.

Die Folgerung hieraus ist naheliegend. Um den Frieden auf Erden zu sichern, müssen die Völker ihre Angriffsmittel abrüsten. Ohne Abrüstung sind Pakte, Verträge und Übereinkommen wertlos. Sie sind das Papiergeld der Diplomatie. Aus diesem Grunde sind alle Friedensfreunde in Verzweiflung, wenn sie sehen, wie die Völker sich weiter rüsten und in ihren Rüstungen wetteifern, während sie sich zugleich auf bloße Worte und Unterschriften verlassen, als wenn diese stark genug wären, den unwiderstehlichen Drang organisierter Macht in Schranken zu halten.

Eine statistische Übersicht der europäischen Heere von heute ist geeignet, Besorgnis zu erwecken. Europa hat die Lektion des Krieges noch nicht gelernt; es hat vielmehr aus jenem Unheil eine falsche Schlußfolgerung gezogen. Heute stehen in Europa mehr Männer unter Waffen, als in den Jahren 1913 und 1914 unter Waffen waren; und dabei haben sie zu ihrer Rechtfertigung oder Entschuldigung keinen der Gründe anzuführen, auf die man sich in jenen Tagen berufen konnte.

In Vorkriegszeiten konnten die Staatsmänner jedes Landes im Parlament dadurch für ihr Heeresbudget Stimmung machen, daß sie den Blick auf die drohenden Riesenheere jenseits der Grenze lenkten. Deutschland und Österreich bauten ihre Verteidigungssysteme auf, weil ihre Grenzen dem Angriff zweier großer Militärmächte offenlagen, die sich verpflichtet hatten, ihre Kräfte im Falle eines Krieges zu vereinen. Frankreich und Rußland stellten gewaltige Armeen auf, weil Deutschland die furchtbarste Armee in der Welt besaß und im Kriegsfalle auf die nicht unbeträchtlichen Kräfte der österreichischen Monarchie rechnen konnte. Und sowohl Österreich wie Frankreich hatten immer den unsicheren Faktor Italien mit seinem Dreimillionenheer in Betracht zu ziehen.

Aber seit dem großen Krieg sind diese gegenseitigen Entschuldigungen nicht mehr vorhanden. Die beiden großen Militärmächte Zentraleuropas sind verschwunden. Deutschland, das vor dem Krieg einen Friedensbestand von 800 000 Mann und dazu Reserven hatte, die hoch in die Millionen gingen, hat heutzutage ein Gesamtheer von 100 000 Mann — nicht einmal ganz ein Drittel der polnischen Armee. Die furchtbaren Kriegsmittel Deutschlands, die vier Jahre lang die Städte und Dörfer Nordfrankreichs zu Staub zermalmten, sind entweder zerstört oder unter die Städte und Dörfer der Sieger als Schaustücke verteilt. Die österreichische Armee, die 1913—1914 einen Friedensbestand von 420 000 Mann und eine Reserve von 2 bis 3 000 000 ausgebildeter Männer hatte, ist heute auf eine winzige Truppe von 30 000 Mann reduziert. Trotz dieser Tatsachen hält Frankreich auch jetzt noch eine Armee von 736 000 Mann unter Waffen mit einer ausgebildeten Reserve von weiteren 2 bis 3 000 000. Es verstärkt und entwickelt seine Luftflotte, als wenn es einen unmittelbar bevorstehenden Einbruch fürchtete — oder plante. 1914 hatte Frankreich eine Luftflotte von 400 Fahrzeugen — heute hat es 1152. Aber Zahlen bedeuten wenig; Größe, Kraft und Zweck der Maschinen bedeuten viel. Unter den 1152 Luftmaschinen von heute findet man Bombenabwerfer von einer Zerstörungskraft, von der man sich 1914 nichts träumen ließ.

Sollte uns menschliche Torheit noch einmal in den Krieg hineintreiben lassen, so sind diese Vorbereitungen von übler Vorbedeutung für den Charakter eines solchen Zusammenstoßes. Eine einzelne Bombe, die von einer der neuen Abwurfmaschinen fallen gelassen wird, enthält mehr Sprengmaterial als Hunderte von denen, die ein Luftfahrzeug alten Stils mit sich führte, und die Größe der Maschinen und ihrer Bomben wächst von Jahr zu Jahr. Wo soll das aufhören? Und wozu soll das alles führen? Wo ist der Feind? Wo ist die Drohung, die solche gigantischen Heeresverstärkungen nötig macht? Keiner der Nachbarn Frankreichs hat heute eine Heeresmacht, die auch nur ein Viertel der Ziffern seiner furchtbaren Armee erreicht. Deutschland bietet keinen anständigen Vorwand mehr. Die Bevölkerung Deutschlands kommt den zusammengefaßten Bevölkerungen Italiens, Polens, Rumäniens, Jugoslawiens und der Tschecho-Slovakei

gleich, aber sein Heer beziffert sich kaum auf ein Siebentel der vereinigten Friedensbestände dieser vier Länder. Rumänien allein, mit einer Bevölkerung von 15 000 000, hat eine Armee, die doppelt so groß ist als die, die im Vertrag von Versailles Deutschland mit seiner Bevölkerung von 60 000 000 zugestanden wurde. Diese Länder haben noch außer ihren stehenden Heeren Reserven von Millionen gedienter Leute, während die junge Mannschaft Deutschlands nicht länger im Gebrauch der Waffen ausgebildet werden darf. Deutschlands militärische Hilfsmittel sind zerstört. Seine Arsenale und Werkstätten werden durch Offiziere der Alliierten aufs genaueste beaufsichtigt, damit nicht eine neue Ausrüstung heimlich erzeugt werden könne. Ein Heer von 700 000 Mann ist deshalb nicht mehr nötig, um Deutschland in Schach zu halten.

Die einzige andere große Armee Europas ist die russische Armee. Es ist schwer, über Rußland irgendwelche zuverlässige Tatsachen zu erfahren. Die Nebel, die von jenem ungesunden politischen und wirtschaftlichen Sumpf aufsteigen, verdunkeln und verzerren das Bild. Die Statistik über sein Heer wechselt mit dem Standpunkt der Person, die sie zitiert. Die letzte Zahl, die die Russen selbst angaben, ist 800 000. Auf dem Papier stellt dies eine ebenso schreckenerregende Macht vor wie die Frankreichs, aber die Ereignisse der letzten paar Jahre zeigen deutlich, daß die russische Armee nur für Verteidigungszwecke kraftvoll ist, daß sie dagegen wertlos ist für Zwecke des Einmarsches in fremdes Gebiet. Die Russen haben weder die Verkehrsmittel, die ihr Beweglichkeit geben könnten, noch die Artillerie, die eine Armee im Angriffe achtunggebietend macht. Der Einmarsch in Polen im Jahre 1923 war eine Komödie, und sobald die Polen den geringsten Widerstand leisteten, rannten die Bolschewiken zu ihren Festungen zurück, ohne auch nur einen Partherpfeil auf ihre Verfolger abzuschießen. Der Zustand der russischen Arsenale und Werkstätten ist unter der Bolschewistenherrschaft so, daß jeder Versuch, die Armeen neu auszurüsten, fehlschlagen mußte. Deswegen gibt die russische Armee keinen Rechtfertigungsgrund dafür her, daß Europa seine Rüstungen in der gegenwärtigen aufgeblähten Gestalt aufrechterhält. In Wirklichkeit ist Europa durch seine letzten Erfahrungen ganz und gar in Angst versetzt worden; wie alle Ängst-

lichen ist es nicht leicht dazu gebracht, auf Vernunftgründe zu hören, sondern eher geneigt, zu Hilfsmitteln zu greifen, mit denen es die Übel, die es in Angst versetzten, nur noch vermehrt.

Militarismus hat Europa in sein heutiges Elend gebracht, und um sich künftig vor einem ähnlichen Unglück zu retten, ist es militaristischer geworden als je. Jeder kleine Staat starrt von Kanonen, um Einbrecher zu verscheuchen. Dabei lebt kein Land in Europa auf eigene Kosten außer England, das sein Heer und seine Flotte vermindert hat. Aber vermittels Anleihen und Währungsinflationen bringen es alle, selbst die kleinsten, fertig, größere Armeen zu unterhalten, als Friedrich der Große oder Ludwig der XIV. in ihren ruhmreichsten Jahren jemals befehligt haben. Dazu kommt, daß die Kosten der heutigen Rüstungen ganz außer Verhältnis zur Zahl der Einheiten stehen, aus denen sie zusammengesetzt sind. Frankreich, in mancher Hinsicht das reichste Land Europas, weist einen klaffenden und immer breiter werdenden Riß in seinen Staatsfinanzen auf, der bisher noch nicht mit Papier zugeklebt worden ist. Das Defizit wächst, obwohl ein großer Teil seiner Armee zum Schaden der Reparationsleistungen in Deutschland einquartiert ist und obwohl die Kriegsentschädigung Deutschlands viel von den Kosten jener großen Armee zudeckt.

Ein guter Teil des französischen Borgsystems ist auf die Kosten zurückzuführen, die mit dem Wiederaufbau des zerstörten Gebietes zusammenhängen. Aber für einen beträchtlichen Anteil an dem Defizit ist der Unterhalt einer so riesigen Armee verantwortlich. Die wirtschaftliche Erholung Europas wird ernstlich verzögert durch die Ausgaben für den neuen Militarismus. Mit beiden Händen wirft der alte Kontinent den Kriegshunden das Brot zu, mit dem er seine Kinder ernähren sollte. Eines Tages werden diese Hunde in ihrer anmaßenden Wildheit sich gegen die Kinder wenden und sie zerreißen.

Algeciras, 26. Dezember 1922.

Reparationen — Zurück zum Vertrag

Worin besteht das Reparationsproblem? Warum scheint es ferner der Lösung als je?

Seine beunruhigende Unlösbarkeit verwirrt und quält das Publikum aller Länder. Sie hält die Leute in neugieriger Erwartung dessen, was nächstens geschehen könnte. Und das ist nie gut für ein nervenschwaches Wesen wie das Nachkriegseuropa.

Die wirkliche Schwierigkeit besteht nicht darin, das Problem selbst zu lösen, sondern der öffentlichen Meinung über das, was drum und dran hängt, Genüge zu tun. Ich denke nicht daran zu behaupten, es sei eine leichte Sache für die Alliierten, festzustellen, welche Summen Deutschland zahlen kann, oder für Deutschland, diese Summen, nachdem sie festgestellt sind, zu zahlen, und zwar dauernd zu zahlen. Aber wenn die Schwierigkeit nur finanzieller Natur wäre, könnte man darüber hinwegkommen. Das Herzstück des Problems liegt in der Unmöglichkeit, das erwartungsvolle, entrüstete, hart getroffene und schwer belastete Volk Frankreichs davon zu überzeugen, daß die so festgestellten Summen wirklich alles darstellen, was Deutschland zu zahlen fähig ist.

Die Frage, wie man ein Land zwingen kann, über seine Grenzen hinweg ungeheure Summen so zu zahlen, daß sie in die Währung anderer Länder umgesetzt werden können, ist neuartig. Anfangs nahm man es zu rasch als sicher an, daß ein Volksvermögen, das eine Kriegsschuld von 160 Milliarden Mark tragen konnte, sicherlich in der Lage war, eine Kriegsentschädigung von 120 Milliarden Mark zu tragen, vorausgesetzt, daß diese geringere Summe als erste Hypothek auf die nationalen Einkünfte eingetragen wurde; und es bedurfte einiger Zeit, bis der Durchschnittsverstand den fundamentalen Unterschied zwischen Zahlung innerhalb eines Landes und Wertübertragung nach außerhalb begriff.

Wenn ich an die Schätzungen denke, die 1919 Sachverständige von hoher Intelligenz und geschulter Erfahrung über Deutschlands Fähigkeit, Bargeld über die Grenze zu zahlen, angestellt haben, so bin ich nicht geneigt, mich darüber zu

beschweren, daß französische Steuerzahler angesichts der Anstrengung, die verschiedene, aufeinanderfolgende Konferenzen machten, um jene sanguinischen Schätzungen auf brauchbare Maße herabzudrücken, soviel Ungeduld bewiesen. Ich begnüge mich, mit Stolz auf die Tatsache hinzuweisen, daß der gesunde Menschenverstand des noch schwerer belasteten englischen Steuerzahlers ihm schon lange beigebracht hat, seinen Verlust abzuschreiben und seinen Verdruß herunterzuschlucken. Wenn dieses Beispiel ringsumher befolgt wird, so ist die Reparationsfrage so gut wie gelöst. Wenn die öffentliche Meinung in allen alliierten Ländern über die deutschen Reparationen zur Vernunft gekommen sein wird, wie das in England schon der Fall ist, können Finanzleute bald einen Ausweg finden, und Handel und Verkehr werden nicht mehr aller Augenblicke von ihren Pulten aufgeschreckt werden durch Erdstöße, wie sie der Kredit allemal erleidet, wenn ein französischer Minister die Rednertribüne besteigt, um sich über die Reparationsfrage auszulassen.

Betrachtet man die Reparationszahlungen ausschließlich vom Standpunkt der Finanzen, so können die Streitfragen einfach gestellt und, wie ich denke, rasch gelöst werden. Die Leute, die den Vertrag von Versailles und die Mantelnote nie durchgesehen haben, nehmen immer an, daß diese viel verlästerte und wenig gelesene Urkunde eine fabelhaft hohe Kriegsentschädigung festgesetzt hat, die von Deutschland zu zahlen sei. Der Vertrag mag seine Fehler haben. Aber dieser Fehler gehört nicht dazu; denn er hat keine Zahlungssumme festgestellt, weder eine große noch eine geringe. Er sah vor, daß eine Reparationskommission eingesetzt würde, unter anderem, um den Schaden zu bestimmen, den Deutschland dem Eigentum der Alliierten zugefügt hat, und die Entschädigung festzustellen, die wegen Verletzung von Leib und Leben in den Ländern der Alliierten geschuldet würde. Zweitens — und das wird auch übersehen — hat die Kommission sich zu vergewissern, wieviel von dieser Schuld Deutschland zu zahlen fähig ist. Über diese beiden Fragen hat Deutschland die Befugnis vor der Entscheidung Gehör zu verlangen.

Es steht mit allen Grundsätzen des Rechts im Einklang, daß Deutschland, weil es den Krieg angefangen und verloren hat, auch die Kosten zahlen mußte. Aber es würde nicht nur

unbillig, sondern auch unsinnig sein, es zu einer Zahlung zu drängen, die seine Leistungsfähigkeit übersteigt.

Die Höhe des Schadens sollte bis zum Mai 1921 untersucht und festgestellt sein. Dann sollte die Leistungsfähigkeit bestimmt und von Zeit zu Zeit je nach den veränderlichen Umständen nachgeprüft werden. Selbst ein so gerecht denkender Polemiker, wie der hervorragende italienische Staatsmann Signor Nitti, hat diese letzterwähnte Bestimmung des Versailler Vertrages außer acht gelassen. Daß er es tat, wundert mich nicht, denn es gibt eine Masse Leute, die jede Änderung der im Mai 1921 festgestellten Jahreszahlungen so behandeln, als ginge man damit zum Nachteil der Sieger vom Versailler Vertrage ab, während doch jede Änderung nach den Vorschriften und dem System vorgenommen wurde, die ausdrücklich zu diesem Zweck in den Vertrag einverleibt worden war.

Aber eine Abweichung vom Vertrage hat unzweifelhaft stattgefunden — und zwar eine fundamentale Abweichung. Sie fiel indessen ganz und gar zum Nachteil der Besiegten aus. In welcher Hinsicht, das möchte ich nun auseinandersetzen, denn die ganze Verwirrung ist aus dieser Veränderung des Vertrags entsprungen. Der Vertrag sah vor, daß die Körperschaft, die berufen werden sollte, um die Höhe der Reparationszahlungen zu bestimmen, aus je einem Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, des britischen Reiches, Frankreichs, Italiens und Belgiens bestehen sollte. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika sind alle diese Mächte an dem Ergebnis finanziell interessiert. Gelinde gesagt handelt es sich also anscheinend nicht gerade um ein sehr unparteiisches Gericht. Immerhin war England als ein Großhandel treibendes Gemeinwesen stärker interessiert an einer endlichen Regelung als an einigen Millionen mehr oder weniger, die man an Entschädigungen aus Deutschland herauspressen konnte; und Italien war auch ein Land, das einen umfangreichen Geschäftsverkehr mit Deutschland gehabt hatte und so nicht in Versuchung kam, in der Kommission einen leidenschaftlich antideutschen Standpunkt einzunehmen. Die Anwesenheit der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands und Italiens in der Kommission bedeutete also zusammengenommen eine Gewähr für gemäßigte Auffassung. Nun hat sich die einzig wirkliche und interessierte Partei von dem Gerichts-

hof zurückgezogen. Die meist interessierte Partei hat den Vorsitz und in gewissen Fragen die entscheidende Stimme. Das ist nicht der Vertrag, wie ihn Deutschland unterzeichnet hat.

Wenn man eine Vereinbarung unterzeichnet, eine bestimmte Summe zu zahlen, über deren Höhe die Herren A, B, C, D und E schiedsrichterlich entscheiden sollen, wenn man dabei seine Hoffnung auf einen gerechten Schiedsspruch hauptsächlich auf den Einfluß des Herrn A stützt, der nicht nur sehr mächtig, sondern auch der einzig völlig Uninteressierte ist, und wenn dann Herr A sich aus dem Schiedsgericht zurückzieht, so darf man wohl behaupten, daß der Charakter der Vereinbarung verändert worden ist. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Reparationskommission sind ehrenwerte Männer, denen es sehr am Herzen liegt, Gerechtigkeit zu üben. Aber sie werden von einer eifersüchtigen, aufmerksamen und anspruchsvollen öffentlichen Meinung überwacht, die immer bereit ist, sich über jede Konzession zu beschweren und ein maßvolles Urteil niederzuschreien. Die Bestimmung des Vertrags ist demnach völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Was wirklich not täte, ist, dieses Gleichgewicht so wiederherzustellen, daß ein gerechter Entscheid über die einzige noch in Streit befangene Frage gewährleistet werden kann — nämlich wieviel Deutschland zu zahlen vermag.

Wenn man an die Prüfung dieses Kernpunkts der Frage herantritt, muß man den Reparationsanspruch wie jedes gewöhnliche Schuldverhältnis betrachten. Man muß zu einem Entschluß darüber kommen, ob man wünscht, den Schuldner zu ruinieren oder die Schuld einzutreiben. Wenn der Schuldner kein genügendes Vermögen hat, so muß man, wenn man zu seinem Gelde gelangen will, seinen Schuldner am Leben halten. Wenn man von seiner Kuh Rindfleisch haben will, muß man auf ihre Milch verzichten. Geht man darauf aus, den Schuldner zugrunde zu richten, so muß man darauf drücken, daß er mehr zahlen soll, als man vernünftigerweise von ihm verlangen kann, und dann sein Haus, sein Land und seine bewegliche Habe versteigern, mag er sie entbehren können oder nicht.

Will man andererseits sein Geld haben, so wird man ausfindig machen, was er zahlen kann und dann in überlegter, geduldiger und fester Weise den Weg einschlagen, der dazu führt, diesen

Betrag zu erlangen. Hiermit meine ich nicht den Betrag, den er dadurch zahlen kann, daß er sich selbst zu einem Leben der Sklaverei und der Armut verdammt. Kein tapferes Volk wird das lange aushalten. Das ist nicht die Methode, um eine alte Schuld einzutreiben, sondern um eine neue zu schaffen. Ich meine den Betrag, den ein Volk annehmbarer Weise regelmäßig ein ganzes Menschenalter lang bezahlen kann, ohne daß es sich dagegen auflehnt.

Wenn man die Butter vom Brot jedes deutschen Kindes 30 Jahre lang herunterkratzt, kann man vielleicht der Entschädigungssumme ein oder zwei Milliarden Goldmark hinzufügen. Das hatte man nicht im Auge, als man den Vertrag von Versailles schuf. Hungrige Gesichter machen zornige Herzen und der Zorn verbreitet sich weiter als der Hunger. Ich meine den Betrag, den Deutschland bezahlen kann, ohne eine ganze Generation von Arbeitern zu ägyptischer Knechtschaft und ihre Kinder zum halben Verhungern zu verurteilen. Jede Bedrückung endet, wenn man auf ihr beharrt, zum Schluß für die Bedrücker mit dem Untergang im Roten Meer. Europa ist eben erst mit großen Verlusten aus seinen Gewässern entronnen. Wir wünschen nicht nochmals von ihm überflutet zu werden.

Wie will man zur genauen Ziffer der Jahresraten gelangen, deren Zahlung man von Deutschland verständigerweise erwarten kann, ohne für sein Volk diese unerträglichen Lebensbedingungen zu schaffen? Das ist die Frage. Die Antwort ist im Friedensvertrag gegeben, so, wie er unterzeichnet wurde: dadurch, daß man eine Kommission einsetzt, um die Frage zu untersuchen und zu entscheiden. Jene Kommission ist geschwächt worden und ihr Charakter ist beinahe zugrunde gerichtet durch den Abfall der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ist es möglich, hierfür einen Ersatz zu finden? Ich fürchte, wenn wir diese Frage einer neuen Sachverständigenkommission überweisen wollten, würde die Angelegenheit nicht vom Fleck kommen, denn jedes Land würde einen Vertreter bei dieser neuen Kommission verlangen, und das würde nur bedeuten, daß man die Reparationskommission unter einem neuen Namen wieder einsetzte.

Die einzige Hoffnung auf eine gerechte und endgültige Entscheidung beruht darin, daß man für die entscheidende Instanz,

welche es auch sein mag, die Anwesenheit eines Vertreters der Vereinigten Staaten von Amerika sichert. Ist das unmöglich?

Ich brauche kaum zu sagen, daß ich mir hier nicht den Ausdruck irgendeiner Meinung gestatte, wie die Weigerung Amerikas, den Vertrag als Ganzes zu ratifizieren, zu beurteilen ist. Ich stelle nur ganz offen meine Ansicht dahin fest, daß eine wirkliche Regelung der Reparationsfrage solange verzögert werden wird, bis die Stunde irreparabeln Unheils geschlagen hat, wenn nicht Amerika bei den Reparationen Hand anlegt. Wenn aus Gründen, die zu beurteilen ich nicht zuständig bin, Amerika seinen leeren Sitz in dem Gericht zur Entscheidung schicksalsschwerer Menschheitsfragen nicht einnehmen kann, so verzweifle ich daran, daß irgendein wirklicher Fortschritt möglich ist. Die Minister verbündeter Staaten können von einer Körperschaft, die die leitenden Siegerstaaten vertritt, Entscheidungen annehmen, die sie nicht ihrer eigenen Verantwortung aufladen möchten. Das ist das Wesentliche an der Sache. Es nützt nichts auf die Politiker zu schelten. Wenn sie aus eigenem Antriebe versuchen, die Volksempfindung, die ihnen allein Autorität verleiht, niederzureiten, werden sie unfehlbar einen Mißerfolg erleiden. In jedem Lande ist eine Menge von Parteigängern bereit, die es gelüstet, von taktischen Fehlern Vorteil zu ziehen, die politische Gegner oder persönliche Nebenbuhler begehen könnten. Aber die Entscheidung eines internationalen Gerichtshofes ist eine andere Sache, und Staatsmänner können sie annehmen und ihren Handlungen zugrunde legen, ohne daß ihnen die Verantwortung für die Folgen aufgebürdet würden.

Die öffentliche Meinung Englands kann und will keine Regelung akzeptieren, die sich auf die Annahme gründet, Nachlässe auf die Reparationsschuld müßten jedesmal, wenn sie gemacht werden, ausschließlich für Rechnung des englischen Steuerzahlers gehen. Unzweifelhaft ist Frankreich von den Kriegsverwüstungen härter getroffen als irgendein anderer kriegführender Staat. Aber das ist bereits anerkannt durch das Verhältnis, in dem ihm die Reparationszahlungen zugute kommen. Es hat 52% der Gesamtsumme zu erhalten, d. h. mehr als alle kriegführenden Staaten zusammengenommen. England kommt ihm am nächsten in dem Schaden, den sein Volk erlitten hat. Und so hat man ihm 22% gegeben. In mancher Hinsicht hat Eng-

land sogar schwerer gelitten als jedes andere der verbündeten Länder, besonders in Hinsicht auf Besteuerung und Handel. Es ist willens, mit seinen Verbündeten den Verlust wie den Gewinn zu teilen. Aber die Zumutung, daß der Verlust notwendig auf seinen Anteil fällt, während so viel Gewinn als überhaupt zu holen ist den anderen gehören soll, wird es sehr bitter empfinden.

Das amerikanische Volk, das überhaupt keinen Anteil an der zugesprochenen und beigetriebenen Entschädigung erhalten wird, muß um so mehr die gleiche Ansicht über seine Verpflichtungen in dieser Sache hegen. Es wird sicherlich nicht die überzeugende Kraft einer Regelung einsehen, die auf seine Kosten gemacht wird, als wenn es selbst verurteilt wäre, eine Kriegsentschädigung zu zahlen.

Die Frage dreht sich nicht darum, welcher Nachlaß oder welche Frist Deutschland zugestanden werden soll, sondern welche Zahlung es zu machen fähig ist. Kann Deutschland eine große Entschädigung zahlen, so bekommt Frankreich 52% davon und England nur 22%. Wenn Deutschland nur unbefriedigende Zahlungen machen kann, erhält Frankreich auch hiervon seine 52% und England seine 22%. Es liegt daher kein Grund dafür vor, England und Amerika mit den Kosten enttäuschter Erwartungen ausschließlich zu belasten.

Das Angebot, dem britischen Reich zum Ausgleich seiner Ansprüche die wertlosen deutschen Schatzscheine der Serie C zu übertragen, ist eine Beleidigung, die man der Intelligenz des britischen Publikums antut. Laßt uns von diesen Irrwegen wieder auf die gerade Straße gelangen. Zurück zum Vertrag — das ist das wahre Heilmittel. Es ist nicht nötig, ihn zu revidieren. Alles was man braucht, ist, ihn wiederherzustellen. Wenn Amerika wieder im Schiedsgericht erscheint, braucht es den Rest des Vertrags nicht anzunehmen. Dann würde eine gerechte und dauernde Regelung bald folgen. Die brennende Wunde würde rasch heilen und die Lage der Welt würde sich stetig bessern.

Algeciras, 1. Januar 1923.

Herrn Hughes' Rede in New Haven

Der vorstehende Artikel wurde am 2. Januar 1923 in Algeciras zur Post gegeben. Am 3. Januar erschien in den spanischen Zeitungen ein abgekürzter Bericht über die Rede, die der amerikanische Staatssekretär, Herr Hughes, in New Haven gehalten hat. Er enthielt Vorschläge zur Reparationsfrage, die offensichtlich bestimmt waren, auf der bevorstehenden Pariser Konferenz geprüft zu werden. Ich wußte, daß der Vorsitzende jener Konferenz, Herr Poincaré, nicht allzu eifrig sein würde, diese Vorschläge zur Kenntnis seiner Kollegen zu bringen. Aber ich hatte einige Hoffnung, daß die leitenden Minister Englands, Italiens und Belgiens dies tun möchten. Deswegen telegraphierte ich folgende Botschaft an die englische und amerikanische Presse:

„Nach Abfassung und Absendung Artikels habe mit Freude Sekretär Hughes' bedeutsame Rede über gleichen Gegenstand gelesen. Soweit ich aus abgekürztem Bericht, der im Lokalblatt dieses fernen spanischen Winkels erschien, beurteilen kann, gehen seine und meine Vorschläge in gleicher Richtung. Hoffe ernstlich, daß Pariser Konferenz amerikanischen Vorschlägen Vorrang auf Tagesordnung einräumen werde. Alle anderen Hilfsmittel würden nur Unheil zurückschieben, das letzten Endes mit sämtlichen Zinsen zu wucherischem Zinsfuß von einem in Verwirrung geratenen Europa eingelöst werden müßte."

Ich werde mich in den folgenden Artikeln regelmäßig auf diese Rede beziehen, und da ich darauf hingewiesen worden bin, daß die Auslegung, die ich ihr gab, durch ihren Text nicht gerechtfertigt werde, so füge ich hier den vollständigen Bericht ein, der am 30. Dezember 1922 in der Times erschienen ist.

Der Staatssekretär Herr Hughes hat heute in einer Rede, die er vor der amerikanischen historischen Gesellschaft in New Haven, Connecticut, gehalten hat, wieder eine Ecke des Schleiers gelüftet, hinter dem die nächsten Pläne der Regierung der Vereinigten Staaten verhüllt sind. Viel von seiner Ansprache betraf die Konferenz in Washington von 1921, aber sie schloß mit einer Erörterung der wirt-

schaftlichen Umstände in Europa, die von höchster Bedeutung ist.

Herr Hughes begann mit dem Zugeständnis, daß wir uns über diese Probleme nicht dadurch hinwegsetzen können, daß wir sie europäisch nennen, denn sie sind Weltprobleme, und wir können uns den verderblichen Folgen eines Fehlschlags ihrer Regelung nicht entziehen. „Sie sind jedoch europäische Probleme in dem Sinne, daß sie nicht gelöst werden können ohne die Zustimmung der europäischen Regierungen, und den Hauptknoten der Lage bildet die Regelung der Reparationsfrage. Es wird nicht möglich sein, andere Notstände in Ordnung zu bringen, so dringlich sie sind, bis eine endgültige und allgemein anerkannte Grundlage für die Tilgung der Reparationsansprüche festgestellt ist. Es ist kindisch, die Errichtung irgendeines wirtschaftlichen Neubaues in Europa zu versuchen, bevor die Fundamente gelegt worden sind."

Dann folgte eine Stelle, die sich auf die Versuche bezog, die Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten mit der Reparationsfrage oder mit Tilgungsprojekten zu verbinden, Versuche, denen man entschlossenen Widerstand entgegengesetzt habe. Diese Stelle führte zu einer Erörterung der bisherigen Haltung der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage „als der Sonderfrage, die sie ist, und als einer Frage, die nicht geregelt werden kann, bis die beteiligten europäischen Regierungen fähig sind, sich zu verständigen". Zuerst wurde bestritten, daß Amerika geneigt sei, Deutschland von seiner Verantwortung für den Krieg oder von seinen gerechten Verpflichtungen entlastet zu sehen, oder daß Amerika wünsche, Frankreich solle irgendeinen Teil seiner gerechten Ansprüche verlieren. Andererseits wünsche Amerika auch nicht, Deutschland erniedrigt zu sehen. Einige Amerikaner hätten angeregt, daß die Vereinigten Staaten die Rolle des Schiedsrichters übernehmen sollten. Aber Herr Hughes glaubt nicht, daß „wir eine solche Last von Verantwortung auf uns nehmen sollten".

Von dieser Stelle an ist die Rede wert, wörtlich wiedergegeben zu werden:

„Aber die Lage", sagt Herr Hughes, „ruft nach einer sachlichen Regelung. Die erste Bedingung einer befriedigenden Regelung ist, daß die Frage aus der Politik herausgenommen wird. Staatsmänner haben mit ihren Schwierigkeiten zu kämpfen, ihrer öffentlichen Meinung, den Forderungen, die an sie gestellt werden. Man muß dringend hoffen, daß sie untereinander zu einer Regelung gelangen werden und daß die kommende Pariser Konferenz eine Lösung finden wird. Aber wenn sie das nicht tut, was sollte dann getan werden?

„Die Aussicht, daß Zwangsmaßnahmen angewendet werden müssen, ist nicht anziehend. Niemand kann voraussagen, welchen Umfang die ernsten Folgen annehmen werden, die ein solcher Schritt nach sich ziehen wird. Ganz abgesehen von den politischen Ergebnissen glaube ich, daß nach Ansicht der Sachverständigen solche Maßnahmen nicht zu Reparationszahlungen führen werden, wohl aber die Tendenz zeigen, die Grundlagen solcher Zahlungen zu zerstören, die doch nur in einem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu finden sind. Wenn aber die Staatsmänner nicht zur Verständigung kommen und man sich der anderen Notwendigkeit gegenübersieht, was kann man tun? Gibt es nicht einen anderen Ausweg? Die Hauptbedingung ist, daß man in diesem kritischen Augenblick ausschließlich die sachliche Seite der Frage — und das ist die wirtschaftliche — betrachtet. Gefühlsfragen, so verständlich sie sind, müssen außer Betracht bleiben, gegenseitige Beschuldigungen nützen gar nichts. Rückblicke auf die Vergangenheit, mögen sie zutreffend sein oder nicht, versprechen keinen Erfolg; Vorwürfe auf der einen Seite und Entschuldigungen auf der anderen Seite sind zwecklos.

„Es müßte einen Weg für Staatsmänner geben, sich darüber zu einigen, was Deutschland zahlen kann. Denn soviel Ansprüche man auch gegen es erheben mag, hier liegt die Grenze, bis zu der sie erfüllt werden können. Es müßte einen Weg geben, diese Grenze festzusetzen und einen Finanzplan aufzustellen, mit dessen Hilfe alsbald ein Ergebnis erzielt und den Völkern Europas gezeigt werden könnte, daß die Grundlagen für ihre gegenseitigen ernstlichen Be-

strebungen gelegt sind, das äußerste Maß der Wohlfahrt zu erzielen, auf die der Gewerbefleiß ihrer Bevölkerung ihnen Anspruch gibt.

„Wenn die Politiker nicht zur Verständigung gelangen können, wenn die Ansprüche der öffentlichen Meinung ihnen Hindernisse in den Weg legen, dann sollten solche Männer ihnen zu Hilfe gerufen werden, die den Weg zu einer Lösung zu weisen imstande sind. Weshalb sollten jene Politiker nicht Männer einladen, die in ihren Ländern die höchste Autorität in Finanzsachen genießen, Männer von solchem Ansehen, solcher Erfahrung, solcher Ehrenstellung, daß in der ganzen Welt das, was sie über die zu zahlende Summe und über den Finanzplan für die Beitreibung von Zahlungen vereinbaren, als der autoritativste Vorschlag angenommen werden würde, den man überhaupt erreichen kann? Die Regierungen brauchen sich nicht im voraus verbindlich zu machen, den von den Sachverständigen empfohlenen Plan anzunehmen. Aber sie können wenigstens eine solche Untersuchung durch ihre Zustimmung möglich machen und die Männer, die ihr Land in der erwähnten Kommission vertreten, von jeglicher Verantwortung gegenüber den auswärtigen Ämtern und von jeder Verpflichtung zum Gehorsam gegen politische Instruktionen befreien.

„Mit anderen Worten, sie sollten sich eine Antwort auf diese schwierige Frage von Männern erbitten, die so hoch und so frei dastehen, daß man sicher sein kann, eine Erwiderung zu erhalten, die ausschließlich durch Kenntnis und Gewissen diktiert ist. Ich hege keinen Zweifel, daß hervorragende Männer Amerikas willens sein würden, in einer solchen Kommission Dienste zu leisten. Wenn die Regierungen es für angemessen halten würden, die Empfehlungen, über welche sich eine solche Körperschaft einig geworden ist, zurückzuweisen, so würde ihnen das ja freistehen. Aber sie hätten doch den Vorteil eines unparteiischen Rates und einer Aufklärung der öffentlichen Meinung. Die Völker würden zur Einsicht kommen, daß die Frage aus dem Stadium der Behauptungen und Gegenbehauptungen heraus und auf den Weg sachlicher Lösung gebracht worden ist.

„Ich glaube nicht, daß irgendeine allgemeine Konferenz diesem Zweck besser entsprechen würde, viel weniger, daß eine politische Konferenz ein Ergebnis erzielen könnte, das sich für die leitenden Staatsmänner als unerreichbar herausgestellt hat. Aber ich glaube, daß solch eine kleine Versammlung, wenn man ihr die richtige Handlungsfreiheit gibt, auch bald fähig wäre, einen richtigen Plan zu entwerfen. Man würde Zeit genug behalten, sich auf Zwangsmaßnahmen zu besinnen, nachdem man eine solche Gelegenheit gründlich ausgenutzt hätte."

Die Schlußworte Herrn Hughes waren folgende:

„Dort liegt die offene breite Straße guter Gelegenheit, wenn nur die, deren freiwillige Mitwirkung unentbehrlich ist, willens sind, von ihr Gebrauch zu machen; und sobald dies geschehen ist, kann es gar nicht ausbleiben, daß auch die Straßen amerikanischer Hilfe sich in hoffnungsvoller Weise öffnen."

Die Beweisführung, die Herr Hughes in dieser Rede entwickelt hat, ist identisch mit der, auf die ich in dem vorhergehenden Artikel meinen Appell an eine unparteiische Prüfung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit begründet habe; der Vorschlag, mit dem er schließt, ist in seiner Wirkung identisch mit dem meinigen. Er stellt nicht etwa kategorisch fest, daß die amerikanische Regierung bereit ist, sich in der Kommission offiziell vertreten zu lassen. Aber wenn er sagt, „ich hege keinen Zweifel, daß hervorragende Amerikaner willens sein würden, in einer solchen Kommission Dienste zu leisten", so bedeutet das, daß seine Regierung mittelbar vertreten sein würde. Die verbündeten Regierungen würden sicherlich bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika angefragt haben, wer zum amerikanischen Vertreter bei der Kommission ernannt werden solle, und kein amerikanischer Sachverständiger würde bestellt worden sein ohne die volle Sicherheit, daß er der Regierung seines Landes genehm sei.

Es ist ein Unglück, daß solch bedeutsame Vorschläge in einer so ängstlichen Form vorgebracht worden sind, daß diejenigen, die sie zu ignorieren wünschten, leicht behaupten konnten, sie hätten nie etwas von ihnen gehört. Selbst Reden von Staatssekretären können, wenn sie bei Gelegenheit einer akademischen

Feier in einer kleinen Provinzstadt gehalten werden, sehr wohl in fremden Staatskanzleien, deren Postsäcke von wichtigen Depeschen aus allen Ländern überquellen, übersehen werden, ohne daß man den Beamten absichtliche Vernachlässigung vorwerfen kann. Aus der späteren Haltung des Herrn Bonar Law im Lauf der Parlamentsdebatte über den Ruhreinbruch war es klar zu erkennen, daß er jedenfalls Herrn Hughes' Rede in New Haven nicht gelesen hatte. Ängstliches Zaudern von Diplomaten macht keinen Eindruck in einer großen Situation, und so führt es zu nichts. Hier haben wir ein glänzendes Beispiel, wie man nicht sprechen soll, wenn man gehört zu werden wünscht, und wie man sprechen soll, wenn man wünscht, daß niemand darauf acht gibt.

London, 4. Juli 1923.

Achtes Kapitel

Der französische Einbruch im Ruhrgebiet

Frankreich ist wieder einmal auf den darniedergestreckten Leib Deutschlands gesprungen und seine Holzschuhe sind mit einem Krachen aufgeschlagen, das auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans die Herzen Unzähliger, deren Freundschaft für Frankreich die Verluste und Kümmernisse eines vierjährigen Krieges überdauert hat, verzagen lassen muß. Deutschland ist nach einer unerhörten Anstrengung, die die vereinigten Kräfte Amerikas, Italiens und des ganzen britischen Reichs ebensogut wie die Frankreichs bis zum äußersten angespannt hat, niedergerungen und entwaffnet worden, und seine Arme sind mit den Fesseln eines harten Vertrags gebunden; so kann sich jede dieser Mächte für sich allein mit völliger Straflosigkeit das Vergnügen gönnen, auf ihm herumzutanzen, während es am Boden liegt. Sooft dieses Schauspiel wiederholt wird, bietet es denen, die sich dem öden Genuß der Rache für vergangene Unbill hingeben, Anlaß zu großer Befriedigung. Es liegt zweifellos für eine unsportmäßige Gesinnung eine gewisse Freude darin, einem hilflosen Riesen, der einen ehemals mißhandelt hat, Tritte zu versetzen, zumal wenn er die Mißhandlung wiederholt haben würde, falls dem

Angegriffenen nicht mächtige Nachbarn geholfen hätten. Aber was wird das dem verwüsteten Frankreich oder seinen mit Steuern überbürdeten Helfern nützen? Der Wert der Kohlen und des Holzes, die man über die bisherigen Leistungen hinaus aus Deutschland herauspressen wird, wird kaum die unmittelbaren Kosten der Beitreibung decken. Obgleich Deutschland die Mehrkosten tragen soll, werden die Aufwendungen für diese Strafmaßnahmen letzten Endes die Mittel für Reparationen vermindern und deswegen dem Sieger zur Last fallen.

Wieviele von denen, die das Reparationsproblem studieren, haben sich je die Mühe gegeben, festzustellen, bis zu welchem Maße die Unterhaltung alliierter Besatzungsheere die Hilfsquellen Deutschlands bereits erschöpft hat? Teils durch direkte Barzahlungen, teils durch die Kosten der Verpflegung und durch die Auslagen für Lieferungen, Arbeitsleistungen und Material zum Zweck der Erbauung großer Kasernen haben diese Armeen Deutschland schon sechs Milliarden Goldmark gekostet, ungefähr 1 200 000 000 Dollar oder über 300 Millionen Pfund. Sterling. Wieviel besser wäre es gewesen, wenn dieses Geld in der Hauptsache dazu verwendet worden wäre, das verwüstete Gebiet wieder aufzubauen. Jetzt, wo man gegen Deutschland um deswillen, was der amerikanische Vertreter in Paris als seine „technische Versäumnis" bezeichnete, wieder Krieg zu führen beginnt, ist es nicht ohne Bedeutung, sich daran zu erinnern, daß Deutschland, sei es durch die Auslagen für die Besatzungsarmee, sei es durch die bereits entrichteten Reparationsleistungen, bisher an die Verbündeten über dreimal soviel bezahlt hat, als die gesamte im Jahre 1871 von Bismarck erzwungene Kriegsentschädigung betrug. Hierbei sind die ausgedehnten und hochentwickelten Kolonien, die Deutschland ausgeliefert hat, überhaupt noch nicht in Rechnung gestellt. Deshalb darf niemand an dieses Problem herantreten, als hätte er mit einem widerspenstigen Land zu tun, das sich entschlossen weigert, irgendwelche Verpflichtungen aus einem von ihm unterzeichneten Vertrage anzuerkennen.

Daß man sich die Kosten des letzten Krieges nicht ersetzen lassen kann, ist allgemein anerkannt. Es ist schon schwer genug, die Mittel ausfindig zu machen, um die angerichteten

Schäden zu ersetzen. Wer soll nun die wachsenden Kosten dieses neuen Krieges bezahlen?

Bisher habe ich mich auf die unmittelbaren Auslagen dieser aggressiven Maßnahme beschränkt. Die mittelbaren Kosten werden sowohl für den Sieger wie für den Besiegten erdrückend sein. Schon jetzt steigen sie von Tag zu Tag. Die bloße Androhung hat den Wert des Franken herabgesetzt und auf diese Weise seine Kaufkraft im Ausland verringert. Diesen Verlust muß der französische Konsument tragen. Der Frank mag wieder steigen, aber es sollte mich wundern, wenn die Besserung mehr als eine vorübergehende wäre. Alles, was ein ungeschultes Auge im Augenblick als offensichtlich erkennt, ist die Art und Weise, wie die Mark den französischen und belgischen Franken langsam auf ihrem Weg zum Abgrund nach sich schleppt. Da die Entfernung zwischen ihnen sich vergrößert und das unsichtbare Band, das sie zusammenknüpft, dünner und dünner wird, mag es schließlich reißen und so den Franken aus seiner gefährlichen Verbindung loslassen. Aber ich bezweifle das. Denn wenn Deutschland bankerott macht, so bedeutet dies, daß auch der Hoffnungsvollste auf dieses Land nicht mehr als auf ein Mittel blicken kann, um französische Defizits aufzufüllen. Sobald dies dem französischen Bauern klar wird, wird er sich nicht mehr so bereitwillig von seinen Ersparnissen trennen, und in diesem Zeitpunkt werden die wirklichen Schwierigkeiten französischer Finanzwirtschaft beginnen. Deshalb wird eine Politik, die die deutsche Währung zerrüttet, gleichzeitig für die Zahlungsfähigkeit der französischen Finanzen verderblich werden.

Wir wollen die voraussichtliche Verkettung der Ereignisse verfolgen. Die entsetzte deutsche Mark stürzt sich kopfüber in den Grund des Brunnens hinein, in dem die österreichische Krone schon hoffnungslos versunken ist. Solange man Reparationskohle mit Bajonetten herausgraben und Reparationsholz mit Schwertern fällen will, ist es vergebene Mühe, sich über die Wiederherstellung der Mark durch Ordnung der deutschen Finanzen zu unterhalten. Kein Steuertarif, so flink er auch folgt, kann mit der durchgehenden Mark Schritt halten. Es würde den findigsten Finanzmann in Verwirrung setzen, müßte er seinen Haushaltplan einer Währung anpassen, die

jenseits des Horizonts verschwindet, während er an seinem Schreibtisch sitzt, um die Voranschläge zu machen. Wenn die bloße Drohung mit Gewalt eine solche Panik hervorgebracht hat, was wird dann die Wirkung der durchgeführten Maßnahmen sein? Man kann dreist voraussagen, daß der Vormarsch französischer Truppen in Deutschland der furchtsamen Mark die Seelenruhe nicht wiederbringen und ihre Flucht nicht aufhalten wird.

Was wird infolgedessen aus der Hoffnung auf erneute Zahlung von Jahresraten für Reparationen? Bestenfalls könnte man von Deutschland nur Zahlung erwarten, wenn sein Außenhandel sich derart höbe, daß es aus seiner Ausfuhr einen Überschuß erzielte, um damit die fälligen Jahresraten zu zahlen. Sein Außenhandel hängt in weitem Maße von seinen Währungsverhältnissen ab. Diese sind jetzt für Jahre hinaus ohne Aussicht auf Wiederherstellung zerstört.

England schlug für eine kurze Spanne von Jahren ein freiwilliges Moratorium vor, um Deutschland in eine Lage zu versetzen, die ihm erlauben würde, nach Ablauf jenes Zeitraums angemessene Jahreszahlungen zu machen. Die französische Regierung hat tatsächlich ein zwangsweises Moratorium für eine unabsehbare Zeit ohne Aussicht auf Zahlungen an die Stelle gesetzt. Die einzige Möglichkeit, baldige Teilzahlungen auf Reparationskonto zu sichern, bestände darin, daß man einen Druck auf Deutschland ausübte, damit es seine Finanzen in Ordnung bringe, daß man ihm dafür aber auch eine angemessene Frist gäbe. Die einzige Möglichkeit, auf deutsche Sicherheiten hin eine Anleihe auf den Markt zu bringen, damit Frankreich instand gesetzt würde, die Kosten der Wiederherstellung seiner zerstörten Provinzen zu bezahlen und seine eigenen Finanzen in Ordnung zu bringen, bestände in der Stabilisierung der deutschen Währung. Französische Staatsmänner haben mit bewußter Absicht diese beiden Möglichkeiten beiseite geworfen. Die Folgen, die das für ihre eigene Währung nach sich ziehen wird, müssen schwere sein, und die Franzosen werden durch vermehrte Kosten ihrer Lebenshaltung für ein Abenteuer zu zahlen haben, das durch eine kurzsichtige und leidenschaftliche Staatskunst diktiert worden ist. Wenn man an die Folgen denkt, wird man zu der Frage gezwungen,

ob die französischen Politiker wirklich nach Reparationen suchen oder einen anderen Zweck verfolgen, der mit der Absicht, Geldzahlungen gemäß dem Inhalt des Friedensvertrags beizutreiben, unvereinbar ist. Das ist der falsche Weg zu Reparationen. Er führt genau in entgegengesetzter Richtung.

Wohin führt er? Soweit es sich um die deutsche Industrie handelt, unzweifelhaft zum Ruin. Über seine verhängnisvolle Einwirkung auf die deutsche Währung habe ich schon gesprochen, ebenso über den mittelbaren Einfluß einer sich rasch entwertenden Valuta auf den deutschen Außenhandel. Die Beschlagnahme der Ruhrbergwerke wird eine weitere ernste Wirkung haben. Schon jetzt hat die zwangsmäßige Veräußerung eines so großen Teiles des deutschen Kohlenvorkommens an der Ruhr, in Schlesien und an der Saar zum Nachteil der deutschen Industrie die deutsche Produktionskraft vermindert. Der Ausfall an Brennstoffen, der dadurch im Innern Deutschlands hervorgerufen wurde, ist zum Teil durch Kohlenankäufe an ausländischen Quellen gedeckt worden. Die Notwendigkeit, sich Gold zu verschaffen, um fremde Kohlen zu bezahlen, hat wesentlich zu den finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands beigetragen. Die gewaltsame Ablenkung großer Mengen von Ruhrkohle nach Frankreich und Italien wird weitere Ankäufe im Ausland von noch größerem Umfang unvermeidlich machen und weitere finanzielle Schwierigkeiten werden die Folge sein. Das ist schlimm genug. Aber ich fürchte Schlimmeres. Wird der deutsche Bergmann mit derselben Stetigkeit und demselben Nutzeffekt für einen fremden Herrn arbeiten, wie er dies für den deutschen Unternehmer tat? Besteht die geringste Wahrscheinlichkeit dafür, die Erzeugung auf ihrer gegenwärtigen Höhe zu halten? Welchen Einfluß dieses neue Wirrsal auf den Welthandel haben wird, ist unberechenbar. Niemand gewinnt dadurch; jeder wird durch diesen Schritt verlieren. Wie kann ein Deutschland, dessen schwierige Finanzverhältnisse noch verwickelter gemacht werden, wie kann ein Deutschland, dessen Industrie auf immer größere Hindernisse stößt, wie kann ein Deutschland, das zur Verzweiflung getrieben wird, für Frankreich, Belgien, Italien oder irgendein anderes Land von dem geringsten Nutzen sein? Die unbesonnenen Zeitungsschreiber, die diese voreilige Politik befürwortet haben,

nehmen an, daß Frankreich daraus Vorteil zieht, weil Deutschland auf diese Weise in Ohnmacht versetzt wird. Aber für wie lange?

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß infolge dieses Schrittes Deutschland zerfällt. Ich weiß, daß man hierauf hofft. Die Franzosen sehnen sich noch immer nach den Zeiten zurück, als Sachsen, Bayern und Württemberg seine Verbündeten, beinahe seine Vasallen im Kampf gegen Preußen waren. Dies war der Köder, der den dritten Napoleon ins Verderben brachte. Dies ist das Lockmittel, das Frankreich noch einmal in den sicheren Untergang führt. Diese Politik wird Frankreich keine Sicherheit für die Zukunft bringen; sie wird ihm jede Hoffnung auf Reparationen in der unmittelbaren Gegenwart rauben. Es wird kein Deutschland mehr dasein, das zahlen könnte. Der Versuch, von jedem der getrennten Einzelstaaten Entschädigungen zu verlangen, würde völlig hoffnungslos sein. Aber würde nicht die Sicherheit vermehrt werden? Keine Gewalt kann die Deutschen auf die Dauer auseinander halten. Sie werden im gegebenen Augenblick sich unter günstigeren Bedingungen wieder vereinigen, befreit sowohl von der äußeren wie von der inneren Verschuldung. Frankreich wird seine Reparationsansprüche verloren und nur den Haß eines unversöhnlichen Feindes behalten haben, der gefährlicher geworden ist als je zuvor.

Wie würde es Europa in der Zwischenzeit ergehen, während Frankreich aus künftiger Erfahrung lernen müßte, was jedes andere Land schon heute erkennt? Niemand weiß, was geschehen wird, wenn ein tapferes Volk von 60 Millionen sich der völligen Vernichtung gegenüber sieht. Ob es sich zur Linken oder zur Rechten wenden wird, das wird von Fragen persönlicher Führerschaft abhängen, die sich noch nicht entscheiden lassen. Eins ist gewiß, daß es schwerlich auf dem bisherigen Wege eines ehrlichen Kampfes für geordnete Freiheit und demokratische Selbstverwaltung fortgehen kann. Die französische Proklamation mit ihrer Androhung „strengster Maßregeln im Falle der Widersetzlichkeit" ist von übler Vorbedeutung für das Kommende. Kein Volk, das an nationale Unabhängigkeit gewöhnt war, ist jemals imstande gewesen, ein fremdes Joch lange zu ertragen.

Das Vorgehen des Reichskanzlers Cuno ist die erste Ankündigung dieses Geistes der Empörung. Er wird sicherlich an Intensität zunehmen. Dann wird der Peitschenhieb früher oder später erfolgen und Deutschland wird dadurch unvermeidlich zu verzweifelten Schritten gedrängt werden. Ein kommunistisches Deutschland würde ganz Europa anstecken. Die europäische Lebenskraft ist durch Erschöpfung so vermindert, daß sie nicht imstande ist, der Seuche zu widerstehen. Wäre ein reaktionäres Deutschland, das Rache brüten und planen würde, wesentlich besser? Rußland mit seinen unermeßlichen Hilfsquellen an Menschen und Material ist nahe zur Hand; es braucht alles, was Deutschland am besten zu geben und am besten zu entbehren vermag. Die bolschewikischen Führer warten nur auf das, was Deutschland so gut liefern könnte, um ihr Land wieder instand zu setzen und es zu dem furchtbarsten Staatswesen in Europa oder Asien zu verwandeln. In vergangener Zeit haben Völker, die von Osten her hart bedrängt wurden, sich unwiderstehlich nach Westen vorwärts bewegt. Demselben Naturgesetz folgend, wird ein Volk, das von Westen her hart bedrängt ist, sich nach dem Osten wenden.

Als die französischen Truppen auf Essen marschierten, begannen sie die in ihren Folgen am weitesten reichende und vielleicht unheilvollste Bewegung von allen, die man während der letzten Jahrhunderte in Europa beobachtet hat. Und dies ist nun das Volk, das nach 50 Jahren geduldigen und arbeitsreichen Wartens im Jahre 1918 der Welt die Torheit beweisen wollte, mit der 1871 der Sieg mißbraucht worden sei! Wenn der Lehrer so schnell seine eigene besondere Lektion vergißt, so ist es nicht wahrscheinlich, daß der Schüler an sie denkt, wenn einmal seine Wut stärker wird als seine Furcht.

Algeciras, 15. Januar 1923.

Neuntes Kapitel

Versäumte Gelegenheiten

Nachdem die französische Regierung den großen Schlag, auf den sie gerechnet hatte, offenbar nicht hat gewinnen können, verdoppelt sie den Einsatz bei jedem Verlust. Wann

wird das enden? Und wo wird es enden? Es ist übel, mit menschlichen Leidenschaften zu spielen. Sie sind alle an diesem wilden Abenteuer beteiligt, und zwar auf beiden Seiten des Spieltisches: Stolz, Habgier, Eitelkeit, Eigensinn, Empfindlichkeit, Streitsucht, Rassengegensätze — aber auch Vaterlandsliebe, Gerechtigkeitssinn, Haß gegen Unbill und hoher Mut. Beide Seiten beziehen ihre Waffen aus demselben Arsenal feuriger menschlicher Empfindungen. Wenn nicht jemand dazwischentritt, um ihnen Halt zu gebieten, fürchte ich, daß das Ergebnis verheerend sein wird.

Frankreich hat jetzt jede Hoffnung aufgegeben, daß es die Bergwerke, Bahnen und Fabriken der Ruhr durch militärische Kräfte betreiben könnte. In heutiger Zeit kann man nicht jeden Arbeiter niederschießen, der nicht soundso viel Zentner Kohle am Tage fördert, oder der sich weigert, einen Bahnwagen zu beladen oder eine Lokomotive in Bewegung zu setzen, so oft ihm das von irgend jemanden befohlen wird. Frankreich kann die nötigen Ersatzmannschaften an Bergleuten und Eisenbahnern nicht von auswärts herbeischaffen, um die durch widerwillige Ruhrarbeiter entstandenen Lücken auszufüllen, und selbst wenn es dazu imstande wäre, würde es manchen Monat kosten, bis die Ersatzmannschaften so weit an ihre neuen Arbeitsbedingungen gewöhnt wären, daß sie sich bei ihrer Arbeit nicht selbst in Gefahr brächten. Deshalb hat man eine neue Politik improvisiert. Sie bedeutet nichts anderes als eine Belagerung Deutschlands. Sechzig Millionen Deutsche sollen durch Hunger zur Übergabe gezwungen werden. Das ist ein langwieriges Geschäft, wie jeder weiß, der sich einmal mit den schwierigen Maßnahmen zur Unterdrückung eines Streikes befaßt hat. Wir haben oft wahrgenommen, daß Arbeiter, die von der übrigen Bevölkerung wenig Unterstützung oder Sympathie erhielten, noch wochenlang aushielten, nachdem ihre Geldmittel erschöpft waren. In Deutschland sind alle Klassen im Widerstand einig. Der Nationalstolz stärkt die Ausdauer und erhöht die Opferfreudigkeit. Auch sind die Häfen noch offen. Inzwischen können Ereignisse eintreten und Entwicklungen sich vollziehen, die eine Lage schaffen, der alle Hilfsmittel der Eindringlinge wirkungslos gegenüberstehen.

Es hat wenig Zweck, über ein beendetes Spiel zu reden, aber es gibt viele Leute, die behaupten, daß der Einfall ins Ruhrgebiet kommen mußte, und zwar je eher, je besser. Die Maßnahmen gegen die Ruhrbergwerke seien die unvermeidlichen Jugendstreiche der Reparationsfrage. Man müsse schnell über sie hinwegkommen. Mit dem Kopfweh werde die Reue kommen und Frankreich werde sich dann zu einem ruhigen Leben bequemen. So ist der Gedankengang. Ich muß gegen diese Auffassung feierlich Protest einlegen. Wenn man diese übelberatene Unternehmung noch für wenige Monate mehr hätte aufhalten können, so glaube ich nicht, daß irgendeine französische Regierung sich darauf eingelassen haben würde. Es gibt keinen französischen Staatsmann von irgendwelcher Bedeutung, der in seinem Innersten glaubte, daß sie weise sei. Jetzt, wo Frankreichs Kredit von ihrem Erfolge abhängt, werden alle dafür eintreten. Aber die öffentliche Meinung Frankreichs als Ganzes rückte mit überraschender Geschwindigkeit von dieser Politik ab. Zwar der Puls von Paris war noch fieberhaft, aber in den Provinzen war er schon vollständig abgekühlt. Ersatzwahlen, die im Senat, in der Deputiertenkammer und den Provinzialvertretungen nötig wurden, haben während mehrerer Monate Gelegenheit geboten, die wahre Meinung Frankreichs zu erproben, und die Ergebnisse waren sensationell. In einem Wahlkampf nach dem andern, wie sie in typischen Wahlkreisen über ganz Frankreich ausgefochten wurden, sind die Vertreter der Ruhrpolitik durch bedeutende Mehrheiten geschlagen worden. Massen französischer Arbeiter haben sich dieser Politik immer widersetzt. Der Bauer ist ja in jedem Land schwer zu einer Stellungnahme zu bewegen; aber es kann kein Zweifel sein, daß der französische Bauer jetzt von militärischen Abenteuern genug hat. Die Bauernsöhne waren nie in der Zahl der Zurückgestellten, und die Verluste in den Bauernhütten Frankreichs waren furchtbar. Wenn man durch die Dörfer in den landwirtschaftlichen Gebieten Frankreichs fährt, fragt man unwillkürlich: „Wo sind die jungen Leute?" Immer lautet die Antwort: „Dies Dorf hat schwer unter dem Krieg gelitten!" Dieselbe Antwort hört man von Dorf zu Dorf. Man kann sich daher nicht wundern, daß Nachwahlen sowohl in ländlichen wie in städtischen Be-

zirken von einer unmißverständlichen Abneigung gegen solche Pläne Zeugnis ablegen, die den Einmarsch bewaffneter Franzosen in feindliches Gebiet mit sich bringen. Die trauernde Bevölkerung Frankreichs hat guten Grund, vor jeder Maßnahme zurückzuscheuen, die zu weiterem Blutvergießen führt.

Aus diesen Gründen bin ich unentwegt für jeden Plan eingetreten, der geeignet war, die Entscheidung in der Ruhrfrage hinauszuschieben. Aufschub bedeutet letzten Endes die Niederlage der Chauvinisten. Das ist der Grund, weshalb diese sich so ereiferten, ihre Regierung in diese überstürzte Aktion hineinzutreiben. Der plötzliche Abbruch der Pariser Konferenz war die rechte Gelegenheit für sie, und sie griffen mit zitternden Fingern danach. Bis dahin war es niemals zu einem glatten Abbruch gekommen, mit dem man eine Gewalttat begründen konnte. Dafür hatten die Freunde der Mäßigung sowohl in England wie auf dem Kontinent gesorgt. Man hatte die Streitfragen Sachverständigen zur Untersuchung vorgelegt und, um einen Bericht abzuwarten, beruhigende Vertagungen eintreten lassen. Traf der Bericht ein, so gab es endlose Anregungen und Gegenanregungen, um den Schwierigkeiten zu begegnen. So konnte Europa vor der Katastrophe, daß es noch einmal sein Schicksal blinder Gewalt übergab, schließlich gerettet werden. Unglücklicherweise verleitete Müdigkeit oder Ungeduld die Unterhändler in Paris dazu, binnen weniger Stunden die Zügel fallen zu lassen, die mindestens vier Jahre lang die Furien abgehalten hatten, auf der Bahn der Zerstörung vorwärtszustürmen. Es standen noch manche Pläne zur Wahl, über die man hätte verhandeln können. Da war der Vorschlag, die ganze Frage dem Völkerbund vorzulegen. Es ist wahr, als ich ihn im August 1921 vorlegte, wurde er von Herrn Poincaré summarisch verworfen. Aber andererseits verwarfen die Verbündeten auf jener Konferenz die Vorschläge Herrn Poincarés mit einer Mehrheit von 4 : 1. Das hielt ihn nicht ab, sie im Januar zu wiederholen — und dieses Mal gelang es ihm, die Mehrheit für seine Ansicht zu gewinnen. Etwas mehr Ausdauer, etwas weniger Pessimismus hätte Belgien, Italien und Japan zu der Überzeugung gelangen lassen, daß es besser sei, unseren Appell an Frankreich zu unterstützen und lieber dem Völkerbund zu vertrauen als der Ungewißheit eines Krieges.

Noch unerklärlicher ist die Tatsache, daß die Konferenz es nicht vermochte, von Herrn Staatssekretär Hughes Rede in New Haven Notiz zu nehmen. Der Weg dieser Streitfrage ist mit versäumten Gelegenheiten gepflastert. Da waren zunächst die Verhandlungen von Cannes, die abgebrochen wurden, gerade als sie begannen, fruchtbar zu werden. Hätte man sie nur eine Woche fortgesetzt, so würden sie in einer ersprießlichen Regelung geendet haben, die Frankreich seine Reparationen, Deutschland Vertrauen und Europa den Frieden gebracht hätten. Die Verhandlungen stießen aber auf eins der vielen unsichtbaren Riffe, von denen die politische See Frankreichs starrt, und ich würde nicht überrascht sein, wenn die ganze Reparationsladung mit diesen schiffbrüchigen Verhandlungen rettungslos in die Tiefe versänke.

In Genua warf Deutschland eine große Gelegenheit weg, als alle Völker Europas zusammenkamen, um zum ersten Male ihre Sorgen im Geiste gleicher Berechtigung und freundlicher Gesinnung zu erörtern. Zwar war die Reparationsfrage auf Drängen Frankreichs vom Programm der Konferenz ausgeschlossen; aber der Geist, den eine freundliche Regelung aller anderen ungelösten Fragen mit sich gebracht haben würde, hätte eine verständige und maßvolle Erwägung der Reparationsfrage unvermeidlich gemacht. Alles das vereitelte Deutschland durch die törichte Inszenesetzung seines Vertrags mit Rußland. Ärger und Verdacht bekamen von neuem eine Geißel in die Hand, und sie machten von ihr einen erbarmungslosen Gebrauch, um alle guten Absichten für Deutschland aus den Vorhöfen jenes großen Kongresses zu vertreiben. Wieder eine versäumte Gelegenheit!

Dann kam die Bankierkommission, die eingesetzt wurde, um die Frage einer internationalen Anleihe zu erörtern. Die Anleihe sollte Frankreich in den Stand setzen, die Wiederherstellung seiner zerstörten Gebiete zu finanzieren, und Deutschland helfen, seine demoralisierte Valuta wieder zu festigen. Ich erinnere mich noch gut, wie eifrig der arme Rathenau darauf aus war, jene Anleihe zustande zu bringen, und wie hoffnungsvoll er war, daß sie gelingen würde. Er vertraute darauf, daß die deutschen Staatsangehörigen, die ihr Geld in anderen Ländern untergebracht haben, veranlaßt

werden könnten, die Anleihe mit großen Summen zu zeichnen. Die beteiligten Bankiers — sie alle hatten den höchsten Ruf in der Finanzwelt — rechneten damit, daß, wenn die deutschen Reparationen auf eine verständige Gesamtsumme festgesetzt würden, Kapitalisten in der ganzen Welt froh sein würden, ihr Geld in einer großen internationalen Anleihe anzulegen, die zum Wiederaufbau Europas dienen konnte. Die französische Regierung lehnte es hochmütig ab, die wesentlichen Bedingungen, die von den Bankiers aufgestellt waren, in Erwägung zu ziehen. Wieder eine versäumte Gelegenheit! Europa mußte auf seinem mühseligen Weg forthumpeln, um eine neue zu suchen.

Diese kam mit der berühmten Rede von Mr. Hughes. Sie war sicherlich das Ergebnis eingehender Erwägungen. Seit Wochen waren Gerüchte verbreitet, daß man in Washington ernstlich über den Zustand Europas berate, und wir hatten Grund zu der Hoffnung, daß Amerika diesmal Ernst machen wollte. Was herauskam, war das Angebot des Staatssekretärs Hughes. Es erging vier Tage vor der Pariser Konferenz und war offenbar dazu bestimmt, von den Verbündeten dort erörtert zu werden. Man hat sich bemüht, die Bedeutung dieser amerikanischen Annäherung an Europa zu verkleinern. Aber es ist mir unverständlich, wie man eine so bedeutsame Kundgebung behandeln konnte, als läge nur die zufällige Äußerung eines Politikers vor, der nach einem mehr oder weniger interessanten Gegenstand gesucht hat, um seine Rede auszuschmükken. Wieder eine versäumte Gelegenheit — vielleicht die größte — vielleicht die letzte! Niemals hat sich das Schicksal so eifrig bemüht, die Dummheit zu retten. Aber das Schicksal verliert leicht die Geduld, und dann pflegt es harte Schläge zu versetzen.

London, 15. Februar 1923.

Zehntes Kapitel

Französische Pläne

„Französische Truppen besetzen neues deutsches Gebiet." „Weiterer Vormarsch nach Deutschland hinein." „Verstärkungen." „Die Franzosen schneiden den englischen Brücken-

kopf am Rhein ab." „Vorschläge für eine neue Währung im Ruhrgebiet." Wohin soll das alles führen? Geht es wirklich um Reparationen? Signor Nitti, der alle Urkunden in bezug auf französische Pläne gegen Deutschland sorgfältig geprüft hat, ist endgültig zu dem Schluß gelangt, daß diese Maßregeln mit der Erzielung von Schadenersatz für die zerstörten Gebiete nichts zu tun haben, daß sie vielmehr alle zur Durchführung eines umfassenden Planes ergriffen werden, um Frankreich die Herrschaft über das ganze Kohlen- und Eisenvorkommen des europäischen Festlandes zu sichern. Er gibt für seine Theorie gleich die genauen Belege.

Irgend etwas hat unzweifelhaft auch den Verdacht Signor Mussolinis geweckt. Der Verdacht kommt etwas spät am Tag, um noch Nutzen zu stiften. Herr Mussolini findet natürlich keinen Geschmack an der Vorstellung eines Italien, dessen Kohlen- und Stahlzufuhr der Gnade eines gigantischen, von Paris aus geleiteten Trustes überantwortet ist. Italien selbst hat weder Kohle noch Eisen. In seinem Interesse liegt deshalb die Freiheit des Weltmarktes. Daher Signor Mussolinis Unruhe. Hat sie irgendwelchen Grund? Wer da meint, daß die italienischen Staatsmänner sich unnötig aufregen, der möge nur einmal die Erörterungen in der französischen Presse bis zu den kürzlich gehaltenen Reden der Herren Millerand, Barthou und Poincaré nachlesen.

Was Herrn Barthous Eingreifen anlangt, so habe ich als einer der Gründer der Reparationskommission das Gefühl, ein Wort dazu sagen zu müssen. Es gab bedeutsame Fragen über Betrag, Methode und Zeitpunkt, die nicht vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags entschieden werden konnten und die überhaupt nicht zu regeln waren, ohne daß man Deutschland volle Gelegenheit zur Aussprache gegeben hatte. Daher die Einsetzung der Reparationskommission. Sie wurde ins Leben gerufen, um jene Fragen zu regeln, nachdem sie Beweis aufgenommen und über das Ergebnis beraten haben würde. In dieser Kommission ist ja Herr Barthou jetzt der Vorsitzende. Er präsidiert also einer Körperschaft, der richterliche Funktionen von schwerwiegendem Charakter anvertraut sind. Er hat von Zeit zu Zeit Urteile zu fällen über Streitfragen, die von deutscher Seite bald unter diesem, bald unter

jenem Gesichtspunkt vorgebracht werden. Aufreizende Reden über dieselben Gegenstände, für die er sich das ruhige Urteil des Richters bewahren muß, sind mit seiner Stellung völlig unvereinbar. Als Herr Poincaré denselben Posten innehatte, sah er schließlich ein, daß er nicht andauernd streitlustige Artikel über Fragen schreiben durfte, die vor ihm zur richterlichen Entscheidung kommen konnten. Es war deshalb sehr angemessen, daß er auf seine Stelle in der Kommission verzichtete.

Um aber auf die Reden zurückzukommen, die jene hervorragenden Staatsmänner gehalten haben — wenn sie wirklich gemeint haben, was ihre Worte sagen, dann gedenkt Frankreich, die Ruhr festzuhalten. Nicht auf dem Wege der Annektion! O nein! Das ist, nach Herrn Barthou, eine „törichte, verleumderische und blödsinnige" Lüge. Aber Frankreich gedenkt, die Pfänder zu behalten, bis die Reparation bezahlt ist. Was sind das für Pfänder? Die Industrien des Ruhrgebiets. Wenn die französische Regierung beabsichtigt, die Herrschaft über die Industrien, die das Leben dieses hochentwickelten Gebiets darstellen, für 30 Jahre an sich zu reißen, so beansprucht sie größere Autorität über jene Gegend, als sie über den Bergbaudistrikt des Pas de Calais ausübt. Abgesehen von Kriegszeiten, wird keine Regierung es selbst in ihren eigenen Bergbaudistrikten auf sich nehmen, die Verfrachtung und Verteilung der geförderten Kohle zu dirigieren. Aber wir haben Anzeichen, daß die Herrschaft über die Ruhrindustrien noch von viel weiter reichendem Charakter sein soll als diesem, und hierzu passen die Anspielungen — deutliche Anspielungen — der französischen Presse. Damit Frankreich die Zahlungen der Reparationsannuitäten für die Zukunft sicherstellen kann, sollen ihm Anteile an jenen großen Bergwerken und Fabriken gegeben werden. Welches soll das Verhältnis dieser Anteile sein? Unter den Pfändern, die Herr Poincaré im August letzten Jahres verlangte, befanden sich 60% der Anteile an gewissen deutschen Schlüsselindustrien in der Rheingegend. Es ist klar, daß die Ruhrindustrien im Umkreis dieser Forderung eingeschlossen sind. Frankreich hat das Eisenerz Lothringens und die Kohle des Saarbeckens. Seine Finanzleute haben eifrig Kohlenbergwerke in Schlesien aufgekauft. Wenn es sich noch

das herrschende Interesse an den Ruhrbergwerken sichern kann, und wenn es Belgien und Polen dazu bringt, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, dann wird diesem ungeheuren Kohlen- und Eisentrust das Festland Europas auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein.

Im vorigen Kapitel wies ich darauf hin, daß die Häfen noch offen stehen. Solange sie das tun, kann sich Zentraleuropa bis zu einem gewissen Grade gegen jenen gigantischen Trust schützen; denn die Erzeugnisse Englands und Amerikas werden noch verfügbar sein. Auch gegen diese Möglichkeit muß man also Vorsorge treffen. Nichts darf man dem Zufall überlassen. Eins von den Pfändern ist die Kontrolle über die deutschen Zölle. Wie kann Deutschland seinen Staatshaushalt ohne Einkünfte ins Gleichgewicht bringen? Wie kann es Einkünfte flüssig machen ohne einen Zolltarif? Welcher Tarif könnte ergiebiger sein als Zölle auf fremde Kohlen und Metallprodukte? So würden alle Erzeugnisse, die in Wettbewerb treten könnten, von den deutschen Märkten ausgeschlossen. Der Trust würde souverän sein.

Es ist wahr, wenn dieser zynische Plan gelingt, ist es mit den Reparationen aus — denn die Unabhängigkeit der deutschen Industrie würde erdrosselt sein und ihr Leben bald dahinsiechen. Aber es gibt Anzeichen dafür, daß die französische Unternehmungslust jeden Gedanken an Reparationen fallen gelassen hat und nur auf Beute sinnt — auf Beute von unermeßlicher Größe. Denn die Erörterungen in der französischen Presse fassen noch weitere, mehr in die Ferne reichende Entwicklungen ins Auge als die, die unmittelbar mit der Herrschaft über die deutschen Industrien zusammenhängen. Italien, Polen, ja selbst Rußland sollen mit einbezogen werden. Die sittliche Höhe, mit der Pariser Zeitungen jahrelang den Grundsatz vertraten: „Kein Verkehr mit Mördern", wird jetzt aufgegeben. Anstatt dessen finden wir viel sentimentales Geschwätz über die Wiederherstellung der alten freundlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland — natürlich für entsprechende Gegenleistungen. Rußland soll kaufen; Deutschland soll erzeugen; Frankreich soll den Profit haben.

Diese Vorschläge, die seit einiger Zeit in der Luft lagen, findet man jetzt in Druckerschwärze. Gewöhnlich ist der Druck

schwarz — später wird er wohl rot werden. Zwanzig Menschenleben sind schon bei den Präliminarien der Durchführung verlorengegangen. Ich fürchte, es werden sehr viel mehr werden, wenn sich die Schwierigkeiten erst klarer herausstellen.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß die Bedingungen, die Deutschland im Falle seiner Unterwerfung annehmen soll, niemals formuliert worden sind. Kein Ultimatum ging dem Einbruch voraus. Wenn Deutschland morgen die Hände hochhebt, was für Bedingungen würde es zu erfüllen haben? Wer kann das sagen? Deutschland weiß es offenbar nicht. Die britische Regierung weiß es auch nicht. Auf der Pariser Konferenz hat man nicht darüber gesprochen. Herr Poincaré hat nur mit Nachdruck behauptet, daß er sich auf Versprechungen nicht einlassen werde. Wenn die Ruhr überhaupt geräumt werden soll, so muß man sich zu irgendeinem Zeitpunkt auf Versprechungen einlassen. Denn Deutschland kann nicht Kohlenlieferungen für zehn Jahre im voraus leisten und es kann nicht fünfzig Milliarden Goldmark über den Ladentisch zahlen. Wenn also Herrn Poincarés Behauptung irgendeinen Sinn hat, dann muß die Herrschaft über die Ruhrindustrien auf Frankreich übertragen werden, bis die ganze Pfandschuld getilgt ist. Daher der umfassende Plan zur Ausbeutung Deutschlands und mittels Deutschlands zur Ausbeutung Europas.

Ein hübscher Plan, aber ein Plan, der — wie die meisten Pläne, die nicht mit der menschlichen Natur rechnen — fehlschlagen muß. Wie lange würden es sich Italien und Rußland gefallen lassen, zur Bereicherung französischer Kapitalisten ausgebeutet zu werden? Italien hat sich schon dahin erklärt, daß es nicht daran denkt, in diese Falle zu gehen. Ob man sich Rußland bereits genähert hat oder nicht, steht dahin. Möglicherweise hat man formlos sondiert. Es ist nicht leicht zu berechnen, was die Bolschewiken bei gegebener Gelegenheit tun oder lassen werden. Aber davon kann man ziemlich überzeugt sein, daß sie nicht ihre Köpfe zwischen die Kiefern eines räuberischen kapitalistischen Krokodils von dieser Sorte stecken werden. Briganten sind nicht aus so einfältigem Stoff gemacht.

Werden deutsche Staatsmänner sich bereit finden lassen, ihr Land für unbeschränkte Zeit in die politische und wirt-

schaftliche Knechtschaft zu verkaufen? Das ist nicht glaublich. Zweifellos haben zwischen französischen und deutschen Kapitalisten schon einige Zeit vor dem Ruhreinbruch Fühler stattgefunden. Herrn Loucheur und Herrn Stinnes traut man zu, daß sie über die Verschmelzung der Interessen des lothringischen Eisenerzes und der Ruhrkohle Besprechungen gehabt haben. Aber der Ruhreinbruch hat die deutsche Vaterlandsliebe aus ihrer Betäubung geweckt. Ein kraftvolles neues Element ist dadurch in die Rechnung eingestellt worden. Dieses Element mischt sich nicht gut mit den internationalen Finanzinteressen. Man kann sich darauf verlassen, daß es jedem Versuch, Deutschlands Industrie unter fremde Herrschaft zu bringen, bis zuletzt Widerstand leisten wird, und ohne die Herrschaft ist das Pfand wertlos.

Dann muß auch noch der deutsche Arbeiter in Rechnung gestellt werden. Bergleute und Techniker sind in allen Ländern von sprichwörtlich unabhängiger Gesinnung. Sie nehmen nicht einmal von ihrer eigenen Regierung Befehle an. Während des Krieges mußte man ihnen gut zureden, bevor man sie dazu bringen konnte, daß sie im Interesse ihres Landes den von der jeweiligen Regierung empfohlenen Weg beschritten. Sie werden die Befehle eines Syndikats, das von fremden Regierungen beherrscht wird, mit Mißtrauen und Widerwillen betrachten. Sollten Streitigkeiten entstehen — und unter solchen Bedingungen müßten sie unvermeidlich und andauernd entstehen —, wer wird dann für den Schutz von Leben und Freiheit verantwortlich sein? Sollen fremde Truppen in Wirksamkeit treten? Oder wird das deutsche Heer und die deutsche Polizei unter Befehlen arbeiten, die in Wahrheit von Paris aus gegeben werden? Die allgemeine Sympathie wird auf Seiten der Streikenden sein.

Es ist eine phantastische Idee, die aus einem Fehlschlag geboren und deshalb verdammt ist, selbst ein Fehlschlag zu werden.

London, 1. März 1923.

Elftes Kapitel

Triebsand

Wenn man eine Strecke in Triebsand hineingewandert ist und bei jedem Schritt, den man tut, tiefer und tiefer versinkt, ist es immer schwierig, sich zu entscheiden, wie man am raschesten wieder festen Boden erreicht, ob durch Vorwärtsdrängen oder durch Zurückgehen. Eins oder das andere muß man tun; man kann nicht einfach stehen bleiben, denn das bedeutet unvermeidlichen Untergang. Die französische Regierung ist offenbar der Meinung, ihr Heil liege darin, daß sie weiter in den Sumpf marschiert. So sind drei weitere deutsche Städte besetzt worden, mehr deutsche Bürgermeister und Beamten ausgetrieben, mehr Männer und Knaben in den Straßen erschossen, mehr schwarze Truppen eingeführt, mehr Verordnungen und Entscheidungen erlassen worden; aber auch mehr Schwankungen der französischen, belgischen und italienischen Währung sind eingetreten, mehr Verwirrung in jedem Geschäft Zentraleuropas ist angerichtet — mit anderem Wort, überall findet sich mehr unsicherer Sandboden und weniger solide Kohle.

Das Gesamtdefizit an Reparationslieferungen, verglichen mit den in Spa zugesagten Mengen, belief sich auf nur 8%. Ohne diesen blödsinnigen Einbruch würde Frankreich während der letzten sechs oder sieben Wochen aus dem Ruhrbezirk beinahe drei Millionen Tonnen an Kohlen und Koks erhalten haben. In Wirklichkeit hat Frankreich während dieses Zeitraums fünfzig Tonnen erhalten. Ein Schwarm von Ingenieuren, Eisenbahnern, Schiffsarbeitern, Beamten aller Art, Hotelkellnern, unterstützt durch eine furchtbare Armee, haben in sechs Wochen dieses lächerliche Ergebnis zustande gebracht. Zweifellos wird der Betrag späterhin durch weiteren Druck und dadurch, daß man mehr Eisenbahnen einführt, noch vermehrt werden. Aber es wird lange dauern, bis Frankreich wieder die in Spa zugesagten Beträge abzüglich 8% erhält, und dann werden die Rückstände einiger Monate wieder einzubringen sein.

Kein Wunder, daß Herr Loucheur in der französischen Kammer glatt eingeräumt hat, er sei mit dem Ruhrunter-

nehmen nicht einverstanden. Er besitzt einen ausgesprochenen Vorzug vor den Ruhrausbeutern. Er versteht etwas vom Geschäft. Er kann sich auch einer anderen Gabe rühmen, deren Besitz nicht ohne Bedeutung ist, wenn man seine jetzige Haltung bedenkt. Er hat ein bewundernswert sicheres Urteil über das Wetter von morgen. Das ist eine unter Politikern seltene Gabe. Jeder Einfaltspinsel kann uns sagen, woher der Wind heute bläst, aber es erfordert einen Mann von besonderer Einsicht und Erfahrung in diesen Dingen, um die Richtung des Windes von morgen vorauszusagen. Herr Loucheur ist einer von diesen außergewöhnlich wohlausgestatteten Wetterpropheten. So genügt er der öffentlichen Meinung des heutigen Tages, indem er Herrn Poincaré unterstützt, und er sichert seine Stellung gegen den morgigen Wetterwechsel, indem er klarstellt, daß er die Politik, der er seine Unterstützung leiht, keineswegs billigt. Ich habe noch keine Erklärung von irgendeinem französischen Staatsmann von Bedeutung gelesen (mit der zweifelhaften Ausnahme des Herrn Barthou), die einen Glauben an die Weisheit des Ruhrabenteuers bekundet. Und dennoch sind französischer Mut, französischer Stolz, französische Loyalität, französische Vaterlandsliebe — und vielleicht französisches Gut und Blut — unwiederbringlich aufs Spiel gesetzt in einem ruchlosen Unternehmen, das die meisten verantwortlichen Staatsmänner, die Frankreich durch ihre Weisheit aus seinen großen Nöten herausgeführt haben, mit Zweifel, Sorge und Mißtrauen betrachten.

Wird die französische Regierung versuchen, sich aus den Schwierigkeiten herauszuwinden, in die sie ihr Land und Europa gestürzt hat? Ich fürchte nicht. Kopflosigkeit läßt den Menschen in die Gefahr hineinlaufen; er braucht Mut, um wieder herauszukommen. Und wenn das Herauskommen das Anerkenntnis eines Fehlers in sich schließt, so gibt es nur wenige Menschen, die eine so erhabene Form des Muts besitzen. Es gibt noch andere Gründe dafür, daß die derzeitige französische Regierung weiter in den Triebsand hineintappen wird. Wenn Regierungen in England Fehler machen, so zieht die Drohung einer parlamentarischen Niederlage oder ein paar verlorener Nachwahlen sie in rauher aber gesunder Weise wieder heraus, und die Regierung kann unter allgemeiner Genugtuung von

Freund und Feind ihren neuen Weg einschlagen. Die Nachwahlen in Willesden, Mitcham und Liverpool retteten die Regierung aus einer der hoffnungslosesten Verwicklungen, in die jemals eine Verwaltung ihre Angelegenheiten zu bringen gewußt hat. Unter denselben Umständen pflegt in Frankreich mit erstaunlicher Geschicklichkeit und Raschheit ein Regierungswechsel in Szene gesetzt zu werden. Aber man kann das Vorspiel, nämlich den Sturz der bestehenden Regierung, nicht arrangieren, solange nicht jemand im Hintergrunde steht, der Willens und bereit ist, die nächste Regierung zu bilden. Es gibt gewöhnlich zwei oder drei unbeschäftigte Männer von großem Ansehen, die darauf vorbereitet sind, ihrem Land bei kommender Gelegenheit zu dienen. Das Schlimme im heutigen Frankreich ist, daß jeder in Betracht kommende Regierungsleiter dieses Unternehmen mißbilligt und von seinem endgültigen Scheitern überzeugt ist. Andererseits ist aber keine hervorragende politische Persönlichkeit in Frankreich bereit, das Odium eines Rückzugssignals auf sich zu nehmen. Man würde immer sagen, daß der Erfolg vor der Tür gestanden habe und daß ohne die Feigheit und den Verrat des neuen Ministers Frankreich triumphierend aus all seinen finanziellen Schwierigkeiten hervorgegangen wäre. Die Trikolore würde erniedrigt und verraten erscheinen. Kein französischer Staatsmann wagt es, sich einer so tödlichen Anschuldigung auszusetzen. So ist die gegenwärtige französische Regierung an den Sattel ihres Renners gebunden und gezwungen, vorwärts zu jagen.

Eine weitere Erklärung für die Schwierigkeit des Rückzugs liegt in der steigenden Wut der ursprünglichen Anstifter des übereilten Unternehmens. Je fruchtloser es erscheint, desto größer ist die Energie, mit der sie die Regierung in ihre Torheiten weiter hineinspornen. Im vorangehenden Artikel gab ich eine Übersicht über die ehrgeizigen Pläne, die sie gefaßt hatten, um die Hilfsmittel Europas in einem Syndikat unter französischer Kontrolle zu vereinigen. Die europäischen Industrien von Paris aus kontrolliert zu sehen — das ist ihr glänzender Traum. Nun schlagen sie einen neuen Vertrag vor, der an die Stelle des Versailler Vertrags treten soll. Grenzlinien sollen revidiert, reiche Provinzen und Städte dem Wesen nach annektiert, die Ruhrkohle an die Lothringer Erze angegliedert

werden, und Deutschland, noch weiter zerstückelt und gefesselt, soll zu einem Staat von völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit erniedrigt werden. Es gibt nichts, was mit diesen Ideen verglichen werden könnte, bis zurück zu der Eroberung Englands durch die Normannen, als die Sachsen, nachdem sie zunächst einmal entwaffnet worden waren, zum Zweck der Bereicherung und Verherrlichung ihrer neuen Meister in eine Lage wirtschaftlicher Hörigkeit versetzt wurden. Es ist unnötig zu sagen, daß England und Amerika nicht eingeladen werden sollen, dieser neuen Friedenskonferenz beizuwohnen. Man wird ihnen gnädigst die Bedingungen des neuen Friedens zur Kenntnis geben, wenn er durch französische Waffen endgültig festgestellt sein wird. Das britische Reich, das Millionen Männer aushob, um französischen Boden von den deutschen Eindringlingen zu befreien, und das Hunderttausende seiner besten Jugend bei der Anstrengung verlor, soll nicht einmal um Rat gefragt werden bei einer Regelung, die seine eigenen Verluste erst möglich gemacht haben. Amerika, das mit Millionen seiner Tapfersten zu Hilfe eilte, scheint diesen delirierenden Gehirnen, die durch eine ungesunde Mischung von Haß, Gier und militärischer Arroganz berauscht sind, kaum einer Phrase wert. Die französische Regierung hat sich noch durch keine offenen Erklärungen mit jenen Plänen kompromittiert. Aber es ist von übler Vorbedeutung, daß sie von Schriftstellern vertreten werden, deren unaufhörlich bohrende Schreiberei die Regierung zu den gegenwärtigen Maßnahmen getrieben hat. Bis zum heutigen Tage hat man weder von dem Haupt der Regierung noch von irgendeinem seiner Untergebenen eine Ableugnung vernommen. Gerade weil er seine Ziele in so unbestimmter Form veröffentlicht hat, ist ihm der Weg frei geblieben, irgendwelchen Plan zu adoptieren. Der Begriff der Pfänder für Reparationen und für politische Sicherheit vermag eine Menge von Eingriffen zu decken.

Die englische Regierung hat soeben als Parlamentsdrucksache einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge der Pariser Konferenz erscheinen lassen. Es ist eine erstaunliche Urkunde. Soweit ich sehen kann, hat keiner der Teilnehmer sich ernstlich bemüht, den Abbruch zu verhindern. Beim ersten Fehlschlag des Versuchs einer Verständigung hoben die Delegierten ihre

Hände in Verzweiflung in die Luft und suchten nach keinem neuen Ausweg. Über nichts waren sie einig außer darüber, daß es nicht der Mühe wert war, noch einen Tag mit Versuchen über eine Verständigung zu verschwenden. Selbst Herr Theunis, der vielgewandte belgische Premierminister, wußte keinen Vorschlag mehr zu machen. Der Fluch der Unfruchtbarkeit scheint über die Konferenz hingegangen zu sein. Ich habe nicht die Absicht, länger auf diesem Zuge der verhängnisvollen und schicksalsschweren Konferenz zu verweilen. Aus einem anderen Grunde möchte ich die Aufmerksamkeit auf sie lenken. Ich habe das Blaubuch mit Sorgfalt studiert. Es kam mir darauf an, genau herauszufinden, was Herr Poincaré von Deutschland als Bedingung der Unterwerfung unter den Willen Frankreichs zu fordern entschlossen war. Was hätte Deutschland tun müssen, wenn es sich bemühen wollte, das Niedersausen des Fallbeils zu vermeiden? Ich habe seine Reden und ihre Anlagen vergebens nach irgendeiner Auseinandersetzung über diese Bedingungen durchforscht. Allerdings hat man diese Frage nie ausdrücklich an ihn gestellt. Das klingt unbegreiflich. Aber jeder der Beteiligten war so eilig darauf bedacht, die Konferenz abzubrechen und unangenehmen Mißverständnissen ein Ende zu machen, daß es ihnen niemals in den Sinn gekommen zu sein scheint, diese wesentliche Frage zu stellen. Und die Partei, die sie am meisten interessierte, war nicht vertreten. Das Ergebnis ist, daß auch niemand die Bedingungen kennt, unter denen die französische Armee bereit ist, das Ruhrgebiet wieder zu räumen. Herr Bonar Law wußte nichts zu erwidern, als er im Unterhaus darnach gefragt wurde. Das wundert mich nicht; denn niemand hat es ihm erzählt, und er hat nie darnach gefragt. Ich bin sicher, daß heute auch Herr Poincaré schon ganz vergessen hat, weshalb er eigentlich ins Ruhrgebiet eingebrochen ist. Aus diesen und aus anderen Gründen wird er dort bleiben, bis irgend etwas eintritt, das uns eine Antwort darauf gibt.

Die meisten menschlichen Tragödien beruhen auf Zufall.

London, 10. März 1923.

Das erste deutsche Angebot

Die französische und die belgische Regierung haben wieder einer Gelegenheit ins Gesicht geschlagen. Damit dieser Schlag nicht nur weh tat, sondern auch knallte, haben sie ihrer Zurückweisung des deutschen Angebots einen grausamen Urteilsspruch zugesellt, der den Chef des größten Industriekonzerns im Ruhrgebiet, wenn nicht in Europa, zu 15 Jahren Gefängnis verdammte. Wofür? Weil er anordnete, daß die Werksirenen das Signal für eine eintägige Arbeitseinstellung geben sollten, als französische Truppen den Platz besetzten. In diesem Urteilsspruch liegt ein Protzen mit Brutalität, das ein Zeichen völliger Rücksichtslosigkeit ist. Er erfolgte in dem Augenblick, als die deutsche Regierung gerade ein Friedensangebot gemacht hatte und als der Verbündete Frankreichs, der im Kriege die schwersten Opfer gebracht hatte, um Frankreich und Belgien vor dem Verderben zu retten, der französischen Regierung dringend nahelegte, sie möge dieses Angebot wenigstens als einen Ausgangspunkt für weitere Erörterungen betrachten. Die Antwort war, daß sie die deutsche Note als ein Vergehen behandelte, daß man jenes Strafurteil, das in der ganzen Welt das Billigkeitsgefühl aufs Schwerste verletzt, veröffentlichte und daß man einem Verbündeten, der in der Zeit der Not so treu zu Frankreich und Belgien gestanden hatte, nicht einmal die Höflichkeit erweisen mochte, über den Wortlaut der Antwort auf eine Note, die die Lebensinteressen aller Verbündeten so nahe berührte, mit ihm zu verhandeln. Auch in den schlimmsten Tagen hat preußische Anmaßung kein Beispiel solch plumper und kurzsichtiger Torheit gegeben. Sie bekräftigt die Bemerkung, die Lord Robert Cecil im Unterhause machte: die Haltung Frankreichs sei nur schwer mit der Annahme in Einklang zu bringen, daß die französische Regierung und die hinter ihr stehende öffentliche Meinung überhaupt eine Regelung wünschen.

Was bietet Deutschland an? Es schlägt vor, die Gesamtverpflichtung Deutschlands an Geld- und Sachleistungen auf 30 Milliarden Goldmark (eine Milliarde 500 Millionen Pfund) zu beschränken, die durch Anleihen auf den internationalen

Geldmärkten zu den üblichen Bedingungen in folgenden Raten aufgebracht werden sollen:

20 Milliarden bis 1. Juli 1927,
5 „ „ 1. „ 1929,
5 „ „ 1. „ 1931.

Das Angebot sieht Zinszahlungen, vom Juli 1923 beginnend, vor; die Lieferungen von Sachwerten auf Reparationskonto sollen in Gemäßheit der bisherigen Vereinbarungen durchgeführt werden. Dann folgt eine wichtige Bestimmung. Nachdem die Note dargelegt hat, daß die angegebenen Ziffern die Hilfsquellen Deutschlands aufs äußerste erschöpfen würden, fügt sie hinzu:

„Sollte diese Auffassung von der anderen Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes, das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einflußnahme unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten."

Weiter wird festgestellt, daß die deutsche Regierung bereit ist, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleihedienstes herangezogen wird. Auch für die Sachleistungen werden Garantien angeboten. Um einen dauernden Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu sichern, schlägt die deutsche Regierung ein Abkommen vor, wonach alle künftig zwischen beiden Ländern entstehenden Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege erledigt werden sollen. Schließlich betont die Note, daß die Räumung des Ruhrgebiets „innerhalb kürzester Frist" und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände im Rheinland „die wesentliche Voraussetzung für die Verhandlungen auf der Grundlage der oben angeführten Vorschläge" bilden müßten.

Dies stellt den Kern des deutschen Angebots dar.

In ihrer Antwort halten die französische und belgische Regierung an dem Zahlungsplan vom Mai 1921 fest und lehnen selbst den Verzicht auf die höchst problematischen „C"-Bonds von 85 Milliarden Goldmark ab. Bisher hatte man allgemein angenommen, daß 50 Milliarden Goldmark den Betrag darstellen, den Deutschland voraussichtlich zahlen kann. Die

französische und die belgische Regierung bestehen jetzt auf den vollen Betrag von 132 Milliarden, wie ihn der Londoner Spruch festgesetzt hat. Über den Vorschlag von Hughes spotten sie und erklären, daß Deutschland ihn vorbringe, sei nur „ein Ausdruck für seine systematische Auflehnung gegen den Vertrag von Versailles". Die wahre Bedeutung und Absicht dieser unnachgiebigen Haltung ergibt sich aus zwei Sätzen der Antwortnote. Der erste: Mit Anspielung auf den Widerstand, der im Ruhrgebiet dem französischen Versuch, seine Hilfsquellen auszubeuten, entgegengesetzt wird, sagt die Note: „Die belgische und die französische Regierung können keinerlei deutsche Vorschläge in Betracht ziehen, solange der Widerstand andauert", d. h. so ausgiebig und befriedigend ein Angebot auch an sich sein mag, es wird zurückgewiesen, wenn ihm nicht die völlige Unterwerfung unter die französischen Ruhrpläne vorausgeht. Später kommt folgender bedeutsame Satz, der den Grundgedanken des ersten noch unterstreicht:

> „Die belgische und die französische Regierung haben beschlossen, die neubesetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen zu räumen. Sie haben an diesem Beschluß nichts zu ändern."

Man besteht also auf einer unmöglichen Zahlung. Die Kosten der Besatzung werden noch daraufgeschlagen. Und bis beide Summen beigetrieben sind, sollen französische Armeen im Besitz der reichsten Gebiete Deutschlands bleiben. Inzwischen gibt man dem britischen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika, die mit ungeheuren Opfern an Menschenleben und Staatsgeldern Frankreich vor einer ähnlichen Erniedrigung, wie es sie jetzt Deutschland auferlegt, bewahrt haben, sobald es ihnen einfällt, Vorschläge zu machen, dem Sinne nach zu verstehen, sie möchten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern; man könne keinerlei Einmischung naseweiser Vermittler zulassen.

Die Summe, die Deutschland zur Regelung der Reparationsfrage anbietet, ist ohne Zweifel ungenügend. Keiner der Verbündeten kann sie als Entlastung von den deutschen Vertragsverpflichtungen annehmen. Die deutsche Regierung muß mit ihrem Angebot ganz wesentlich heraufgehen, bevor sie hoffen kann, mit den verbündeten Regierungen zum Abschluß zu

kommen. Ich zweifle nicht, daß die deutsche Regierung sich hierüber völlig klar ist, und ich bin sicher, daß diese Zahlen nicht ihr äußerstes Angebot darstellen. Sie waren als Ausgangspunkt und als Grundlage für die Verhandlungen gemeint. Das sagt die deutsche Regierung ausdrücklich. Beim Eintritt in die Verhandlungen wird der Anwalt, wenn er sein Handwerk versteht, niemals sogleich die Ziffern nennen, die er schließlich vorzuschlagen ermächtigt ist. Selbst der Klient wird seinem Anwalt nicht immer die äußerste Ziffer nennen, die er zu zahlen bereit ist, wenn er zwischen dieser Zahlung und einer Fortsetzung des Rechtsstreits mit seinen Kosten und Verwicklungen zu wählen hat. Sobald einmal die Verhandlungen begonnen haben, verschwindet die ursprüngliche Ziffer, und sie verschwindet rasch. So geht's bei allen Verhandlungen, privaten so gut wie politischen. Wer es ablehnt, überhaupt zu verhandeln, ehe nicht eine annehmbare Summe vorgeschlagen ist, will jede Diskussion zwischen den Streitparteien als Mittel zur Regelung der Hauptfrage unmöglich machen.

Ich habe wahrscheinlich an der Regelung von mehr industriellen Streitfragen teilgenommen als die meisten Politiker. Jedesmal sah ich mich anfangs in einer Sackgasse. Die erste Zusammenkunft der Parteien enthüllte jedesmal eine anscheinend nicht zu überbrückende Kluft zwischen ihren Auffassungen; aber Ausdauer und das ehrliche Bemühen, auf beiden Seiten eine Lösung zu finden, endet regelmäßig in einer Verständigung. Mit gutem Willen läßt sich jeder Abgrund überbrücken. Bedingungslose Unterwerfung, die bei einem Streit zwischen unabhängigen Gemeinwesen von einer Seite durchgesetzt wird, ist ein sicheres Vorspiel zu neuem Streit. Darum bildet die bloße Tatsache, daß Deutschlands Angebot billigen und sachlich begründeten Erfordernissen nicht entspricht, keinen hinreichenden Grund für eine Weigerung, mit seinen Vertretern auf einer Konferenz über die richtige Summe und die beste Zahlungsmethode zu verhandeln.

Es gibt aber noch einen weiteren und stärkeren Grund dafür, daß man das deutsche Angebot nicht so kurzerhand hätte ablehnen dürfen. Mit dem unangemessenen Betrag zur Tilgung der Reparationsansprüche war es nämlich nicht zu Ende.

Wäre dies der Fall gewesen, so konnte die französische Regierung vielleicht geltend machen, daß sich Deutschland, bevor man es zur Konferenz zulasse, entschließen müsse, die Summe so weit zu erhöhen, daß sie wenigstens annähernd das Gebiet der Annehmbarkeit erreichte. Aber selbst wenn Frankreich mit dieser Auffassung recht hätte, so kommt es doch hierauf nicht mehr an, weil die deutsche Regierung in ihrer Note für den Fall, daß die angebotene Summe unannehmbar erscheine, einen weiteren Vorschlag gemacht hat. Dieser Alternativvorschlag ändert den Charakter der Note vollständig, soweit die Frage ihrer bona fides zur Entscheidung steht. Der Vorschlag besteht darin, daß die deutsche Regierung sich völlig und nachdrücklich auf den Boden der Anregungen stellt, die Staatssekretär Hughes in seiner berühmten Rede von New Haven gemacht hat. Man wird sich erinnern, daß dieser, um einen Ausweg aus dem Reparationswirrsal zu zeigen, die Einsetzung einer internationalen Sachverständigenkommission vorschlug, die untersuchen sollte, welchen Betrag Deutschland zahlen könne und welches die beste Methode sei, die Schuld Deutschlands, nachdem sie einmal festgesetzt sei, abzutragen. Mr. Hughes gab zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten bereit sein würden, sich an einer solchen Untersuchung zu beteiligen. Gerade dies gab seiner Rede ihre Bedeutung und Wichtigkeit. Als ich die Rede zuerst las, erschien sie mir von solcher Tragweite, daß ich aus Spanien den britischen und amerikanischen Zeitungen den Ausdruck meiner ernstlichen Hoffnung kabelte, die Alliierten, die gerade zur Pariser Konferenz zusammentraten, möchten ihren Inhalt unverzüglich erwägen und demgemäß handeln. Dies schien mir die letzte Gelegenheit, die Streitfrage, die Europa fast bis zur Nervenlähmung reizt, auf den unfehlbaren Weg zur wahrhaften Lösung zu bringen. Je mehr ich über jenen Vorschlag nachdenke, um so fester bin ich überzeugt, daß er richtig war, und um so verblüffter bin ich über die unhöfliche Gleichgültigkeit, mit der ihn die alliierten Regierungen behandelten. Bis zu dieser Stunde fehlt mir jede Erklärung dafür, warum die Leute, die sich um eine Lösung bemühten, jene bedeutungsvolle Kundgebung amerikanischer Bereitschaft zur Mitarbeit nicht zur Kenntnis der Konferenz gebracht haben.

Ich könnte allerlei Erklärungen geben, aber keine, die nicht ein schlechtes Licht auf die Leitung jener Konferenz würfe. Ich kann es verstehen, daß die Leute, die die Reparationsfrage lediglich für weitergehende Zwecke ausnützen wollen, Amerika nur allzu gern von der Sache fernhalten möchten. Aber warum haben England, Italien und Belgien es versäumt, sich die Mitwirkung der einzigen Macht zu sichern, die den Alliierten helfen konnte, eine gerechte und vernünftige Entscheidung zu finden, und die, was ebenso wichtig ist, sie bei allen ferneren Operationen zur finanziellen Durchführung jener Entscheidung unterstützen konnte. Nun stellt Deutschland nachdrücklich fest, daß, wenn sein Barangebot den Alliierten unannehmbar erscheint, es Willens sei, die Festsetzung der Summe, die es zahlen kann, einem internationalen Schiedsgericht, in dem Amerika vertreten ist, zu überlassen und sich der Entscheidung dieses Gerichts, wie sie auch fallen möge, zu unterwerfen. Dies stimmt im wesentlichen mit dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes überein. Wie kann man eine Note, die einen so vernünftigen Vorschlag enthält, einen Vorschlag, der ursprünglich von so mächtiger und freundlicher Seite ausgeht, behandeln, als wäre sie eine Beleidigung der Würde von Frankreich und — Belgien! Wer behauptet, wie die französische Note es tut, daß der Vorschlag Hughes' die Aufhebung des Vertrags von Versailles bedeute, der kennt die Bestimmungen dieses Vertrags nicht. In Wahrheit würde er eine Wiederherstellung des Vertrags bedeuten.

Wie ich verschiedentlich dargelegt habe, überließ der Vertrag die Feststellung der Summe, die Deutschland auf Reparationskonto zu zahlen hat, einer alliierten Kommission, in der die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten sein sollten. Die Aufgabe dieser Kommission war, den Betrag der Schäden zu schätzen, für welche Deutschland nach dem Vertrage haftbar ist und dann über die Fähigkeit Deutschlands zu entscheiden, diese Schäden ganz oder teilweise zu ersetzen. Die Kommission war ermächtigt, den Betrag der jährlichen Zahlungen nach dem doppelten Gesichtspunkt der Haftbarkeit und der Zahlungsfähigkeit festzusetzen. Dadurch, daß sich das einzige Land, das kein unmittelbares Interesse an Reparationen hatte, von dem Vertrage zurückzog, blieb die

Kommission ein einseitiges und in hohem Maße voreingenommenes Tribunal. Die Reparationskommission verwirklicht nicht mehr den Vertragsgedanken. Ihr Charakter hat sich völlig verwandelt. Will man bei dem Vertrag von Versailles bleiben, so ist es wesentlich, daß Amerika einen Vertreter in dem Tribunal hat, das die von Deutschland einzufordernden Zahlungen festsetzt. Nun macht die deutsche Regierung das Angebot, das Schicksal ihres Landes den unveränderten Bestimmungen des Vertrages zu unterwerfen, der im Juni 1919 in der Spiegelgalerie unterzeichnet worden ist. Frankreich und Belgien haben ehrenhafterweise keinen Anspruch darauf, Unterwerfung unter irgendwelche andere Bedingungen zu verlangen. Weil sie darauf bestehen, etwas zu erzwingen, das ganz verschieden ist von dem Vertrag, den sie 1919 mit Deutschland geschlossen haben, wird Europa beunruhigt und werden die internationalen Beziehungen mit dem Zündstoff der Erbitterung, des Hasses und der Rache durchsetzt. Kein Wunder, daß Marschall Foch durch Mitteleuropa reist, um die alliierten Armeen in Ordnung zu bringen! Er scheint mir der einzige Mann in Frankreich zu sein, der ein Verständnis dafür hat, wohin dies alles führt.

London, 14. Mai 1923.

Dreizehntes Kapitel

Die zweite deutsche Note

Die Deutschen haben es mit einer weiteren Note versucht. Alldieweil die ganze alliierte Presse ohne Ausnahme sie als einen großen Fortschritt gegenüber der ersten Note bezeichnet, wäre es schade um Zeit und Raum, wenn ich nachweisen wollte, wie alle wesentlichen Bestandteile dieser mehrbegünstigten Urkunde schon in ihrem verworfenen Vorläufer enthalten gewesen sind. Psychologisch ist sie allerdings eine entschiedene Verbesserung der ersten Note. Sie ist klar und kurz und ergeht sich nicht in aufreizenden Argumentationen. Mit einem zornigen Mann, der mit dem Knüppel herumfuchtelt, sollte man niemals zu argumentieren versuchen — es sei denn aus sicherer Entfernung. Deutschland liegt in diesem Fall dem Gegner

gerade vor den Füßen. Es ist daher weise von der zweiten deutschen Note, daß sie vermeidet, ihn durch einen Appell an seine Vernunft weiter aufzuregen. Sie macht ihr Angebot einfach und ohne Rabulistik.

Sie schlägt auch eine Reihe wesentlicher Garantien für die Verzinsung von Anleihen vor, die zu Reparationszwecken aufgenommen werden sollen. Es kann mir nicht einfallen, den Wert abzuschätzen, den diese „Pfänder" in den Augen künftiger Geldgeber haben würden. Ich zweifle nicht, daß sie zur Sicherung der Kapitalsanlage erheblich beitragen würden. Aber diese ganze Reihe von Sicherheiten wird für sich allein den Geldgeber noch nicht dazu verlocken, sein Geld bei einer deutschen Reparationsanleihe zu riskieren. Er wird auf Deutschland als Ganzes und nicht auf seine einzelnen Teile sehen. Er wird wissen wollen, was voraussichtlich während der kommenden Jahre aus dem großen Lande werden wird, aus seiner Industrie, seinen Finanzen, seiner Politik und seinem Volke. Eine Eisenbahn, die ihre Güterfrachten und Fahrpreise in einer völlig verdorbenen Währung einnimmt, taugt nichts als Sicherheit für irgendwelche Anleihe; Zolleinnahmen in fortwährend hinschwindendem Gelde sind ebenso wertlos. Die einzig zuverlässige Grundlage für eine Anleihe ist ein stabiles Deutschland. Ein stabiles Deutschland gibt es aber nicht, bis die Reparationsfrage geregelt ist. Das ist also die erste und wesentliche Vorbedingung für alle Erörterungen über „Pfänder", ob sie nun „produktiv" oder anderer Art sind.

Infolgedessen sind die Vorschläge in der deutschen Note, auf die es wirklich ankommt, nicht die über einen Garantieplan, sondern die über die Festsetzung des Betrages, den Deutschland zahlen soll. In dieser Frage geht die Note nicht über die Summe heraus, die in der ersten Note als Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit bezeichnet worden ist. Aber sie bestätigt aufs neue die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit einem unparteiischen Tribunal zu überlassen. Sie erbietet sich, dieser Körperschaft alles Material zur Verfügung zu stellen, das nötig ist, um sie zu einer gerechten Entscheidung instand zu setzen. Sie schlägt ferner vor, daß alle weiteren Erörterungen über die Gegenstände, die zwischen den Parteien streitig sind, lieber auf einer Konferenz

als auf dem Wege des Notenaustausches erfolgen sollten. Wie kann ein vorurteilsloser Mensch sich weigern, anzuerkennen, daß dieser Teil des Angebots äußerst vernünftig ist? Es weiß doch jeder, daß die Jahresraten, die man Deutschland im Mai 1921 auferlegte, abgeändert werden müssen. Selbst Herr Poincaré geht von dieser Voraussetzung aus. Es handelt sich also darum, eine sehr wichtige und besonders schwierige Zahl festzustellen. Welche Jahresleistung kann Deutschland machen? Und wann wird es in der Lage sein, zu zahlen? Ist es da unvernünftig, vorzuschlagen, daß diese Frage, die eine tiefeindringende Prüfung des deutschen Volksvermögens in sich schließt, einem Tribunal übertragen werden sollte, das sie einer ruhigen und richterlichen Würdigung unterziehen könnte? Und was läßt sich dagegen einwenden, daß diese Angelegenheit auf einer Konferenz besprochen wird, auf der Deutschland sowohl wie die Alliierten vertreten sein würden? Wenn es sich hier um einen Streit in Geschäfts- oder Handelssachen drehte, so würden jene beiden Vorschläge als ausnehmend verständig und fair betrachtet werden, und die Partei, die sie zurückwiese, würde die öffentliche Meinung gegen sich haben.

Was sind nun die Einwendungen, die die französische Presse gegen ihre Annahme geltend macht? Bis zur Abfassung dieses Artikels hat die französische Regierung ihre Meinung über die deutsche Note noch nicht ausgesprochen. Aber man kann nach früheren Erfahrungen mit Sicherheit annehmen, daß die Pariser Journalisten, bevor sie ihre kritischen Artikel schrieben, den Quai d'Orsay um Rat gefragt haben.

Der erste Einwand ist, daß die französische Regierung keine von Deutschland ausgehenden Vorschläge erörtern wird, bis Deutschland den passiven Widerstand gegen die französische und belgische Ausbeutung des Ruhrgebiets aufgegeben hat. Was bedeutet das, genau genommen? Wenn es heißen soll, daß als Vorbedingung für eine Konferenz oder eine Aussprache zum Zweck der Verständigung Deutschland sich mit der weiteren Besetzung und Ausbeutung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien bis zur völligen Tilgung der Reparationsschuld einverstanden erklären soll, dann ist die Lage hoffnungslos. Eine deutsche Regierung mag sich einer solchen Besetzung unterwerfen, weil sie keine Machtmittel zur Verfügung hat, um Wider-

stand zu leisten. Aber keine deutsche Regierung kann einen solchen Einbruch in ihr Gebiet gutheißen. Ein unter solchen Bedingungen geschlossener Friede würde unweigerlich bei der ersten günstigen Gelegenheit wieder gebrochen werden. Inzwischen würde es im Ruhrgebiet andauernde Reibungen und Unruhen geben. Ich vermag kaum zu glauben, daß gerade hierauf die französische Regierung zu bestehen gedenkt, trotz eines Artikels im Temps, der sich so auslegen läßt. Vielmehr wird sie nur verlangen, daß, während über die Friedensbedingungen verhandelt wird, ein Waffenstillstand abgeschlossen werden soll, dessen erste Bedingung die sein wird, daß alle Hindernisse, die jetzt der Versorgung Frankreichs, Belgiens und Italiens mit Reparationskohlen und Reparationskoks in den Weg gelegt worden sind, beseitigt werden. Ein Waffenstillstand auf dieser Grundlage sollte nicht schwer zu vereinbaren sein, besonders wenn die französischen und belgischen Behörden den Bann aufheben, den sie noch auf den Export der Ruhrprodukte nach den unbesetzten Teilen Deutschlands gelegt haben. Werden die Bedingungen nicht für beide Teile annehmbar gemacht, so wird sich vermutlich die deutsche Regierung unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenübersehen, wenn sie die hartnäckigen Bergleute und Eisenbahner der Ruhr überreden will, bei der Versorgung Frankreichs mit denjenigen Erzeugnissen ihrer Arbeit zu helfen, die ihren eigenen Volksgenossen versagt bleiben. Man nimmt es allzu leicht als gewiß an, daß die Ruhrarbeiter jeder Anweisung aus Berlin folgen werden. Die Zeit, da Regierungen in Deutschland solche Art von Gehorsam fanden, ist vorbei. Es ist eine der mittelbaren Folgen des großen Zusammenbruchs, daß die Erlasse der Wilhelmstraße nicht mehr die Beachtung finden, die man ihnen in Vorkriegstagen zollte. Dennoch würde es einer Konferenz, auf der alle Interessengruppen vertreten wären, nicht schwer fallen, Abmachungen zu treffen, die Frankreich den Eintritt in eine Reparationskonferenz ermöglichten, ohne daß seine Minister sich dem Verdacht aussetzten, sie hätten beim Eintritt in den Konferenzraum die Nationalflagge gesenkt. Ich vertraue darauf, daß gesunder Menschenverstand auf beiden Seiten über Empfindlichkeit und übertriebenen Stolz den Sieg davontragen wird. Wenn erst dieser außerhalb der Tagesordnung stehende Ehrenpunkt erledigt ist, was bleibt dann noch

übrig? Die Feststellung der Annuitäten und der Garantien für ihre Zahlung. Und was ist gegen die Methode einzuwenden, die in der deutschen Note für diese beiden Punkte vorgeschlagen wird? Es ist ja nicht die deutsche Methode — es ist die amerikanische Methode, die die deutsche Regierung sich zu eigen gemacht hat: eine Konferenz, gefolgt von einem unparteiischen Tribunal, falls die Konferenz fehlschlägt. Ich wüßte keinen anderen Weg, es sei denn die Zuflucht zu blinder Gewalt.

Es wird eingewendet, daß der Vertrag von Versailles ein solches Tribunal für den besonderen Zweck der Entscheidung über Deutschlands Haftbarkeit und Deutschlands Leistungsfähigkeit bereits in der Reparationskommission vorgesehen hat und daß die Errichtung eines anderen Tribunals für genau denselben Zweck eine Aufhebung des Vertrags bedeuten würde. Aber auf diese Behauptung gibt es zwei Antworten: erstens die, daß die Reparationskommission, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, nicht die Körperschaft darstellt, der Deutschland die Entscheidung über diese für sein Dasein so lebenswichtigen Fragen zugestanden hat. Es ist nicht die Körperschaft, die England und die anderen Verbündeten im Auge hatten. Amerikas Austritt aus der Kommission — nachdem Deutschland den Vertrag schon unterzeichnet hatte — hat das innere Kräfteverhältnis und damit auch den Charakter des Tribunals völlig verändert. Kein Mensch mit gesunden Sinnen kann behaupten, daß es in dieser verstümmelten Form unparteiisch in seiner Zusammensetzung oder gerichtlich in seinen Methoden sei. Herr Poincaré macht kein Hehl daraus, daß die französische Regierung ihrem Vertreter in dieser „gerichtlichen" Körperschaft Befehle erteilt. Der Vorsitzende ist ein hervorragender französischer Abgeordneter, der in der Politik Frankreichs eine ins Auge fallende und einflußreiche Rolle gespielt hat und noch spielt; er rechnet damit, seine Laufbahn als Politiker, wohin sie auch führen mag, weiterzuverfolgen. Solange er den Vorsitz führt, hat er öffentlich Reden gehalten, in denen er diejenige Partei angreift, über deren Prozeß er als höchster Richter erkennen soll. Alle seine Kollegen vertreten Mächte, die ein unmittelbares Geldinteresse am Ergebnis ihrer Entscheidungen haben. Die einzige uninteressierte Macht hat sich aus der Kommission zurückgezogen.

Der amerikanische Vorschlag ist sehr gemäßigt. Er schließt eine Wiederherstellung des Vertrags von Versailles insofern in sich, als er Amerika in die Körperschaft, die die Reparationen festsetzen soll, wieder einführt. Wenn Frankreich sich gegen eine besondere Kommission sträubt, weshalb sollten dann die Alliierten nicht übereinkommen, daß ihre Vertreter in der neu einzurichtenden Sachverständigenkommission dieselben Männer sind, die jetzt die Reparationskommission bilden? Ihnen könnte die amerikanische Regierung einen Vertreter beigesellen. Deutschland hat nach dem Vertrag das Recht, seinen Fall darzulegen. Die ganze Frage der Leistungsfähigkeit könnte dann im Licht der Erfahrungen der letzten vier Jahre durchgeprüft werden, und so könnte man eine Regelung auf gesunder Grundlage erzielen. Solch eine Regelung hätte viel mehr Aussicht auf Durchführbarkeit und deshalb auf Dauer, als Bedingungen, die mit Gewalt einem sich nur dem Zwange beugenden Volke auferlegt würden.

Aber mögen die französischen Ansichten über die vorgeschlagenen Annuitäten oder Garantien oder über die unparteiische Kommission sein wie sie wollen: es ist undenkbar, daß Frankreich eine Konferenz ablehnen sollte. Eine solche ist der sicherste Weg zu Reparationen. In Spa wurde die Methode, das bestürzte Reich mit Drohnoten zu bombardieren, für einige Zeit verlassen und dafür die Methode der Konferenz am selben Tisch eingeschaltet. Die Ergebnisse waren glänzend. Der Entwaffnungsprozeß machte sogleich große Schritte vorwärts auf dem Weg zur Vollendung. In Cannes nahmen die Alliierten einen zweiten Anlauf, mit deutschen Ministern zu verhandeln. Alle, die bei den Besprechungen zugegen gewesen sind, geben ohne Ausnahme zu, daß man gerade im Begriff war, befriedigende Fortschritte auf dem Wege einer umfassenden Regelung zu machen, als die Konferenzmitglieder wie durch eine Bombe auseinandergesprengt wurden. Es ist noch zu früh, den Verlust abzuschätzen, den diese Explosion für Europa gebracht hat. Aber jeder Gedanke an eine Diskussion zwischen den Parteien ist seitdem in hochmütiger und kindischer Weise als ein Zeichen verderblicher Schwäche aufgegeben worden. Was ist an seine Stelle getreten? Zwölf Monate lang führte man, um Schrecken einzuflößen, ein ziemlich lächerliches Schauspiel von Flügel-

schlagen auf dem Hühnerhof auf. Drohende Reden voll dunkler Andeutungen auf eine bevorstehende Aktion wurden in Zwischenräumen in verschiedenen Teilen Frankreichs gehalten. Sie brachten nur eine erhöhte Verwirrung und Zahlungsunfähigkeit zustande. Jede Rede kostete Frankreich Milliarden an hinausgeschobenen Reparationen. Die öffentliche Meinung Frankreichs bestand natürlich darauf, daß nun auch irgendeine Aktion unternommen werde. Daher dieser übereilte Einbruch.

In Cannes wäre ein zweijähriges Moratorium als Regelung angenommen worden. Beinahe eineinhalb Jahre dieses Zeitraums würden jetzt schon verstrichen sein. Die Finanzen Deutschlands würden unter der strikten Kontrolle der Alliierten, die damals zugestanden wurde, jetzt schon zur Gesundung gebracht sein — die Mark wäre stabilisiert, und man würde eine Anleihe zustande gebracht haben, die den Alliierten wesentliche Beträge zur Erleichterung der von ihnen allen getragenen Lasten eingebracht hätte. Vertrauen würde wieder in Europa hergestellt sein, und zum erstenmal hätte es wahren Frieden gegeben. Was der entgegengesetzte Schritt ergeben hat, liegt vor Augen. Wie immer die endgültigen Bedingungen für Deutschland sein mögen, jetzt ist es nicht mehr in der finanziellen Lage, zu zahlen, was es damals anzubieten vermochte. Die letzten 18 Monate sind emsig dazu benutzt worden, Deutschlands Fähigkeit zur Schuldenzahlung an die Alliierten und den Wert deutscher Sicherheiten für eine solche Zahlung zu vermindern. Zur Zeit der Konferenz von Cannes stand die Mark auf 770 zum Pfund. Jetzt steht sie auf 500 000. Deutschland braucht ein ausgedehntes Moratorium, um sich von der plumpen Mißhandlung der letzten anderthalb Jahre zu erholen. Die Mark muß aus dem Abgrund herausgeholt werden, in den sie von Leuten hineingestoßen wurde, deren Interesse es gewesen wäre, sie aus der Depression, in der sie sich befand, emporzuheben. Ein Schuldner, dessen Zahlungen ausschließlich auf seiner Gesundheit und Nervenkraft beruhen, ist gewaltsam mehrere Treppen hinuntergestoßen worden. Er wird lange Zeit brauchen, um sich von den Beulen, der Erschütterung und dem Blutverlust zu erholen. Welch ein Meisterstück wissenschaftlicher Schuldenbeitreibung!

Wenn überhaupt jemals Reparationen bezahlt werden sollen, müssen die Alliierten in entgegengesetzter Richtung marschieren

und wieder zur Konferenz zurückgelangen. Sobald einmal die Parteien — und zwar alle Parteien — rund um den Verhandlungstisch sitzen, bin ich überzeugt, daß der gesunde Menschenverstand der Mehrzahl letzten Endes siegen wird. Wir werden zwar niemals zurückgewinnen, was während der Jahre 1922 und 1923 verloren worden ist, aber wir werden wenigstens etwas erhalten, was uns helfen wird. Es wird Zeit kosten, die Talje festzumachen, mit der man die Mark aus der Tiefe aufheißen kann. Und auch das Aufwinden wird Zeit kosten. Aber je eher man damit anfängt, desto weniger wird man zu winden haben. Deshalb in Jedermanns Namen: es ist höchste Zeit, mit dem Hahnentritt aufzuhören und wieder ans Geschäft zu gehen!

London, 11. Juni 1923.

Vierzehntes Kapitel

Die große Gefahr

Ein Mann, der im Jahre 1914 an einem schönen Julimorgen eine Seefahrt unternommen und das Mißgeschick erfahren hätte, auf einer einsamen Insel Schiffbruch zu leiden, würde, wenn er vor einer Woche in die Zivilisation zurückgekehrt wäre, angesichts des Wechsels in der Lage Europas wohl zu dem Glauben kommen, daß die lange Einsamkeit seinen Geist aus den Angeln gehoben hätte. Europa würde ihm erscheinen wie ein Traumland. Er würde sich erinnern an ein Deutsches Reich unter einem erhabenen Herrscher, der mit selbstherrlicher Gewalt über eine Bevölkerung regierte, die mit Riesenschritten zu Wohlstand und Reichtum emporstieg, einem Herrscher im Besitz einer unvergleichlichen Armee, deren Marschschritt Europa in Schrecken setzte; an ein Deutsches Reich mit einer Flotte, die Zeitungsartikel, Romane und Agitationen über einen Einfall in England hervorrief, und mit ausgedehnten Besitzungen jenseits des Ozeans. An der Stelle dieses selbstbewußten, kraftvollen und anmaßenden Kaiserreiches würde er in Deutschland eine furchtsame, nervöse, auf Entschuldigungen bedachte Republik sehen unter dem Vorsitz eines achtungswerten und verständigen Arbeiters, eine Republik, deren Minister Noten schreiben, um

Belgien günstig zu stimmen, und sie zurückgeschickt bekommen wie törichte Übungsstücke eines sitzengebliebenen Schuljungen, die nach dem Gefallen des Schulmeisters neu geschrieben werden müssen. Er würde die große Armee auf die Hälfte der Wehrmacht Serbiens vermindert, die drohende Flotte auf den Grund der See versenkt und die Wacht am Rhein von französischen, britischen und belgischen Soldaten abgelöst sehen. Er würde die Krupp-Werkstätten von Franzosen besetzt und keine einzige deutsche Kolonie mehr in deutschem Besitz finden.

Rußland würde in seinem Gedächtnis als eine mächtige Autokratie erscheinen, deren Wurzel in der abergläubischen Überzeugung der Landbevölkerung von der Göttlichkeit des Herrschers lag. Jetzt würde er es als Revolutionsgebiet wiederfinden, beherrscht durch die Verbannten von ehemals, verabscheut vom Reste der Welt wegen der Gewaltsamkeit seiner kommunistischen Lehren; das Zartum mit seiner vergoldeten Pracht in scheußliche Verdammnis geschleudert und das Szepter Peters des Großen mißbraucht, um die Lehren von Karl Marx durchzusetzen. Er würde sehen, daß die österreichische Monarchie genau so gut ein Ding der Vergangenheit ist wie die Monarchie Nebukadnezars und daß nur eine arme Provinz davon übriggeblieben ist, die durch die Nächstenliebe ihrer Feinde aus dem Bettlertum emporgehoben wird. Neue Staaten, die jahrhundertelang tot und begraben waren, steigen aus den Gräbern, werfen die Leichenhemden ab und marschieren im vollen Waffenglanz einher; Triest ist ein italienischer Hafen; die Dolomiten sind eine italienische Bastei. Nur der Türke ist ganz unverändert; zwar hat man einige weitere Amputationen an ihm vorgenommen, aber er hat immer noch Lebenskraft genug behalten, um Christen ohne Rücksicht auf Glauben oder Rasse zu massakrieren — und für den Rest der Welt ein Gegenstand schwerer Sorge und Unruhe zu sein.

Wenn unser heimgekehrter Reisender durch Europa wanderte, würde er noch tiefergreifende Wandlungen in der Welt der Finanzen, des Handels und des Verkehrs erblicken. Er würde Verarmung und Verschiebung finden; das ausgeklügelte und feingewobene Netz des Verkehrs in Stücke gerissen und seine zerfetzten Fäden im Winde dahinfliegend. Mit ein paar Pfund Sterling in der Tasche würde er für jedes 25 Franks, 20 Mark

und etwa 26 Lire einzuwechseln glauben. Statt dessen würde er finden, daß er mit einem Papierpfund 70 Franken, beinahe 100 Lire, 250 000 deutsche Mark, 300 000 österreichische Kronen und Millionen russischer Rubel kaufen kann. Die Geldwechsler, die früher an Bruchteilen von Prozenten einen hübschen Gewinn machten, verdienen jetzt ihr Leben kümmerlich durch Riesensummen der Multiplikationstabelle. Dies würde unserem Reisenden vielleicht noch eine bessere Anschauung von der Wirklichkeit des Wandels geben als der Sturz ganzer Reiche. Auf seinen Fahrten würde er durch ehemals blühende Provinzen kommen, die wie durch einen ungeheuren Erdstoß zerstört und auf den Kopf gestellt sind. Er würde an weiten Kirchhöfen vorbeikommen, wo zehn Millionen junger Männer, die in dem großen Krieg gefallen sind, in ihrem letzten Schlafe ruhen; er würde auf allen Seiten Verstümmelte sehen, die an dem gewaltigen Kampf teilgenommen haben. Überall fände er die Besteuerung verfünffacht, während die Steuerpflichtigen nur Schulden aufweisen können; den Rücken der Industrie unter einer Steuerlast gebeugt, die, als er absegelte, nur in den bösen Träumen eines dyspeptischen Reichen vorkam. So würde er fähig sein, etwas von dem entsetzlichen Umsturz zu begreifen, der in der Welt Platz gegriffen hat.

Aber was ihn noch mehr überraschen würde als alle diese erstaunlichen und verwirrenden Umwandlungen würde das eine Ding sein, in dem kein Wandel ist. Natürlich wird er erwarten, daß die Welt nach so entsetzlichen Erfahrungen ihre Lektion gelernt hätte; daß sie dem Kriege mit seinen Verbrechen und seinen Torheiten endgültig abgesagt und sich entschlossen dem Frieden zugewandt hätte. Dies ist nun das eine Ding, an dem er keinen Wandel entdeckt — die Welt hat hiervon noch nicht eine einzige Silbe gelernt. Mißtrauen zwischen den Völkern besteht ebenso wie früher, nur noch intensiver; Gefühl des Hasses zwischen Rassen und Nationen, nur noch leidenschaftlicher; überall bilden sich neue Kombinationen für den nächsten Krieg; große Armeen werden ausgebildet; Vereinbarungen und Verträge werden geschlossen, um gemeinsam vorzugehen, wenn die Sturmglocke läutet; Generalstäbe treten zusammen, um sich darüber zu verständigen, wohin sie marschieren, wo sie marschieren, wie sie marschieren und wie sie schlagen sollen. Kleine Völker, die

eben erst geheckt und aus dem Ei gekrochen sind, taumeln unter der Last großer Waffenrüstungen und sind auf dem Marsch zu unbekannten Schlachtfeldern; neue Zerstörungs- und Mordmaschinen werden entworfen und mit fieberndem Eifer hergestellt; die Wissenschaft des Tags wird in Pflicht genommen, um neue Methoden zur Vernichtung von Menschenleben zu erfinden — mit einem Wort: ein gründliches und mächtiges Komplott gegen die Zivilisation, das offen im Licht der Sonne organisiert wird. Und dies nach solcher Erfahrung von fünf Jahren! Schöpfer Mensch und Zerstörer Mensch arbeiten Schulter an Schulter in derselben Werkstatt, scheinbar im besten Einverständnis miteinander, und spielen ihre Rolle in dem ewigen Wechsel vom Aufbau und Vernichtung mit charakteristischer menschlicher Energie. Was ist doch der Mensch für ein kompliziertes Geschöpf! Kein Wunder, daß Gott ihn mehr als einmal in Verzweiflung aufgab. Er ist unbelehrbar.

Ich möchte wissen, ob man sich darüber klar ist, daß, wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte, das Unheil hundertmal größer sein würde als das, was wir zuletzt erfuhren. Das nächste Mal werden ganze Städte zur Wüste gemacht werden. Möglicherweise und leider wahrscheinlicherweise werden die feindlichen Völker durch noch engere Beziehungen verbunden und deshalb die Zerstörungsmaschinen von noch schrecklicherer Wirkung sein. Ich habe wiederholt auf die Entwicklung hingewiesen, die während des letzten Krieges in der Mannigfaltigkeit, der Tragweite und der Zerstörungskraft der Waffentechnik platzgegriffen hat. Man vergleiche das Flugzeug des Kriegsbeginns und seine kleine Bombe, die ein Mann bequem schleudern konnte, mit derselben Maschine bei Kriegsende. Bei Kriegsende waren Maschinen gebaut (und sie würden, wenn nicht der Waffenstillstand gekommen wäre, auch gebraucht worden sein), deren zerstörende Kraft ganz entsetzlich war. Seitdem hat die Kraft der Maschine, das Gewicht des Explosionskörpers und das Brandmaterial, das sie fallen lassen kann, noch zugenommen, und sie nehmen weiter zu. Die Wissenschaft ist bestrebt, die alten Zerstörungsmethoden zu vervollkommnen und neue Methoden ausfindig zu machen. Bei diesem Forschen trifft sie möglicherweise etwas, was den ganzen Zusammenhang der Zivilisation ins Wanken bringt.

Kann irgend etwas geschehen, um die herannahende Katastrophe abzuwenden? Das ist das Problem aller Probleme für die, die ihre Mitmenschen lieb haben. Ich warne Sie: Es ist Tollheit, sich auf die Hoffnung zu verlassen, daß die Menschheit nach einer solchen Erfahrung nicht so gedankenlos sein würde, in ein neues Unglück der gleichen Art hineinzulaufen. Die Erinnerung an die Schrecken, die Verluste, die Leiden des Krieges wird die Menschen nicht abhalten, die Welt in noch unendlich tieferes Unglück zu stürzen. Und die, die solches annehmen und deswegen behaupten, es sei nicht nötig, einen neuen Kreuzzug für den Frieden zu beginnen, haben die unsinnige, hartnäckige und rücksichtslose Natur des Menschen nicht genügend studiert. Es besteht sogar die Gefahr, daß der letzte Krieg gewisse Nationen zum Glauben an den Krieg bekehrt hat.

Ich habe mit vielen jungen Soldaten gesprochen, die glücklich genug waren, aus einigen der schlimmsten Kriegsunternehmungen unbeschädigt herausgekommen zu sein; mit manchen, die in einer jener Unternehmungen verstümmelt worden waren; sie haben mir als ihren gemeinsamen Eindruck bezeugt, daß die Erinnerung an das Entsetzen allmählich erlischt und daß sie in ihrem Gemüt die Schreckensgefühle, die sie durchgemacht haben, nicht wieder erwecken können. Wenn das wahr ist von den Leuten, die aus dem feurigen Ofen kommen, was soll man von den Massen denken, die nur zugesehen haben? — den Massen derer, die zu jung waren, um teilzunehmen und die sich nur der Aufregungen erinnern, mit denen der Kampf, der Ruhm und der Sieg sie erfüllten? Die Erinnerung an die Kopfschmerzen, die einer Orgie folgen, dauert nie so lange als die an ihre Freuden. Es nützt nichts, die Erinnerungen an den Schrecken und die Qual des Krieges zurückzurufen und zu erwarten, daß sie allein den Kreuzzug für den Frieden führen werden. Erinnerung ist ein verräterischer Kreuzfahrer. Sie bricht auf mit dem rechten Vorsatz frisch und heiß im Herzen, aber ihr Eifer wird schwächer, während die Tage dahingehen, und zuletzt gibt sie ihr Banner dem Feinde in die Hand.

Man kann die Menschheit nur erlösen, wenn man an ihre edleren Instinkte appelliert. Furcht ist gemein, und man kann die Menschheit nicht dadurch in die Höhe bringen, daß man

Furcht als Hebel benutzt. Die Kirchen allein können die höheren Impulse unserer Natur wirksam erwecken. Hier ist die Stelle, wo ihre Aufgabe liegt.

Es gibt noch einen anderen Grund, weshalb wir die Gefahr noch nicht als vorübergegangen betrachten können. Alle Elemente, aus denen der große Krieg von 1914 zusammengebraut wurde, sind heute wirksamer als je. Die Atmosphäre Europas ist mit ihnen geladen. Was brachte den letzten Krieg zustande? Die Abneigung, der Wettstreit und das Mißtrauen gegeneinander bewaffneter Nationen. Die Abneigung beruhte auf jahrhundertelangen Rassenfehden, die durch die Erinnerung an frische Unbill angespornt waren. Kelten und Teutonen können sich nicht leiden; Slawen und Teutonen mißtrauen einander. Der Haß des Slawen gegen den Teutonen ist vertieft durch die Anmaßung, mit der Deutschland Rußland in dem Augenblick erniedrigte, als es sich nach dem japanischen Kriege schwach fühlte und gegen Beleidigung ganz besonders empfindlich war. Man wird sich an Deutschlands peremtorische und insolente Haltung aus Anlaß der Annektion Bosniens erinnern; Insolenz tut stets mehr weh als Unrecht und eitert länger. Sie ätzt das Fleisch weg und brennt sich in die Seele eines Volkes ein, wo sie den Zorn am Glühen hält. Ich wünschte, daß die Völker immer hieran dächten. So wurde der Haß des Kelten gegen den Teutonen vertieft durch die Annektion Elsaß-Lothringens und durch die Vorgänge, die mit dem Einmarsch in fremdes Gebiet untrennbar verbunden sind. So schöpfte Deutschland den Verdacht, daß jede Eisenbahn, die Rußland baute, nach seinem Herzen zielte. So war Frankreich überzeugt, daß Deutschland nur auf die Gelegenheit wartete, um einen Streit vom Zaune zu brechen, der ihm erlauben würde, Frankreich seiner vielbegehrten Kolonien zu berauben. So beobachtete England mit wachem Spürsinn und steigendem Zorn das Wachsen von Deutschlands großer Flotte, von der es überzeugt war, daß sie es auf seine Küsten absah. So standen große Armeen in jedem Lande des Kontinents bereit, um auf das erste Signal hin sofort loszumarschieren, voll ausgerüstet, geführt von Befehlshabern, deren jeder überzeugt war, seine eigenen Legionen seien unwiderstehlich.

Da hatte man alle Bedingungen, die für den Krieg wirkten. Entsprang er bewußter Absicht? Ich habe den größten Teil

der Literatur über die Kriegsursachen durchgelesen; sie ist voll lehrreicher Mahnungen, wie es zu Kriegen kommen kann. Es kommt nicht deshalb dazu, weil die Mehrheit der Beteiligten auf Blutvergießen erpicht ist — nicht einmal die Mehrheit derer, die eine entscheidende Stimme hätte, wenn sie rechtzeitig Gebrauch davon machte. Hätte man eine Woche vor der Kriegserklärung in jedem Lande Europas eine Volksabstimmung darüber vorgenommen, ob ein europäischer Konflikt ausbrechen solle, so würde der Vorschlag mit einer so überwältigenden Majorität niedergestimmt worden sein, daß jeder erkannt hätte, kein Volk dächte auch nur im entferntesten an ein solches Vorhaben. Das ist also nicht der Grund, weshalb es zum Kriege kam. Aber im Besitz der Herrschaft über die Völkergeschäfte finden sich immer einige Männer, die sich nicht zu entschließen vermögen, manche, die apathisch sind, manche, die nur kraftlos und töricht sind; und dazu kommt, daß die meisten Menschen, selbst wenn sie in der Regierung sitzen, ihren Geist nur auf die Aufgaben konzentrieren können, die unmittelbar vor ihnen liegen.

Ich will Ihnen ein Beispiel dafür geben, wie ein Krieg zustande kommt, wenn man einmal zum Streit aufgelegt ist, ohne daß irgendeiner den Krieg will, ja während die große Mehrheit des Volkes, das ihn führen soll, in direktem Widerspruch zum Kriege steht. Österreich erließ ein Ultimatum an Serbien. Nichts tut ein großer Renommist lieber, als einen kleinen Mann einschüchtern, der nahe vor seiner Fußspitze steht. Serbien stand so nahe am Stiefel, daß Österreich andauernd in Versuchung war, ihm einen Tritt zu geben, und so trat es nach ihm. Es erließ ein Ultimatum, das man nur als sehr insolent bezeichnen kann. Die Antwort Serbiens war dem Inhalt nach eine Annahme der österreichischen Forderungen. Der deutsche Kaiser schrieb darüber: „Eine brillante Sache. Aber damit verschwindet —" hören Sie, was der deutsche Kaiser nur wenige Tage vor der Kriegserklärung schreibt: „— aber damit verschwindet jeder Grund zum Krieg, und der österreichische Gesandte hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Nach dieser Antwort würde ich nie die Mobilisierung angeordnet haben." Drei Tage darauf war der Krieg da.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel geben. Admiral Tirpitz hat erzählt, er habe Herrn von Jagow zwei Tage nach der Ant-

wort Österreichs gesehen. v. Jagow, der deutsche Außenminister, war an dem austro-serbischen Konflikt so wenig interessiert, daß er dem deutschen Botschafter in Wien am 27. Juli, zwei Tage nach dem Empfang der Antwort, eingestand, er hätte noch nicht Zeit gefunden, die serbische Antwort an Österreich zu lesen. Hier haben Sie die Urkunde, um deretwillen zehn Millionen junger Leute, die keine Verantwortung dafür tragen, erschlagen worden sind; um deretwillen unzählige Familien in Trauer versetzt wurden; um deretwillen uns eine Schuld von Belastung, Verwirrung und Sorge aufgeladen worden ist, die nicht wieder abgetragen wird, solange die heutige Generation lebt.

Es wäre unbegreiflich, wenn man nicht einige Kenntnis von der Sorglosigkeit und der Neigung zum Aufschieben hätte, die eine lange Routine in Beamtenkreisen züchtet. Dies geschah nur drei Tage, bevor der Krieg erklärt wurde. Jener hohe Beamte in der Wilhelmstraße, der später der schicksalsvollen Entscheidung, Krieg an Rußland zu erklären, zugestimmt hat, hatte damals noch nicht einmal die kritische Urkunde gelesen, die den Ausbruch des Kampfes noch hätte abwenden sollen. Aber da sind immer die wenigen Wachsamen auf Posten, die wenigen entschlossenen Männer, deren ganze Geisteskraft, Energie und Geschicklichkeit unablässig darauf gerichtet ist, den Kriegswagen vorwärts zu treiben. Solange die anderen aufpassen, verheimlichen sie listig ihr Gewerbe und schleichen auf Seitenpfaden daher, indem sie ihren Wagen langsam in Stellung bringen, um ihn bei der nächsten Gelegenheit wieder vorwärts zu stoßen. Wenn die anderen einschlafen, so peitschen sie ihre feurigen Rosse weiter auf dem Vernichtungsweg. In der Presse, am Rednerpult, am Beratungstisch, in den Kanzleien, in Gesellschaften aller Sorten, hohen und niedrigen, sind sie immerfort am Hetzen. Wenn die Klippe erreicht ist, durchbrechen sie den schwachen Widerstand des von Panik ergriffenen Haufens der Räte und Beamten, und Völker werden in den Abgrund gestoßen, bevor sie es ahnen.

Das ist der Weg, auf dem es zu den meisten Kriegen gekommen ist. Lesen Sie die Geschichte des Krieges von 1870. Er kam in derselben konfusen, ungeschickten, ziellosen Weise zustande. In allen diesen Fällen steht immer im Hintergrunde die

düstere Gestalt jener Kraft des Bösen, die unsere puritanischen Ahnen als den Teufel kannten. Haben diese Gefühle des Hasses und Mißtrauens nachgelassen? Gibt es heute keine Eifersüchteleien? Gibt es keine Männer mehr, deren einzige Freude der Krieg ist? Zählt der Teufel auch zu den Erschlagenen des letzten Krieges? Ich habe seinen Namen in keiner Verlustliste gelesen. Blicken Sie um sich: Seine Agenten sind zahlreicher, tätiger, eifriger und wirksamer als je. Das heutige Europa ist ein Hexenkessel von Mißtrauen und Haß. Man tut gut, ganz offen zu sprechen. Der Kelte und der Teutone sind jetzt in einen Kampf verflochten, der deswegen um nichts weniger verzweifelt erscheint, weil eine der beiden Parteien waffenlos ist. Man merkt eine unterdrückte Wildheit, die sich nur schlecht verhüllt, und neue Haßempfindungen, die, wenn sie nicht durch den Krieg ins Dasein gerufen sind, jedenfalls durch ihn an die Oberfläche kamen.

Die Menschheit hat aus den vier oder fünf Kriegsjahren nichts gelernt, obwohl sie mit Skorpionen gezüchtigt worden ist. Nichts hat zu der letzten Katastrophe mehr beigetragen als daß Deutschland Elsaß-Lothringen annektierte. Solange diese Wahnsinnstat unberichtigt blieb, war kein wirklicher Friede in Europa möglich. Die beteiligten Nationen warteten lediglich ihre Gelegenheit ab; und die Gelegenheit kam. Jetzt haben Sie mindestens zwei Elsaß-Lothringen. Sie haben die gewaltsame Annektion Wilnas; Sie haben die gewaltsame, durch Zwang und Waffengebrauch gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzte Annektion Galiziens. Anderswo haben Sie den deutsch-polnischen Streit um Schlesien, den russisch-polnischen Streit über zweifelhafte Grenzgebiete, den Streit zwischen den Tschechen und den Magyaren, zwischen den Serben und den Bulgaren, zwischen den Russen und den Rumänen, zwischen den Rumänen und den Magyaren. Dazu kommt die jahrhunderte alte Fehde zwischen Griechen und Türken. Allen sieht man an, daß sie auf ihre Gelegenheit warten. Alle stehen in Waffen, bereit zum Totschlag. Europa ist ein überkochender Kessel internationalen Hasses. Einflußreiche Männer verfügen über die Brennstoffe, unterhalten die Flamme und schüren das Feuer.

Es nützt nichts, den Vertrag von Versailles zu tadeln. Dieser Zustand der Dinge hat nichts mit dem Vertrage zu tun. Hier

ist es der Geist, der tötet, und nicht der Buchstabe. Bisweilen sind die Ungerechtigkeiten nur eingebildet. Wo die Ungerechtigkeit nur eingebildet ist, wird die Zeit das Gefühl der Verletzung heilen. Aber bisweilen sind sie auch wirklich. Dann wird die Zeit die Wunde nur zum Schwären bringen. Aber überall und immer sind die Haßgefühle nur allzu wirklich. Kann nichts hiergegen geschehen? Wenn etwas geschehen kann, laßt es bald geschehen! Laßt es sogleich geschehen! Aber nochmals erinnere ich Sie daran: wenn die Büchse geladen ist — und sie ist in jedem Lande geladen —, so geht sie, sobald der Streit beginnt, von selber los. Nicht, weil der Drücker absichtlich gezogen ist, sondern weil irgendein ungeschickter Kerl in seiner Aufregung dagegengestolpert ist. In einem Kontinent, der dem Namen nach christlich ist, sind die Kirchen sicher nicht machtlos. Als der Westen ganz katholisch war, wurde in dem Fall, daß er das gute Glück hatte, den Thron St. Peters von einem hochherzigen und fähigen Manne besetzt zu sehen, mancher Kampf durch dessen Dazwischentreten verhindert. Können die Kirchen nicht auch jetzt wieder ihre Macht bewähren? Sie können es nur, wenn sie sich zusammentun. Nicht nur alle Konfessionen in England, sondern jede christliche Gemeinschaft über ganz Europa hin — Katholiken und Protestanten — Katholiken sogar noch mehr als Protestanten. Denn die Länder, wo die Gefahr am drohendsten ist, stehen mehr unter der Herrschaft der katholischen Kirche als der protestantischen Glaubensbekenntnisse. Wenn aller Heroismus von Millionen, ihr Opfermut und ihr Leiden zwecklos weggeworfen sein soll, so wird das die kolossalste, verbrecherischste und infamste Verschwendung sein, die in der Menschheitsgeschichte je begangen wurde. Millionen von Menschen setzten ihr Leben willig aufs Spiel. Millionen verloren ihr Leben, um Frieden auf Erden auf der Grundlage internationalen Rechts aufzurichten. Ein Tempel wurde dem Völkerrecht aus Material gebaut, das man aus den wertvollsten Bestandteilen der Menschenseele gewonnen hatte. Aber das Balkenwerk dieses Tempels ist mit dem Kerosin des Hasses getränkt. Und eines Tages wird ein Streichholz, durch irgendeine sorglose oder böswillige Hand entzündet, den herrlichen Bau in Flammen setzen, und seine Pracht wird in schwarzen Schutt verwandelt

werden. Wiederum wird die Hoffnung des Menschengeschlechts in Asche liegen. Es ist die Aufgabe der Kirchen, ihre gesamte und vereinigte Kraft dafür einzusetzen, daß diese Katastrophe abgewendet wird.

Friede ist nur möglich, wenn man in die Haltung der Völker zueinander neue Grundsätze einführt, solche Grundsätze, wie sie anständige Mitglieder einer Gemeinde gegenüber ihren Nachbarn zur Richtschnur nehmen. Wenn die jetzigen internationalen Methoden in das Verfahren von Nachbarn untereinander eingeführt würden, so würde das Leben unerträglich werden — das offensichtliche Mißtrauen, der Verdacht, das Übelwollen, die überall herrschen, die ewige Erwartung von Gewalttat und die Vorbereitung darauf, die Bereitschaft des Starken, Zwang auszuüben, sei es, um seinen Willen dem schwächeren Nachbarn aufzudrängen oder ihn seiner Freiheit, seiner Besitzungen, ja seines Lebens zu berauben, zur Befriedigung von Zorn, Haß oder Gier. Wäre dies die Regel in Privatangelegenheiten, so würden wir alle, je nach unseren Geldmitteln, in Höhlen oder Burgen leben müssen. In der Tat, der Mensch ist erst halb zivilisiert. In internationalen Dingen ist er noch ein Wilder. Hier erkennt er noch in seinem Herzen kein anderes Gesetz als das der Macht. Dabei hat der Wilde noch gewisse innere Hemmungen. Sein Instinkt lehrt ihn, nicht loszubrechen, außer, wenn er dies wirksam oder ungestraft tun kann, und wenn er es für der Mühe wert hält. Mag er etwas hassen oder begehren — er hat keine andere Hemmung. Leider kann ich nicht sagen, daß die Völker heute wesentlich anderen Triebfedern gehorchen. Der Mensch muß in seinen internationalen Beziehungen zivilisiert werden, sonst werden die Kriege sich fortsetzen, solange die Menschheit auf Erden lebt.

Ich habe gesehen, wie eine Stadt von ihrem Volke losgerissen wurde; ich habe gesehen, wie eine große Provinz geraubt wurde — alles dies innerhalb der letzten vier Jahre — nach Schluß des großen Krieges, der für die Herstellung internationalen Rechts geführt wurde. Es gab keine denkbare Rechtfertigung für die eine wie für die andere dieser Räubereien außer der, daß sowohl jene Stadt wie diese Provinz wertvoll, nah zur Hand und sehr verführerisch war, und daß die Eigentümer zu schwach waren, um den Räubern zu widerstehen. Die Welt muß lernen, daß

Diebstahl nicht um so viel an Schändlichkeit abnimmt, als er an Größe des Unternehmens zunimmt. Eine Nation, die in böser Absicht eine Stadt oder Provinz stiehlt, raubt oder erbeutet, ist genau so verbrecherisch wie der Dieb, der wegen gewalttätigen Raubes auf offener Straße zum Zuchthaus verurteilt wird. Diese nationalen Räubereien werden sicherlich eines Tages Verdruß bringen. Das tun sie unweigerlich, und leider beschränkt sich internationaler Verdruß niemals auf den Räuber selbst. Vergeltung ist, wenn sie einmal beginnt, so wahllos und unkontrollierbar wie ein Präriebrand. Die Flammen verzehren den Weizen so gut wie das Unkraut. Höllenfeuer, das von Menschenhand angelegt wird, versengt den Unschuldigen ebenso wie die Schuldigen. Deutschlands Strafe zog Millionen in seine Qualen hinein, die draußen vor seinen Toren standen, die seine Vergehen verabscheuten und die alles taten, was in ihrer Kraft stand, um deren Fortsetzung zu verhindern. Das ist der Sinn des Spruches: „Die Rache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr". Es ist die oberste Pflicht der Kirchen, den Nationen Verständnis dafür beizubringen, daß das Sittengesetz für sie in ihrer Eigenschaft als Gemeinwesen ebenso gültig ist als für die Einzelwesen, aus denen sie zusammengesetzt sind; es ist ihre Pflicht, sie zu lehren, daß Haß zwischen Völkern ebenso unziemlich und weit gefährlicher ist als zwischen Individuen. Wohlwollen zwischen Völkern muß mit Ausdauer gepflegt werden; es muß auf alle Weise in sie eingepflanzt werden — in Schulen, in der Presse, in Predigten, in Vorträgen. Die Menschen, die immer Mißtrauen und Abneigung gegen Menschen anderer Rasse und anderer Länder säen, sollten ausgesondert, verdammt, an den Pranger gestellt, von der Verachtung, dem Abscheu und dem Zorn ihrer Mitmenschen verfolgt werden. Sie sind weit gefährlicher als der Brandstifter, der gelegentlich einen Heuschober oder eine Wohnung anzündet.

Man sollte bei jeder Nation ihre beste Seite besser kennen. Jede Nation hat zu der Summe menschlicher Größe ihren Beitrag geleistet. Darauf möge man verweilen und nicht auf den Fehlern und Mängeln, den Irrtümern und Vergehen, die leider das gemeinsame Los aller Nationen sind. Nennt mir das Land, das in seinen Geschichtsbüchern keinen Makel hat! Unendlich

ist die Erfindungskraft des Hasses. Sein Reichtum an Motiven ist grenzenlos. Ich erinnere mich der Zeit — sie ist noch nicht lange her —, als man nicht als Patriot galt, wenn man franzosenfreundlich war; die Tatsache, daß man pro-französisch war, stempelte einen als Kleinengländer. Man nahm an, daß Frankreich ein eifriger und bösartiger Feind Englands über die ganze Welt hin war, der überall Pläne gegen die britischen Interessen schmiedete. Frankreich mußte für alles aufkommen, was dem englischen Sinn unangenehm und widerwärtig war — in seiner Denkart, seiner Literatur, seiner Politik und seiner Lebensart. Frankreich gab uns diese Abneigung aus vollem Herzen zurück. Mindestens bei zwei Gelegenheiten fürchtete man, daß es zum Krieg zwischen den beiden Ländern käme; man sprach ganz offen davon und hielt ihn sogar für wahrscheinlich. Die Atmosphäre der Presse beider Hauptstädte war mit Schwefel geladen.

Jetzt ist es Deutschland, demgegenüber man kein Wort der Duldung, ja selbst des fair play äußern darf. Ich bin nicht der Mann, der da rät, von dem gerechten Maße unserer nationalen Rechte gegen eines von diesen beiden Ländern etwas abzulassen. Aber beide sind große Nationen, die reichlich dazu beigetragen haben, die Menschheit zur geistigen Höhe, zum Glück und zum Glanz zu führen. Wenn Deutschland das Land Bismarcks mit seiner Methode von Blut und Eisen ist, so werden sich doch alle Protestanten erinnern, daß es das Land Luthers und der Reformation ist. Wenn es im letzten Kriege vier Jahre lang gefochten hat, um eine militärische Vorherrschaft in Europa aufzurichten, so focht es dreißig Jahre lang mit ausdauernder Tapferkeit und vielem Leidensmut, um die Gewissensfreiheit in Europa zu sichern. Es hat der Welt große Schriftsteller, große Maler, große Philosophen, große Entdecker auf allen Kontinenten des Gedankens geschenkt. Es ist das Land unvergleichlichen Gesanges. Mitten in dem blutigen Konflikt mit Deutschland priesen wir Gott jeden Sonntag in unseren Kirchen nach den Klängen deutscher Musik. Wir wollen ihm diese Dinge zugute halten bei unserem Bestreben, die Herrschaft guten Willens auf Erden wieder herzustellen. Und wenn wir auf Frankreich ärgerlich sind, wollen wir uns an seine glänzende Reihe großer Schriftsteller erinnern, an seine gigantischen

Kämpfe um Freiheit, an den durchdringenden Scharfsinn, den es wissenschaftlichen Untersuchungen widmete, Eigenschaften, die der Menschheit unberechenbaren Segen gebracht haben. Laßt uns Frankreich nicht nach den kleinen Gernegroßen beurteilen, die ihrer Verdrießlichkeit in Anfällen von Launen Luft machen, wie sie gelegentlich jedes Volk überkommen, sondern nach den großen Männern, die seiner unsterblichen Seele edlen Ausdruck gegeben haben. Frankreich ist das Land Victor Hugos, Pascals, Renans und mancher anderen Lehrer, die die Menschheit an die Hand genommen und den Weg aufwärts geführt haben.

Alles hängt davon ab, daß man die Grundsätze und Ideale guter Kameradschaft zwischen den Völkern andauernd, entschlossen und unablässig einprägt. Guter Wille auf Erden bedeutet, daß man von den anderen Gutes denkt und das Beste an ihnen würdigt; guter Wille auf Erden und Friede sind eng miteinander verbunden. Man kann das eine nicht ohne das andere haben. Laßt uns deshalb den Geist der Brüderlichkeit zwischen den Menschen pflegen. Die Kirche muß an die edelsten Gefühle des Menschenherzens appellieren. Nur durch den Appell an diese höheren Instinkte kann die Menschheit erlöst werden, nicht durch den Appell an die unedle Furcht. Krieg bedeutet Schrecken, Krieg bedeutet Tod, Krieg bedeutet Qual. Der Gedanke hieran hat den Krieg nie verhindert und wird das auch künftig nicht tun. Der Mensch ist das furchtloseste von Gottes Geschöpfen. Und wenn seine Leidenschaften erregt sind, gibt es keine Furcht, die ihn zurückhalten könnte. Das Feuer seiner Leidenschaft verbrennt die Fesseln der Selbsterhaltung wie Stricke von Werg; Furcht wird also die Völker nicht zurückhalten und den Frieden zwischen ihnen nicht sichern.

Der Krieg zerstört den Handel. Er bringt Erwerbslosigkeit mit sich. Seht doch auf alle die damit verbundenen Verluste. Rechnet sie in bares Geld um. Auch dieser Gedanke hat den Krieg noch nie verhindert und wird ihn nicht verhindern. Selbstsüchtige Interessen finden immer ein Mittel, sich selbst zu betrügen. Gier ist auf einer Seite blind. Verlaßt euch nicht auf Selbstsucht und Eigennutz als Mittel, den Frieden zu sichern. Selbstsucht kann nichts in der Welt sichern, was wert ist, bewahrt zu werden. Selbstsucht zahlt gute Dividenden, aber sie zehrt das Kapital auf. Die Nation oder der Einzelne,

der Eigenliebe zum leitenden Direktor der Seele macht, wird im Bankerott enden, Bankerott des Ansehens, Bankerott der Ideale, Bankerott der Ehre, Bankerott der Freundschaften. Woran leidet denn Deutschland jetzt? Seine große Tragödie ist nicht die Kriegsentschädigung, nicht seine ungeheuren Kriegsopfer, nicht einmal die Zerstörung seines Handels. Die wahre große Tragödie Deutschlands ist, daß es die Achtung der Menschheit verloren hat. Das schädigt seinen Handel, das schädigt sein Geschäft, das macht es so schwer für Deutschland, aus der Grube herauszuklettern, in die es gefallen ist. Das Rettungsseil ist verschwunden. Es hat Dinge begangen, deren es sich jetzt selber schämt. Seine Bevölkerung — ich kann es ihr ansehen, wenn ich mit ihr zusammenkomme — schämt sich. Das ist die Tragödie. Es ist ein wackeres Volk, es ist ein tapferes Volk. Es hat heldenhaft gefochten, aber es ist geistig niedergebrochen. Warum? Es hat seine Selbstachtung verloren, weil es etwas getan hat, von dem es in seinem Herzen weiß, daß es unrecht war. Das sind die Dinge, die man den Nationen beibringen muß.

Man muß eine öffentliche Meinung zustande bringen, die stark genug sein wird, das internationale Recht zu stützen. Kein Recht ist möglich, ohne eine tätige öffentliche Meinung, die ihm Achtung erzwingt, am allerwenigsten internationales Recht. Ohne dieses ist der Völkerbund eine Phrase. Ebensogut könnte man sich hölzerne Geschütze halten. Wie glänzend sie ausgestattet wären, wie imponierend ihre Außenseite — jeder würde wissen, daß in dem Augenblick, wo man sie abfeuern wollte, sie in Stücke springen würden. Wenn die Welt nicht gelehrt werden kann, die Autorität des Völkerbundes anzuerkennen, wird er die Zielscheibe des Spottes werden.

Es hat keinen Zweck, Prätentionen zu pflegen. Prätentionen haben die Tatsachen noch niemals hinters Licht geführt. Der Völkerbund mag Vertreter aller Großmächte der Erde zusammentrommeln, er wird doch ein wirkungsloses, unfruchtbares, kostspieliges Nichts sein, solange er nicht den Völkergeist hinter sich hat, der jene Nationen vereinigt. Die wahre Gefahr des Augenblicks liegt darin, daß der Völkerbund eine reine Attrappe wird, während die gleichen alten Intrigen, die gleichen alten Pläne, die gleiche alte internationale Gier

und Gehässigkeit sich frei hinter ihr auswirken. Die Entscheidungen des Völkerbundes sind in den letzten zwei oder drei Jahren durch ein Mitglied des Bundes offen verhöhnt worden, das seine nationale Unabhängigkeit demselben Vertrage verdankt, der auch den Bund begründete. Eine andere Nation, eine der Hauptbegründer des Bundes, weigert sich, eine Frage, die den Bund angeht und die ganz Europa angeht, dem Schiedsspruch des Bundes zu unterbreiten. Diese beiden Nationen ziehen es vor, sich auf die Macht zu verlassen. Der Rest der Welt sieht mit schwächlicher Gleichgültigkeit zu und nimmt die Abweisung des Völkerbundes in beiden Fällen hin. Warum? Weil es in den widerspenstigen Ländern keine öffentliche Meinung gibt, die einen genügenden Druck auf die betreffenden Richtungen ausüben könnte, und weil außerhalb dieser Länder keine öffentliche Meinung besteht, die stark genug ist, die notwendige Einwirkung auf sie auszuüben.

Nur die Kirchen können diesem Zustand abhelfen. Es sollte eine internationale Bewegung aller Kirchen ins Leben gerufen werden, katholischer und protestantischer, protestantischer und katholischer. Ich weiß, sie ist schwer zustande zu bringen. Die Teilungen in der Christenheit sind allzuoft verhängnisvoll für gemeinschaftliches Vorgehen zu gemeinschaftlichen Zwecken. Aber man sollte über sie hinwegkommen. Man muß sie überwinden. Es gab eine Zeit im Mittelalter, als die Religion sowohl einen unmittelbaren wie einen mittelbaren Einfluß auf dem Gebiet der Regierung und sozialer Beziehungen ausübte. Sie half den Engländern ihre Magna Charta zu gewinnen. Sie hat allmählich die Leibeigenen befreit. Sie hat den Frieden Europas manches Mal gerettet, wenn er durch den Streit der Könige in ernste Gefahr kam. In den Tagen des Puritanismus und in den Tagen des Covenants gewann die Verbindung zwischen Religion und Politik für uns Briten die zwei großen Segensgaben der parlamentarischen Freiheit und der Gewissensfreiheit. Als der Methodismus das Gewissen Englands anspornte, fühlte man seinen Einfluß in der politischen Bewegung der sozialen Emanzipation durch das ganze britische Reich.

Dies war eine der größten Heldentaten uneigennütziger Gerechtigkeitsliebe, die irgendeine Nation vorweisen kann. Die

Aufgaben, die der Religion heute auf dem Gebiet der Politik gestellt sind, sind noch größer. Die Emanzipation des Lohnarbeiters von der Tyrannei wirtschaftlicher Habsucht, die Befreiung der Nationen vom Fluch des Alkohols und die Verbreitung der Engelsbotschaft, die einst auf den Hügeln Bethlehems erklang, bis das verhärtete Herz der Menschen es endlich widerhallt: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen".

Vortrag, gehalten auf der allgemeinen Kirchenversammlung in Edinburg am 27. Mai 1923.

Fünfzehntes Kapitel

Die englische Schuld an Amerika

Während ich an der spanischen Küste entlang heimwärts segele, erreicht mich die drahtlose Nachricht, daß die britische Regierung die amerikanischen Bedingungen zur Regelung der Schulden angenommen hat.

Die Einzelheiten, die ich in Erfahrung gebracht habe, genügen nicht, um mich zur Bildung einer bestimmten Meinung über den Charakter jener Bedingungen oder über ihre Rückwirkung auf die Verschuldung der Alliierten an England und deren Rückzahlungsbedingungen in Stand zu setzen. Ich weiß nichts von den Schritten, die Herr Baldwin und die Regierung, deren Mitglied er ist, getan haben, um diesen Entschluß zum Ausgangspunkt einer allumfassenden Regelung interalliierter Schulden zu machen. Das ist für uns ein Gegenstand von unermeßlicher Bedeutung, und ich setze voraus, daß diese Rückwirkung in irgendeiner Weise, und zwar in wirksamer Weise, in die Verständigung einbezogen ist.

Was die Zahlung unserer eigenen Schuld angeht, so ist die Regierung das Sprachrohr für die wirkliche Meinung unseres Volkes im ganzen. Der englische Steuerzahler ist sich ohne Zweifel völlig klar darüber, daß er diese schwere Schuld während des Krieges hauptsächlich deswegen auf sich nahm, um die amerikanischen Lieferungen an unsere Verbündeten zu finanzieren. Alle Lieferungen, deren wir für unseren eigenen Gebrauch bedurften, hätten wir bezahlen können, ohne auf eine

Anleihe seitens der amerikanischen Regierung zurückzugreifen. Aber wie dem auch sei, der Darleiher hat das Geld nun einmal auf unseren Kredit und auf unsere Unterschrift hin vorgeschossen.

Unser nationaler Kredit verlangt deshalb, daß wir zahlen. Ob wir von unseren eigenen Schuldnern genug Geld beitreiben können, um dieser Last gewachsen zu sein, wird um so zweifelhafter, je notwendiger es für uns wird. England steht mit der Auffassung allein, daß es moralisch verpflichtet ist, die auswärtigen Verbindlichkeiten zu tilgen, die es für die wirksame Fortsetzung des Krieges übernommen hatte. Die Stellungnahme der früheren und der jetzigen Regierung ist in dieser Hinsicht identisch. Warum hat das britische Publikum eine andere Ansicht von seinen nationalen Verpflichtungen gegenüber äußerer Kriegsschulden als andere Verbündete? Wenn ich diese Frage beantworte, so möchte ich nicht auf naheliegenden ethischen Erwägungen verweilen, die sich aufdrängen, so oft es darauf ankommt, ob man eine Vereinbarung ausführen soll, wenn derjenige, mit dem sie abgeschlossen ist, seine Leistung im Vertrauen auf die Zusage schon ausgeführt hat. Diese Erwägungen sollten zwingend sein; aber wenn man sie betont, könnte das den Eindruck machen, als wollte man auf die Ehrenhaftigkeit derer, die über nationale Pflichten eine abweichende Ansicht haben, ein entwürdigendes Licht fallen lassen. Ich wünsche ihre Entscheidung keiner Zensur oder Kritik zu unterwerfen. Sie haben ohne Zweifel ihre Gründe für den Weg, den sie einschlagen. Wir haben unsererseits sicherlich überwältigende Gründe dafür, daß wir uns ehrlich bestrebt zeigen, unsere Schulden zu bezahlen.

Die Regelung ausstehender Rechnungen ist immer ein unangenehmes Geschäft, besonders zwischen Freunden. Fremde erwarten sie und bereiten sich dafür vor. Und wenn die Rechnung einläuft, nehmen sie es nicht übel. Aber es ist unangenehm, wenn man einen Freund beim Abschluß eines Geschäfts, das beide gemeinsam in warmer Freundschaft durchgeführt haben, erinnern muß, daß noch „ein kleiner Saldo" auszugleichen ist. Man hatte erwartet, daß der Freund die Sache selbst in Erinnerung bringen würde. So schiebt man die unerfreuliche Angelegenheit von Jahr zu Jahr hinaus. Aber der Freund enttäuscht die Erwartung. Nicht die leiseste An-

deutung kommt von seiner Seite, daß er sich des Bestehens einer Schuld überhaupt bewußt ist. Es sieht bald aus, als hätte er sie ganz und gar vergessen.

Der Freund ist sehr dringlich im Beitreiben der Rechnungen, die man ihm selber schuldet. Er ist jedesmal zornig, wenn man die Zahlung seiner eigenen Fakturen versäumt. Aber auf der Seite, wo die von ihm geschuldeten Beträge stehen, ist sein Gewissen blind. Das ist kein ungewöhnliches Ereignis, und wir müssen heute darunter leiden. Wir gingen aus dem Kriege hervor als ein Gläubigervolk bis zur Höhe von über zwei Milliarden Pfund und als ein Schuldnervolk bis zur Höhe von ungefähr der Hälfte jenes Betrages. Wir nahmen bereitwillig die Aufforderung unseres Gläubigers an, die Rückzahlung unserer Schuld zu erörtern. Unsere Schuldner haben einen unbesiegbaren Widerwillen gezeigt, in eine gleiche Erörterung mit uns einzutreten.

Dies sollte unsere endgültige Entscheidung nicht beeinflussen. England ist der größte internationale Handelsstaat, und sein Kredit beruht auf dem wohlverdienten Rufe, daß seine Schuldverschreibung ihm heilig ist, und daß das britische Volk sie stets honoriert und ohne Rücksicht auf die Kosten an Mühe und Geld einlöst. Ich erinnere mich der Panik, die beim Kriegsausbruch die Bankiers und Makler ergriff, als sie sich klar machten, welche Verbindlichkeiten britische Firmen unter ihrer Garantie übernommen hatten, um den Welthandel zu finanzieren. Diese Verbindlichkeiten beliefen sich auf Hunderte von Millionen Pfunden, und die einzige Sicherheit für die Rückzahlung bestand in einem Bündel dünner Papiere, kreuz und quer beschrieben mit den Unterschriften von Männern, die in der Mehrzahl kein britischer Bankier je gesehen hatte, und von denen manche in Ländern wohnten, mit denen wir Krieg führten. Eine Unterschrift jedoch stand auf jedem Papier, die den Bankiers bekannt war und den guten Namen Englands mit sich durch die Welt trug: das war diejenige irgendeiner wohlbekannten britischen Firma. Im Vertrauen auf diese Unterschrift und auf das Land, aus dem sie stammte, hatten sich Händler in fernen Ländern von ihrer Ware getrennt. Es ist wahr, die englische Regierung trug keine Verantwortung für irgendeines dieser Geschäfte; aber die Ehre Englands

erforderte es, daß fremde Kaufleute nicht zugrunde gingen, weil sie ihr Vertrauen in die Redlichkeit des englischen Handels gesetzt hatten. Aus diesem Grunde hat die damalige britische Regierung sich die Last aufgebürdet und das große Risiko auf sich genommen. Und obwohl damit eine Haftung für 400 bis 500 Millionen Pfund verbunden war, erhob sich dagegen keine Stimme des Widerspruchs.

Der damalige Schritt war zwar ganz ohne Vorgang, aber er war nicht nur ehrenhaft, er war klug. Er sicherte den britischen Stolz gegen Vorwürfe, und er sicherte den britischen Kredit vor einem Schlag, von dem er sich ein Menschenalter hindurch nicht erholt haben würde. Während dieses Menschenalters wäre das lohnende Geschäft in andere Hände übergegangen.

Sobald der Krieg zu Ende war, ging das britische Volk mit einem instinktiven Drange, der keiner Überredung zum Antrieb seiner Tätigkeit bedurfte, an die Aufgabe heran, den kriegsbeschädigten Kredit wieder herzustellen. Regierung, Bankwelt, Kaufleute, Makler, Fabrikanten und Gewerkschaften aller Art waren einer Meinung: das Borgen mußte ein Ende haben. England mußte, wie groß auch die Opfer sein mochten, sein Leben wieder selbst bezahlen. Die Ausgaben wurden rücksichtslos herabgesetzt. Heer und Flotte wurden unter den Stand vor dem Kriege reduziert. Andere staatliche Dienstzweige wurden stark eingeschränkt. Schwere Steuern wurden eingeführt, Steuern, wie sie kein anderes Land trägt. Der innere Haushalt mußte ins Gleichgewicht gebracht werden. Die auswärtigen Schulden mußten bezahlt werden. Schon sind große Summen nach dem Ausland gezahlt worden. Es erforderte Mut und Festigkeit, solch eine Politik zu verfolgen. Aber die Ausdauer der Nation war über jedes Lob erhaben. Jetzt sieht sie der Regelung jener großen Schuld an die Vereinigten Staaten von Amerika mit Ruhe entgegen, und keine Partei hat bis jetzt gefordert, keine wird vermutlich fordern, daß man den Unterhändlern in den Arm fallen soll. England will die letzte seiner Schulden ohne Murren bezahlen.

Wir fangen schon an, etwas von der Belohnung zu ernten. Die Kaufkraft unserer Währung hat sich trotz der Belastung schon gehoben, und infolgedessen haben sich die Kosten der Lebenshaltung ständig vermindert, während sich in anderen

Ländern, die eine abweichende Politik verfolgt haben, die Kosten der Lebenshaltung des Volkes von Monat zu Monat steigern. Vor kurzem verhöhnte uns der französische Ministerpräsident in der Deputiertenkammer, weil unsere ungesunde Finanzpolitik an der bei uns herrschenden Arbeitslosigkeit schuld sei. Es ist wahr, wenn wir weiter geborgt hätten, statt unsere Ausgaben selbst zu tragen, wenn wir unseren auswärtigen Gläubigern getrotzt hätten, statt sie zu bezahlen, so hätten auch wir, wie manche andere europäischen Länder, mit Hilfe einer entwerteten Valuta eine künstliche Blüte des Geschäftslebens hervorrufen können. Dann aber wäre der britische Kredit rasch und ohne Hoffnung auf Erholung verschwunden, und der britische Handel wäre ihm bald gefolgt. Inzwischen würden die Kosten der Lebenshaltung in Großbritannien auf das Doppelte dessen gestiegen sein, was sie heute betragen. Wir haben deshalb jene Politik von der Tagesordnung gestrichen, ohne ihr auch nur die Ehre einer Erörterung anzutun.

Vertrauen ist der einzige Boden, auf dem Kredit gedeiht. Hätte man dieses Vertrauen verwirkt, so müßten heute britische Einkäufer und deswegen auch britische Konsumenten mehr für ihren Weizen, ihr Fleisch, ihre Baumwolle und ihre Wolle bezahlen. Die Last der Rückzahlungen an die Vereinigten Staaten wird unendlich viel geringer sein als die indirekte Last, die große Einkäufe mit entwerteter Valuta zur Folge haben. Die Regierung handelt deswegen richtig, wenn sie mit dem amerikanischen Schatzamt ohne Zeitverlust eine Liquidierung der von England eingegangenen Schuldverpflichtung vereinbart. Ich nehme mit Bestimmtheit an, daß sie jede Anstrengung gemacht hat, um durchzusetzen, daß die Verständigung einen Teil einer allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden bildet. Aber mit Bezug auf unsere eigene Schuld bleibt die moralische Verpflichtung bestehen, was auch unsere Alliierten tun oder lassen. Der Grund, aus dem die Schuld übernommen wurde, die Umstände, unter denen dies geschah, die Zwecke, für die das Geld vorgeschossen wurde, das alles konnte die amerikanische Regierung erwägen, als sie ihre Bedingungen stellte. Aber das war ihre Sache; unsere ist es, unsere Unterschrift einzulösen.

Dampfer „Kashgar", 1. Februar 1923.

Sechzehntes Kapitel

Interalliierte Schulden

Das Schicksal Isaschars

England fühlte, wie ein kalter Schauder ihm den Rücken herunterlief, als es die amtliche Kunde vernahm, daß die englische Regierung sich endgültig verpflichtet hatte, 60 Jahre lang über 30 Millionen Lstr. im Jahr an die Vereinigten Staaten zu zahlen, und zwar für Schulden, die wir zugunsten unserer Alliierten übernommen hatten, und ohne gleichzeitig von unseren Schuldnern zur Entlastung unserer Steuerzahler einen Beitrag zu fordern. Nicht als ob irgend jemand im Traum daran gedacht hätte, die Schulden zu annullieren. Solch böser Traum mischte sich nicht in das Gewebe der mancherlei Angstvorstellungen, die unsere Ruhe gestört haben, seit der größte Albdruck von allen die Welt in ein zuckendes Nervenwrack verwandelt hat.

Auch haben wir keinen Schuldennachlaß erwartet. Sobald wir in Versuchung kamen, die Bande der Nächstenliebe zu überschätzen, erschienen Artikel, die uns die Haltung des „Mittleren Westens" in Erinnerung riefen. Europa hat Amerika schon vor Jahrhunderten entdeckt, aber der „Mittlere Westen" als politisches Gebilde ist für uneingeweihte Europäer eine Entdeckung aus der Kriegszeit. Damals erzählten uns heimkehrende Forschungsreisende, daß er der Sitz des amerikanischen Gewissens sei — unerbittlich, unbelehrbar, aber auch unwiderstehlich in der Durchführung eines einmal begonnenen Unternehmens. Wie kraftvoll dieses Gewissen als Weltmacht war, hat der Krieg erwiesen. Von seiner Höhe herab schleuderte es eine Kraftlawine auf Deutschland, die ihm die letzte Hoffnung auf Widerstand verschüttete. Unglücklicherweise stießen wir, als die Schulden zur Sprache kamen, auf die harte Seite des mittelwestlichen Gewissens.

Unsere Hoffnung stand deshalb nicht auf einem Schuldennachlaß. Es bestanden aber manche andere Möglichkeiten. Wir waren nicht die einzigen Schuldner der amerikanischen Regierung. Andere Alliierte hatten nicht nur mittelbar durch uns, sondern auch unmittelbar bei Amerika geborgt. Wir hegten die gute Zuversicht, daß die Regierung der Vereinigten

Staaten uns nicht eine strengere Behandlung zukommen lassen würde, als sie unseren Alliierten zuzubilligen bereit war. Freilich hatten wir die Legende von unserem unerschöpflichen Reichtum zu bekämpfen. Abgesehen von unserem großen Kohlenvorkommen und einem Klima, das denen, die es aushalten, keine Wahl läßt als emsige Tätigkeit, haben wir keine Schätze als den Fleiß, die Erfindungsgabe und die ererbte Geschicklichkeit unseres Volkes. Wir besitzen nichts ähnliches wie die reichen Gefilde und den befruchtenden und reifenden Sonnenschein Frankreichs, die 60 Prozent seiner Bevölkerung ernähren. Die Quellen unseres Reichtums, abgesehen von der Kohle, sind unzuverlässig, denn sie hängen in größerem Maße als bei irgendeinem anderen Lande von Verhältnissen außerhalb unserer Grenzen ab. Wir sind internationale Lieferanten, Zwischenhändler und Frachtführer. Ein Vertrag, nach dem wir 60 Jahre lang große Summen über See zahlen sollen, ist für uns in mancher Hinsicht eine bedenklichere Angelegenheit als für Länder, deren Reichtümer in ihrem Boden ruhen und deshalb weniger angreifbar sind. Die Zerrüttung der Weltmärkte hat bei unserer Industriebevölkerung eine größere Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt als bei der irgendeines anderen europäischen Landes. Ich höre auch von Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika reden, aber die Berichte darüber, die hierher gelangen, sind so widerspruchsvoll, daß ich daraus keine Schlußfolgerung ziehen kann. Über den gigantischen Umfang unseres Arbeitslosenproblems kann jedenfalls kein Zweifel bestehen. Wir haben 1 400 000 Arbeiter auf der Erwerbslosenliste, die in der oder jener Form Unterstützungsgelder erhalten. Die Jahresausgaben, die dem englischen Volk aus der Ernährung seines erwerbslosen Teils erwachsen, belaufen sich auf über 100 000 000 Lstr., beinahe auf den Betrag der Annuitäten, die wir als Kriegsentschädigung von Deutschland verlangen.

Wenn es auch Anzeichen für eine Besserung gibt, weisen doch die Umstände auf eine verlängerte Periode unternormalen Geschäftsverkehrs. Jahrelang andauernde Depression bedeutet, daß England infolge der Verwüstung seiner Wirtschaft durch den Krieg mehr zu leiden haben wird als Frankreich durch die Verwüstung seiner Provinzen. Unser Land, in Sorge

um die Beschaffung seines Lebensunterhalts, mit anderthalb Millionen Arbeitern, die vergeblich die Straßen nach Arbeit absuchen, trägt die schwerste Steuerlast in der Welt. Warum? Weil es nicht nur seine eigenen schweren Kriegsschulden verzinsen muß, sondern zugleich 3 Milliarden Lstr., die es den Alliierten vorgeschossen oder zu ihren Gunsten aufgenommen hat. Darum hatten wir gehofft, die Vereinigten Staaten würden eine Nation in solcher Lage nicht besonders hart behandeln.

Wenn ich von den Schulden der Alliierten an uns spreche, so möchte ich stark betonen, daß es sich nicht etwa um papierne Fiktionen oder Buchführungskunststücke handelt. Es sind schwerwiegende Tatsachen, und sie stellen eine wirkliche Last dar, die der britische Steuerzahler, gebeugt und keuchend, bis zu dieser Stunde tragen muß. Wären diese Anleihen nicht gegeben worden, so würde die Last auf seinen Schultern heute um zwei Schilling auf das Pfund leichter sein. Jahraus, jahrein zahlt er den wirklichen Darleihern — teils britischen, teils amerikanischen — diesen Bruchteil seines Einkommens. Er hat sich während des Krieges entschlossen, diese Last für seine Verbündeten zu tragen, auf deren feierliches Versprechen hin, daß sie sie nach dem Kriege selbst übernehmen würden. Die amerikanische Regierung borgte von ihrem Volke, um Vorschüsse an England zu leisten, und verlangt nun vom britischen Steuerzahler, daß er seine Verpflichtung einlöst. Wir beklagen uns nicht darüber, denn die Forderung ist milder als der Wortlaut der Schuldverschreibung. Aber der geforderte Betrag ist seinem Wesen nach ein Teil der Schuld der Alliierten an England, und der britische Steuerzahler empfindet es naturgemäß als Härte, daß er nicht nur seine eigene rechtmäßige Bürde tragen, sondern auch die Schulden seiner weniger schwer besteuerten Brüder auf dem Festland mitschleppen soll. Er nahm natürlich an, daß die Anwendung eines gleichen Druckes auf alle Schuldner zu einer allgemeinen Auseinandersetzung geführt hätte, die mit einer allgemeinen Verständigung geendet haben würde.

Dies war die wirkliche Tragweite der Note Balfours. Man hat den wahren Sinn dieser großen Urkunde völlig mißverstanden — teils fahrlässig, teils absichtlich, teils frech. Ich wette, daß nicht ein Prozent ihrer Kritiker, wenn man sie plötz-

lich über ihren Inhalt prüfen wollte, das Examen auch nur mit der schlechtesten Nummer bestehen würde. Sie hat dasselbe Schicksal gehabt wie der Vertrag von Versailles. Über beide ist die öffentliche Meinung scharf geschieden in diejenigen, die herunterreißen, ohne zu lesen, und diejenigen, die lesen, ohne herunterzureißen. Die meisten haben ihre Eindrücke von der Balfournote aus vorwurfsvollen Phrasen solcher Federhelden geschöpft, deren Auftraggeber ihnen die Ideen mit der Weisung übermittelten, zu verurteilen ohne zu lesen. Die Männer, die sowohl den Vertrag von Versailles wie die Balfournote wirklich verstanden haben, waren zu stark beschäftigt, um für Auskünfte, Auslegungen und Erklärungen Zeit zu finden.

Aber die Zeit ist gekommen, wo die Öffentlichkeit wieder auf die bemerkenswerten und weitreichenden Vorschläge der Balfournote aufmerksam gemacht werden sollte. Sie stellen das Angebot Englands dar, den Umfang seiner Forderungen gegen die Alliierten nach dem Ausmaß seiner Verpflichtungen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zu bestimmen. Die britische Regierung bot sogar an, die Ansprüche Englands gegen Deutschland in dieses hochherzige Zugeständnis einzubeziehen. Was hat das unter den gegenwärtigen Umständen zu bedeuten? Es bedeutet, daß England, wenn seine Alliierten und Deutschland zusammen die 30 Millionen Pfund jährlich aufbringen, die es an Amerika zu zahlen hat, seinerseits auf den ihm vertragsmäßig geschuldeten Anteil an den 132 Milliarden Goldmark verzichtet. Das war ein gewaltiges Angebot; hätte man es angenommen, so wären die Ergebnisse von unberechenbarem Segen gewesen. England hätte zwar unmittelbar die schwersten Verluste erlitten, aber mittelbar würde es dadurch Nutzen gehabt haben, daß die Welt sich erholt hätte.

Wie hat man es aufgenommen? Manche tadelten es, weil es zu wenig, manche, weil es zuviel verlangte. Manche kritisierten es, weil sie entschlossen waren, nichts gutzuheißen, was von dieser Regierung ausging; aber die meisten Tadler verurteilten es, weil sie sich nicht die Mühe gaben, es zu verstehen, und weil zufällig das lauteste Straßengeschrei sich dagegen wandte. Die Regierung, die es vorgelegt hatte, trat bald danach zurück, und die ihr folgende brachte einen neuen Plan zutage, der noch weniger Beifall fand. So verschwand

dieses große Projekt, das die Frage, die vor allen anderen in Europa den Frieden stört und die Gemüter aufregt, endgültig lösen sollte, im Aktenschrank, soweit es nicht schon vorher in den Papierkorb geworfen worden war.

Aber damit können die Versuche, die Frage der interalliierten Schulden zu regeln, nicht zu Ende sein. Wir können uns nicht zufrieden geben mit einer Lösung, die uns bindend zu Zahlungen verpflichtet, ohne uns Aussicht auf den geringsten Beitrag von seiten unserer Schuldner zu bieten. Was sich Amerika nicht leisten kann, das können wir uns erst recht nicht erlauben. Das Gold Europas liegt jetzt in amerikanischen Kassen. Wie könnten wir, die wir bis an die Nase im Sumpf unserer Schulden stecken, die Großmütigen spielen und freigebiger sein als das einzige Goldland, das auf dieser vom Krieg ausgeplünderten Erde übriggeblieben ist?

Wenn ein allgemeines Jubeljahr kommt, und alle ihr gleiches Teil beitragen, um der Welt wieder auf die Beine zu helfen, so wird England dabei sicherlich seine Rolle tapfer und nobel spielen. Aber solch ein hinkebeiniges Jubeljahr, das auf der einen Seite Frankreich, Italien und Belgien von all ihren Schulden befreit, während es auf der anderen England weiter schwitzen läßt in der Mühsal, Schulden abzutragen, die es für seine Alliierten und im Vertrauen auf deren Verpflichtungsschein gemacht hat — das können wir nicht ertragen.

Ich hoffe, die Regierung wird auf einer Verständigung mit unseren Alliierten bestehen, die zwar nicht ein Abklatsch unseres Vertrags mit der amerikanischen Regierung zu sein braucht, aber uns doch genügende Einnahmen gewährleistet, um uns gegen Verluste aus jenem Vertrag zu sichern. Zu erwarten, daß wir die zwei Schilling aufs Pfund ersetzt bekommen, die dem britischen Steuerzahler die Zinsen für die Alliiertenschulden kosten, ist, wie ich fürchte, zwecklos; aber wir sollten wenigstens eine Garantie gegen die Mehrleistung von 6 Pence aufs Pfund erhalten, die durch die Ratenzahlungen an Amerika bedingt wird. Ich bin mir bewußt, daß der Versuch schwierig ist und wenig Hoffnung läßt; es sind letzthin einige entmutigende Symptome zutage getreten. Eins davon ist die Aufnahme, die das freimütige Angebot des britischen Premierministers mit Bezug auf die interalliierten Schulden auf der letzten Pariser

Zusammenkunft gefunden hat. Es war ein taktischer Fehler, die Konferenz mit einem solchen Angebot zu eröffnen; der Erfolg war denn auch höchst unglücklich.

Hätte ich meine kritischen Bemerkungen zu der Führung der letzten Pariser Verhandlungen vorbringen wollen, so wären sie dahin gegangen, daß mit ihrer Hilfe England zum erstenmal seit dem Kriege auf einer europäischen Konferenz völlig isoliert worden ist. Das war ein Unglück, denn es ermutigte Frankreich zu übereiltem Vorgehen. Bis zur letzten Konferenz waren England und Italien im wesentlichen einig geblieben, auch wenn Frankreich und Belgien eine abweichende Ansicht vertraten, und Belgien hatte nie zuvor eine der Versammlungen in völligem Gegensatz zu England verlassen. So sehr also auch Frankreich immer in Versuchung war, das Ruhrgebiet zu besetzen, so zögerte es doch damit angesichts eines so formidabeln Widerstands der Alliierten. Worauf es indessen in diesem Zusammenhang ankommt, das ist die Ursache unserer ungewohnten Isolierung gelegentlich der letzten Konferenz. Der britische Premierminister begann die Verhandlungen mit der Vorlage eines Planes, der die meisten Schulden der Alliierten an England zu erlassen versprach, für den Rest aber unverzügliches Einvernehmen über den Beginn der Rückzahlung verlangte. Diese Anregung einer Rückzahlung schweißte sofort die Gegnerschaft gegen den ganzen britischen Plan zusammen. Es wurde klar, daß die heutigen Regierungen auf dem Festland, wenn man nicht stark auf sie drückt, nicht daran denken, auch nur den kleinsten Bruchteil ihrer Schuld zu tilgen, obwohl sie sich feierlich verpflichtet hatten, die Anleihe zurückzuzahlen, sobald dies möglich würde, und sie bis dahin zu verzinsen. Wenn wir, wie dies in der Balfournote geschieht, darauf hinweisen, daß wir uns verbindlich gemacht haben, den Vereinigten Staaten die schwere Schuld zurückzuzahlen, die wir zugunsten der Alliierten übernommen hatten, so zucken sie bloß die Achseln und sagen dem Sinne nach: „Das ist eure Sache. Wir bezahlen weder England noch Amerika, und damit Schluß!" —

Der weitere unerfreuliche Zwischenfall ist die Rede Herrn Poincarés in der französischen Kammer, in deren Verlauf er gelegentlich die Frage der interalliierten Verschuldung be-

handelte. Der französische Premierminister erklärte damals nachdrücklich, Frankreich gedenke seine Schulden nicht eher zu bezahlen, bis es seinen Anteil an den Reparationen von Deutschland erlangt hätte. Worauf läuft das hinaus? Daß Frankreich, soweit es durch Herrn Poincaré vertreten wird, überhaupt nicht beabsichtigt, seine Schulden je zu bezahlen. Wenn man sich die ungeheuerliche Ziffer der deutschen Reparationsschuld vergegenwärtigt, so erkennt man, daß 30 Jahre eine sehr mäßige Schätzung der für ihre Liquidierung erforderlichen Frist darstellen. Soll während dieser Zeit die Schuld Frankreichs ruhen und keine Zinsen tragen? Wenn ja, dann ist die Schuld tatsächlich gestrichen, denn der Gegenwartswert einer Forderung von £ 500 000 000, die erst in 30 Jahren zahlbar wird, ist ganz unbedeutend. Die jetzige Regierung Frankreichs hat also erklärt, Frankreich wolle nicht zahlen, was es schuldig ist. Nun ist doch sicherlich der Zeitpunkt, wo man die Bedingungen eines Darlehns feststellen kann — wann man zahlen will, wieviel man zahlen will oder ob man überhaupt zahlen will — der Zeitpunkt, an dem man das Geld borgt, und nicht der, an dem man es ausgegeben hat.

Und doch hat Herr Poincaré in derselben Rede, in der er die Gaumen der Senatoren mit brühwarmen Plattheiten über die Heiligkeit nationaler Verpflichtungen kitzelte, Frankreichs getreuen Verbündeten mit dem kalten Troste abgespeist, daß Frankreich zu stark mit der Beitreibung seiner Außenstände beschäftigt sei, um an seine Schulden zu denken. Ich bin innerlichst überzeugt, daß es ein Frankreich gibt, das Herrn Poincaré nicht als seinen Sprecher anerkennt — ein großes Frankreich, das einen getreuen Freund nicht schäbig behandeln wird, der ihm in der Stunde der Verzweiflung beisprang und jetzt unter unerhörten Lasten taumelt, die er um der Freundespflicht willen auf sich nahm.

All dies macht eine unverzügliche Klärung der Sachlage um so nötiger. Nachdem wir soeben Verhandlungen über die Liquidierung unserer Kriegsschulden an Amerika beendet haben, sind wir befugt, auf einer Regelung mit denen zu bestehen, um derentwillen wir jene Schulden übernommen hatten. Wenn nichts getan wird, wird die Lage für uns immer ungünstiger werden. Man wird annehmen, wir hätten uns bei der

Weigerung Poincarés beruhigt. Ich weiß nicht, was unsere Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Marktfähigkeit der Sicherheiten abgemacht hat, die unsere Schuld fundieren. Wenn sie auf den Markt gelangen sollen, so sind die Aussichten für jede künftige Emission zerstört. Bevor das geschieht, müssen wir wissen, woran wir mit unseren eigenen Forderungen sind. Ich hoffe, die Regierung wird rasch zur Tat schreiten. Zaudern war berechtigt, solange wir mit dem, was wir schuldeten, in der gleichen Lage waren wie mit dem, was wir zu fordern hatten. Der Baldwinvertrag hat das alles geändert. Wenn wir nicht jetzt auf einer Regelung bestehen, wird der britische Steuerzahler das Schicksal Isaschars*) erleiden, das des armen Packesels zwischen zwei Bürden — seiner eigenen und der der Alliierten.

Den 17. Februar 1923.

Siebzehntes Kapitel

Die britischen Wahlen

Angesichts der Schwierigkeiten, denen sich das Land gegenübersieht, ist es die Pflicht jedes patriotischen Bürgers, die heutige Regierung mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen. Parteiische Kritik stört das Urteil und erschüttert die Nerven. Regierungen brauchen heutzutage volle Herrschaft über Geist und Nerven, wenn sie fähig sein wollen, gesunde Entschlüsse zu fassen und bei ihnen zu verharren. Parteigeist bedeutet daher Verrat am Vaterland.

Das schließt indessen einen ruhigen Überblick über die Wahlen und ihre Bedeutung nicht aus. Ganz im Gegenteil! Denn wir müssen an die Zukunft denken und uns für sie vorbereiten.

Das Ergebnis der Wahlen hat denen völlig rechtgegeben, die behauptet hatten, keine Partei könne für sich allein hoffen, das Maß öffentlicher Unterstützung zu finden, das eine stabile Regierung gewährleisten würde. Es ist zwar den Konservativen gelungen, eine aus ihren Mitgliedern gebildete Mehrheit in das neue Parlament zurückzusenden, aber der bemerkenswerteste Zug

*) 1. Mos. 49, V. 15.

an den Wahlen ist die Tatsache, daß eine entscheidende Mehrheit der Mitglieder durch eine merkliche Minderheit von Stimmen gewählt worden ist.

Es fällt mir auf, daß der leitende Minister bei seinem Dank an die Nation behauptet, er hätte von der Bevölkerung dieses Landes ein Vertrauensvotum erhalten. Bei einer gesamten Stimmabgabe von 15 Millionen haben seine Kandidaten weniger als 6 Millionen Stimmen erhalten. Wenn man auch die unbestrittenen Wahlbezirke voll in Rechnung stellt, so kann man diese Zahl doch nicht viel höher strecken als auf 6 Millionen. Das bedeutet, daß nur $^2/_5$ der Wählerschaft der Verwaltung ihr Vertrauen votierten, während $^3/_5$ mit ihrer Abstimmung Vertrauen zu anderen Führern oder Gruppen bezeigten. Eine Partei, die bei einem Volksreferendum auf den Wahllisten eine Majorität von 3 Millionen gegen sich verzeichnet sieht, kann kaum behaupten, sie habe ein nationales Vertrauensvotum erhalten.

Man könnte vielleicht anführen, daß, wenn es sich um die Frage des Vertrauensvotums handelt, die Stimmen der Nationalliberalen, die der Regierung ihre Mitwirkung zugesagt hatten, nicht auf die Debetseite der Vertrauensrechnung eingestellt werden dürfen. Die Grundlage des Appells um Unterstützung, den die nationalliberalen Kandidaten an die Wählerschaft gerichtet haben, ist wesentlich das, was ich in meiner Rede in Manchester ausgeführt habe:

> „Die höchste Aufgabe staatsmännischer Kunst ist zu dieser Stunde die Befriedung der Völker, so daß jedes Volk Muße hat, sich den friedlichen Beschäftigungen des Daseins hinzugeben und die geleerten Behälter wieder aufzufüllen, auf die wir alle angewiesen sind.
>
> „Mein Weg ist klar vorgezeichnet. Ich werde mit all meiner Kraft jede Regierung unterstützen, die sich dieser Aufgabe widmet und ihr alle Energie eindeutig, furchtlos und entschlossen zur Verfügung stellt — vorausgesetzt, daß sie nicht auf Maßregeln verfällt, die dem Lande dauernden Schaden tun, mögen diese Maßregeln reaktionär oder revolutionär sein. Damit will ich mich aber nicht verpflichten, bei irgendeiner Regierung oder irgendeiner Partei eine unfähige, schwankende oder schwächliche Haltung zu

unterstützen. Jede Regierung dagegen, die jenen Weg nicht verfolgt, werde ich mit aller meiner Kraft bekämpfen. Das ist meine Politik."

Ich habe die Ansprachen vieler nationalliberaler Kandidaten gelesen, und ich habe in vielen Versammlungen ihrer Wählerschaften Ansprachen gehalten. Überall wird die Haltung gegenüber der Regierung in diesem Sinne, lediglich mit Abweichungen im Ausdruck, klargestellt. Die Ansprache des Herrn J. D. Gilbert, der in Central Southwark den Sieg davontrug, ist ein bezeichnendes Probestück, das ich aus der Masse herausgreife:

„Wenn Sie mich wiederum mit Ihrem Vertrauen beehren, so werde ich jede fortschrittliche Maßnahme, die die gegenwärtige oder irgendeine andere Regierung vorschlägt, unterstützen. Ich werde nicht in parteiische Opposition oder kleinliche Kritik verfallen, während unser Land daheim und draußen mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat."

Ein oder zwei Kandidaten mögen weitergegangen sein; aber keiner hat sein Vertrauen ausgesprochen.

Ich habe Untersuchungen darüber angestellt, wie viele konservative Stimmen wohl nationalliberalen Kandidaten gegeben worden sind. Man sagt mir, daß ihre Zahl durchschnittlich weniger als $^1/_3$ der Gesamtsumme beträgt. Bei der letzten Wahl wurden 167 nationalliberale Kandidaten aufgestellt. Sie erhielten insgesamt 1 652 823 Stimmen, d. i. durchschnittlich 9897 für jeden Kandidaten. Welcher Teil dieser Stimmen war konservativ? Es gibt eine gute, praktische Methode, dies zu prüfen. In 62 Wahlbezirken wurden die Nationalliberalen sowohl von den konservativen als von anderen Kandidaten bekämpft. In diesen Fällen war die Durchschnittsstimmenzahl für die Nationalliberalen 6820. Das bedeutet, daß, wo die konservativen die nationalliberalen Kandidaten unterstützten, ihre Stimmen ungefähr 30% der für die Kandidaten abgegebenen Stimmen darstellten. Andererseits bringt die Zahl liberaler Stimmen, die da, wo ein Wahlbündnis bestand, zugunsten von Konservativen abgegeben wurde, mindestens eine Ausgleichung dieser Rechnung. Denn wenn auch in dem einzelnen Wahlbezirk diese Zahl derjenigen nicht gleichkommt, mit der die Konservativen nationalliberale Wählerschaften unterstützt haben,

so erstreckte sich doch jene Unterstützung der Konservativen durch Liberale über eine viel größere Anzahl von Wahlbezirken.

Sowohl der leitende Minister als sein Hauptwahlagent haben mit Entrüstung die Unterstellung zurückgewiesen, als sei zwischen Konservativen und Nationalliberalen irgendeine Vereinbarung getroffen; sie haben betont, daß nur örtliche Verständigungen vorlagen, die die Kandidaten der beiden Parteien zu gegenseitiger Bequemlichkeit eingegangen seien.

Als Haupt der nationalliberalen Gruppe habe ich meine ernsten Zweifel darüber geäußert, ob das Ministerium richtig zusammengesetzt sei, und zugleich die Sprache, in der es seine Politik erläuterte, lebhaft getadelt. Das entsprach der allgemeinen Haltung der Nationalliberalen gegenüber der Regierung. Ihre Unterstützung kann also nicht in Rechnung gestellt werden, wenn man die für die Regierung abgegebenen Stimmen zusammenzählt. Es bleibt vielmehr die Tatsache bestehen, daß diejenigen, die der Regierung ein Vertrauensvotum gaben, nur 40% der abgegebenen Stimmen und 25% der ganzen Wählerschaft darstellten.

Ich stelle diese Tatsache an die Spitze, weil sie notwendig eine tiefgehende Wirkung auf den Lauf der Ereignisse während der Lebensdauer des jetzigen Parlaments und vielleicht noch darüber hinaus haben muß. Es ist zum mindesten seit der Reform-Act das erstemal, daß eine ausgesprochene Minderheit der Wählerschaft sich die Herrschaft über das Parlament und die Regierung des Landes hat verschaffen können. Es wäre töricht, zu behaupten, daß in einem demokratischen Lande wie dem unsrigen, das so völlig durchdrungen ist von dem Geiste des Repräsentativsystems, ein solcher Vorfall die moralische Autorität der jeweiligen Regierung nicht zu schwächen brauche. Wenn die Regierung klug ist, wird sie deshalb jene Tatsache im Gedächtnis behalten und sich nicht auf eine Politik einlassen, mit der sie die 9 Millionen, also die Majorität der Bevölkerung dieses Landes, herausfordern solle. Es ist kein guter Anfang, diese überraschenden Zahlen als ein Vertrauensvotum zu bezeichnen. Ich hoffe aufrichtig, daß dies kein Zeichen des Entschlusses ist, einen so offensichtlichen und maßgebenden Faktor der Regierungspolitik zu ignorieren oder gar zu reizen.

Ein Gegenbeispiel zu diesem seltsamen Ergebnis unseres Wahlsystems findet sich in der ungenügenden Vertretung anderer Parteien im gegenwärtigen Parlament und, wenn nicht die Repräsentativ-Verfassung ganz und gar den Kredit verlieren soll, so muß das gegenwärtige Parlament alsbald seine Aufmerksamkeit und seine Energie darauf lenken, eine Methode und einen Mechanismus zu erfinden, die der aus dem gegenwärtigen System entspringenden Gefahr vorbeugen. Das Parlament von 1918 brachte der Regierung zweifellos eine größere Mehrheit, als die Wahlziffern erwarten ließen. Aber die Mehrzahl der Stimmen, die für Regierungskandidaten abgegeben wurden, war so überwältigend, daß unter jedem Wahlsystem die Regierung eine größere Arbeitsmehrheit gehabt hätte als die, über welche die gegenwärtige Regierung verfügt. So konnte im Falle von Unruhen keine Partei des Landes der Regierung vorwerfen, sie habe keine Autorität, weil sie nicht die Mehrheit der Wählerschaft des Landes vertrete.

Wir stehen einer neuen Gefahr für das konstitutionelle Regierungssystem gegenüber. Was bei dieser Wahl geschehen ist, kann sich leicht bei der nächsten wiederholen; das braucht aber nicht notwendig zugunsten derselben Partei zu geschehen. Wenn wir wirklich durch eine Reihe von Ministerien regiert werden sollen, die die Herrschaft trotz des Protestes der Mehrheit des Volkes ausüben, so wird die Autorität jeder Regierung unheilbar geschwächt werden.

Diesmal war das Glück der Wahlurnen den Konservativen günstig. Das nächste Mal mag es zugunsten der Labour-Partei den Ausschlag geben. Sie hat bei dieser Wahl 55 Sitze aus einer Gesamtsumme von 141 durch eine Minderheit von Wahlstimmen davongetragen. Die Umstände lagen in mancher Hinsicht gegen sie. Ihre Geldmittel waren durch die lange Periode schwerer Arbeitslosigkeit erschöpft. Die Gewerkschaftsbewegung machte eine Zeit der Ebbe durch, sowohl an Geldmitteln wie an Mitgliedern. In weiten Kreisen war man mit den Gewerkschaftsführern unzufrieden. Viele Arbeiter fühlten, daß sie durch einige Schritte der Führer bei industriellen Kämpfen böse in die Irre geleitet worden waren.

Dazu kam, daß einige Ideologen die Labour-Partei durch ein unüberlegtes Experiment kompromittiert hatten, das

ihr bei den Wahlen mehrere Längen kostete. Das nächste Mal mag die Flutzeit der Labour-Partei kommen. Sie hat bei diesen Wahlen ihre Lektion gelernt und wird den Fehler des November 1922 schwerlich wiederholen. Diesmal haben die Stimmen, die für sie abgegeben worden sind, die gigantische Ziffer von $4^1/_4$ Millionen erreicht. Nehmen wir an, es gelingt ihnen unter diesen Umständen, noch weitere 2 Millionen für sich an die Wahlurne zu bringen. Wenn auch die anderen Gruppen zusammen 9 Millionen Stimmen erlangen mögen, so kann doch die Labour-Partei dasselbe Glück haben wie die Konservativen bei der letzten Wahl und die Macht in die Hände bekommen durch eine entschiedene Mehrheit der Mitglieder, die durch eine Minderheit von Stimmen gewählt worden ist.

Ich will mich keinen Spekulationen darüber hingeben, was dann geschehen wird, welche Art von Gesetzgebung dann vorgeschlagen werden wird, wie das Oberhaus hierauf reagieren wird (unzweifelhaft wird ein scharfer Klassenkampf die Folge sein), oder welche Wendung die Verwaltung der verschiedenen Regierungsabteilungen nehmen wird. Über eins bin ich mir nämlich klar, daß, wenn die Minoritätsregierung von 1922 und später dazu beiträgt, die Regierungsautorität bei gewissen Klassen der Volksgemeinschaft zu diskreditieren, eine Minoritätsregierung der Labour-Partei die Achtung anderer Klassen gegenüber dem repräsentativen Regierungssystem schwächen wird und daß so bei allen Klassen eine Atmosphäre geschaffen werden muß, die der moralischen Autorität jeder Art von Regierung in diesem Land schädlich ist.

Ich habe die Öffentlichkeit oftmals darauf hingewiesen, daß dieses Land allem Anschein zum Trotz in mancher Hinsicht nur ein labiles Gleichgewicht hat. Es ist überindustrialisiert. Die Mittel seiner Lebenshaltung sind einigermaßen unsicher. Sie hängen von Bedingungen ab, über die wir nur wenig Kontrolle haben. Und sobald ein Ereignis eintritt, das unser Gemeinwesen sich in der einen oder der anderen Richtung überneigen läßt, wird das Gleichgewicht bei uns schwerer wiederzuerlangen sein als in Ländern, deren Bevölkerung für ihre Lebenshaltung wesentlich auf die Bearbeitung des Bodens und die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes angewiesen ist.

Stabilität und gute Regierung können nur auf gegenseitiges Wohlwollen und Zusammenarbeit des ganzen Gemeinwesens begründet werden. In ihrem Interesse hege ich daher die ernste Zuversicht, daß dieses Parlament sich eifrig bemühen wird, Mittel zu finden, um der Wiederholung eines solchen Zerrbildes des repräsentativen Regierungssystems nach der einen oder anderen Richtung hin vorzubeugen.

Ein anderer bedeutsamer Zug dieser Wahlen ist die große Stimmenzahl, die liberale Kandidaten trotz widriger Umstände davongetragen haben. Was auch immer die Schwierigkeiten der Labour-Partei bei dieser Wahlkampagne gewesen sein mögen, sie waren denen nicht vergleichbar, unter denen der Liberalismus sie durchgefochten hat. Er war durch bittere Kämpfe bis zu tödlichem Haß gespalten. Die Leiter des einen Teils schienen mehr darauf bedacht zu sein, Vertreter des anderen Teils aus dem Parlament herauszuhalten, als für die gemeinsame Sache zu fechten. Ihre Reden waren in der Hauptsache Angriffen auf die Leiter anderer liberalen Gruppen gewidmet, und für die Klarstellung der liberalen Sache selbst blieb wenig Raum.

Ein typisches Beispiel hierfür sind die Vorgänge in Manchester. Hier nahm die Mannschaft den Führern die Sache aus der Hand und erzwang eine Verständigung. Lord Grey wurde herbeigeholt, um ihr seinen Segen zu geben. Aber sein ganzer Segensspruch bestand in einem dünnen, traurigen Tröpfeln von kläglichen Vorwürfen gegen die Leiter der anderen Gruppe, wobei deutlich darauf hingewiesen wurde, daß die Rückkehr einer konservativen Regierung im Interesse des Landes gar nicht so übel sein würde. Diese Rede wurde von einem Tory-Blatt mit der Artikelüberschrift begrüßt: „Lord Grey unterstützt Herrn Bonar Law". Dann ging er hin und unterstützte durch eine Wiederholung der Rede die Kandidatur Herrn Mc Kinnon Woods. Von dort eilte er nach Bedford, um die Aufführung zugunsten von Lady Lawson zu wiederholen, und zum Schluß deklamierte er sie zwei Tage lang in Versammlungen zugunsten des Herrn Walter Runciman. Kein Wunder, daß es ihm gelang, den liberalen Enthusiasmus so stark zu dämpfen, daß seine unglückseligen Schutzbefohlenen durch die Ärmlichkeit der Unterstützung, die sie bei den Wahlen fanden, selbst ihre Gegner überraschten.

Sobald die Koalition zerbrach, traten die Leiter dieser liberalen Fraktion zusammen, um die Lage zu besprechen. Das einzige positive Ergebnis ihrer Erörterungen war nicht etwa ein weithinhallender Appell zur Einigkeit auf der Grundlage liberaler Prinzipien, sondern eine grämliche Ankündigung durch die Presse, daß Anstrengungen, sich zu vereinigen, bei der Wahl entmutigt werden würden. Es war offenbar Schicksalsschluß, daß die Koalitionsliberalen an die Wand gedrückt werden sollten. Die Konservativen stießen sie verächtlich beiseite und die unabhängigen Liberalen ließen verlauten, daß sie keine Verwendung für sie hätten. Sie waren zur Vernichtung bestimmt. Lord Crewes Rede bewegte sich in derselben Richtung. Darf ich aussprechen, wie aufrichtig ich mich über den Zoll der Anerkennung gefreut habe, der den „diplomatischen Dilettanten" dadurch entrichtet wurde, daß eine konservative Regierung das blaue Band der Diplomatie dem Leiter der unabhängigen Liberalen im Oberhause verlieh?

Dieser voreilige beklagenswerte Entschluß kostete uns mindestens 40 liberale Sitze, verschaffte den Konservativen ihre Majorität und, was nicht minder bedeutsam ist, sicherte die Stellung der Labour-Partei als Seiner Majorität offizieller Opposition im Unterhause. Das letztere ist das ernsteste praktische Ergebnis, das die Beschlüsse der Führer der unabhängigen Liberalen, ein gemeinsames Vorgehen bei den letzten Wahlen zu verhindern, gehabt haben. Wenn sich die Liberalen beim Zusammenbruch der Koalition geeinigt hätten, so konnte der Liberalismus bei den Wahlen 5 Millionen Stimmen bekommen. Er würde jetzt im Parlament die Stellung der zweitmächtigsten Partei einnehmen, und Land und Nation würden auch in Zukunft auf ihn schauen, wie sie das bisher in der Vergangenheit getan haben, als auf die Alternative zum „Toryismus". Statt dessen ist er jetzt ein armer abgesplitterter Dritter. Wie konnte er erwarten, bei den Wahlen zu gewinnen? Die Nationalliberalen wurden bis in ihre Wählerversammlungen hinein verfolgt. 35 nationalliberale Sitze wurden durch Kandidaten der unabhängigen Liberalen angefochten. Ich beschwere mich nicht, ich erkläre nur. Was auch immer die Ansichten der nationalliberalen Führer über liberale Einigkeit gewesen sein mögen, sie hatten keine Gelegenheit, sie durchzuführen, und wenn sie

auch in keinen allgemeinen Vertrag mit den Konservativen einwilligten, so blieb doch ihren Gefolgschaften in gewissen Bezirken keine andere Wahl, als mit den Konservativen örtliche Vereinbarungen wegen gegenseitiger Unterstützung zu treffen. Die unversöhnliche Haltung der unabhängigen Liberalen ließ ihnen keinen anderen Ausweg.

Was war die unvermeidliche Folge? Auf keiner Seite wurde ein wirklicher Kampf für liberale Prinzipien unternommen. Die unabhängigen Liberalen waren durch die persönlichen Vorurteile ihrer Führer in Verwirrung gebracht. Sie hatten enorme Munitionsvorräte für den Tag der Schlacht angesammelt in der Annahme, daß sich die Hauptattacke gegen die Koalitionsliberalen richten würde, und obwohl jetzt die Konservativen die feindlichen Verschanzungen besetzten, so dominierte doch der Ärger über die Strategie, und die Kanonen wurden immer noch auf ihre alten Feinde abgefeuert, während die Tory-Regierung nur mit Blumensträußen bombardiert wurde. Andererseits waren die nationalliberalen Führer durch die Verpflichtungen gehemmt, in die ihre Gefolgschaften durch das Vorgehen der Führer der unabhängigen Liberalen und durch den Streit der beiden Fraktionen hineingetrieben worden waren.

Trotz dieser enormen Schwierigkeiten hat man die Nationalliberalen nicht vernichten können. Ich will keine unfruchtbare Untersuchung darüber anstellen, ob ihre Wahlziffern größer sind als die der Anhänger Mr. Asquiths oder kleiner. Nehmen wir an, sie sind gleich. Wunderbar ist, daß unter solchen brudermörderischen Umständen überhaupt so viele Liberale von der einen und der anderen Sorte gewählt worden sind. Ich betone diese unzähligen Tatsachen nicht deshalb, um den Streit zu verlängern, der seit Jahren den Liberalismus vergiftet, sondern um die Aufmerksamkeit auf die Lebenskraft zu richten, mit der er trotz dieser niederdrückenden Umstände 4 100 000 Wähler an die Urne gebracht hat. Vom Standpunkt der Wahltechnik aus ist der Liberalismus das Zünglein an der Wage, und wenn er seine vereinte Kraft entweder gegen die Reaktion oder gegen den Umsturz zur Geltung bringt, so muß sein Einfluß entscheidend sein, wie sich auch die Zusammensetzung des Parlaments gestaltet.

Es ist allgemein bekannt, daß die unabhängigen Liberalen fest darauf vertrauten, sie würden unbedingt 120 Mitglieder

ihrer Gruppe durchbringen. Daß es ihnen nur gelang, etwa 50 Sitze zu sichern, ist natürlich für sie eine Quelle tiefer Enttäuschung. Wenn der Fehlschlag hochgespannter Erwartung sie dazu führt, die wahren Ursachen des Fehlschlages zu erforschen, und wenn sie ein ehrliches Bestreben kundtun, Mitarbeit an die Stelle von Zwietracht zu setzen, so werden meine Kollegen und ich das dankbar begrüßen. Aber wir können unsere Gesellschaft nicht einem widerwilligen Genossen aufzwingen. Ich habe während des ganzen Wahlfeldzugs wiederholt die Hoffnung ausgesprochen, es würde ein Ergebnis dieser Wahl sein, daß in allen Parteien Männer von maßvoller Gesinnung, aber fortschrittlicher Auffassung dazu kämen, die Weisheit gemeinschaftlichen Vorgehens einzusehen. Aber fortschrittlicher Sinn ist keineswegs auf die liberale Partei beschränkt. Ich bin Leuten dieser Gesinnung auch in der konservativen Partei begegnet und habe mit solchen gearbeitet, und die Wahl wird manche Männer und Frauen der Labour-Partei gelehrt haben, daß gewalttätige und extravagante Vorschläge den Fortschritt verhindern. Wenn man die Grenzen nicht zu eng zieht, so könnte dieses Parlament den wirksamen Zusammenschluß von Mitgliedern mancher Parteien erleben, die an dem Fortschritt der Menschheit auf den Wegen friedlicher Entwicklung aufrichtig interessiert sind und darin das Ziel gemeinsamer Ideale erblicken. Ist dieses Ergebnis erreicht, so werden die kommenden Jahre nicht fruchtlos dahingehen.

Noch ein Wort über die Nationalliberalen. Als die Auflösung kam, war keine Partei in eine so verwirrende, ja verzweifelte Lage versetzt. Die Konservativen hatten eine große politische Maschinerie zu ihrer Verfügung. Die Labour-Partei konnte sich auf die Unterstützung aller Gewerkschaften mit ihrem ausgeklügelten Mechanismus zur Organisation der Lohnarbeiterschaft verlassen. Die unabhängigen Liberalen hatten sich in England und in Schottland fast der ganzen liberalen Wahlmaschinerie bemächtigt; sie hatten sechs Jahre gebraucht, um sie instand zu setzen, denn sonst hatten ihre Führer ja nichts zu tun. Die nationalliberalen Führer aber hatten keine politische Maschinerie geerbt; sie waren zu sehr durch die große Weltpolitik in Anspruch genommen, um ihre Zeit auf die Improvisation eines wirksamen neuen Organismus ver-

wenden zu können. Konservative, unabhängige Liberal und Labour-Partei griffen alle zugleich nationalliberale Wahlsitze an, wo sie auch nur den geringsten Vorteil für ihre Parteiinteressen aus einem solchen Vorgehen erwarten konnten. Die Konservativen standen von dem Angriffe nur in solchen Fällen ab, wo sie glaubten, durch eine Verständigung mehr zu gewinnen. Hinter unserer Gruppe stand eine große Wucht öffentlicher Zustimmung. Ich habe Großbritannien im Norden, Süden, Osten und Westen bereist und kann sagen, daß ich noch in keinem Wahlkampf, an dem ich je teilgenommen, solche Massenbeteiligung und solchen Enthusiasmus erlebt habe; aber leider war keine Organisation vorhanden, die den Beifall in einen Wahlerfolg verwandelt hätte. Man kann eben keine weitläufige politische Maschine in drei Wochen aufbauen. In zwei Dritteln der Wahlbezirke hatten unsere Anhänger nicht einmal die Gelegenheit, ihre Stärke zu erproben. In beinahe 300 Bezirken konnten sie es nicht tun, ohne die Aussichten liberaler Kandidaten zu schädigen. In anderen Bezirken wurden sie durch eine Verständigung mit den Konservativen ausgeschaltet. Es ist ein Wunder, daß trotz dieser ungünstigen, ja lähmenden Bedingungen unsere Zahlen doppelt so groß sind als die der unabhängigen Liberalen im Jahre 1918.

Wir haben jetzt zum ersten Male volle Gelegenheit, unsere Sache und unseren Standpunkt vor das Land zu bringen und um Unterstützung für sie zu werben. Das zu tun ist unsere Pflicht. Jeder Monat wird sein Teil beitragen zur Rechtfertigung des Weges, den wir bisher verfolgt haben, und des Rates, den wir unentwegt unserem sich durch ungewöhnliche Schwierigkeiten durchkämpfenden Lande gegeben haben.

London, 20. November 1922.

Achtzehntes Kapitel

Das Wirken der Demokratie

Die überraschenden englischen Nachwahlen der letzten paar Wochen haben die Aufmerksamkeit auf das Wirken des neuen Wahlsystems in Großbritannien gelenkt und in einer Weise

zum Nachdenken über seine Möglichkeiten angeregt, wie es allgemeine Neuwahlen nicht vermocht hätten. Demokratie im Sinne der Regierung eines großen Staates durch die unbedingte und ungefesselte Autorität der Mehrheit seiner Bürger aller Klassen und Stände ist ein modernes Experiment. Heute sind die Vereinigten Staaten von Amerika die älteste Demokratie der Welt.

Wieviel Leute machen sich klar, daß England erst im Jahre 1917 eine Demokratie geworden ist? Bis dahin hatte die Mehrheit seiner erwachsenen Bevölkerung keine Stimme bei dem Erlaß und der Durchführung der Gesetze, die ihr Leben regierten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Italien haben schon seit vielen Jahren das allgemeine Stimmrecht als Grundlage der Staatsgewalt angenommen. Auch die britischen Dominions haben das getan. Aber Großbritannien selbst, der Pionier der Repräsentativverfassung, ist bis in die jüngste Zeit vor dem Experiment des allgemeinen Stimmrechts der Erwachsenen zurückgeschreckt. Vor der Reform-Act von 1832 belief sich die gesamte Wählerschaft dieses Landes nur auf 3% der Bevölkerung. Die Macht war innerhalb dieses kleinen Prozentsatzes so verteilt, daß selbst jene 3% in Wirklichkeit nicht mehr als höchstens 1% darstellten. Eine Generation voll Unruhe und Erregung, die beinahe in Revolution ausartete, setzte schließlich eine Maßregel durch, die jene 3% auf 4,5% der Bevölkerung erhöhte. Zwar wurde dadurch das Stimmrecht auf billigere Weise verteilt. Aber trotz dieser Verbesserung wäre es absurd, einen so lächerlichen Prozentsatz Demokratie zu nennen. Es folgte eine weitere Generation wachsender Erregung. Auch sie endete mit Gewalttat. Dann hat Disraeli, einer der kühnsten und unternehmendsten britischen Staatsmänner, im Jahre 1867 die Wählerschaft verdoppelt. Er vermehrte die Zahl der Wähler auf 9% der Bevölkerung. Disraelis kühnes Wagnis entsetzte manche seiner aristokratischen Anhänger und erregte bei vielen Whigs Ärgernis. „Bob" Lowe hat sogar den weit vorsichtigeren Vorschlägen Gladstones Unheilsfolgen prophezeit. Sieben Jahre später wurde das erste Tory-Parlament seit 1841 gewählt. Soviel ist auf die Prophezeiungen der Leute zu geben, die immer fürchten, Gerechtig-

keit müßte Unheil erzeugen. 15 Jahre nach der Reform Disraelis vermehrte Gladstones Regierung die Wählerschaft um weitere 7%. Gladstones Vorschläge, die die Zahl der Wähler auf 16% steigerten, wurden so heftig bekämpft, daß sie das Land beinahe in eine Verfassungskrise erster Größe gestürzt hätten. Schließlich wurden sie aber durchgebracht, und auf dem Standpunkt blieb das Wahlrecht bis zum Krieg.

Die Wählerschaft, die durch ihre Vertreter 1914 die deutsche Herausforderung annahm und deshalb dafür verantwortlich ist, daß das Land in den kostspieligsten und blutigsten Krieg verwickelt wurde, den es je geführt hat, stellte ein Sechstel der Bevölkerung und etwa ein Drittel der Erwachsenen dar. Das Gesetz über die Wehrpflicht überzeugte das Land von der Ungerechtigkeit dieses Zustandes. Millionen Männer wurden gezwungen, ihr Leben für eine Politik einzusetzen, an deren Gestaltung sie keinen Teil hatten. Millionen Frauen hatten auf Grund derselben Politik Ängste und Qualen zu leiden, die schlimmer waren als der Tod, und dennoch hatte keine Frau eine Stimme bei der Auswahl der Führer auf diesem Opfergang. Dies empfand man als so ungerecht, daß in der Begeisterung des Krieges, die die Menschen auf ein höheres Niveau der Gerechtigkeit erhob, dies offenbare Unrecht abgestellt wurde. So entstand das größte aller Wahlreformgesetze, das Gesetz von 1917, das zum erstenmal das britische Regierungssystem in eine Demokratie umwandelte.

Wie hat es sich bewährt? Es ist noch zu früh, von seinen Ergebnissen zu sprechen. Herr Austen Chamberlain hat letzthin in seinem Brief an die Times vom 14. März die Aufmerksamkeit auf die eine Seite seiner Wirksamkeit gelenkt. Er betont eine Tatsache, die jedem, der die Erfahrungen eines Wahlkampfes hinter sich hat, wohlbekannt ist, daß nämlich fast die Hälfte der neuen Wählerschaft keiner politischen Partei angehört. Wenn man von der Gesamtzahl die Zahl der alten Wählerschaft, die schon parteipolitisch gebunden war, abzieht, so wird man als Ergebnis der Wahlen feststellen, daß mehr als die Hälfte der neuen Wählerschaft frei umher schwimmt, ohne Anker oder Steuer, bereit, sich von der ersten Partei schleppen zu lassen, der es gelang, ihr das Tau zuzuwerfen. Millionen der neuen Wähler sind politischen Problemen gegenüber zu gleich-

gültig oder zu unentschieden, um an der Wahlurne Partei zu ergreifen.

Bei der heißumstrittenen Wahl vom Januar 1910 gingen 92% der Stimmberechtigten zur Urne. Bei der zweiten Wahl, die im selben Jahre stattfand, war der Prozentsatz noch 89. Der kleine Unterschied zwischen den beiden Wahlen ist wohl darauf zurückzuführen, daß bei der zweiten Wahl das alte Register gebraucht wurde. Man vergleiche diese Ergebnisse mit den beiden Wahlen, die seit der Wahlreform von 1917 stattgefunden haben. Bei der Wahl von 1918 konnten nur 64% der Wahlberechtigten dazu gebracht werden, die Bekanntschaft mit den Wahlzetteln zu machen. Man mag dies mit der unvermeidlichen politischen Apathie erklären, die einem großen Krieg zu folgen pflegt. Der Parteipuls schlägt dann schwach und unregelmäßig. Die alten Parteiorganisationen waren fünf Jahre lang vernachlässigt und dadurch ganz in Verfall geraten — die neue Partei hatte noch keine Zeit gehabt, ihre Maschinerie zu vervollkommnen. So brachte der Wetteifer der Parteien es bei mindestens sechs Millionen der neuen Wähler nicht fertig, sie an ihren neuen Vorrechten genügend zu interessieren, um deren Ausübung bei den Wahlen zu sichern.

Die nächsten vier Jahre waren eine Periode wachsenden politischen Tatendranges. Die neue Partei war besonders energisch. Ihr Hauptorganisator, der Abgeordnete Arthur Henderson, ist einer der begabtesten Parteigeschäftsführer unserer Zeit, und was er erreicht hat, ist ein Meisterstück politischer Organisation in diesem Lande. Auch die alten Parteien hatten Zeit, ihre Maschinerie zu reparieren. Als der Ruf zur Wahl erschallte, waren ihre Organisationen völlig betriebsfähig. Die einzige Partei, die keine der Rede werte Organisation besaß, waren die Nationalliberalen. Die anderen waren fertig zum Kampf. Trotzdem erwiesen sich, als die Wahlen im November erfolgten, beinahe fünf Millionen der Wähler als nicht genügend am Kampf interessiert, um ihre Stimmen abzugeben. Zwar zeigte die Wahl eine Besserung von 10% gegenüber der früheren, aber wenn man auch Abzüge für Todesfälle, Krankheiten und Ortsveränderungen macht, so blieben immer noch beinahe 20% zu Hause und konnten weder durch persönlichen noch öffentlichen Appell oder Druck, aus-

geübt durch drei oder vier große Organisationen, dazu überredet werden, einen Umweg von ein paar hundert Meter zu machen, um auf den Wahlzettel, der auf sie wartete, ein Kreuz zu zeichnen.

Die Gemeindewahlen erzählen uns eine noch traurigere Geschichte von der Apathie der Wähler. Aber das ist eine alte Geschichte. Schon die alte Wählerschaft konnte trotz all ihrer langen Schulung nur mit Schwierigkeit überredet werden, zu der Urne zu gehen, wo über die gute oder schlechte Verwaltung jener Städte entschieden wurde, in denen sie atmete, lebte, arbeitete, sich freute und zur Ruhe ging. Aber auch wo sie am faulsten war, machte sie immer noch eine bessere Figur als die Inhaberschaft des neuen Stimmrechts.

Wie stehen diese Wahlverhältnisse im Vergleich mit der Demokratie anderer Länder da? In Frankreich ist es nicht besser. Im ganzen ist es dort, soweit ich sehe, sogar noch schlimmer. Die Abstimmung in den Vereinigten Staaten schwankt je nach dem Interesse, das die einzelne Wahl erregt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Amerika nicht von Großbritannien. Ich habe den Bericht über den Prozentsatz der Beteiligung bei der letzten Präsidentenwahl nicht zur Hand, aber ich glaube, er war höher als unser Prozentsatz bei den allgemeinen Wahlen. Die Deutschen hatten bei ihrer letzten Wahl eine Beteiligung von 89%; in Italien war der Prozentsatz viel geringer. Bei einer nicht registrierten Wählerschaft von über vier Millionen kann alles mögliche passieren. Diese Wähler haben offenbar kein Interesse an den gewöhnlichen politischen Streitigkeiten, die das Gemüt ihrer Mitbürger in Spannung versetzen. Sonst müßte die Aufregung von zwei allgemeinen Wahlen sie doch dazu gebracht haben, wenigstens so viel Parteigeist zu zeigen, als nötig ist, um aus den zwei oder drei Kandidaten, die sich die Mühe gegeben haben, ihre Bilder in Umlauf zu bringen, ihren Mann herauszusuchen.

Eines Tages jedoch kann eine Streitfrage auftauchen, die auch den lethargischsten Menschen aufwecken muß. Welche wird es sein? Und wie werden sich die Wähler dazu stellen, wenn sie auftaucht? Wem wird es gelingen, den Blick der schlummernden Massen auf sich zu lenken, wenn sie erwachen? Viel hängt von der Antwort auf diese Fragen ab. Es ist möglich, daß sie sich zur Verteidigung des Eigentums sammeln, das

durch ein Räuberkredo bedroht wird. Es ist auch möglich, daß sie zum Schutz ihrer Heimstätten eilen, die durch die Habgier des Kapitals in Gefahr kommen. Selbst bei denen, die schon gewählt haben, ist ein plötzlicher und unheilvoller Meinungswechsel denkbar. Beweis sind die Wahlen in Mitcham, Willesden und Edgehill. Diese drei Wahlbezirke galten als die sichersten in England und wurden gerade deshalb zur Ersatzwahl ausgesucht. Unter den zahlreichen beunruhigenden Faktoren ist einer, mit dem man sich befassen muß, bevor es zu einer Neuwahl kommt. Bei dem jetzt herrschenden Wahlsystem kann eine Minderheit von Wählern die unbedingte Herrschaft über das Schicksal dieses Königreichs für volle fünf Jahre an sich reißen. Das ist eine der Launen des Gruppensystems. Die gegenwärtige Parlamentsmehrheit ist durch eine Stimmenzahl gewählt worden, die etwas mehr als ein Viertel der Gesamtwählerschaft und ein Drittel der Abstimmenden darstellt. Wenn Mitcham und Edgehill einen Vorschmack von dem geben, was bei den allgemeinen Wahlen geschehen wird, so wird die Labourpartei der lachende Dritte sein. Ein ähnlicher Umschlag in den übrigen Wahlbezirken würde sie leicht in diese Stellung bringen.

Amerika hat seine ungeheure Wählerschaft anscheinend musterhaft diszipliniert. Aber bis es dazu kam, ist es durch viele Widerwärtigkeiten gegangen, mit Einschluß der Feuerprobe eines furchtbaren Bürgerkrieges. Italien hat sich gezwungen gesehen, das Wirken demokratischer Einrichtungen durch Machtentfaltung zu korrigieren. Großbritannien konnte seine Wählerscharen mit weniger Mühe mobilisieren und einexerzieren. Aber es hat eine Sozialistenpartei, die in weniger als zehn Jahren um Millionen gewachsen ist und weiter wächst. Noch in dieser Woche hat ihr beredtestes Mitglied im Unterhause einen feierlichen Antrag auf Abschaffung des Privateigentums eingebracht. Abgeordnete, die von $4^1/_4$ Millionen britischer Wähler entsandt sind, wollen für diesen Vorschlag stimmen. Und wenn in vier Jahren ihre Stimmenzahl um weitere $1^1/_2$ Millionen zugenommen haben sollte, so werden sie in der Lage sein, diesen Antrag im Gesetzblatt abzudrucken. Zwischen 1918 und 1922 war ihr Stimmenzuwachs größer als dieser.

London, 19. März 1923.

Politische Wirklichkeiten

Vor einigen Wochen habe ich vorausgesagt, daß die relative Ruhe, die während der letzten paar Jahre auf der politischen See Englands vorgeherrscht hat, jetzt zu Ende gehe. Die parlamentarischen Szenen der letzten Zeit lassen keinen Zweifel daran, daß der langen politischen Depression eine Periode der Stürme, vielleicht der Orkane folgen wird.

Kein Aufwand an Organisation oder Propaganda kann eine Wählerschaft wirklich in Bewegung setzen, solange es sich um gleichgültige und unwesentliche Fragen handelt. Warum kam die Koalition des Jahres 1915 zu Fall? Und warum spaltete sich die liberale Partei im Jahre 1916? Wer war dafür verantwortlich? Mußte man die allgemeinen Neuwahlen 1918 oder 1919 stattfinden lassen? Hätten die offenen und erklärten Gegner der Regierung sich zu jener Zeit der Unterstützung oder wenigstens der Neutralität der Regierung erfreuen sollen? Das sind Fragen, über die sich nur wenige persönlich interessierte Leute aufregen; die Nation lassen sie kalt.

Der Krieg war eine sehr wirkliche Sache. Aber die Kriegspolitik wurde von Anhängern aller Parteien unterstützt und entfesselte deshalb keinen politischen Meinungsstreit. Die Minderheit, die sich ihm widersetzte, war ganz unbeträchtlich und nicht imstande, eine parlamentarische Debatte über die Frage herbeizuführen. Der Friedensvertrag wurde, als er zuerst dem Parlament vorlag, im ganzen von allen Parteien angenommen. Die Führer der Oppositionsparteien im Ober- und Unterhause übten bei der Vorlage keine ernste Kritik an seinen Bestimmungen. Auch die von der Koalition vorgelegten Gesetze begegneten, obwohl sie in gewöhnlichen Sitzungsperioden teilweise leidenschaftlichen Widerspruch erregt haben würden, jetzt, nachdem der Krieg die Leidenschaften erschöpft hatte, bei ihrer Annahme nur einem schwachen Murren des Protestes. Nehmen wir z. B. solche Streitgegenstände wie die Wahlreform, das Frauenstimmrecht, die allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit, die Einführung des Repräsentativsystems in Indien und besonders die Gewährung einer Selbstregierung an Irland, die viel weitergehend war als Gladstone sie vorgeschlagen hatte.

Wäre irgendeine dieser Maßregeln vor dem Kriege vorgeschlagen worden, so würde sie zu erhitzten Auseinandersetzungen im ganzen Lande geführt haben. Die irische Angelegenheit ist vielleicht am bezeichnendsten dafür, wie sich die Volksstimmung unmittelbar nach dem großen Krieg gewandelt hat. Der Streit über irische Selbstverwaltung hat jetzt seinen Abschluß in einem Vertrage erreicht, den die Nation als Ganzes angenommen hat und bei dem sich selbst die heftigsten Gegner beruhigen.

Und doch hat der Kampf der Parteien über Irland wildere politische Leidenschaften aufgewühlt als irgendeine politische Frage der neueren Zeit. Die tieferen Ursachen des Konflikts wurzelten in zweien der stärksten Motive, die das Menschenherz höher schlagen lassen — Rasse und Religion. Da war zunächst die alte Fehde zwischen Sachsen und Gaelen, die sich über mindestens sieben Jahrhunderte hinzog. Sie tränkte Irlands Moore mit dem Blute beider Rassen, schon ehe ihr Haß durch den Zutritt eines bitteren Religionsstreites verschärft wurde. Nach der Reformation gossen die religiösen Streitigkeiten, die Europa mit brudermörderischen Kämpfen erfüllten, Öl ins Feuer der Rassengegensätze, die aus dem armen Irland einen Hexenkessel immerwährenden Streites machten. Als Gladstone vorschlug, dieses wütende Durcheinander dadurch zu ordnen, daß er eine Rasse, die auf jener Insel 700 Jahre lang geherrscht hatte und einen Glauben, der dort 400 Jahre maßgebend gewesen war, ihrer Vormacht beraubte und diese auf die Rasse und den Glauben übertrug, die während jener ganzen Zeit in Knechtschaft gewesen waren, und als er, um diesen Zweck zu erreichen, die Zustimmung von Männern der herrschenden Rasse und des herrschenden Glaubens gewinnen mußte, da entzündete dieses Vorgehen tiefere und zornigere Leidenschaften, als man sie seit langer Zeit in der britischen Politik erlebt hatte. Es führte zum erstenmal in der Parlamentsgeschichte zu Szenen physischer Gewalttat in den Räumen des Hauses. Das zeigt, was wir noch zu erwarten haben, wenn sich wirklich Meinungsverschiedenheiten herausstellen, von denen die Massen der Männer und Frauen in einer Demokratie tief erregt werden. Wer sich an die Tropenhitze der Parlamentsdebatte des Jahres 1893 erinnert, dem wird natürlich die

Fahrt durch die kühlen Verhandlungen des letzten Parlaments wie ein Segeln durchs Eismeer vorkommen. Diese Fahrt ist nun vorbei, und es sind Anzeichen vorhanden, daß der Sturm die Gewässer bald wieder zu wilder Wut aufpeitschen wird.

Jahrelang ist der Parteikampf angesichts der gemeinsamen Gefahr vertagt worden. Die Reaktion darauf ist unvermeidlich, und je mehr man die Leidenschaften unterdrückt hat, um so gewaltsamer werden sie hervorbrechen. Das gibt indessen keine völlig ausreichende Erklärung für die sichtbaren Vorzeichen eines kommenden Kampfes, der in seiner Schwere ohne Vorgang ist. Grundfragen sind aufgeworfen worden von solcher Bedeutung für Millionen, daß sie nicht gelöst werden können ohne einen Konflikt, der die ganze Gesellschaft erschüttern wird.

Die Szene, die man vor einigen Tagen im Unterhause aufführte, war keineswegs so aufregend, wie die, die einige von uns 1893 erlebten. Aber sie gab mir das unbehagliche Gefühl, daß die Periode der Windstille endgültig vorüber ist, und daß unser Parlament von jetzt ab sich auf Windstöße und Böen, ja auf Schlimmeres gefaßt machen muß. Die Erregung ist wieder im Anschwellen, und es sind Anzeichen vorhanden, daß ein großer Aufruhr in der britischen Politik ausbrechen wird. Der Grund dafür läßt sich leicht dartun. Das Gefühl der Erschöpfung verschwindet, und eine der großen politischen Parteien, die England spalten, hat Fragen aufgeworfen, die die Privilegien und die Vorrechte mächtiger Klassen unserer Gemeinschaft in Frage stellen und die Lebensinteressen aller Klassen berühren. Der bedeutsame Charakter dieser Herausforderung geht aus dem Inhalt des Antrags hervor, den Philip Snowden der Erwägung des Unterhauses unterbreitet hat.

> Angesichts der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die natürlichen Hilfsquellen und die Produktionskräfte in angemessener Weise auszunützen und zu organisieren oder für die Massen der Bevölkerung die erforderliche Höhe der Lebenshaltung zu sichern, und in der Überzeugung, daß die Ursache dieser Unfähigkeit im Privateigentum und in der privaten Herrschaft über die Produktions- und Verteilungsmittel liegt, erklärt das Haus, daß die Gesetzgebung darauf hinwirken sollte, das kapitalistische System schrittweise

durch eine industrielle und soziale Ordnung zu ersetzen, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum und der demokratischen Herrschaft über die Produktions- und Verteilungsmittel beruht.

Dieser Antrag wird die uneingeschränkte Zustimmung jedes Mitglieds der Labour-Partei finden. Ein paar Männer außerhalb der sozialistischen Partei, die sich mit deren Schriften vertraut gemacht haben, waren auf diese Forderung einer völligen Umwandlung der Gesellschaftsordnung vorbereitet. Als sie sahen, daß diese Partei mit erstaunlicher Raschheit zunahm, wußten sie, daß wir nicht mehr lange zu warten brauchten, bis jene umwälzenden Ideen als Anträge im Unterhause ihren Ausdruck finden würden. Trotzdem kam selbst für die Kenner sozialistischer Literatur die tatsächliche Einbringung dieses Antrags seitens der zweitstärksten Partei im Staat überraschend und erschütternd. Man hatte dem zurückhaltenden Einfluß des Gewerkschaftsflügels der Partei zuviel vertraut. Sir Lynden Macassey zeigt in seinem aufschlußreichen Buch über „falsche und richtige Labour-Politik", daß im Jahre 1885 die erklärten Anwälte dieses Vorschlags einer Abschaffung des Privateigentums und einer Nationalisierung aller Produktions- und Verteilungsmittel zum erstenmal für das Parlament kandidierten. Allerdings gab es damals nur zwei Kandidaten, die dieses Programm vertraten, und sie erhielten nur 32 bzw. nur 29 Stimmen. Bei den letzten Wahlen erreichte die Gesamtstimmenzahl der Sozialisten die imposante Höhe von 4 251 011 Stimmen. Die Partei, die im Unterhaus die Mehrheit der Mitglieder gewann, erhielt bei der Wahl nur 5 457 871 Stimmen. Herr Ramsay MacDonald erklärt mit Nachdruck, er wisse, daß die unabhängigen Liberalen mit Ausnahme ihrer Führer für Nationalisation und Kapitalabgabe sind. Wenn er damit wirklich die Ansichten der Mehrheit dieser Herren und ihrer Wähler zutreffend wiedergibt, so ist die englische Wählerschaft schon beinahe so weit, der schrittweisen Annahme des Sozialismus zuzustimmen, und das ist ja der Zweck von Herrn Philip Snowdens Antrag.

Wenn das wahr ist, so stehen wir am Vorabend größerer und fundamentalerer Änderungen in den Lebensbedingungen aller Klassen und Schichten der Männer und Frauen dieses Landes,

als sie bisher erlebt worden sind. Daher diese neue Kampfstimmung, mit der die politische Atmosphäre geladen ist. Der Kapitalismus soll vor den höchsten Gerichtshof der Nation entboten werden, um hier angeklagt, verurteilt und stückweise — nach chinesischer Art — hingerichtet zu werden. Die Zusammensetzung dieses Gerichtshofes ist heute noch den Anklägern ungünstig. Aber wer wird nach den nächsten allgemeinen Wahlen Richter sein? Es ist ja eine alte Sitte im politischen Gefecht, festzustellen, daß die gerade bevorstehende Wahl die epochemachendste in der Geschichte sei. Von der nächsten britischen Wahl kann man das ohne Übertreibung behaupten. Das britische Volk mit seinem ererbten politischen Instinkt fängt an einzusehen, daß jetzt ernste Entschlüsse gefaßt werden müssen. Daher der größere Eifer der Wähler, der sich bei den Nachwahlen zeigt; daher das neue Interesse, das die Öffentlichkeit an den Parlamentsverhandlungen nimmt. Noch herrscht ein gut Teil Apathie und Gleichgültigkeit. Der behäbige Durchschnittsbürger ist immer noch geneigt, zu denken, diese sozialistischen Pläne seien so verrückt, daß sie unmöglich ausgeführt werden können. Er kann nicht glauben, daß 21 Millionen vernünftiger Leute solchen Phantasien zuzustimmen vermöchten.

Zwei Grundtatsachen werden von diesen zufriedenen Leuten immer übersehen. Die Männer und Frauen, die kein Eigentum haben, das der Staat beschlagnahmen könnte, bilden die überwältigende Mehrheit der Wähler des Landes. Die zweite bemerkenswerte Tatsache ist das große Übergewicht der Industriebevölkerung über die ruhigere und unbeweglichere Landbevölkerung. Amerika hat trotz der gigantischen Entwicklung seiner erzeugenden und verteilenden Industrien immer noch 60% Landbevölkerung. Ein gleicher Teil der französischen und italienischen Bevölkerung ist agrarisch. Dagegen sind kaum 10% der britischen Arbeiter mit Landbau beschäftigt. Die Mehrzahl unserer Arbeiter lebt und atmet in der übervölkerten und aufregenden Atmosphäre von Fabriken, Werkstätten und Bergwerken. Dort ist die Luft angefüllt mit Keimen aller Art, und eine Isolierung in diesen von Menschen wimmelnden Stätten ist ausgeschlossen. Daher die Geschwindigkeit, mit der das Fieber um sich greift. Kann ihm Einhalt

getan werden? Es wird nicht eher etwas geschehen, als bis die Gefahr jedem Auge sichtbar ist; um ein anderes Bild dafür zu gebrauchen, keiner wird an die Sintflut glauben, bis sie über uns hereingebrochen ist. Erfahrene Wetterpropheten, die ihr Kommen voraussagen, wird man verlachen oder mit der Bemerkung abweisen, sie hätten ein persönliches oder Parteiinteresse am Archenbau. Es ist eine alte Geschichte, so alt wie der Ursprung des Menschengeschlechts. „Denn gleich wie sie waren in den Tagen vor der Sintflut: sie aßen, sie tranken, sie freiten und ließen sich freien und achteten es nicht, bis die Sintflut kam und nahm sie alle dahin."*)

Man kann dem Unheil nur auf zwei Wegen entgehen. Der eine besteht darin, gesunde Ansichten über die Wirtschaft, wie sie wirklich ist, dem Geist der Arbeiterklassen dieses Landes systematisch einzuprägen; der zweite und wichtigere ist der, die sozialen Mißstände zu beseitigen, die unseren Revolutionären einleuchtende und unwiderlegbare Beispiele für ihre Lehre liefern, daß das kapitalistische System unfähig sei, das Glück der Menschheit herbeizuführen. Ohne eine Anstrengung in der zweiten Richtung wird die in der ersten vergeblich sein. Alles, was man zugunsten der bestehenden Gesellschaftsordnung vorbringt, kann durch offenkundige und peinliche Tatsachen widerlegt werden.

Inzwischen müssen die Verteidiger der bestehenden Ordnung die Anstrengungen wohl beachten, die die Sozialisten machen, um zu zeigen, wie sehr sie darauf aus sind, die den Kriegsteilnehmern geschehene Unbill gutzumachen und die Härten des Militärdienstes zu lindern. Die sozialistischen Führer haben sich wohl gemerkt, welche Ursachen zu dem Sturz ihrer Genossen in Italien geführt haben, und sie gedenken so vorzugehen, daß, wenn der Faschismus nach England kommt, er ein Verbündeter sein wird und nicht ein Feind.

London, 16. April 1923.

*) Matth. 24, V. 38 f.

Ist der Völkerbund ein Erfolg?

Ist der Völkerbund ein Erfolg? Es ist unmöglich, diese Frage ehrlich zu beantworten, ohne bei Parteigängern der einen oder der anderen Richtung Anstoß zu erregen. Wenn wir Erfolge nachweisen, die dem Völkerbund bereits gutzuschreiben sind, so werden diese Triumphe von dem Gegner verleugnet oder verkleinert, und man wirft uns vor, daß uns die Vorliebe für eine Schimäre verblende. Weisen wir auf Mängel des Völkerbundes hin, so werden seine zelotischen Anhänger zornig und deuten an, wir wären seine heimlichen Gegner. Nichtsdestoweniger will ich versuchen, die Frage zu beantworten, denn es hängt viel davon ab, daß furchtlos geprüft wird, ob Fortschritte erzielt oder verfehlt worden sind.

Meine erste Antwort geht dahin, daß es eigentlich nicht gerecht ist, jene Frage schon jetzt zu stellen. Es ist erst drei Jahre her, daß der Bund gegründet wurde — eine viel zu kurze Zeit, um eine Prüfung über die Wirksamkeit eines so gigantischen, verwickelten, aber auch sehr zarten und empfindlichen Menschenwerkes zu gestatten. Die Zeit hat ja kaum ausgereicht, um nur die Tausende von Nervenfäden seines Systems zu katalogisieren und zu kartieren. Man konnte bei den Genfer Beratungen keinen Finger rühren, ohne einen solch versteckten Nerv zu berühren und ihn dadurch in einen Zustand zitternder Abwehr zu versetzen. Der Bund besteht indessen lange genug, um seine Stärken und seine Schwächen, seine Macht, seine Möglichkeiten und seine Gefahren zu enthüllen. Er hat schon Triumphe davongetragen, auf die seine Gründer stolz sein dürfen. Die Wiederbelebung Österreichs zu einer Zeit, als es in der Sintflut wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Not hoffnungslos versunken schien, ist eine bemerkenswerte Leistung auf dem Gebiet künstlicher Atmung. Die von dem Bund organisierte erfolgreiche Anstrengung, den Typhus in Osteuropa auszustampfen und so sein Übergreifen nach dem Westen zu verhindern, ist gleichfalls als Erfolg zu buchen. Ohne diesen sachkundig geleiteten Feldzug hätte jene furchtbare Krankheit Rußland und Zentraleuropa verwüstet und Millionen der Bevölkerung dem Tode geweiht, die durch

Hunger und Entbehrung geschwächt war und deshalb ihren verheerenden Angriffen um so leichter zum Opfer gefallen wäre.

Die den Arbeitsfragen gewidmete Abteilung des Bundes ist ebenfalls besonders tätig und energisch vorgegangen, und ihre unablässigen Bemühungen, die Lage der Handarbeiterschaft in allen Ländern zu heben und auszugleichen, haben erkennbare und bedeutsame Ergebnisse gezeitigt. Überdies verdient der Bund große Anerkennung für das glänzende Werk, das er geleistet hat, indem er das Elend der Hungergebiete Osteuropas und die Not der Flüchtlinge linderte, die vor den Greueltaten des siegreichen Bolschewismus in Rußland und den noch größeren Greueltaten türkischer Barbarei in Kleinasien entwichen waren.

Aber diese humanitären Aufgaben, so preiswürdig sie sein mögen, waren nicht die ursprünglichen Gegenstände, um deretwillen der Bund gegründet wurde. Sein Hauptzweck war, künftige Kriege durch die Errichtung eines Tribunals abzuwenden, vor dem die Völker auf Grund ihrer freien Verpflichtung und unter dem Druck anderer Völker Regelung ihrer Zwistigkeiten suchen sollten. Ob das Experiment, das man mit dem Bund machte, ein Fehlschlag oder ein Erfolg ist, kann man nur beurteilen, wenn man ihn hier auf die Probe stellt. Wie steht es in dieser Hinsicht?

Es gelang dem Bund, einen gefährlichen Streit zwischen Schweden und Finnland um den Besitz der Aalandinseln zu schlichten. Dieser Erfolg lag in der Richtung seines Hauptzwecks. Hier erweckten die Methoden des Bundes das Zutrauen zu seiner völligen Unparteilichkeit. Leider kann man nicht dasselbe von einer anderen Frage sagen, wo der Bund angerufen wurde und seine Entscheidung abgab. Sein schlesischer Schiedsspruch ist zwar von beiden Parteien befolgt, aber schwerlich von beiden als eine gerechte Regelung angenommen worden. Das ist die Schuld der Methode, die man anwandte, um zu einem Schiedsspruch zu gelangen. Anstatt bei der Wahl eines Schiedsgerichts dem Vorgang bei der Aalandsfrage zu folgen, schlug der Bund einen Weg ein, der seine Beweggründe verdächtig machte. So machte der Bund den bedauerlichen Eindruck, als sei er ängstlich besorgt, über den Schiedsspruch ein gewisses Maß von Einfluß zu behalten. Bei

der Wahl des Tribunals und der Führung der Verhandlungen machte er sich der Intrige verdächtig. In der Aalandfrage war keine große Macht besonders daran interessiert, die Entscheidung nach der einen oder der anderen Richtung hin zu beeinflussen. Hier aber waren zwei Mächte, die im Bunde große Autorität genießen, Frankreich und Polen, leidenschaftlich darauf versessen, daß der Spruch zuungunsten Deutschlands ausfiel. Die Gegenpartei hatte keine Freunde und war überdies nicht Mitglied des Bundes. England war für eine gerechte Entscheidung, konnte aber nicht den Vorkämpfer für die Ansprüche Deutschlands spielen. Polen hatte beim Bund einen mächtigen Fürsprecher, ein Land, dessen Lebensinteresse forderte, daß eine Entscheidung zugunsten Polens gesichert wurde. Unter diesen Umständen hätte der Bund mit skrupulösester Sorgfalt auch den Schatten eines Verdachts vermeiden sollen, daß er nicht völlig frei von äußerem Einfluß entschiede. Hätte er ausgezeichnete Juristen außerhalb seiner Körperschaft damit betraut, wenigstens eine vorläufige Prüfung der Frage zu unternehmen, wie er es bei der Aalandfrage getan hatte, so wäre alles gut gewesen. Er zog indessen vor, die Sache in seiner eigenen Hand zu behalten. Daher die Zweifel und das Mißtrauen, mit denen das Urteil des Völkerbundes nicht nur von ganz Deutschland, sondern auch von vielen Leuten außerhalb Deutschlands aufgenommen worden ist.

Diese Entscheidung und die Art, wie Polen den Bund in der Wilnafrage zum Narren hielt, hat die Auffassung nur bestätigen können, die in Rußland und Deutschland herrscht, daß nämlich Frankreich und Polen im Bund dominieren. Die schlesische Entscheidung mag so gerecht sein wie sie will, die Tatsache bleibt bestehen, daß es einer langen Reihe unanfechtbarer Entscheidungen bedürfen wird, um bei Deutschen und Russen das Vertrauen in den Völkerbund wiederherzustellen oder zu schaffen.

Es ist schlimm, daß Länder, deren Gebiet mehr als die Hälfte Europas umfaßt, solche Gefühle gegenüber einer Einrichtung hegen, deren Erfolg ausschließlich von dem Vertrauen abhängt, das alle Völker, die berufen sein könnten, seine Entscheidungen auch dann durchzuführen, wenn sie ihren eigenen Ansichten und vermeintlichen Interessen zuwiderlaufen, unbedingt darein

setzen müssen. Das Fiasko in Wilna, der Fehlschlag in Armenien, das Mißtrauen gegen den schlesischen Schiedsspruch, die Ängstlichkeit beim Angreifen der Reparationsfrage, der Hauptfrage, die heute den Frieden Europas stört, die lächerlichen Verhandlungen der Abrüstungskommissionen, von denen jeder weiß, daß sie nicht ein einziges Flugzeuggeschwader, nicht eine einzige Infanteriekompanie streichen werden, alle diese Enttäuschungen entstehen aus einer Hauptursache. Welche ist es?

Zweifellos ist die große Schwäche des Völkerbundes auf die Tatsache zurückzuführen, daß er nur die Hälfte der Großmächte der Erde umfaßt. Bevor die andere Hälfte beitritt, hat er nicht mehr Anspruch auf den Namen Völkerbund als einst die Heilige Allianz. Nach außen hin bezeichnete man als Zweck jener Verbindung gleichfalls die Verhinderung künftiger Kriege, wie sie jahrelang Europa verheert hatten, und die Errichtung eines europäischen Friedens auf der sicheren Grundlage einer gemeinsamen Garantie für die festgestellten Landesgrenzen. In Wirklichkeit diktierten einzelne Mächte mit selbstsüchtigem Ehrgeiz ihre Politik. Sie terrorisierten Europa, bis es sich unterwarf, und nannten das Frieden. Keine historische Parallele ist ganz genau. Aber die heutigen Vorgänge bieten doch genug Material, um den Hinweis zu rechtfertigen. Damit der Bund eine Wirklichkeit wird, muß er die ganze zivilisierte Welt umfassen. Das ist nötig, um ihm sowohl Gleichgewicht wie Autorität zu verschaffen. Das war auch der ursprüngliche Plan. Nach der Ursache seines Fehlschlags zu fragen, heißt eine bittere und zwecklose Kontroverse hervorrufen. Ich möchte mich nicht über den Hintergrund der Manöver äußern, die zu der Niederlage des Versailler Vertrages in Amerika geführt haben. Ob der Senat die Unterschrift, die ein amerikanischer Präsident im Namen seines Landes auf einer internationalen Konferenz gegeben hatte, seinerseits hätte einlösen sollen, oder ob jene Verpflichtung den amerikanischen Ideen zu grundsätzlich widersprach, um die Ratifizierung zu rechtfertigen; ob die Entscheidungen, von denen man die Zustimmung abhängig machte, den Bund gelähmt hätten und deswegen hätten abgelehnt werden müssen, oder ob sie harmlos und deshalb annehmbar waren, — all dies sind Streitfragen, deren Erörterung durch mich keinen nützlichen Zweck haben kann.

Aber über die Wirkung, die Amerikas Weigerung, dem Bund beizutreten, gehabt hat, kann kein Zweifel sein. Sie raubte dem Bund alle Aussicht auf Erfolg für die nächste Zukunft. Zwar blieben noch drei Großmächte im Bunde. Aber Rußland wurde ausgeschlossen, Deutschland wurde nicht eingeschlossen, und als nun Amerika den Entschluß faßte, nicht beizutreten, blieben von den Großmächten nur England, Frankreich und Italien übrig.

Die Wirkung war vernichtend. Wo immer diese drei Großmächte über wichtige Fragen, die ein Eingreifen verlangen, verschiedener Meinung sind, geschieht überhaupt nichts. Die kleineren Staaten können bei Gegenständen, an denen eine oder mehrere Großmächte tief und leidenschaftlich teilnehmen, ihnen ihren Willen nicht aufzwingen. Und niemals werden zwei der Großmächte die Verantwortung übernehmen, die dritte zu majorisieren.

So kommt es, daß der Völkerbund sich nicht mit Fragen befaßt, die, wie die Reparationsfrage, eine dauernde Bedrohung des europäischen Friedens bedeuten. Wenn Amerika dem Bund beigetreten wäre, selbst nach Änderung und Säuberung des Pakts, so würde die Lage umgewandelt worden sein. Amerika und England gemeinsam mit dem offen sympathisierenden Italien und dem heimlich zustimmenden Belgien hätten einen solchen Druck auf Frankreich ausüben können, daß ein Vorgehen des Bundes unvermeidlich geworden wäre.

Der Erfolg des Bundes hängt davon ab, daß alle Völker, groß und klein, willens sind, jede ihrer Streitfragen am Verhandlungstisch zu erörtern. Aber bisher hat noch keine Großmacht eine Frage, an der sie ein unmittelbares und vitales Interesse nahm, dem Bund zur Entscheidung unterbreiten lassen. Er hat wohl über das Schicksal der Aalandinseln, über das Schweden und Finnland uneins waren, entscheiden dürfen; er hat über Streitigkeiten zwischen Polen und Litauen wegen Wilnas verhandelt, wenn auch seine Entscheidung von den Streitteilen ignoriert worden ist. Aber der bittere und drohende Streit, der zwischen Frankreich und Deutschland wegen der Reparationsfrage ausgebrochen ist, darf wegen der entschlossenen Weigerung Frankreichs der Prüfung durch den Bund nicht unterworfen werden.

Der Vertrag von Versailles ist so umfassend in seiner Anwendbarkeit und so weitreichend in seinem Charakter, daß er fast bei jedem Punkte internationale Interessen berührt. Deshalb hatte die Weigerung Frankreichs, irgendein Problem, an dem es unmittelbar beteiligt ist und das aus der Durchführung des Vertrages entsteht, vor den Völkerbund zu bringen, die Wirkung, den Bund zu verkrüppeln. Solange es diese Haltung beibehält, ist der Völkerbund unfähig, seine Hauptaufgabe zu erfüllen, nämlich den Frieden wiederherzustellen und zu bewahren.

Der Reparationsstreit bewölkt heute den Himmel, und bis er endgültig erledigt ist, wird er schwere atmosphärische Störungen für die Lebenszeit einer ganzen Generation hervorrufen. Es ist nicht unmöglich, daß er in dem zerstörendsten Konflikt enden wird, der je über die Erde hereinbrach. Er entzündet tödliche Leidenschaften. Wenn je ein Anlaß für das Eingreifen einer Organisation bestand, die ausdrücklich dazu geschaffen war, friedliche Lösungen für gefährliche internationale Konflikte zu finden, so ist dies sicherlich jetzt im höchsten Maße der Fall.

Die französische Regierung lehnt aber nicht nur ab, den Pakt, der den ersten und wichtigsten Teil des Vertrages von Versailles darstellt, in Wirksamkeit zu setzen. Sie wagt sogar anzukündigen, daß sie jeden Vorschlag dieser Art für einen unfreundlichen Akt erklären wird. Die Satzung des Bundes bestimmt, daß es die Freundespflicht jeder Macht ist, anzuregen, daß eine internationale Streitigkeit, die den Frieden bedroht, vor den Bund gebracht wird. Trotzdem will eine führende Signatarmacht alle die Fragen aus dem Pakte ausschließen, die seine eigenen Interessen vital beeinflussen. Das ist die Macht, die in das Gebiet einer anderen Macht eingerückt ist, weil die letztere in der Durchführung der Vorschriften desselben Vertrages säumig gewesen ist. Diese ausdrückliche Aufkündigung eines feierlichen Vertrages durch eine seiner Hauptparteien ist von allen übrigen Signatarmächten stillschweigend genehmigt worden. Aufkündigung und Genehmigung haben den tödlichen elektrischen Strom geschlossen. Diese Einschränkung der Betätigungsmöglichkeiten des Bundes bedeutet den ernstesten Rückschlag, den er bis jetzt in seiner

Laufbahn erlitten hat. Ich glaube nicht, daß es so weit gekommen wäre, wenn Amerika, mit oder ohne Artikel 10, ein tätiges Mitglied der Körperschaft geworden wäre. Seine ganze Autorität, verbunden mit der Englands und Italiens, würden den Druck unwiderstehlich gemacht haben, und seine Gegenwart im Völkerbundsrat würde wesentlich dazu beigetragen haben, das Vertrauen in die Stetigkeit und Unparteilichkeit des Bundes so zu stärken, daß Deutschland seine Entscheidungen ohne Murren angenommen und ohne Schikanen durchgeführt hätte. Eine verständige Regelung des Reparationsproblems durch den Bund würde seine Autorität in der ganzen Welt befestigt haben. Deutschland, Rußland und die Türkei, die seine Verhandlungen jetzt mit Mißtrauen und Abneigung nicht ohne Beimischung von Verachtung behandeln, würden gezwungen werden, seine Macht zu respektieren, und würden bald beantragen, in seine Gemeinschaft aufgenommen zu werden. So würde aus dem Pakt eine Verfassungsurkunde werden, die von allen geachtet, gefürchtet, geehrt und befolgt würde. Es würde immer noch Ungerechtigkeiten geben; aber in den Hallen des Bundes würde man Abhilfe suchen und erkämpfen. Es würde immer noch Unterdrückung geben, aber man würde aus den Artikeln des Paktes die Freiheit herausringen. Rechtsgründe, Meinungskämpfe und Vermittlungen würden die anerkannten Ersatzmittel für Kugel, Granate und Schwert werden. Die Kriege würden auf der ganzen Erde aufhören, und Gesetz und Recht würden die Herrschaft führen.

Worin liegt die wahre Macht des Völkerbundes oder, um genauer zu sprechen, die Möglichkeit dieser Macht? Er bringt die leitenden Persönlichkeiten der meisten zivilisierten Staaten der Welt zusammen zur Besprechung aller Fragen, die Frieden und Eintracht unter den Völkern beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen drohen. Die Männer, die in Genf versammelt sind, kommen nicht aus eigenem Antriebe dahin. Auch vertreten sie nicht nur Propagandagesellschaften, die gestiftet sind, um das Friedensevangelium zu predigen. Sie sind die ausgewählten Abgesandten ihrer Regierungen. Sie sind die bevollmächtigten Fürsprecher dieser Regierungen. In Zweifelsfällen wenden sie sich an ihre Regierungen und empfangen deren Instruktionen. Über ihre Verhandlungen wird unmittel-

bar an die Regierungen berichtet. Sie kommen oft und regelmäßig zusammen, und sie verhandeln über ihre Probleme mit völliger Aufrichtigkeit und Höflichkeit.

Es ist an sich schon wertvoll, wenn Völker daran gewöhnt werden, ihre Schwierigkeiten Auge in Auge in öffentlicher Versammlung zu erörtern, wo jedes für seine Haltung solche Gründe suchen und vorbringen muß, die auch Neutrale von ihrer Gerechtigkeit und Billigkeit überzeugen. Das ist eine Übung, die man pflegen sollte. Es ist die Übung, die schließlich den Schiedsspruch des Schwertes in den inneren Angelegenheiten der Völker ausgemerzt hat. Nur so können auch internationale Streitigkeiten nach und nach zur Regelung ins Beratungszimmer statt aufs Schlachtfeld verwiesen werden. Der Ausbruch von Kriegen pflegt durch Beweggründe beschleunigt zu werden, die die verantwortlichen Staatsmänner nicht öffentlich einzugestehen wagen. Eine öffentliche Besprechung würde diese Beweggründe in ihrer ganzen Nacktheit ans Tageslicht ziehen, und dort würden sie unter der zornigen Verachtung der Menschheit verenden. Wenn der Bund unter den Völkern die Gewohnheit entwickeln würde, ihre Streitigkeiten angesichts der Welt zu erörtern und das Urteil der Welt über ihren Streitfall anzurufen, so würde er allmählich den Krieg als Streitschlichter beseitigen. Das ist der größte Dienst, den er der Menschheit tun kann. Wird man ihm gestatten, diesen Dienst zu leisten? Wenn nicht, dann wird er zugrunde gehen wie mancher andere löbliche Versuch, den die Menschheit gemacht hat, um sich selbst zu retten.

Aber wenn er stirbt, so wird die Hoffnung, Frieden auf Erden herbeizuführen, mit ihm eingesargt.

London, 2. April 1923.

Einundzwanzigstes Kapitel

Der Vertrag von Versailles und seine Kritiker

Neulich hatte ich besondere Gelegenheit festzustellen, in welchem Umfang der Vertrag von Versailles gerade von denen nicht gelesen worden ist, die sich sehr entschiedene Ansichten über seinen Wert gebildet haben. Es gibt schlechterdings keine Ent-

schuldigung dafür, daß man versäumt, diese große internationale Urkunde durchzulesen. Er ist das wichtigste Dokument der Neuzeit. Er hat einen großen Teil der Geographie Europas umgeschaffen, sei es zum Besseren oder Schlechteren. Er hat tote und begrabene Nationalitäten wieder zum Leben erweckt. Er bedeutet die Freilassungsurkunde für viele Millionen Europäer, die bis zum Siegesjahr 1918 die Hörigen anderer Rassen waren. Er beeinflußt aufs tiefste die ökonomischen, finanziellen, industriellen und Handelsverhältnisse der Welt. Er enthält Klauseln, von deren Durchführung geradezu das Dasein unserer Zivilisation abhängen könnte.

Dennoch können einem nur wenige sagen, was in dem Vertrag von Versailles steht. Man sollte denken, daß sich trotz der weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über seinen Wert doch über seinen tatsächlichen Inhalt ohne Schwierigkeit eine Art von Einverständnis herstellen ließe. Man hat sich alle Mühe gegeben, den Friedensentwurf, als er den Deutschen zuerst vorgelegt wurde, und die endgültige Urkunde, nachdem sie unterzeichnet war, in vollem Umfange zu veröffentlichen. Selbst vor der Feststellung des Entwurfs wurde über die jeweiligen Beschlüsse der Konferenz von Tag zu Tag berichtet. Es hat nie einen Vertrag gegeben, über dessen einzelne Artikel und Bestandteile so viel berichtet und diskutiert worden ist. Und heutzutage kann man sich die amtliche Ausgabe von jedem Buchhändler für den mäßigen Preis von zweieinhalb Schilling verschaffen. Trotzdem gibt es nicht zwei Leute, die, wenn sie zufällig über seine Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit in einen Meinungsstreit geraten, über seinen Inhalt einig wären.

Wer im Jahre 1713 in England reiste und versucht hätte, von einem Whig und einem Tory Auskunft über den Vertrag von Utrecht zu erlangen, wäre wahrscheinlich auf dieselben Schwierigkeiten gestoßen. Auf diese Weise ist auch der Versailler Vertrag zu einem der wildumkämpften Gegenstände geworden, bei denen die streitenden Parteien sich hartnäckig weigern, irgendein Zeugnis zu beachten oder irgendeine Tatsache anzuerkennen, die mit ihrer besonderen Auffassung nicht völlig vereinbar ist. So ist es gekommen, daß der wirkliche Versailler Vertrag von der Bildfläche verschwunden ist und

an seiner Stelle verschiedene, nur in der Einbildung vorhandene Texte aufgetaucht sind. Um diese Texte rast der Streit.

In Frankreich gibt es mindestens zwei oder drei Meinungsgruppen über den Versailler Vertrag. Eine einflußreiche Gruppe hat ihn immer als einen verräterischen Pakt angesehen, durch den Clémenceau in einem Augenblick der Schwäche unter dem Druck, den Präsident Wilson und ich auf ihn ausgeübt hätten, wohlbegründete französische Rechte und Interessen preisgab. Das ist die Gruppe Poincaré, Barthou, Pertinax. Deshalb sind diese Leute, während sie scheinbar den Frieden durchzuführen suchen, tatsächlich bestrebt, einen gigantischen Feldzug zur Abänderung des Vertrages zu führen, ohne die anderen Signatarmächte zu Rate zu ziehen. Das hat sich sehr klar in dem bemerkenswerten Berichte gezeigt, den ein französischer Beamter im Rheinland erstattet hat und der letzten Sonntag im „Observer" enthüllt wurde. Aus diesem Bericht ergibt sich deutlich, daß die französische Regierung zur selben Zeit, während sie die öffentliche Meinung ihres Landes in den Zustand wütender Entrüstung über Deutschlands Säumnis in Erfüllung des Vertrags hineinarbeitete, selbst vorsätzlich und hartnäckig ein Komplott schmiedete, um den Vertrag über den Haufen zu werfen. Ihr Vertreter am Rhein verschwendete französisches Geld mit Zustimmung der französischen Regierung, um eine Verschwörung zur Bildung einer unabhängigen Rheinrepublik unter Frankreichs Schutz zu fördern. Es war ein entschlossener Versuch der Leute, die mit der Mäßigung des Versailler Vertrags unzufrieden waren, seine Bestimmungen in dem Sinne der militaristischen, von Marschall Foch auf der Friedenskonferenz vorgebrachten Forderungen neu zu formulieren. Marschall Foch, ein durch und durch ehrenhafter Mann, wollte, daß dies offen und geradeaus geschehe. Was er als Gentleman getan hätte, das wünschten diese Verschwörer durch Betrug zu erreichen, durch Betrug gegenüber ihren Verbündeten und durch Treulosigkeit gegenüber dem Vertrag, dem ihr Land sein Siegel aufgedrückt hatte. Das ist die Stellung der einen französischen Meinungsgruppe zum Vertrag von Versailles. Es ist die Gruppe, die Europa in seinen jetzigen Zustand von Verwirrung und Verzweiflung gebracht hat.

Eine zweite Gruppe will aus dem Vertrag Befugnisse und Bestimmungen herauslesen, die er nicht enthält und niemals enthalten sollte. Diese Kritiker behaupten standhaft, Herr Briand und alle anderen französischen Premierminister mit Ausnahme des Herrn Poincaré hätten das in sie gesetzte Vertrauen dadurch getäuscht, daß sie jene phantastischen Bestimmungen nicht durchsetzten. Sie sind noch immer der ehrlichen Meinung, daß Herr Poincaré der erste französische Minister sei, der den ernstlichen Versuch gemacht habe, die französischen Vertragsrechte durchzusetzen.

Im Hintergrunde hält sich eine dritte Gruppe, die genau weiß, was der Vertrag bedeutet, aber bei dem gegenwärtigen Zustand der öffentlichen Meinung Frankreichs es nicht zu sagen wagt. Vielleicht denken ihre Anhänger, daß sie besser tun, ihre Zeit abzuwarten. Diese Zeit wird kommen, und wir wollen hoffen, daß, wenn sie kommt, es nicht zu spät ist, Europa vor dem Blutvergießen zu bewahren.

Auch in Amerika gibt es zwei oder drei verschiedene Richtungen in der Beurteilung des Vertrags. Die eine betrachtet ihn als einen hinterlistigen Versuch, Amerika in den europäischen Hahnenkampf zu verwickeln, damit es tüchtig Federn lassen muß, um französische und englische Polster zu stopfen. Wenn irgend etwas ein so weltfremdes Urteil rechtfertigen könnte, so würde es die völlig selbstsüchtige Auslegung sein, die eine oder zwei alliierte Regierungen dem Vertrag zuteil werden lassen. Die zweite amerikanische Richtung verteidigt, wie ich höre, den Vertrag mit aller Energie als ein großes menschliches Dokument, das an Bedeutung nur der Unabhängigkeitserklärung nachstehe. Vielleicht gibt es noch eine dritte, die ihn im ganzen für nicht so schlecht hält und nur bedauert, daß bei dem Versuch, ihn durch die verschiedenen Stadien der Zustimmung und Ratifizierung zu bringen, nicht mehr Takt entwickelt worden ist. Diese Richtung ist nicht so stimmgewaltig wie die anderen.

In England finden wir mindestens drei Gruppen. Da sind zunächst die Kritiker, die den Vertrag als eine brutale Verhöhnung internationaler Gerechtigkeit denunzieren. Für sie ist er ein Werkzeug, um unberechenbare Summen als Ersatz für künstlich hochgeschraubte Schadensbeträge aus dem verarmten

Deutschland herauszuquetschen. Dann gibt es das entgegengesetzte Extrem, die „Die-Hard"-Gruppe, die an Einfluß gewann, seit sie an Zahl verlor; sie denkt, Deutschland wäre bei dem Vertrag zu gut weggekommen. Tatsächlich sind sie mit den französischen Chauvinisten in der Verurteilung der Mäßigkeit seiner Bedingungen völlig einig. Eine dritte Gruppe in England meint gleichfalls, der Inhalt des Vertrages sei die beste Lösung, wenn man die sich befehdenden Bestrebungen, Interessen und Überlieferungen der Parteien betrachte, die miteinander verhandeln und zur Einigung gelangen mußten.

Aber ob man nun alle diese mannigfaltigen Gruppen zusammen oder jede für sich ins Auge faßt, man wird nicht einen unter tausend ihrer Anhänger finden, der eine vernünftige und vollständige Übersicht über die Hauptprinzipien des Vertrages geben könnte. Ich glaube, ich bin nicht weit von der Wahrheit, wenn ich behaupte, es gibt nicht einen unter zehntausend. Polemiker begnügen sich meist damit, sich auf die Artikel des Vertrags zu beschränken, die ihnen widerwärtig oder zusagend sind, und den Rest, wie wesentlich er auch für eine richtige Beurteilung des Ganzen sein mag, ganz zu ignorieren. Die meisten Kritikaster sind zufrieden, wenn sie ihre Meinungen aus Pressekommentaren und aufreizenden Reden entnehmen können; aufklärende Reden hat es leider nur wenige gegeben. Einige sind im Besitz des vollen Textes und tun so, als ob sie ihn immer nachschlügen; aber in ihren Exemplaren findet man nur die Stellen, wo die Reparationsbestimmungen stehen, schwarz von den Fingerabdrücken, die verraten, daß hier ein Dialektiker schweißtriefend nach Geschossen gesucht hat, die er auf den Gegenstand seiner Wut schleudern möchte. Die Bestimmungen, die die volle Reparationsforderung abschwächen und modifizieren, werden mit hochmütiger Nichtachtung behandelt, und die übrigen Seiten sind rein wie jungfräulicher Schnee. In ganzen Provinzen dieses undurchforschten Vertrags entdeckt man keine Fußspuren von Politikern, Publizisten oder Journalisten. Man hebt die Satzung des Völkerbundes als Ganzes aus dem Text heraus und überliefert sie dem Publikum als ein besonderes Testament für die Gläubigen, damit die Heiligen ihre Hände nicht mit dem schmutzigen Text besudeln, der von den Forderungen der Ge-

rechtigkeit handelt. Man ist jetzt zu dem Glauben gelangt, daß der Völkerbundpakt niemals in den Vertrag von Versailles aufgenommen worden ist, und daß er mit diesem gemeinen und blutigen Dokument nichts zu tun hat.

Und dennoch lauten die ersten Worte des Vertrages wie folgt:

„In der Erwägung, daß es zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist,

bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten;

in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten;

die Vorschriften des internationalen Rechtes, die fürderhin als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind, genau zu beobachten,

die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle Vertragsverpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker peinlich zu achten,

nehmen die Hohen vertragschließenden Teile die gegenwärtige Satzung, die den Völkerbund errichtet, an."

Dann folgen die Artikel der vielumstrittenen Satzung.

Ein Redner, der neulich an einer Universitätsdebatte über diesen Gegenstand teilnahm, erzählte mir, die Studenten hätten sich sehr überrascht gezeigt, als er ihnen mitteilte, daß der Völkerbund durch den Versailler Vertrag gegründet worden sei. Vor wenigen Tagen machte ich eine ähnliche Erfahrung bei der Oxforder Union. Ich sprach gegen den Antrag, die Grundsätze des Vertrags als unklug und ungerecht zu verdammen. Um ihn zu verteidigen, rief ich einige seiner wesentlichen Merkmale ins Gedächtnis. Aber da der größte Teil meiner Darstellung sich nicht auf Reparationen bezog, wurde sie mit Ungeduld aufgenommen, und aus einer Gruppe von Antiversaillern kamen Rufe: „zur Sache". Die Leute dachten wirklich, ich bewegte mich außerhalb des Gegenstandes der Debatte, wenn ich eine kurze Zusammenfassung der anderen Teile des Vertrages gab.

Für sie steht alles nötige in Herrn Keynes' Buch und in anderen feindseligen Kommentaren. Alles, was mit ihnen nicht vereinbar ist oder ihre kümmerlichen und irreführenden Feststellungen nicht ergänzt, hält man für gefälscht und beeinflußt. Sich auf den Text selbst zu beziehen, hält man für unfair und für geeignet, den Verteidigern dieses verbrecherischen und tyrannischen Paktes in die Hände zu spielen. Der wirkliche Vertrag liegt für diese Leute schon außerhalb der Grenzen, in denen man sich bewegen darf, und wenn man in das Land seiner verbotenen Artikel hineinwandert, so tut man das auf die Gefahr, von dieser oder jener intoleranten Gruppe, die die Landstraßen und Fußwege internationaler Politik abpatrouilliert, ins Wachtlokal abgeführt zu werden.

Während der ganzen Unterhausdebatte habe ich den Vertrag selbst nur einmal von einem Kritiker zitieren hören, und seltsamerweise stimmte er ihm gerade dieses Mal zu.

Ich habe auf einen bedeutsamen Abschnitt des Vertrages hingewiesen, dem ein einflußreicher Teil des Publikums etwas von der Verehrung entgegenbringt, die man der Heiligen Schrift schuldig ist. Diese Gruppe würde außer sich sein, wenn man sie daran erinnerte, daß sie damit einem Kapitel des verhaßten Vertrags ihre Devotion erweist. Es gibt noch einen anderen großen und wichtigen Teil des Vertrags, der von seinen Kritikern völlig ignoriert wird, nämlich der Teil, der ganz Zentraleuropa auf der Grundlage der Nationalität und der freien Volksentscheidung statt auf der Grundlage der Strategie und der militärischen Zweckmäßigkeit rekonstruiert. Dies ist der Teil, der Polen aus den Klauen dreier imperialistischer Raubtiere erlöste, die sich an seinen Eingeweiden gütlich taten; der Teil, der es dem Leben, der Freiheit und der Unabhängigkeit wiedergab. Es ist der Teil, der die Dänen in Schleswig und die Franzosen in Elsaß-Lothringen befreite. Für diese bisher unterdrückten Gebiete bildet der Vertrag von Versailles den Freiheitsbrief. Warum werden diese Artikel in der kritischen Literatur alle unterdrückt?

Noch eine von den vernachlässigten Bestimmungen ist die, welche eine dauernde Einrichtung zur Behandlung von Arbeitsproblemen in der ganzen Welt vorsieht und die Lebenshaltung der Industriearbeiter durch eine große internationale

Anstrengung emporzuheben sucht. In keinem Vertrag war je eine wohltätigere und fruchtbarere Bestimmung enthalten. Sie ist so schwerwiegend und wird dabei in der allgemeinen Diskussion so völlig übersehen, daß ich es für der Mühe wert halte, die Hauptgrundsätze ausführlich wiederzugeben, weil ich überzeugt bin, daß diese Bestimmung eines Tages als der erste große internationale Freibrief der Arbeiterschaft gelten wird.

„Die Hohen vertragschließenden Teile erkennen an, daß die Verschiedenheiten des Klimas, der Sitten und Gebräuche, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und industriellen Überlieferung die sofortige Herbeiführung der vollständigen Einheitlichkeit in den Arbeitsverhältnissen erschweren. Aber in der Überzeugung, daß die Arbeit nicht als bloße Handelsware betrachtet werden darf, glauben sie, daß Verfahren und Grundsätze für die Regelung der Arbeitsverhältnisse sich finden lassen, die alle industriellen Gemeinschaften zu befolgen sich bemühen sollten, soweit ihre besonderen Verhältnisse dies gestatten.

Unter diesen Verfahren und Grundsätzen erscheinen den Hohen vertragschließenden Teilen die folgenden von besonderer und Beschleunigung erheischender Wichtigkeit:

1. Der oben erwähnte leitende Grundsatz, daß die Arbeit nicht lediglich als Ware oder Handelsgegenstand angesehen werden darf;
2. das Recht des Zusammenschlusses zu allen nicht dem Gesetz zuwiderlaufenden Zwecken sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber;
3. die Bezahlung der Arbeiter mit einem Lohn, der ihnen eine nach der Auffassung ihrer Zeit und ihres Landes angemessene Lebensführung ermöglicht;
4. Annahme des Achtstundentags oder der 48-Stunden-Woche als zu erstrebendes Ziel überall da, wo es noch nicht erreicht ist;
5. die Annahme einer wöchentlichen Arbeitsruhe von mindestens 24 Stunden, die nach Möglichkeit jedesmal den Sonntag einschließen soll;
6. die Beseitigung der Kinderarbeit und die Verpflichtung, die Arbeit Jugendlicher beiderlei Geschlechts so einzuschränken, wie es notwendig ist, um ihnen die

Fortsetzung ihrer Ausbildung zu ermöglichen und ihre körperliche Entwicklung sicherzustellen;

7. der Grundsatz gleichen Lohnes ohne Unterschied des Geschlechts für eine Arbeit von gleichem Werte;
8. die in jedem Lande über die Arbeitsverhältnisse erlassenen Vorschriften haben allen im Lande sich erlaubterweise aufhaltenden Arbeitern eine gerechte wirtschaftliche Behandlung zu sichern;
9. jeder Staat hat einen Aufsichtsdienst einzurichten, an dem auch Frauen teilnehmen, um die Durchführung der Gesetze und Vorschriften für den Arbeiterschutz sicherzustellen."

Es wird lange dauern, bis die in der Völkerbundssatzung aufgestellten Grundsätze und die Artikel über die Arbeit voll und getreulich durchgeführt sind. Aber in beiden Richtungen ist schon jetzt ein gutes Teil ruhigen und stetigen Fortschritts zu verzeichnen. Herr Albert Thomas ist ein bewundernswerter Leiter des Arbeitsamts. Er besitzt Eifer, Sympathie, Taktgefühl, Energie und großes Organisationstalent. Er drängt mit Geduld, aber auch mit Ausdauer vorwärts. Aber das ist eine andere Frage. Sie berührt große Schwierigkeiten bei Durchführung des Vertrags. Worüber ich hier sprechen will, das sind die Mißverständnisse über den Inhalt des Vertrags. In diesem Punkte ist das britische Publikum unzweifelhaft absichtlich irregeführt. Warum werden dem Vertrag von Versailles diejenigen Teile, die unterdrückte Rassen befreien, die den Arbeiter aus dem Zustand der Not und der Erniedrigung emporheben sollen, die einen Willenbrecher gegen die zum Kriege treibenden rasenden Leidenschaften errichten, niemals gutgeschrieben? Jener Typus des Polemikers, der immer mit seinem Idealismus großtut, ist nun einmal entschlossen, seinem Publikum, das er angeblich erleuchten und belehren will, gerade diese hervorstechenden Tatsachen vorzuenthalten. Es gibt keine skrupelloseren Wortfechter in der Arena als den, der so tut, als wäre er besonders hochgesinnt. Ich meine nicht den Mann, der wirklich hohen Sinn besitzt, sondern den Mann, der sich stellt, als stände er durch Gottes Gnade hoch über seinen Mitmenschen. Er ist der Pharisäer des Meinungskampfes. Man hüte sich vor ihm, denn er verstümmelt, fälscht

und unterdrückt die Gründe des Gegners, um sie mit seinen Gründen oder Vorurteilen in Einklang zu bringen, und zwar in einer Weise, die ein Kind dieser Welt erröten machen würde.

Aus diesem Grund möchte ich in aller Bescheidenheit, wenn auch, wie ich fürchte, zu spät, dafür plädieren, daß man den Text des Vertrages von Versailles liest, den ganzen Text und nur den Text. Das ist die einzige anständige Art, sich über den Wert des Vertrags, der das Schicksal Europas für manche Generation in Händen hält, ein gerechtes Urteil zu bilden.

Den 25. Juni 1923.

Zweiundzwanzigstes Kapitel

Sollen wir unseren Frieden mit Rußland machen?

Ich bin hocherfreut, daß die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und der Sowjetregierung den beiderseitigen ehrlichen Wunsch zu beweisen scheinen, zwischen England und Rußland ein befriedigenderes Verständnis herzustellen. Die bolschewistische Episode hat zeitweilig, wie alle revolutionären Schrecknisse, die Welt erschaudern machen wie ein kreischendes Nachtgespenst. Sie erwies aber der Zivilisation einen überaus großen Dienst: sie schreckte die Demokratie gerade in dem Moment zur gesunden Vernunft zurück, als die nervöse Überreizung der Nachkriegszeit anfing, sich der Grenze der Geistesverwirrung zu nähern. Bei unserer Haltung gegenüber der Sowjetregierung müssen wir indessen eine Erwägung ständig im Sinn behalten. Worauf es uns ankommt, ist nicht so sehr die russische Regierung, als das russische Volk, und augenblicklich stellt die bolschewistische Leitung den einzigen Vermittler für den Verkehr mit dieser mächtigen Nation dar. Solange sie die einzige feste Autorität in Rußland bleibt, trifft jede feindselige Handlung, die gegen sie unternommen wird, auch Rußland.

Wie wir 1919 gewahr wurden, kann man gegen die jeweilige Regierung eines Landes nicht Krieg führen, ohne das Land zu verwüsten und das Volk gegen sich aufzubringen. Man kann auch kein Handelsverbot gegen sie erlassen, ohne ihr Volk der

Waren und besonders der Industrieerzeugnisse zu berauben, die für sein Wohlergehen wesentlich sind. Das Volk ist also der wahre Leidtragende, und das Volk ist es, das letzten Endes Vergeltung für dieses Leiden fordern wird. Regierungen kommen und gehen; aber die Nation bleibt.

Das russische Volk verdient — besonders von seiten der alliierten Nationen — jede Sympathie und Rücksicht, die wir ihm gewähren können, nicht nur deshalb, weil es die Gewaltherrschaft einer tyrannischen Oligarchie erdulden muß, die ihr ihren Willen mit rücksichtslosem Zwang auferlegt, sondern fast noch mehr wegen der Ursachen, die zur Aufrichtung jener Tyrannei geführt haben. Wenn die Frucht bitter ist, müssen wir uns gegenwärtig halten, wie es kam, daß der Baum in diesen Boden gepflanzt wurde. Es mag klingen, als wollte ich in die Geschichte des Altertums zurückgreifen, wenn ich die Ereignisse vor acht oder neun Jahren anführe; aber niemand kann Rußland verstehen oder seinem unglücklichen Volk Gerechtigkeit widerfahren lassen, ohne daß er sich die Ereignisse in die Erinnerung zurückruft, die zu der großen Katastrophe führten.

Diejenigen, die jedes Verhandeln mit dem augenblicklichen Regime verketzern, scheinen sich eingeredet zu haben, daß das vorrevolutionäre Rußland von einem milden, wohltätigen Despotismus regiert worden sei, der einem wohlgeregelten Haushalt die Segnungen eines duldsamen und freundlichen Patriarchats vermittelte. Das ist in keiner Beziehung ein wahres Bild des „ancien régime". Die Bolschewisten haben weder die Peter-und-Pauls-Festung erbaut noch ihre Kerkerhöhlen gegraben. Sibirien ist nicht von den Bolschewisten zuerst — wenn überhaupt — als Strafkolonie für politische Verbrecher benutzt worden. Im Jahre 1906 wurden ungefähr 45 000 politische Verbrecher deportiert und gezwungen, die Härten des sibirischen Klimas zu erdulden. Auch die Verfolgung verdächtiger religiöser Führer ist nicht von den Sowjets begonnen worden. Nicht auf ihr Schuldkonto ist der Beginn der Pogrommethoden zu setzen. Unter dem „väterlichen" Regiment der Zaren wurde Abfall vom orthodoxen Glauben verboten und verfolgt, und die Juden wurden gehetzt wie giftiges Gezücht.

Wir wollen auch nicht vergessen, daß, abgesehen von all diesen Umständen, die Revolution durch die Torheit und Be-

stechlichkeit des alten Systems unvermeidlich gemacht worden war, ganz besonders durch die entsetzlichen Leiden und Erniedrigungen, die dieser Stand der Dinge Rußland während des großen Kriegs auferlegte.

Jeder, der Herrn Paléologues „Erinnerungen eines Botschafters" gelesen hat, wird in ihren Zeilen eine vollständige Erklärung für den wilden Haß finden, mit dem die russischen Revolutionäre auf alle blicken, die mit der alten Ordnung irgendwie verbunden waren. Herr Paléologue erzählt uns, wie das tapfere Heer sich in der kritischen Stunde ohne Munition, ohne Gewehre, ohne Transportmittel und oft ohne Nahrung sah. Niemals haben bravere und opferbereitere Männer für ihr Land gefochten als die jungen Bauern, aus denen die russischen Armeen der Jahre 1914, 1915 und 1916 bestanden. Mit geringer artilleristischer Unterstützung, oft ohne sie, gingen sie ohne Zaudern der bestausgestatteten schweren Artillerie der Welt entgegen. Zu Millionen wurden sie durch Granatfeuer und Maschinengewehre niedergemäht. Ihre Gesamtverluste bis September 1916 beliefen sich selbst nach den widerwilligen Geständnissen der damaligen zaristischen Generäle auf fünf Millionen. In Wirklichkeit waren sie noch viel schwerer. Oft gingen die Truppen mit Knüppeln ins Gefecht, da das russische Kriegsministerium keine Gewehre hatte, um sie zu bewaffnen. Sie lasen beim Vorgehen die Gewehre ihrer gefallenen Kameraden auf. Im ganzen Weltkrieg ist nichts dem treuen Heldentum dieser armen Bauern vergleichbar. Wir wissen jetzt, weshalb keine Gewehre, Granaten oder Eisenbahnwagen vorhanden waren. Daß das alte Regime durch und durch verrottet war, ist der Welt durch unwiderlegbare urkundliche Beweise dargetan worden.

Hier ein paar Auszüge aus Herrn Paléologues interessantem Buch. An einer Stelle seines Tagebuches heißt es:

> „Munitionsmangel bedeutet, daß die Rolle der Artillerie im Gefecht notwendig unbedeutend ist. Die ganze Last eines Gefechts ruht auf der Infanterie, und das Ergebnis ist eine grauenhafte Verschwendung von Menschenleben. Vor ein oder zwei Tagen sagte einer der Mitarbeiter des Großfürsten Sergius, Oberst Engelhardt, zu meinem zweiten Militärattaché, Major Wehrlin: „Wir bezahlen jetzt die Ver-

brechen unserer Verwaltung mit dem Blut unserer Leute." Ungefähr um dieselbe Zeit sagte Großfürst Sergius, damals Generalinspekteur der Artillerie, bei einem Gespräch über die klägliche Lage der Dinge zu dem französischen Botschafter: „Wenn ich bedenke, daß dieses Unfähigkeitsattest alles ist, was unser aristokratisches System vorweisen kann, so möchte ich Revolutionär werden."

Wenn ein Großfürst schon Anfang 1915 solche Äußerungen tat, was muß ein Bauernsoldat im Frühling 1917 gedacht haben, nachdem weitere zahlreiche Millionen seiner Kameraden als Folge dieser „attestierten Unfähigkeit" hingeschlachtet worden waren? Es tut nichts zur Sache, daß unsere Armee damals gleichfalls zu wenig Munition hatte. Die britische Armee war klein und auf der Basis eines Expeditionskorps von höchstens sechs Divisionen organisiert. Die russische Armee war eine große Heeresmacht von Gestellungspflichtigen, die auf der Basis von 100 Felddivisionen organisiert war.

Ich entsinne mich wohl unserer eigenen Heeresberichte von den russischen Fronten. Die Lektüre, die sie einem verschafften, war schmerzlich genug. Sie erfüllte den Leser mit tiefer Teilnahme für die Millionen tapferer Männer, die der Korruption und Dummheit hoher Stellen zum Opfer fielen. Ich erinnere mich einer Äußerung gegenüber unserem General, die die gefühlsrohe Gleichgültigkeit kennzeichnet, mit der damals Männer von Rang die entsetzlichen Opfer von Menschenleben zu betrachten schienen, Opfer treuergebener Soldaten, die dem Tod ohne Murren ins Antlitz sahen, weil „Väterchen Zar" es wollte. Jedesmal, wenn unser Offizier wegen der riesigen Verluste an Menschen, die ihn mit Abscheu und Entsetzen erfüllten, besorgte Anfragen stellte, erhielt er die Antwort: „Beunruhigen Sie sich nicht. Gott sei Dank, Menschen haben wir auf alle Fälle genug." Eine Antwort, bei der es den Leser mit einem Schauer des Entsetzens überläuft. Das ist der Grund, weshalb nach zweieinhalb Jahren die geduldigen Mannschaften, die im Felde standen, schließlich meuterten. Das ist der Grund, weshalb ihre Väter und Brüder, die auf den Feldern arbeiteten, hinter ihnen standen. Väterchen Zar hatte sie im Stich gelassen und seine Günstlinge hatten sie verraten. Es ist eine schmutzige und grausige Geschichte von Unterschleifen, Mißwirtschaft und hartherziger

Verräterei. Millionen englischen und französischen Geldes wurden zu schamloser offener Bestechung verbraucht, während die Soldaten im Feld aus Mangel an dem, was man mit dem Geld hätte kaufen können, ihre tapferen Herzen unter der nackten Brust der furchtbarsten Artillerie der Welt entgegenstellten. Wenn der Rest des Geldes nützlich verwendet worden wäre, so würden die Überbleibsel auch bei überreichlichem Schmieren noch genügt haben, um das tapfere Heer vor der Vernichtung zu retten. Aber leider kümmerte sich niemand um etwas anderes als um den Betrag und die Auszahlung der Trinkgelder. Das schien die Hauptsache bei dem ganzen Geschäft zu sein. Nichts war in Ordnung, außer der unvermeidlichen Bestechung. Es gab zwar ehrliche und aufrichtige Männer, die an ihrem zerrissenen und ausgeplünderten Lande ihre Pflicht taten, aber sie waren gegenüber dem reißenden Strom der Korruption hilflos.

Kein Wunder, daß ein großer russischer Industrieller, der im Kriegsministerium beschäftigt wurde, schon im Juni 1905 angesichts des traurigen Versagens des Zarismus und seiner wahrscheinlichen Folgen eine Revolution voraussagte mit zehn Jahren fürchterlichster Anarchie als Nachspiel. „Wir werden", fügte er hinzu, „die Tage Pugatschews*) wieder erleben und vielleicht noch Schlimmeres." Eine auffallende Prophezeiung, die mit furchtbarer Genauigkeit eintraf!

Es ist nicht angenehm, jene grausigen Episoden ins Gedächtnis zurückzurufen, Episoden des Verrats an einer bis in den Tod treuen Hingabe. Aber diese Geschichte ist wesentlich für eine richtige Würdigung der Ereignisse. Nichts ist grausamer als ein vertrauendes Volk, wenn es herausfindet, daß man sein Vertrauen die ganze Zeit über getäuscht hat. In diesem Fall war die Vergeltung in jeder Hinsicht widerlich. Aber auch die Herausforderung dazu war unter jedem Gesichtspunkt empörend. Um Rußland gerecht zu beurteilen, muß man das alles in Rechnung stellen.

Ich glaube daher, daß die englische Regierung ihre Verantwortung richtig auffaßt, wenn sie durch den Staatssekretär des

*) Anmerkung des Verfassers: Pugatschew, der Prätendent, der eine Bauernrevolte zur Zeit der Herrschaft Katharinas leitete und mit Raub und Mord durch die Provinzen zwischen Wolga und Ural wütete.

Auswärtigen Verhandlungen mit einem hiesigen Vertreter der Sowjetregierung anknüpft. Man kann bequem bei gedankenlosen Leuten schallenden Beifall erwecken, wenn man melodramatisch erklärt, daß man niemals „mit dem Mord Händedrücke wechseln wird". In der Praxis hat sich diese Politik immer als verfehlt erwiesen. Pitt lehnte in einer berühmten Rede diese Doktrinen ab, als er angegriffen wurde, weil er versuchte, mit den „Meuchelmördern" der französischen Revolution anzuknüpfen. Er wurde von dieser ruhigen und verständigen Haltung abgetrieben durch die flammende Beredsamkeit Burkes, dem die Arroganz der siegreichen Revolutionäre zu Hilfe kam. Nichtsdestoweniger bewies die Folgezeit, daß er Recht hatte. Der französische Bolschewismus wurde weder durch fremde Heere besiegt noch durch die britische Blockade ausgehungert; er wurde vielmehr in die Arme Napoleons getrieben, und Europa hatte bitter für die Torheit der sich bekämpfenden Heißsporne zu leiden. Es wäre für jene Generation besser gewesen, wenn sie auf den weisen Rat William Pitts gehört hätte.

Wenn man es ablehnt, mit Rußland zu verhandeln, solange seine augenblicklichen Herrscher am Ruder bleiben, dann sollte man die Türkei in dieselbe Kategorie einreihen. Die militärische Junta, die die Türkei regierte, hat sich mindestens gleich gemeiner Greueltaten schuldig gemacht, als je von den Bolschewisten begangen wurden; aber in Lausanne haben wir den Urhebern der armenischen Massaker ostentativ Englands Freundeshand entgegengestreckt, und Frankreich, Italien — ja sogar Amerika — boten den gleichen warmen Händedruck an. Ich will dieses Angebot der Freundschaft, das zur Friedensbedingung gemacht wurde, nicht kritisieren. Wir müssen den Frieden in der Welt herstellen, und man kann das nicht, wenn man ganze Nationen von der Besuchsliste absetzt wegen des schlechten Benehmens derer, die sie regieren. Wenn man einmal damit anfängt, weiß man nie recht, wo man aufhören wird.

In solchen Fällen leiden die Unschuldigen am meisten. Eine Weigerung, mit Rußland Handel zu treiben, würde die Sowjetkommissare um kein Stück ihres Lebensbedarfs oder ihres Lebensbehagens bringen. Die Kommunisten sind völlig stark genug, um für sich selbst zu sorgen. Aber die Bauern — die

keine Kommunisten sind — würden weiter leiden und ihr Leiden würde zunehmen mit der Erschöpfung der Vorräte an Kleidung und anderen Lebensbedürfnissen. Und das englische Volk, das die Erzeugnisse Rußlands für seinen eigenen Gebrauch nötig hat, würde in gewissem Umfange gleichfalls leiden. Amerika kann sich diese erhabene Zurückhaltung leisten. Es braucht kein Korn und Holz von Rußland; es führt diese Erzeugnisse selbst aus. Wir aber können ohne sie schlecht auskommen, und wir sind stark angewiesen auf russischen Flachs für unsere Leinenindustrie, die aus Mangel daran darniederliegt. Im vorigen Jahr wurden russische Waren in beträchtlicher Menge nach England importiert. In diesem Jahre werden angesichts der besseren Ernte die Importe noch weit größer sein. Wir brauchen sie dringend für unseren eigenen Verzehr, und sie dienen zugleich als Bezahlung für den Export von Maschinen und Textilwaren, die die Russen ihrerseits äußerst nötig haben.

Aber über alle diese materiellen Erwägungen weit hinaus: Die Welt braucht Frieden! In der guten alten Zeit pflegten die Notare in diesem Land eine Eigentumsübertragung durch endlose Nachforschungen über die Rechtstitel der anderen Partei im Lauf zu halten. Sie strengten ihren ganzen Scharfsinn an und wandten sich an den zusätzlichen Scharfsinn erfahrener Spezialisten, um Mängel in der Befugnis des Verkäufers zum Abschluß des geplanten Geschäftes nachzuweisen. Das waren gemütliche Zeiten und die Leute konnten es sich noch leisten, ihren Tag zu vertrödeln. Aber auch damals endeten solche Praktiken oft in einem ruinösen Prozeß. Heutzutage drängt die Zeit und die Atmosphäre ist so geladen, daß die Häufung aufreizender Verhöre gefährlich wird. Es ist Zeit, sich damit abzufinden, daß die Sowjets eine dauernde Einrichtung geworden sind, ob uns das nun paßt oder nicht, und daß der oder jener von den furchtbaren Männern, die Rußland heute regieren, es wahrscheinlich noch einige Zeit weiter beherrschen wird. Je eher wir den Mut finden, diese Tatsache anzuerkennen, um so früher wird wahrer Friede geschaffen sein.

London, 2. Juli 1923.

Das Alkoholverbot

Vor vier Jahren haben die Vereinigten Staaten von Amerika mit einer Zweidrittelmajorität sich für das Verbot alkoholischer Getränke ausgesprochen. Das britische Unterhaus hat soeben eine Vorlage, die denselben Zweck verfolgte, mit einer Mehrheit von 236 zu 14 niedergestimmt. Amerika behandelt das Alkoholverbot als einen seiner größten moralischen Triumphe. England behandelt es als einen Scherz.

Wie erklärt sich diese merkwürdige Verschiedenheit in der Haltung der beiden großen englischsprechenden Gemeinwesen gegenüber einem der verwirrendsten, einer Lösung am hartnäckigsten ausweichenden Probleme, das der Zivilisation gestellt ist? Sie kann auf einer grundsätzlichen Verschiedenheit des Temperaments und der moralischen Anschauungen beruhen. Die Männer, die das Alkoholverbot in Amerika zustande brachten, gehören unserer eigenen Rasse und Art an. Sie sind aufgezogen in den puritanischen Überlieferungen, die ursprünglich von unseren Küsten hinübergelangten.

Wenn sich die üblen Folgen übermäßigen Trinkens in Amerika deutlicher gezeigt hätten als in England, so könnte ich verstehen, daß die Vereinigten Staaten sich zu drastischeren Maßnahmen entschlossen, als man sie in unserem Lande für nötig hielt. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall. Der Alkoholverbrauch in dem Vereinigten Königreich war einige Jahre vor dem Kriege, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, höher als der der Vereinigten Staaten. Die Armut, Krankheit und Verwahrlosung infolge Alkohols war in England weit größer als in Amerika.

Wie erklärt sich also die Bereitschaft Amerikas, den Alkoholverkauf zu verbieten, und das Widerstreben Englands, ihn auch nur ernstlich einzuschränken? Es kommt mir nicht darauf an, über diesen Gegenstand dogmatische Lehren aufzustellen, aber ich möchte auf gut Glück zwei oder drei mögliche Erklärungen geben.

Den Gedanken, daß die besitzenden Klassen durch die Folgen, die das Alkoholverbot in Rußland gehabt hat, in Schrecken gesetzt sind, will ich beiseite lassen. Ich habe die Behauptung

aufstellen hören, daß der Ukas des Zaren über das Alkoholverbot für die russische Revolution verantwortlich sei. Das ist vielleicht richtig, denn ein durch Alkohol verdummtes Volk wird sich alles gefallen lassen. Die Unfähigkeit und Korruption des zaristischen Regimes war so grauenhaft, daß kein nüchternes Volk sie auch nur ein Jahr lang ohne Rebellion ertragen hätte, und als der Muschik nicht mehr vom Schnapsdunst blöde und blind gemacht wurde, rebellierte er gegen die Autokratie, die sein Land ins Unglück hatte stürzen lassen. Die russische Trunksuchtserfahrung bildet deshalb nur eine sehr beschränkte Warnung gegen das Alkoholverbot, nämlich die, daß Leute, die ein Land ungestraft durch Mißwirtschaft regieren wollen, es zunächst unter Alkohol setzen müssen.

Natürlich ist die Erklärung naheliegend, daß alte Länder sehr konservativ und Umwälzungen abgeneigt sind. Ihre Gliedmaßen sind steif vor Alter, und sie schleppen sich langsam und mühevoll auf ausgetretenen Pfaden dahin; sie entbehren der Geschmeidigkeit der Glieder, die jüngere Gemeinwesen veranlaßt, querfeldein zu rennen. So stellt man sich die Sache vor. Ich fürchte, diese Erklärung genügt nicht. Wenn alte Völker einmal durch und durch gerüttelt werden, so können sie springen wie ein Hirsch. Die Französische Revolution hat bewiesen, wie energisch eine der ältesten Nationen Europas auf unbetretenen Wegen vorwärts stürmen konnte, als eine neue Leidenschaft sie antrieb. Und ich habe gesehen, wie England im Jahre 1914 zu den Waffen sprang, als fünf Millionen Männer sich einreihen ließen, ohne daß die Peitsche des Zwangs ihr Blut in Erregung brachte. England wurde wieder jung, und seine Bewegungen hatten die Energie, die Kühnheit und die Ausdauer eines Volks, das vom Marsch durch die Jahrhunderte nicht müde geworden war. Wenn dieses Volk durch einen Ruf geweckt wird, der bis in sein Herz und Gewissen dringt, so ist es einer Unternehmung von gleicher Kühnheit fähig wie damals, als es im 12. Jahrhundert einem Despoten die Magna Charta aus den Händen wand, als es im 15. Jahrhundert einen alten Glauben über den Haufen warf, als es im 17. Jahrhundert einen König aufs Schafott brachte oder als es im 16., 19. und 20. Jahrhundert die größten Militärmächte der Welt zum Kampf herausforderte. Wenn die Engländer überzeugt wären, daß der Handel mit

Alkohol abgeschafft werden muß, so würden sie ihn mit ebenso wenig Zaudern oder Schwanken beseitigen, wie sie bei Unterdrückung der Messe oder der Enthauptung Karls I. an den Tag legten.

Gegenwärtig ist das britische Volk keineswegs überzeugt, daß man nicht die schlimmen Folgen des Alkohols, die eine Minderheit der Bevölkerung schädigen, wirksam bekämpfen kann, ohne zu dem sehr drastischen Mittel greifen zu müssen, der Mehrheit, die einen mäßigen Gebrauch von ihm macht, seinen Genuß ganz zu verbieten. Wird es leicht sein, es davon zu überzeugen? Das hängt von dem Fehlschlagen oder dem Erfolg aller anderen Mittel ab, die man anwenden kann, um das Übel des Alkoholismus zu beseitigen.

Das bringt mich auf eine andere Erklärung. Amerika gelangte zum Alkoholverbot auf dem Wege des Experiments. Sein föderatives System erleichterte das Ausprobieren jeder Art von Gegenmitteln einschließlich des gänzlichen Verbots. Seit über einem halben Jahrhundert ist in einem oder dem anderen Staate der amerikanischen Republik fast jede Form von Temperenzmitteln praktisch angewendet worden, die jemals vorgeschlagen worden ist.

Als ich ein Knabe war, hörte ich Debatten und Vorträge in walisischer Sprache über den Nutzen des „Maine-Gesetzes" und der hohen Lizenzgebühr. Hohe Konzessionsgebühren, Verminderung der Konzessionen, örtliche Abstimmung über das einzuführende System, unbedingtes Verbot — alles hat man versucht. Alle Systeme sind lange genug in Kraft gewesen, um dem amerikanischen Publikum ein Urteil über ihren Wert zu ermöglichen. Statistiken, die sich über lange Perioden erstrecken, bilden eine zuverlässige Grundlage für die praktischen Folgerungen. Der amerikanische Föderalismus bot die Gelegenheit, und die Einzelstaaten machten vollen Gebrauch davon. So entstand das Prohibitionsgesetz.

Einem praktischen Mann mußten die Ziffern aus den Prohibitionsstaaten vom geschäftlichen Standpunkt aus als verlockend erscheinen. Und wenn er auch noch zauderte, so hob ihn doch die große moralische Woge, die über Amerika hinging, über die Barre hinweg. Trotzdem glaube ich, daß der amerikanische Geschäftsmann ohne die Erfahrung, die man vor seiner

Tür gemacht hatte, schwerlich dem Alkoholverbot zugestimmt hätte.

Die britische Verfassung ist für solche wertvollen Experimente nicht günstig. Sonst hätte London das eine Experiment anstellen können, Lancashire ein anderes und Yorkshire ein drittes, Schottland ein viertes und Wales ein fünftes. Nun ruhte aber die gesamte gesetzgebende Gewalt des Vereinigten Königreichs bis in die neueste Zeit allein beim Reichsparlament. Irland hat jetzt seine eigene Gesetzgebung. Theoretisch mußte das, was dem einen Teil des Königreichs recht war, dem ganzen billig sein. Und was sich für die stärker bevölkerten Teile nicht eignete, konnte den übrigen nicht erlaubt werden.

Was Schottland, Irland und Wales anlangt, so war diese Regel in der praktischen Anwendung etwas gemildert; aber soweit die Alkoholgesetze in Frage kamen, konnte man irgendeine ernstliche Änderung in einem Teil des Königreichs schwer durchsetzen, wenn sie den Vorurteilen und Interessen des Restes zu nahe trat. Es hat Jahre gekostet, sie selbst in verstümmelter Form durch das Parlament zu bringen.

Man hatte eben keine wirkliche Freiheit zum Experimentieren. Das schottische Gesetz des örtlichen Widerspruchs (Local Veto) ist ein Kompromiß zugunsten der englischen Auffassung. Auch so bedurfte es dreißigjähriger schottischer Hartnäckigkeit, um es durchzubringen. Wales hat es nicht vermocht, die örtliche Abstimmung über das Alkoholverbot sicherzustellen, obwohl vier Fünftel seiner Vertreter es länger als ein Menschenalter gefordert haben. Unserem Land ist also die praktische Erfahrung versagt geblieben, die Amerika zu einem so drastischen Beschluß geführt hat.

Mangels einer solchen Erfahrung hat man es unmöglich gefunden, die öffentliche Meinung durch ganz Großbritannien derartig zu erziehen und zu organisieren, daß die Aufmerksamkeit und der Druck auf diesen einen Streitpunkt konzentriert wurde. Andere Streitpunkte kommen immer dazwischen und zersplittern die Bewegung.

Nicht einmal unter den religiösen Kräften war Gemeinsamkeit der Stellungnahme zur Temperenzreform zu erzielen. Wären diese in ihren Forderungen einig und entschlossen gewesen, sie bei den Wahlen durchzusetzen, so war ihre Macht

unwiderstehlich. In der Zeit zwischen den Wahlen schienen sie sich über ihre Politik verständigt zu haben; aber sobald die Parteitrompete ertönt, stellen sie sich in entgegengesetzten Lagern in Reih und Glied, und das Banner der Temperenz wird schleunigst in den Schrank geschlossen, um erst wieder benutzt zu werden, nachdem die Wahlergebnisse bekannt geworden sind. Dann bringt man es wieder heraus, damit es über dem Heiligtum flattere, und seine Falten glätten sich im frischen Wind.

Ich habe erlebt, daß die leidenschaftlichsten Vorkämpfer für das lokale Abstimmungsrecht bei den Wahlen Brauereibesitzer unterstützten, weil sie im politischen Kampfe die ausgesprochenen Gegner des irischen Home Rule waren. Ich erinnere mich, wie ein hervorragender schottischer Geistlicher, der ein strenger Verfechter der Temperenz war, aber bisher wegen seiner tief eingewurzelten Gegnerschaft gegen Gladstones Home Rule Kandidaten der Antitemperenzler unterstützt hatte, mir erklärt hat: wenn seine Partei nicht bald eine Maßregel über das lokale Abstimmungsrecht für Schottland durchbrächte, würde er sie im Stich lassen, mit oder ohne Home Rule. Er ist gestorben, ohne sein Versprechen eingelöst zu haben; seine Zeit ist nie gekommen. Die irische Frage beherrschte die Wahlen beinahe ein Menschenalter hindurch. Auch der Freihandel spielte eine große Rolle.

Wenn die Forderungen des Parteikampfes zugelassen hätten, daß man dem Trunksuchtsproblem dieselbe unablässige Propaganda während der gleichen Zahl von Jahren gewidmet hätte, die man den Leiden Irlands und dem Freihandel gewährte, so hätte man ohne Zweifel die öffentliche Meinung genügend erziehen können, um einer drastischeren Reform zuzustimmen. Aber die politischen Parteien haben das nicht tunlich gefunden, weil sie durch andere Streitfragen abgelenkt wurden. Dies ist der Hauptgrund, weshalb die englische öffentliche Meinung hinter der amerikanischen in der Temperenzfrage so weit zurückgeblieben ist. In Amerika wurde der Kampf um die Nüchternheit auf der Plattform der Einzelstaaten ausgefochten, während die nationale Plattform für andere Kämpfe frei blieb.

Immerhin machte der Krieg es der englischen Regierung möglich, Reformen durchzuführen, die den Alkoholverbrauch

in unserem Königreich wesentlich vermindert haben. Dies Ergebnis wurde erzielt durch eine gewaltige Steigerung der Steuer auf alkoholische Getränke und durch eine erhebliche Verminderung der Verkaufsstunden. Die Biersteuer stieg von 13 Millionen Pfund im Jahre 1913 auf 123 Millionen Pfund im Jahre 1921. Die Spirituosensteuer ergab 1913 22 Millionen Pfund, 1921 brachte sie 71 Millionen Pfund. Eine der Wirkungen hiervon war eine merkbare Verringerung des Alkoholgehalts der verkauften Getränke. Die Verkaufsstunden wurden vormittags und nachmittags beträchtlich abgekürzt. Hierdurch wird der Arbeiter verhindert, seinen Tag mit Alkoholtrinken anzufangen, und die Unterbrechung des Verkaufs am Vormittag verhindert den Säufer, sich den ganzen Tag über zu benebeln.

Die Wirkung dieser zusammenhängenden Maßnahmen war außerordentlich wohltätig. Der Bierverkauf sank von 34152739 Faß zu 36 Gallonen im Jahre 1913 auf 23885472 Faß im Jahre 1921. Spirituosen sanken von 30736088 Gallonen im Jahre 1913 auf 20162395 im Jahre 1921. Diese Zahlen stellen einen bemerkenswerten, fast sensationellen Rückgang in der Quantität des von der Bevölkerung verbrauchten Alkohols dar. Verurteilungen wegen Trunkenheit sanken von 188877 im Jahre 1913 auf 77789 im Jahre 1921. Die Todesfälle infolge alkoholischer Gesundheitsstörungen fielen während des gleichen Zeitraums um mehr als die Hälfte. Es ist dies der deutlichste Fortschritt in der Richtung wirksamer Temperenzreform, den das britische Parlament bisher gemacht hat, und der Erfolg ist in hohem Maße ermutigend.

Es wäre ein ernstes nationales Unglück, wenn die wundervollen Ergebnisse dieser Kriegsmaßnahmen durch Abschwächung wieder verlorengingen. Der Druck, den man auf das Parlament ausübt, ist bisher meist in der Richtung gegangen, daß der Staat den Alkoholhandel nicht mehr so fest anpacken möge. Die meisten Kandidaten aller Parteien wurden bei der letzten Wahl gezwungen, sich zur Unterstützung einer Reduktion der Biersteuer zu verpflichten. Die Klubs haben sich noch stärker für eine Ausdehnung der Trinkstunden ins Zeug gelegt als die Wirtshäuser. Die Biersteuer ist schon herabgesetzt worden. Man nimmt an, daß die Herabsetzung eine

Zunahme des Verbrauchs zur Folge haben wird. Das ist sehr bedauerlich; denn es bedeutet, daß ein so großer Teil urbar gemachten Landes wiederum in den Malariasumpf zurücksinkt. Ein Trost ist: daß ja das nächste Mal die Frauen daran sind, eine Steuerermäßigung zu verlangen. Dann werden Zucker und Tee wirksame Schlagbäume auf dem Wege weiterer Verbilligungen alkoholischer Getränke gerade in jetziger Zeit darstellen.

Aber alles dies ist noch weit, weit entfernt vom Alkoholverbot. Eine Mehrheit von 20 zu 1 gegen die Prohibitionsvorlage des Herrn Scrymgeour und eine Mehrheit von 4 zu 1 zugunsten billigeren Bieres — beides in derselben Woche parlamentarischer Tätigkeit — das sind keine ermutigenden Zeichen für die Leute, die den Alkohol in England unterdrücken wollen. Die Temperenzreformer hier beobachten deshalb die Fortschritte, die Amerika in seinem kühnen Kampf um die Nüchternheit macht, mit hoffnungsvollen, wenn auch ängstlichen Augen und mit sehnsuchtsvollem Herzen. Was England demnächst tun wird, hängt ganz von dem Erfolg oder Mißerfolg dessen ab, was Amerika jetzt tut.

London, 1. Mai 1923.

Vierundzwanzigstes Kapitel

Nichtamtliche Veröffentlichung amtlicher Nachrichten

Ein Sturm zieht auf, weil Staatsmänner Nachrichten veröffentlicht haben, die im Laufe ihrer dienstlichen Tätigkeit in ihren Besitz gelangt sind. Den unmittelbaren Anlaß bietet Herrn Winston Churchills Geschichte des Kriegs. Im Parlament stellt man zornige Anfragen, und man gibt öffentlich bekannt, daß die Regierung einen Ausschuß eingesetzt hat, um das ganze Problem prüfen zu lassen.

Es ist etwas spät, all diesen Spektakel um die Veröffentlichung von Kriegsurkunden zu machen; denn Generäle, Admiräle und Minister aller Länder, unser eigenes eingeschlossen, haben mit Bezug auf die Führung der Operationen — sei es im Großen Krieg oder im Großen Frieden — in denen sie eine Rolle spielten, während der letzten drei Jahre das Publikum Europas und

Amerikas mit einer Flut von Erinnerungen, Aufklärungen, Kritiken, Angriffen und Verteidigungen überschwemmt. Krieger zu Lande und Krieger zur See haben einen unerhörten Eifer gezeigt, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, wie bedeutend ihr eigener Anteil an dem großen Siege war, und daß dieser Anteil noch sehr viel glänzender gewesen sein würde, wenn nicht irgendein Mitarbeiter so querköpfig oder töricht gewesen wäre. Gleich Julius Cäsar gedenken sie in der Geschichte nicht nur durch ihre Schlachten, sondern auch durch ihre Kommentare über sie weiterzuleben. Auf der anderen Seite sind Staatsmänner beschäftigt gewesen, ihre Verantwortlichkeit für bestimmte Teile des Vertrages von Versailles abzulehnen, und soweit sie von Gegnern oder Anhängern wegen der Formulierung dieser Teile getadelt worden sind, haben sie sich große Mühe gegeben, nachzuweisen, daß die Schuld hieran nur dem Druck zuzuschreiben sei, den andere Schauspieler in dem Drama auf sie ausgeübt hätten und dem sie nicht hätten widerstehen können. In jedem Falle werden streng vertrauliche Nachrichten verraten, geheime Urkunden benutzt, Verhandlungen im Kabinett und im Geheimen Rat veröffentlicht — ohne jede Rücksicht auf die bisherige Übung. Eine Enthüllung hat die andere nach sich gezogen, eine Preisgabe hat die andere unvermeidlich gemacht.

Ein General, Admiral oder Minister kritisiert auf Grund halbverratener Protokolle oder Urkunden einen anderen öffentlichen Würdenträger des Heeres, der Marine oder der Politik. Was soll dieser nun tun? Sein Ruf steht auf dem Spiel. Soll ihm nicht erlaubt sein, die Lücken zu ergänzen oder die falschen Zitate richtigzustellen? Nehmen wir den Fall von Ministern, die eine bedeutende Rolle bei der Führung der Kriegsoperationen oder der Friedensverhandlungen gespielt haben und deren Handlungsweise böswillig und hartnäckig entstellt worden ist. Beim Angriff auf diese Minister sind Behauptungen aufgestellt worden, die, wenn sie beim Publikum Glauben finden, ihren Ruf unwiederbringlich schädigen, ja vernichten würden. Bei der Formulierung der Anklage ist eine Urkunde nur zum Teil wiedergegeben, oder der Bericht über eine Sitzung des Rates oder des Kabinetts ist falsch wiedergegeben. Der Minister weiß, daß eine vollständige und richtige Wiedergabe seinen

guten Namen von dem Makel, den man darauf werfen will, reinigen würde. Soll er die Urkunde unter diesen Umständen nicht veröffentlichen dürfen? Bloßes Bestreiten würde wirkungslos sein. Eine vollständige Enthüllung würde den Streit zu seinen Gunsten entscheiden. Die Veröffentlichung kann kein denkbares Staatsinteresse berühren. Sie würde keinen möglichen Feind des Landes mit nützlicher Information versehen. Soll es ihm nicht erlaubt sein, das einzige Mittel zu benutzen, über das er verfügt, um seinen Kredit vor dem Ruin zu retten, der ihm von einer unwidersprochenen Verleumdung droht? Man hat seinen Kritikern ohne Protest erlaubt, geheime Nachrichten bekanntzugeben. Sollte es ihm untersagt sein, zur Selbstverteidigung das gleiche zu tun? Er kann für sich in Anspruch nehmen, daß er in Zeiten der Krise und Gefahr seinem Land treulich und nach besten Kräften gedient hat. Zum Dank dafür wird er durch Männer verunehrt, die Zutritt zu geheimem Material hatten und es nun frei benutzen, ohne daß sich Kritik, Tadel oder Einspruch hören läßt. Weshalb sollte sein Land ihm das gleiche Vorrecht versagen, wenn er es zu seinem Schutze braucht? Das ist der Fall, den der Regierungsausschuß zu prüfen haben wird. Welche Grundsätze er immer aufstellen wird, er muß diese außergewöhnlichen Umstände billigerweise in Rechnung stellen. Dieselben Leute, die sich jetzt so hervortun mit dem Hinweis darauf, wie ungeheuerlich es sei, Urkunden, die man im Staatsdienst erworben hat, dem Publikum preiszugeben, wußten nicht ein Wort zu sagen, als Teile dieser Urkunden für Zwecke benutzt wurden, die ihnen sympathisch waren. Ist es nicht jetzt etwas spät für sie, Protest zu erheben? Es gibt doch so etwas wie fair play, selbst beim Angriff auf Politiker.

Soweit Engländer in Frage kommen, fing das Schreiben von Büchern der gekennzeichneten Art mit dem Buche des Feldmarschalls Lord French von Ypern an, das den Titel „1914" trägt. Dieses Werk hat den Charakter einer Apologie. Zur Unterstützung seines Standpunktes spielt der Verfasser auf Verhandlungen mit dem Kabinett an. Er nimmt keinen Anstand, geheime Denkschriften und Depeschen, die er selbst und andere verfaßt haben, wörtlich anzuführen. Der verstorbene Großadmiral der Flotte, Lord Fisher, gibt in seinem

Buch „Erinnerungen" Stellen wieder, die sich auf seine Teilnahme an Sitzungen des Kriegsrats beziehen. In seiner Selbstbiographie „Vom Gemeinen zum Feldmarschall", die etwas später erschien, gibt Feldmarschall Sir William Robertson, der über zwei Jahre lang der vertrauliche Berater des Kabinetts war und als solcher allen Sitzungen des Kriegsrats und den meisten des Kriegskabinetts beiwohnte, so oft es ihm in seinem Gedankengang paßt, die Vorgänge in jenen streng geheimen Zusammenkünften, wie er sie auffaßte, dem Publikum preis. Wenn er auch geheime Dokumente nicht wörtlich zitiert, so beschreibt er doch die Protokolle und Erörterungen des Obersten Kriegsrats sowie die Konferenzen der Alliierten und des Kriegskabinetts und führt die Äußerungen einzelner Teilnehmer an. In seinen letzten Reden ist er sogar noch weiter gegangen. Ein neues Werk: „Sir Douglas Haigs Oberkommando" ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zweier Schriftsteller, von denen mindestens der eine während des Krieges eine amtliche Stellung einnahm, da er Sir Douglas Haigs Geheimsekretär war, während jener das Oberkommando über die britische Armee in Frankreich führt. Dieses Buch ist noch weniger diskret. Es ist gleichfalls seinem Wesen nach die Apologie und Rechtfertigung einer einzelnen Person. Zur Begründung ihrer Sache geben die Verfasser nicht nur eine zusammenfassende Darstellung nach den geheimen Protokollen des Obersten Kriegsrats und des Kriegskabinetts, sondern auch Auszüge aus den dort gefaßten Beschlüssen. Diese Auszüge werden ohne Scheu als Grundlage für eine tadelnde Kritik des damaligen Rates und Kabinetts benutzt. Man behauptet allerdings, einige der Zitate seien aus früher veröffentlichten französischen Büchern entnommen. Für andere gilt das aber nicht, so daß man neugierig fragt: Von wannen kommt euch diese Wissenschaft?

Weiterhin sind endlose Artikel in Zeitschriften und Zeitungen erschienen, manche mit Namen, manche ohne Namen, die sämtlich Minister, Generäle oder Admiräle angreifen. Den meisten von ihnen liegen offenbar geheime Informationen durch solche Persönlichkeiten zugrunde, die ihr Material nur in ihrer amtlichen Eigenschaft erworben haben können. Gegen alle diese Enthüllungen hat sich bisher kein Protest hören lassen. Wenn jedoch angekündigt wird, daß Erwiderungen heraus-

kommen werden und daß diese Erwiderungen die wahre Natur der falsch zitierten Urkunden oder Protokolle klarstellen werden, so kennt die Wut der Angreifer und ihrer Anhänger keine Grenzen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie solche Enthüllungen vor sich gehen, geben die Vorgänge, die sich mit Bezug auf die Verhandlungen aus Anlaß der Vorarbeiten für den Friedensvertrag abgespielt haben. Über die Frage der Veröffentlichung der betreffenden Protokolle haben die entscheidenden Debatten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland am 28. Juni 1919 in Versailles zwischen dem Präsidenten Wilson als dem Vertreter der Vereinigten Staaten, Herrn Clémenceau und Herrn Simon als den Vertretern Frankreichs, Herrn Sonnino als dem Vertreter Italiens, Herrn Makino als dem Vertreter Japans und mir selbst stattgefunden. Die Sache spielte sich folgendermaßen ab (ich zitiere hier zum erstenmal aus meinen damals niedergeschriebenen Notizen):

„Präsident Wilson war entschieden der Meinung, daß diese Urkunden als rein private Schriftstücke behandelt werden sollten; er widersprach dem Vorschlag, die Berichte über die privaten Unterhaltungen, in denen alle Anwesenden ihre Ansichten mit größtem Freimut ausgesprochen hätten, in die Öffentlichkeit zu bringen, weil die Gefahr bestehe, daß nachträglich mit den Aktenstücken Mißbrauch getrieben würde. Andererseits hatte er nichts dagegen einzuwenden, daß die Aufzeichnungen einzelnen Persönlichkeiten mitgeteilt würden, die das besondere Vertrauen von Mitgliedern des Rats genössen. Obwohl er gewisse Ausführungen der Mitglieder sowie alle Entschließungen und Maßnahmen des Rats für amtlich erachtete und deshalb annahm, daß sie bei den zuständigen Behörden eingesehen werden könnten, so hielt er doch die eigentlichen Unterhaltungen ihrer Natur nach für vertraulich. In den Vereinigten Staaten habe niemand das Recht, Urkunden dieser Art einzusehen. Präsident Wilson ging von der Auffassung aus, daß jede Regierung sich an die Gepflogenheiten ihres Landes halten sollte, wobei er aber klar und deutlich voraussetzte, daß unter keinen Umständen die Protokolle veröffentlicht würden. Herr Clémenceau glaubte nicht, daß man solche Urkunden als Privateigentum betrachten könne, während Herr Sonnino meinte, man brauche sie nicht als amtliche Urkunden anzusehen.

„Ich für mein Teil wünschte vor allem die Präzedenzfälle kennenzulernen. Auch fühlte ich mich verpflichtet, den Vorbehalt zu machen, daß ich im Falle von Angriffen auf die führenden Politiker gezwungen sein könnte, mich in besonderen Fällen auf diese Niederschriften zu beziehen. Ich kündigte an, daß ich dies unter Umständen tun würde, falls nicht alsbald ein Einspruch erfolge. Herr Clémenceau stimmte hiermit insoweit überein, als er zugab, daß es vielleicht unmöglich sein würde, Auszüge aus den Protokollen zum Beweis bestimmter Tatsachen zu untersagen."

Man wird aus diesem Bericht erkennen, daß ich der erste war, der das Interesse derjenigen schützte, die nach meiner festen Überzeugung wegen ihres Anteils am Vertrage Angriffe erleiden würden. Ich bin nun der letzte, der von diesem Vorbehalt Nutzen zieht.

Wie ging es weiter? Herr Clémenceau wurde von seinen politischen Gegnern heftig angegriffen, weil er in dem Vertrage französische Rechte preisgegeben habe. Präsident Wilson wurde gleichfalls von seinen politischen Gegnern angegriffen, weil er andere Bestimmungen des Vertrages angenommen hatte. Zu ihrer Selbstverteidigung veranlaßten sie die Veröffentlichung der Geheimberichte über die Pariser Zusammenkunft.

Herr Clémenceau betraute Herrn Tardieu mit seiner Verteidigung. Herr Tardieu befaßt sich in seinem Buche „Die Wahrheit über den Vertrag" hauptsächlich mit der Abfassung dieser internationalen Urkunde. Aber er behandelt auch den letzten Teil der Kriegszeit und zitiert aus den Protokollen der interalliierten Konferenzen sowie des Obersten Kriegsrats, wobei er die Äußerungen der einzelnen Teilnehmer wiedergibt. Ebenso verfährt er mit den Beratungen der Friedenskonferenz. Kurz, das ganze Buch beruht auf geheimen Protokollen über internationale Verhandlungen.

Herr Poincaré hat, um seinen Nebenbuhlern eins auszuwischen, sich nicht gescheut, Material, von dem er als Präsident der Republik Kenntnis erhalten hatte, in vollem Umfange auszunutzen. Z. B. zitierte er in seinem Artikel „Erinnerungen und Dokumente" im „Temps" vom 12. September 1921 in vollem Wortlaut einen Brief, den er im April 1919 als Präsident der Republik an den Ministerpräsidenten Clémenceau gerichtet

hatte, und dazu einen Brief, den ich als Entgegnung darauf an den Ministerpräsidenten schrieb. Wegen meiner Zustimmung zur Veröffentlichung meines Briefes wurde ich nicht einmal gefragt. Diese Korrespondenz bezog sich auf den Zeitraum, der für die Besetzung des linken Rheinufers durch die Alliierten vorgesehen war. Signor Nitti bemerkt, daß Poincaré ähnliche Enthüllungen in den Artikeln vornimmt, die er in der „Revue des deux mondes" hat erscheinen lassen. Alle diese Enthüllungen waren parteiisch, verstümmelt und deshalb irreführend. Sie gaben dem Publikum keine vollständige Darstellung der Vorgänge. Der Eindruck, den man so hervorrief, tat den anderen Mitwirkenden in dem großen Drama unrecht.

Diese Erwägung hat unzweifelhaft den früheren Präsidenten Wilson bewogen, sein urkundliches Material Herrn Ray Baker zu übergeben, damit er die Sachlage vom Standpunkt der amerikanischen Delegierten darstelle. So kam sein Buch zustande: „Woodrow Wilson und die Neuordnung der Welt". Es beruht größtenteils auf den geheimen Niederschriften über die Beratungen des Obersten Kriegsrats, woraus es zahlreiche Auszüge gibt.

Signor Nitti, der frühere italienische Premierminister, stellt andererseits ausdrücklich fest, daß er kein Dokument veröffentliche, das nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen wäre. Trotzdem druckt er eine Denkschrift ab, die ich selbst im März 1919 für die Friedenskonferenz geschrieben habe unter dem Titel: „Einige Betrachtungen für die Friedenskonferenz vor endgültiger Formulierung ihrer Bedingungen", sowie Herrn Clémenceaus Antwort. Beides sind geheime Urkunden. Indessen entschuldigt er sein Vorgehen in diesem Falle damit, daß Auszüge aus der Denkschrift bereits veröffentlicht worden seien.

Ich erwähne diese Dinge nicht, um die verschiedenen ausgezeichneten Männer der Preisgabe von Geheimnissen zu bezichtigen, die sie unter Schloß und Riegel hätten halten sollen. Das ist nicht im mindesten meine Absicht. Ich tue es nur, um darauf hinzuweisen, daß die allgemeinen Regeln über die Umstände, unter denen man vertrauliches Material verwenden darf, auf die Verhältnisse des großen Kriegs und der darauf folgenden Friedenszeit nicht anwendbar sind. Enthüllungen, die bisher

in weitem Umfange zu dem Zweck gemacht worden sind, Einzelpersonen oder Körperschaften zu kritisieren oder zu verunglimpfen, haben die Angegriffenen in eine Sonderstellung versetzt, die man, wenn man gerecht sein will, nicht unbeachtet lassen darf.

London, 17. März 1923.

Fünfundzwanzigstes Kapitel

Palästina und die Juden

„Was hat er für Grund? Ich bin ein Jude"
(Der Kaufmann von Venedig.)

Von allen Arten von Bigotterie, die den Menschen grausam machen, ist keine so stumpfsinnig wie der Antisemitismus. Er hat keine Grundlage in der Vernunft; er hat keine Wurzel im Glauben; er hat kein Ideal zum Ziel; er ist nur eine von den klebrigen, schädlichen Sumpfpflanzen, die im Morast des Rassenhasses wachsen. Wie völlig leer von Sinn und Verstand er ist, kann man daraus entnehmen, daß er sich fast gänzlich auf solche Völker beschränkt, die jüdische Propheten und Apostel anbeten, die nationale Literatur der Hebräer als die alleinige Offenbarung der Gottheit an die Menschheit verehren und ihre einzige Heilshoffnung auf die Vorschriften und Versprechungen der großen Lehrer Israels setzen. Trotzdem können diesen Fanatikern die heutigen Juden nichts rechtmachen. Wenn sie reich sind, sind sie Raubvögel; wenn sie arm sind, sind sie Gewürm; sind sie für einen Krieg, so ist der Grund der, daß sie die blutigen Fehden der Ungläubigen zu ihrem eigenen Vorteil ausbeuten möchten; sind sie auf Frieden bedacht, so sind sie entweder instinktive Feiglinge oder Verräter; geben sie reichlich — und es gibt keine freigebigeren Spender als die Juden —, so tun sie das zu irgendeinem selbstsüchtigen Zweck; geben sie nichts, nun, was konnte man auch von einem Juden anderes erwarten als Geiz? Wenn die Arbeiter vom Großkapital unterdrückt werden, macht man die Habgier der Juden dafür verantwortlich; bäumt sich die Arbeiterschaft gegen das Kapital auf — wie sie es in Rußland tat —, so wird auch dies dem Juden in die Schuhe geschoben. Lebt er in einem fremden Land, so muß er verfolgt und pogromt werden, bis er hinausgetrieben

ist. Möchte er in sein eigenes Land zurück, so muß man ihn daran verhindern. Jahrhunderte hindurch verfolgt ihn in jedem Land, was er auch immer tut oder vorhat zu tun oder versäumt zu tun, das Echo des brutalen Geschreis, das der Pöbel Jerusalems gegen den größten aller Juden erhob: „Kreuzige ihn!" Nie ist etwas Gutes gekommen von Völkern, die Juden gekreuzigt haben. Das ist ein kläglicher und erbärmlicher Sport, dem alle Eigenschaften wahrer Männlichkeit fehlen. Und die, die ihm frönen, würden am ersten davonlaufen, wenn irgendeine Gefahr damit verbunden wäre. Judenhasser sind gewöhnlich von dem Typ, der, als das eigene Land in Gefahr war, gute Gründe fand, sich vom Militärdienst zu drücken. Die neueste Schaustellung dieses erbärmlichen Triebes ist die Agitation gegen die Ansiedlung armer Juden in dem Land, das ihre Vorväter berühmt gemacht haben. Palästina hat unter jüdischer Herrschaft einstmals eine Bevölkerung von fünf Millionen ernährt. Unter der türkischen Mißwirtschaft bietet es kaum einer Bevölkerung von 700 000 die nötige Nahrung. Das Land, in dem Milch und Honig floß, ist jetzt auf weite Strecken nur eine steinige, häßliche Wüste. Um mit einem der fähigsten und weitsichtigsten Geschäftsleute der heutigen Zeit zu sprechen: „Es ist ein Land unbegrenzter Möglichkeiten trotz der schrecklichen Vernachlässigung seiner Hilfsquellen infolge türkischer Mißwirtschaft. Es ist ein herrlicher Landbesitz, der durch jahrhundertelange Vernachlässigung heruntergekommen ist. Die Türken holzten die Wälder ab und gaben sich nie die Mühe, sie wieder aufzuforsten. Sie schlachteten das Vieh und dachten nie an Ersatz."

Es ist eine der Seltsamkeiten des Judenhassers, daß er vom Türken entzückt ist.

Will man Palästina auch nur annähernd wieder in die Lage versetzen, die es während seines alten Glanzes hatte, so muß man Juden auf seinem Boden ansiedeln. Das Land ist durch Jahrhunderte der schlimmsten Verwüstung und Unterdrückung in einen solchen Zustand geraten, daß seine Wiederherstellung nur einer Rasse möglich ist, die aus Gemütsgründen bereit ist, zu diesem Zweck die größten Opfer zu bringen. Was ist denn die Geschichte der jüdischen Siedlungen in Palästina? Sie fing doch nicht mit der Deklaration Lord Balfours an. Vor hundert

Jahren waren in ganz Palästina kaum 10000 Juden. Vor dem Kriege waren es 100000. Der Krieg verminderte diese Zahl beträchtlich, und die Einwanderung seit 1918 hat kaum die entstandenen Lücken ausgefüllt. Bei dem zaghaften Tempo, das der Fortschritt heute einhält, wird es noch manches Jahr dauern, bis die Zahl von 200000 erreicht ist. Die jüdische Ansiedlung fing eigentlich erst vor siebzig Jahren an, nämlich mit Sir Moses Montefiores Versuch im Jahre 1854 — auch einem Kriegsjahr. Der Sultan hatte in jenem Jahr, ebenso wie die Alliierten im Jahre 1917, gute Gründe, sich die Juden geneigt zu machen. So begann die Wiederbesiedlung Palästinas durch die Juden. Sie ist von jenem Tage ab bis heute langsam, aber stetig vorangeschritten. Das Land, das zur Verfügung stand, war nicht gerade das beste. Auch galt es, sich mit Vorurteilen und Besorgnissen herumzuschlagen. Man mußte alles vermeiden, was wie eine völlige Enteignung arabischer Ansiedler aussah, selbst wenn sie gegen bar erfolgte. Die Juden wurden daher oft genötigt, sich auf unfruchtbaren Sanddünen und ungesunden Malariasümpfen niederzulassen. Was dabei herauskam, läßt sich am besten durch ein Zitat aus einem Artikel der berühmten Frauenführerin Mrs. Fawcett wiedergeben. Sie hat Palästina 1921 und noch einmal 1922 besucht und berichtet folgendes über die jüdischen Siedlungen:

„Weit entfernt davon, wie andere Kolonisten, nur die Hilfsquellen des Landes auszuschöpfen, haben sie Quellen geschaffen, die vorher nicht vorhanden waren. Sie haben Sandwüsten bepflanzt und geschickt kultiviert, sie in fruchtbare Weinberge, in Orangen- und Zitronenhaine verwandelt. In anderen Landesteilen haben sie ehemalige üble Sümpfe, die nichts als Malaria und andere Krankheiten produzierten, in wertvolles Ackerland umgeschaffen. Die Kolonisten sind nicht zurückgeschreckt vor der entsetzlichen Mühsal und den schweren Opfern, die dafür nötig waren. Manche der ersten Ankömmlinge haben über ihrem Werk ihr Leben gelassen; die Überlebenden setzten die Arbeit tapfer fort, entwässerten die Sümpfe, pflanzten Eukalyptusbäume zu Hunderttausenden, so daß schließlich der Sumpf ein fruchtbarer Garten wurde und die Wüste wie ein Rosenhag zu blühen begann."

Überall bringt der jüdische Ackerbauer schwerere und reichere Ernten hervor als sein arabischer Nachbar. Er hat nach Palästina wissenschaftlichere Ackerbaumethoden eingeführt, und sein Beispiel zeitigt schon eine günstige Einwirkung auf die primitive Arbeitsmethode des arabischen Bauern. Es wird noch lange dauern, bis Kanaan wieder ein Land wird, in dem Milch und Honig fließt. Die Nachwirkungen jahrhundertelanger Saumseligkeit und Mißwirtschaft kann man nicht dadurch auslöschen, daß man eine Deklaration erläßt. Das Abholzen der Wälder hat dem fruchtbaren Boden den Schutz gegen die schweren Regengüsse genommen, und so sind die Felsen, die einst von Weinbergen und Olivenhainen ergrünten, kahlgespült worden. Die Terrassen, die viele Menschenalter geduldigen Fleißes aufgebaut hatten, sind durch wenige Generationen türkischen Stumpfsinns vernichtet worden. Sie können nicht in einer einzigen Generation wieder hergestellt werden. Man muß große Bewässerungsanlagen schaffen, wenn die Ansiedlungen auf genügend breiter Basis durchgeführt werden sollen. Palästina besitzt in mancher Hinsicht Vorteile für den modernen Ansiedler, die den alten Bewohnern zum Nachteil gereichten. Der einzige große Fluß des Landes ist, wie seine Nebenflüsse, reißend und von starkem Gefälle. Für Kraftanlagen ist das wundervoll. Dieses Geschenk der Natur an Palästina kann in verschiedenster Weise ausgebeutet werden, sei es zu Bewässerungszwecken, sei es zur Einführung neuer Industrien. Aber die Ausbeutung ist erst möglich geworden durch die wissenschaftlichen Entdeckungen des letzten Jahrhunderts. Das Tafelland Judäas hat eine Regenmenge, die, wenn man sie an gutgelegenen Sammelstellen in Reservoiren auffangen wollte, aus der „Wüste Juda" einen Garten machen würde. Wenn dies geschieht, werden Araber und Juden an dem steigenden Wohlstand gleichen Anteil haben.

Es gibt nur wenige Gebiete auf der Erde, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten so wenig ausgenutzt haben wie Palästina. Man denke nur an seine besondere Anziehungskraft für Touristen. Ich war erstaunt, zu finden, daß die Anzahl der Palästinareisenden im Laufe eines ganzen Jahres sich nur auf 15 000 belief. Das Land enthält die berühmtesten Gräber der Welt. Die reichsten Völker auf Erden studieren seine Geschichte mit

lebhafterem Interesse und lehren sie ihren Kindern eindringlicher als selbst die Geschichte ihres eigenen Landes. Einige seiner kleinsten Dörfer sind ungezählten Millionen besser bekannt als manch eine moderne Großstadt. Hunderttausende sollten jedes Jahr diesen heiligen Grund betreten. Warum tun sie das nicht? Die Antwort ist: türkische Mißwirtschaft hat den Pilger abgeschreckt. Wer dennoch kam, kehrte enttäuscht oder ernüchtert zurück. Die modernen „Kundschafter" brachten bei der Rückkehr nicht die köstlichen Trauben von Escol heim*), um die Menge mit dem lebhaften Wunsch zu erfüllen, ihr Beispiel nachzuahmen. Sie brachten niederdrückende Erzählungen von Schmutz, Unbehagen und Steuerdruck zurück, die den Zauber zerstörten und künftige Pilger abschreckten. Seit 1900 Jahren gibt jetzt zum erstenmal eine feste Regierung dem heiligen Land eine gute Gelegenheit. Aber es gibt noch so viel andere unentwickelte Länder, die die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt in Anspruch nehmen, daß Palästina diese Gelegenheit verpassen wird, wenn es nicht einem mächtigen Einfluß in besondere Obhut gegeben wird. Die Juden allein können es aus der Verwilderung erlösen und seine alte Herrlichkeit wieder herstellen.

Überträgt man diese Aufgabe den Juden, so liegt darin keine Ungerechtigkeit gegen eine andere Rasse. Die Araber haben weder die Mittel noch die Energie noch den Ehrgeiz, die nötig sind, sich einer solchen Pflicht zu unterziehen. Das britische Reich hat schon zu viele Bürden auf seinen Schultern, um auch dieses Experiment mit Erfolg durchzuschleppen. Die jüdische Rasse mit ihrem Genie, ihrer Findigkeit, ihrer Zähigkeit und nicht zuletzt ihrem Reichtum kann allein diese große Aufgabe bewältigen. Die Balfour-Deklaration ist kein Enteignungsbeschluß, sondern ein Befähigungszeugnis. Sie ist lediglich eine Gleichberechtigungsurkunde für die Juden. Sie lautet wie folgt:

„Seiner Majestät Regierung betrachtet die Errichtung eines nationalen Heims für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird sich nach besten Kräften bemühen, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Wohlverstanden darf dabei nichts geschehen, was die bürger-

*) 4. Mos. 13, V. 42 ff.

lichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften oder die Rechte und den politischen Status der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte."

Die Deklaration wurde in der Vorlage vom Präsidenten Wilson und den französischen und italienischen Außenministern unterstützt und angenommen.

Die Zionisten wollen nicht mehr als dies. Ihre Feinde haben verbreitet, daß sie in Palästina eine jüdische Oligarchie aufzurichten suchen, die die arabische Einwohnerschaft in den Stand der Dienstbarkeit gegenüber einer begünstigten hebräischen Minderheit hinabdrücken würde. Die beste Antwort auf diese Beschuldigung findet sich in dem Memorandum, das die Zionistenvereinigung dem Völkerbunde unterbreitet hat:

„Die Juden verlangen kein Vorrecht, es sei denn das Vorrecht, mit ihren eigenen Kräften und Opfern ein Land wieder aufzubauen, das einst der Sitz einer blühenden und schöpferischen Zivilisation war, das man dann aber lange sich selbst überlassen hat. Sie erwarten keine Vorzugsbehandlung im Hinblick auf politische oder religiöse Rechte. Sie nehmen als selbstverständlich an, daß alle Bewohner Palästinas, ob Juden oder Nichtjuden, in jeder Hinsicht auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung behandelt werden. Sie suchen keinen Anteil an der Regierung außer dem, den sie als Bürger nach der Verfassung des Landes in Anspruch nehmen dürfen. Sie erbitten keine Begünstigung. Kurz, sie fordern nur eine gesicherte Gelegenheit, ihr nationales Heim durch ihre eigenen Anstrengungen friedlich wieder aufzubauen und den Erfolg zu ernten, den sie verdienen."

Es ist eine bescheidene Bitte, die diese aus Zion Vertriebenen den Völkern vortragen, und es ist sicherlich gerecht, daß ihr stattgegeben wird. Wenn ihr stattgegeben wird, dann sollte sie so erfüllt werden, wie Ehrenmänner ihre Verpflichtungen erfüllen. Es gibt auf der Welt 14 Millionen Juden. Sie gehören einer Rasse an, die während mindestens 1900 Jahren der Ächtung, der Plünderung, dem Totschlag und den Qualen endloser Verhöhnung ausgesetzt worden ist, einer Rasse, die Verfolgungen ausgehalten hat, wie sie hinsichtlich der Mannig-

faltigkeit der den Opfern auferlegten physischen, materiellen und geistigen Qualen, der Bosheit und der Gehässigkeit, mit der man sie aufrecht erhalten hat, der Länge der Zeit, die sie dauerte und ganz besonders der Tapferkeit und Geduld, mit der sie ertragen worden sind, in der Geschichte keines anderen Volkes ihresgleichen haben. Ist es zuviel verlangt, daß diejenigen unter ihnen, die am schlimmsten gelitten haben, in die Lage versetzt werden, eine Zuflucht im Lande ihrer Väter zu finden, das durch den Glanz ihres Geistes, die Erhabenheit ihrer Gedanken, die Hingabe ihres Lebens und ihre Gottesbotschaft an die Menschheit zu einem heiligen Lande geworden ist?

London, 9. Juli 1923.

Sechsundzwanzigstes Kapitel

Der Vertrag von Lausanne

Die Besiegten sind in ihre geistige Hauptstadt, nach Angora, zurückgekehrt und haben ihre Feze in die Luft geworfen. Die Sieger sind heimgekommen mit eingezogenem Schwanz. Alle Tragödien haben ihre komischen Szenen, und die Lausanner Konferenz ist eine jener amüsanten Episoden, die das Schicksal eingeschoben hat, um der Bitterkeit eines ihrer größten tragischen Stücke Relief zu geben, des Stückes: „Der Türke und die Zivilisation".

Der Türke mag ein schlechter Herrscher sein; aber er ist der König unter den Anglern. Unvergleichlich ist die List und Geduld, mit der er auch den widerspenstigsten Fisch ans Land bringt, wenn er ihn erst am Haken hat. Was für ein unnachahmliches Spiel haben wir nun sechs Monate lang an den Ufern des Genfer Sees beobachten können! Einmal schien es, als ob der Fisch die Schnur zerrissen hätte — damals, als die erste Konferenz ein so plötzliches Ende nahm. Das bedeutete aber nur, daß der schlaue Orientale mit der Angelschnur reichlich nachgab. Zeitverlauf bringt ihn nie aus der Fassung. Er kann sitzen und warten. Er wußte, daß der Augenblick kommen würde, wo sie alle zurückkehrten mit dem Haken richtig im

Maule, und daß dann das Spiel von neuem anfangen würde mit dem Aufhaspeln und Abhaspeln der Schnur: manchmal war sie straff gespannt, aber niemals riß sie ab. Zeit und Geduld ließen ihn den Lohn ernten. Endlich liegen sie alle hoch auf den Strand gezogen, die riesigen Felchen England, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten von Amerika — auf dem trockenen Sand, gestrandet und hilflos, ohne mehr mit den Schwänzen schlagen zu können, gleißend und schnappend in der Sommersonne.

Es ist kaum verwunderlich, daß auf Ismets Antlitz ein Lächeln lag, als alles vorüber war. Berichte aus Angora besagen, daß dort der Friede als ein großer Triumph der Türkei gefeiert wird; und das ist er wirklich. Der Türke ist in der Tat ein großer Fischer. Wenn er so gut regieren könnte wie er angelt, so würde er das gewaltigste Reich der Erde besitzen. Zu seinem Unglück ist er der schlechteste Regent; daher der Kummer — für ihn und für die, die das Pech hatten, in der Lebenslotterie ihn als Beherrscher zu ziehen.

Der geschickte Korrespondent des „Daily Telegraph" auf der Lausanner Konferenz hat uns von Zeit zu Zeit lebensvolle Federzeichnungen davon gegeben, wie die vier größten Weltmächte sich abzappelten in den Spinnennetzen der schmutzigen und trümmerhaften Ruinen eines Reiches, dessen gesamte Bevölkerung nicht größer ist als die einer oder der anderen englischen Grafschaft, die ich nennen könnte. Folgendes schrieb er über die Konferenz, die einen der erniedrigendsten Zwischenfälle in der Geschichte der westlichen Zivilisation darstellt:

„Die Berichte über die gegenwärtige Konferenz weisen eine fast noch wunderbarere Reihe von Konzessionen und Kapitulationen auf. Was vorher abgenutzt war, ist jetzt völlig fadenscheinig. Die Verbündeten haben um des Friedens willen ihre eigenen Rechte mit verschwenderischer Hand weggeschnitzelt. Sie haben aber auch — und das ist eine weit ernstere Angelegenheit, für die sie, wie es scheint, in nicht ferner Zukunft Rechenschaft werden ablegen müssen — ihre Versprechungen gegenüber kleinen Rassen gebrochen, Versprechungen, die deswegen nicht weniger bindend sind, weil die kleinen Rassen nicht die Macht haben, ihre Innehaltung zu erzwingen. Die Rolle, die die europä-

ischen Delegierten in Lausanne und die Agenten der Konzessionsjäger in Angora spielten — sie sind alle gleichmäßig Repräsentanten des Westens — ist ebenso entwürdigend durch die Art, wie sie sich haben übers Ohr hauen lassen, als durch den Gegenstand, um den es sich handelte."

Seitdem diese peinlichen Worte geschrieben wurden, sind die Mächte noch tiefer in den Dreck der Demütigung eingesunken. Das Telegramm, das der Times-Korrespondent nach dem Abschluß des Vertrages sandte, ist in Ausdrücken tiefer Entrüstung über den Schlag abgefaßt, der dem Prestige der Westmächte durch diesen unerhörten Vertrag versetzt worden ist.

Wenn man den ganzen Umfang des Unheils ermessen will, das dieser Vertrag für die Zivilisation mit sich bringt, braucht man nur die Kriegsziele der Alliierten gegenüber der Türkei kurz zusammenzufassen. Herr Asquith hat sie mit seiner gewohnten Präzision und Klarheit in einer Rede dargestellt, die er als Premierminister in der Guildhall am 9. November 1914 hielt:

„Es ist nicht das türkische Volk — es ist die ottomanische Regierung, die das Schwert gezogen hat, und die, ich wage es zu sagen, durch das Schwert umkommen wird. Sie ist es und nicht wir, die für die ottomanische Herrschaft nicht allein in Europa, sondern auch in Asien die Totenglocke geläutet hat. Wenn sie verschwindet, wird, wie ich wenigstens hoffe und glaube, auch der Gifthauch verschwinden, der während vieler Menschenalter einige der schönsten Gebiete der Erde versengt hat."

In Verfolg der Politik, die der britische Premierminister auf diese Weise für die Alliierten klargestellt hatte, wurden in den ersten Monaten des Jahres 1915 zwischen Frankreich, Rußland und uns eine Reihe von Vereinbarungen getroffen, nach denen am Ende des Krieges der größte Teil der Türkei mit seiner vielsprachigen Bevölkerung aufgeteilt werden sollte. Zilizien und Syrien wurde Frankreich zugesprochen, Mesopotamien England, Armenien und Konstantinopel Rußland; Palästina sollte unter die gemeinschaftliche Aufsicht Englands und Frankreichs gestellt werden; Arabien sollte für unabhängig erklärt und ein Gebiet, das in weitem Umfange aus der Wüste herausgeschnitten war, aber einige berühmte Orientstädte, nämlich Damaskus,

Homs und Aleppo umschloß, zu einem neuen arabischen Staat gemacht werden, teils unter dem Protektorat Frankreichs, teils unter dem Englands; Smyrna und seine Umgebung sollten Griechenland zugeteilt werden, wenn es seine Truppen mit denen der Alliierten im Kriege vereinigte. Die Meerengen sollten entfestigt und mit einer Garnison versehen werden. Als Italien später in den Krieg eintrat, wurde ausgemacht, daß, wenn die Teilung der Türkei in Gemäßheit der erwähnten Vereinbarungen durchgeführt würde, einige Gebiete in Südanatolien zur Kultivierung an Italien überwiesen werden sollten.

Was war die Rechtfertigung dafür, daß man das Türkische Reich auseinanderbrach? Die Teile, die aus der Türkei herausgeschnitten werden sollten, haben eine in ihrer Mehrheit nichttürkische Bevölkerung. Nur Zilizien und Südanatolien bilden hier möglicherweise eine Ausnahme. In diesen Gegenden war es den Türken vielleicht gelungen, durch Massaker und Mißregierung die Wagschale zu seinen Gunsten sinken zu lassen. Aber in der Hauptsache sind die so aufgeteilten Gebiete von einer Bevölkerung kultiviert und entwickelt worden, die in Ursprung und Aussehen abendländisch und nicht turanisch ist. Diese Bevölkerung stellt die ursprünglichen Bewohner des Bodens dar.

Alte Erfahrungen, ganz besonders die des letzten Jahrhunderts, haben klar bewiesen, daß man dem Türken innerhalb des von ihm beherrschten Gebiets Eigentum, Ehre und Leben irgendeiner christlichen Rasse nicht länger anvertrauen konnte. Ganze Gemeinwesen von Armeniern waren unter Umständen von ungeheuerlicher Grausamkeit, und zwar in Ländern, die ihre Vorfahren seit dem Aufdämmern geschichtlicher Zeit im Besitz gehabt hatten, massakriert worden. Und selbst noch nach Beginn des Krieges waren 700 000 dieser armen Leute von jenen Wilden zu Tode gemartert worden, denen (nicht zu vergessen) die Großmächte auf der ersten Lausanner Konferenz so ostentativ die Freundeshand entgegenstreckten. Noch während die Konferenz tagte und das Händeschütteln vor sich ging, marterten die Türken viele Tausende junger Griechen zu Tode, die sie ins Innere des Landes verschleppt hatten. Als „Vorsichtsmaßregel" hatte man im Jahr zuvor 150 000 Griechen in militärpflichtigem Alter, darunter 30 000 Kriegsgefangene,

hinein in das Bergland von Anatolien gejagt. Auf dem Wege dahin hatte man ihnen die Kleider vom Leibe gerissen, und in diesem Zustand trieb man sie wie Vieh durch die vereisten Gebirge. Es ist nicht überraschend, daß die Türken, als eine Vereinbarung über den Austausch der Kriegsgefangenen abgeschlossen war, große Mühe hatten, 11000 von ihnen vorzuweisen; man schätzt, daß von den ganzen 150000 Mann zwei Drittel zugrunde gegangen sind. Die alliierten Mächte hatten wirklich guten Grund zu dem Entschluß, daß — wie sie hofften, für alle Zeit — diese Barbaren aufhören sollten, die Welt durch immer wiederholte Beweise ihrer Brutalität gegen hilflose und waffenlose Menschen, die ein grausames Schicksal ihrer Obhut übergeben hatte, in Grauen zu versetzen.

Abgesehen von diesen Grausamkeiten beweist die Tatsache, daß große Landstrecken, die einst zu den fruchtbarsten und volkreichsten der Welt gehörten, durch türkische Mißregierung und Vernachlässigung in einen von der Wildnis nicht mehr unterscheidbaren Zustand versetzt worden sind, für sich allein schon, daß der Türke ein Fluch für jedes Land ist, wo er sein Zelt aufschlägt, und daß er im Interesse der Menschheit auch als solcher behandelt werden sollte. Wenn eine Rasse, die sich für ihren Landbesitz auf keinen anderen Rechtstitel als auf den der Eroberung berufen kann, das gewaltsam besetzte Gebiet so schlecht regiert, daß dadurch die Welt eines wesentlichen Beitrags zu ihrem Wohlergehen beraubt wird, so haben die anderen Völker ein Recht — nein eine Pflicht — einzugreifen und diese verwüsteten Gebiete der Zivilisation wiederzugewinnen. Diese selbe Pflicht ist auch der Grund und die Rechtfertigung dafür, daß sich die weißen Ansiedler Amerikas über die alten Ansprüche der Indianer auf die Prärien und großen Wälder des Westens rücksichtslos hinwegsetzten.

An den Küsten des Mittelländischen Meeres gibt es zwei Rassen mit einer überschüssigen Bevölkerung hart arbeitender, intelligenter Ackerbauer, die beide zu Ländern gehören, die in der Vergangenheit für die Regierung jener unglücklichen, jetzt vom Türkischen Reich umfaßten Länder verantwortlich gewesen waren. Sowohl Griechenland als Italien können sich rühmen, daß unter ihrer Herrschaft dieses weite Gebiet kräftig blühte und gedieh. Jetzt lassen sie ihre überschüssige Bevöl-

kerung in Länder strömen, die weit vom Mutterland entfernt sind, und doch sind sie ihrem Wesen nach mittelländische Völker. Die Geschichte des Mittelmeeres wird für alle Zeiten verknüpft sein mit dem, was sie an seinen Küsten und auf seinen Gewässern vollbracht haben. Die entvölkerten Wüsteneien Kleinasiens sind ihrer bedürftig. Täler, die ehemals von Pflügern wimmelten, sind jetzt tatsächlich dem Unkraut der Einöde überlassen. Die Bewässerungsanlagen sind zerstört oder vernachlässigt. Italienische Ingenieure gehören zu den besten der Welt; wollte man sie nach Kleinasien hereinlassen, so würden sie bald die Landeskultur wieder möglich machen. Es gibt Raum genug in den Einöden Anatoliens sowohl für Italiener wie für Griechen. Ich hatte auf den Frieden gehofft, der sie beide an die Arbeit setzen würde. Wäre solch eine Regelung erzielt worden, so würden wir ein Menschenalter später erlebt haben, wie sich ein Gartenland voll glücklicher Männer, Frauen und Kinder an den Stellen ausbreitete, wo man jetzt nur eine Wildnis sieht, durch die von Zeit zu Zeit Männer, Frauen und Kinder in namenloses Entsetzen hineingehetzt werden.

Ein anderer Grund für den Entschluß der Alliierten war der bittere Groll über die Undankbarkeit, die die Türkei England und Frankreich gegenüber bewiesen hatte. Diese Mächte waren natürlich erzürnt darüber, daß die Türkei sich ihren Feinden zugesellt und ihnen das Tor der Dardanellen vor der Nase zugeschlagen hatte, erzürnt darüber, daß dadurch der Feldzug erschwert und verlängert, ihre Lasten, ihre Verluste und ihre Gefahren enorm vergrößert worden waren. Der Türke hatte nicht einmal die Dankbarkeit in sich, die das Raubtier im Märchen dem Manne beweist, der ihm das verwundete Glied geheilt hatte. Manches Mal hatten Frankreich und England den Dorn aus der Tatze des Türken gezogen, wenn er in seinem kraftlosen Elend herumhinkte. Sie hatten noch mehr getan. Sie hatten jenem Reiche oft das Leben gerettet, wenn der russische Bär im Begriff war, es in seiner Umarmung zu erdrücken. Und dennoch hatte es sie ohne Provokation, ja ohne einen Streitfall an ihre Feinde verraten.

Ich habe hier kurz die Kriegspolitik der Alliierten gegenüber der Türkei auseinandergesetzt. Der Vertrag von Sèvres änderte diese Politik in vielen wesentlichen Punkten. Durch diesen

Vertrag wurden Konstantinopel, Zilizien und Südanatolien dem Türken gelassen. Aus Armenien wurde ein unabhängiger Staat gemacht. Gegen die ursprünglichen Vorschläge von 1915 konnte man manche Bedenken erheben; so ließ sich behaupten, daß dadurch in Zilizien, Syrien und Anatolien Bevölkerungen, die in der Hauptsache türkischer Rasse und mohammedanischen Glaubens waren, christlichen Herrschern übergeben wurden. Dagegen war der geänderte Plan von Sèvres in der Hauptsache vernünftig; wenn er durchgeführt worden wäre, so hätten seine Bestimmungen Millionen für immer vom türkischen Joch befreit und dadurch zu ihrem Wohlergehen beigetragen. Die ganze Welt würde Nutzen daraus gezogen haben, daß man den fleißigen und intelligenten armenischen und griechischen Bevölkerungen der Türkei Gelegenheit gegeben hätte, die Fruchtbarkeit dieses einst so freigebigen Landes zu erneuern und damit den Vorrat der Menschheit an guten Dingen zu vermehren. Die Barbaren, deren Einfall jene Fruchtbarkeit hatte welken lassen, wurden durch den Vertrag von Sèvres in das Innere zurückgetrieben. Der Vertrag von Lausanne hat ihre Herrschaft vom Schwarzen bis zum Mittelländischen Meer erstreckt und aufs neue befestigt.

Ich habe das Warum und Wozu von Sèvres dargelegt. Aber warum Lausanne? Das ist eine lange und peinliche Geschichte. Ein Gemisch von Kurzsichtigkeit, Treulosigkeit, Selbstsucht und Kleinmut, bei den Nationen wie bei ihren Staatsmännern. Und mehr als das alles: das Schicksal war, als es sich dieses Problem vornahm, gerade in grimmigster Laune. Durch die russische Revolution wurde jenes große Land von derjenigen Lösung des Problems, die in der Richtung eines Schutzes für die unterdrückten Rassen der Türkei lag, ausgeschlossen und statt dessen sein Gewicht auf die Seite des Unterdrückers hinübergeworfen. Präsident Wilson war geneigt, zu empfehlen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika das Mandat über die Armenier auf sich nehmen wollten. Wäre er durchgedrungen — wie anders würde die Geschichte sein, die kommende Generationen zu erzählen haben werden! Aber im entscheidenden Moment brach er mit seiner Gesundheit zusammen, und Amerika wollte von seinen menschenfreundlichen Plänen nichts wissen.

Dann kam der Abschied Sonninos aus dem Quirinal. Mit ihm verschwinden für einen wichtigen Zeitabschnitt die alten Träume italienischer Kolonialpolitik, die in der Vergangenheit so viel dazu beigetragen hatten, die Zivilisation über drei Kontinente zu verbreiten. Seine Nachfolger waren Männer, die lieber zu Hause blieben. Ich bin immer noch im Zweifel, ob sie wirklich Italien bessere Dienste dadurch geleistet haben, daß sie eine weniger abenteuerliche, eine zahmere Politik verfolgten. Die Zukunft mag darüber entscheiden. Aber wie sie auch entscheiden wird, die Zeit zum Handeln ging vorbei, und erst, wenn die Türkei nochmals auseinanderbricht, kann die Gelegenheit wiederkommen, die Italien seit 1919 versäumt hat. Wird das jemals geschehen?

Dann kam Frankreichs Halt in Zilizien und sein Verhandeln in Angora mit Mustapha Kemal. Beides geschah auf eigene Hand und unterderhand; denn die Alliierten erhielten nicht einmal Mitteilung davon, was vor sich ging. Das war ein schicksalsschwerer Schritt; er zerbrach die Einigkeit, die allein die Westmächte instand gesetzt hätte, wirksam gegen die Türken vorzugehen. Jene Einigkeit ist nie wieder ganz hergestellt worden. Es gibt keine Wiedervereinigung ohne Vertrauen. Es kann kein Vertrauen im Westen geben, das man im Osten gebrochen hat. Viel von dem Unheil, was neuerdings in der Entente zutage trat, ist auf die heimlichen Verhandlungen in Angora zurückzuführen.

Der letzte verhängnisvolle Umschwung war die griechische Revolte gegen Venizelos. Es wird oft behauptet, er sei der größte Staatsmann, den diese Rasse seit Perikles erzeugt hat. Jedenfalls hat er in allen seinen Unternehmungen seine Volksgenossen niemals im Stich gelassen. Unheil kam immer über sie, wenn sie sich weigerten, seiner Führung zu folgen. Als König Alexander durch einen Affen getötet wurde, sahen sich die Griechen vor die Entscheidung zwischen Konstantin und Venizelos gestellt. Ihre Wahl führte zum Ruin ihres Landes. Kein größeres Übel kann einem Volke zustoßen, als daß es sich einen halsstarrigen Mann ohne gesunden Menschenverstand zum Herrscher wählt. Bevor Konstantin zurückkam, war Griechenland auch ohne die militärische Hilfe und mit geringer diplomatischer Unterstützung der Mächte imstande, Mustapha

Kemals Streitkräfte bequem in Schach zu halten und ihn sogar in die Bergfesten Anatoliens zurückzutreiben. In einem Gefecht nach dem anderen brachte die griechische Armee unter der Führung von Männern, die man wegen ihrer militärischen Gaben ausgewählt hatte, und in einer Ausstattung von hinreichender Güte den Armeen von Angora Niederlage auf Niederlage bei. Aber mit Konstantin kam ein Wandel. In die höchsten Kommandostellen der griechischen Armee setzte man anstatt Soldaten Höflinge. Die öffentliche Meinung Frankreichs, Englands und Italiens, die die Verräterei Konstantins während des Krieges noch frisch im Gedächtnis hatte, änderte ihre Haltung gegenüber den Griechen, nachdem diese ihn ohne Rücksicht auf die Empfindung der Alliierten auf den Thron gehoben hatten. Gleichgültige Mächte wurden feindlich; feindliche Mächte schritten zur Tat. Die Schlußkatastrophe begann mit dem heroischen, aber törichten Vormarsch der griechischen Armee in die kleinasiatischen Engpässe, dem der unvermeidliche Rückzug folgte. Sie wurde vollendet, als Konstantin aus dynastischen Rücksichten zum Oberbefehlshaber in Kleinasien einen vertroddelten General machte, dessen Geisteszustand schon unter ärztlicher Beobachtung gestanden hatte. Die Griechen fechten tapfer, wenn sie gut geführt werden. Aber es geht ihnen wie den Franzosen. Sobald sie wissen, daß sie nicht gut geführt werden, geht das Vertrauen zum Teufel und mit ihm der Mut. Noch ehe der Angriff der Kemalisten die Stellungen der Griechen erreichte, war ihre Armee geschlagen und in vollem Rückzuge begriffen. Mit dem Angriff kam die Panik; mit der Panik die völlige Zertrümmerung einer einst glänzenden Armee. Mit dem Verschwinden dieser Armee erlosch auch die letzte Hoffnung auf die Rettung Anatoliens. Daß die Geschichte des Orients und wahrscheinlich auch die des Westens durch einen Affenbiß ihren Lauf ändern mußte, ist wieder einmal eine Grimasse jenes Geistes der Komik, der immer aufs neue in die Szenen jeder großen Tragödie hereinpoltert.

Alles, was man später tun konnte, war, die Überreste einer großen Politik zu retten. Die Zivilisation des Westens lieferte ihre letzte Schlacht, um die Rückkehr der Barbarei nach Europa zu verhindern, als im September und Oktober 1922 britische

Soldaten und Seeleute, von Alliierten und Assoziierten gleichmäßig im Stich gelassen, Konstantinopel vor einer scheußlichen Metzelei retteten. Der Vertrag von Mudania war nicht so gut wie der von Sèvres, aber sicherlich besser als der von Lausanne. Von Sèvres nach Mudania war es ein Rückzug, von Mudania nach Lausanne ist es wilde Flucht.

Was nun? Lausanne ist nicht eine Endstation, es ist nur ein Meilenstein. Wo liegt der nächste? Niemand kann behaupten, daß dieser Vertrag einen ehrenvollen Frieden darstellt. Es ist überhaupt kein Friede. Wenn man mit einem regenerierten Türken zu tun hätte, so könnte man vielleicht noch hoffen; aber der Brand Smyrnas und der kaltblütige Mord an Zehntausenden junger Griechen im Landesinneren beweisen, daß der Türke noch immer der alte ist. Um nochmals den Korrespondenten der „Times" in Lausanne zu zitieren:

> „Alles Beweismaterial, das man hier erlangen kann, bestätigt die Annahme, daß der neue Türke immer noch der alte ist, und daß die Ära der Aufklärung und Bruderliebe in der Türkei, deren Herannahen man korrekterweise und von Amts wegen zu erhoffen hat, vom Standpunkt des Fremden betrachtet bestenfalls eine Demütigung und schlimmstenfalls ein blutiges Chaos darstellt."

Die erstaunliche Legende, daß der Türke ein Gentleman sei, stirbt einen schweren Tod. Diese Legende hat ihn oftmals gerettet, wenn er am Rande der Vernichtung stand. Sie kam ihm letzten Oktober zu Hilfe, als die Politik Englands infolge der Revolte der Türkenfreunde gegen die Koalition umgestellt wurde. Der Türke hat Hunderttausende von Armeniern niedergemetzelt und Zehntausende von Christenfrauen entehrt, die seinem Schutze anvertraut waren. Macht nichts — der Türke ist ein Gentleman! Durch seine Trägheit, seine Unbeständigkeit, seinen Stumpfsinn und seine Ausschweifungen hat er einen Garten in eine Wüste verwandelt. Welch besseren Beweis gibt es, daß er ein wirklicher Gentleman ist? Für ein deutsches Schmiergeld verkaufte er die Freunde, die ihm wiederholt sein elendes Leben gerettet hatten. Einerlei — was für ein Gentleman ist er doch! Er behandelte britische Gefangene mit einer barbarischen Gleichgültigkeit, die sie zu Hunderten tötete. Trotzdem — er ist solch ein Gentleman! Er plündert, er mordet

und er schändet die, die nicht imstande sind, sich zu verteidigen; er mißregiert, er betrügt, er lügt und verrät. Bei alledem — der Türke ist ein Gentleman! So wurde denn mit perverser Hartnäckigkeit eine Agitation zusammengebraut, um diesen feinen alten orientalischen Gentleman vor den plebejischen Händen zu retten, die seine Vernichtung erstrebten. Daher der schwarze Vertrag von Lausanne.

(Ohne Datum.)

Siebenundzwanzigstes Kapitel

Die Unterzeichnung des irischen Vertrags

Als ich vor einigen Tagen mit der Rede, die ich im Unterhaus über das irische Landsystem hielt, erst halb zu Ende war, wurden die getreuen Mitglieder des Hauses in der durch die Überlieferung der Jahrhunderte geheiligten Weise an die Schranke des Oberhauses entboten, um zu hören, wie der Gesetzesvorlage über die Bildung des irischen Freistaates die königliche Zustimmung erteilt wurde. Obwohl ich natürlich mit dem Gegenstand meiner unterbrochenen Rede innerlich beschäftigt war, stiegen doch während der kurzen Reise zum Oberhaus und zurück zwei Szenen vor meinem Geiste auf.

Die erste war das Bild eines überfüllten Unterhauses vor beinahe 30 Jahren. Als die Türen sich zum Eingangsgebet öffneten, bot sich der ungewohnte Anblick eines Gedränges sich stoßender Abgeordneter, die sich durch die Schwingtüren preßten, um sich ihre Sitze zu sichern. Ich brauche kaum zu sagen, daß dies nicht das Symptom oder die Wirkung einer religiösen Erweckung unter unseren Gesetzgebern war. Es war ausschließlich die Folge des alten Brauches, der demjenigen Mitglied, das beim Eingangsgebet einen Platz einnimmt, das unbestreitbare Recht auf diesen Platz für die Dauer der Sitzungsperiode gewährleistet. Reihen von Stühlen waren auf dem Mittelplatz des Sitzungssaales aufgestellt. Das war eine Neuerung, die sich später nie wiederholt hat. Was bedeutete das alles? Da saß mitten auf der Regierungsbank, zusammengekauert und beinahe verborgen hinter kräftigeren und auf-

rechteren Gestalten, ein alter Mann von 83 Jahren, allem Anschein nach im letzten Stadium physischer Entkräftung und geistiger Ermattung. Es war William Ewart Gladstone, der größte parlamentarische Fechter aller Zeiten. Er, der sein Leben lang der Vorkämpfer unterdrückter Nationalitäten gewesen war, sollte heute seine letzte Anstrengung machen, um der irischen Rasse, die jahrhundertelang durch rücksichtslose Gewalt niedergetreten war, die Freiheit wiederzugeben. Der letzte Rest seiner Kraft sollte der Vollendung der irischen Freiheit gewidmet sein. Hunderte neugieriger Gesetzgeber, für die Peel und Russell, Palmerston und Disraeli nur historische Namen waren, wetteiferten um die Sitze, von denen sie einem Mann besser zuhören konnten, der mit den ersten drei Genannten in der Regierung zusammengesessen und mit dem vierten die Klinge gekreuzt hatte. Es war ein denkwürdiger Anblick!

Die geschäftlichen Mitteilungen, die jeder Parlamentssitzung vorausgehen, wurden unter allseitiger Zustimmung vertagt, und ein tiefes, feierliches Schweigen gespanntester Erwartung legte sich über die murmelnde Versammlung, als der Sprecher, Herr Peel, mit seiner sonoren Stimme ausrief: „Der Premierminister." Das regungslose Häufchen, das den Mittelpunkt aller Blicke bildete, sprang an den Tisch — eine aufgerichtete, stramme Figur. Die Entkräftung wurde abgeworfen wie ein Mantel, die Ermattung schwand wie unter der Berührung eines Zauberstabs. Die Schultern wurden zurückgenommen, die Brust herausgedrückt, und in tiefen, klangvollen Tönen voll Kraft und Wohllaut begründete der verwandelte Achtzigjährige, verjüngt durch die Zauberkraft einer begeisterten Seele, volle drei Stunden hindurch den Vorschlag der neuen irischen Verfassung.

Ich hatte meinen Sitz gerade gegenüber dem großen Redner. Ich war einer von den vielen, die bei jener Gelegenheit mit Staunen dieser Kraftleistung geistiger Selbstbeherrschung und körperlicher Ausdauer lauschten. Es war mehr als das. Es war eine beispiellose Entfaltung moralischen Mutes, der im politischen Kampf so selten ist. Gladstone war gerade aus einer Wahlkampagne herausgekommen, in der sich trotz seiner beredten, während sechs Jahren fortgesetzten Fürsprache die

Stimme Großbritanniens nachdrücklich gegen seine irische Politik erklärt hatte, und die geringe parlamentarische Majorität, die hinter ihm stand, fristete ihr Dasein nur mit Hilfe der irischen Stimmen, die überwiegend für Home Rule waren. Ihm gegenüber stand die gewaltigste parlamentarische Opposition, die sich jemals gegen einen Minister zusammengefunden hat, gefährlich in ihren rednerischen Eigenschaften, noch gefährlicher durch ihren Rückhalt an dem britischen Stolz. Er selbst war 83 Jahre alt, aber er wankte keinen Augenblick, und die schwülen Sommermonate von 1893 hindurch focht er Nacht für Nacht mit mächtigen Streichen den Kampf um die Befreiung Irlands. Er hat es nicht mehr erlebt, daß seine Sache bis zum Siege durchgekämpft wurde. Aber er hat das Banner so fest in den Boden gepflanzt, daß kein Ansturm es niederzureißen vermochte, und an dem Tage, als ich mit Herrn Bonar Law an der Schranke des Hauses der Lords stand, sah ich, wie dieses Banner vor den Stufen des Throns durch einen unionistischen Lordkanzler im Triumph geschwungen wurde. Das war die erste Erinnerung, die mir durch den Kopf ging.

Die zweite war die an eine trostlose Dezembernacht, gerade ein Jahr vorher, als an der einen Seite des Ministertisches im Hause Downing Street Nr. 10 vier Vertreter Großbritanniens saßen und auf der anderen fünf irische Führer. Es war der berühmte Raum, wo britische Kabinette seit Generationen ihre irische Politik geschmiedet haben. Zwang und Zugeständnis gingen gleichermaßen aus dieser Kammer hervor. Dort wurde Pitts Unionakt beraten und ebenso Gladstones Gesetzentwürfe über Home Rule, dort der Entschluß, britische Soldaten zu verwenden, um irische Pächter mit Sturmbock und Brandfackel aus ihren Häusern zu werfen, — aber auch das Gesetz, das jeden irischen Pächter auf Kosten des englischen Staatsschatzes zum Herren und Meister seines Heims machte. Sie alle gingen aus von diesem einfachen und schmucklosen Beratungszimmer. Und jetzt kam der endgültige Friedensvertrag. Würde er unterzeichnet werden? Es war ein ängstlicher Augenblick, schicksalsvoll für die beiden großen Rassen, die sich an jener grünen Tafel miteinander maßen.

Die britischen Vertreter, die bei dieser Gelegenheit neben mir saßen, waren Herr Austen Chamberlain (ich erinnere mich,

wie er 1893 zur Seite seines wackeren Vaters Joseph Chamberlain saß, während dieser sein berühmtes nächtliches Rededuell mit Herrn Gladstone ausfocht — wie merkwürdig wenig haben 30 mühevolle Jahre seine persönliche Erscheinung gewandelt!); Lord Birkenhead, der 1893 als Student in Oxford und als Redner in der Union seine glänzende Laufbahn vorbereitete; Herr Winston Churchill, der damals ein Kadett in Sandhurst war, während sein Vater in den letzten großen Parlamentskampf seiner blendenden, aber tragischen Laufbahn verwickelt war; Sir Gordon Hewart, jetzt Lord Hewart, der Mann, der auf den Fittichen einer mächtigen Intelligenz zur Höhe des Lordoberrichters von England emporgestiegen ist. Nach meiner Erinnerung waren die beiden anderen englischen Delegierten, Sir Laming Worthington-Evans und Sir Hamar Greenwood, damals krank und an der Teilnahme verhindert.

Nach wochenlangen eingehenden Untersuchungen hatte man den Punkt erreicht, wo die Entscheidung fallen mußte. England war an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen. Kein britischer Staatsmann hätte einer Versammlung seiner Landsleute gegenübertreten dürfen, hätte er sein Siegel unter ein Abkommen gesetzt, das Irland seinen Platz außerhalb der Bruderschaft freier Nationen anwies, die als das britische Reich bekannt ist, oder das es freiließ von dem einigenden Bande, das durch die gemeinsame Lehnstreue gegenüber dem Souverän gebildet wird. Leuten, die in der Verehrung anderer Regierungssysteme aufgewachsen sind, kann man nur schwer die Wirksamkeit dieses unsichtbaren Bandes klarmachen. Es ist trotzdem unüberwindlich. Würden die irischen Führer den Mut haben, Frieden unter der einzigen Bedingung zu schließen, unter der der Friede zu haben war, nämlich der Freiheit innerhalb des Reichs?

Mir gegenüber saß ein dunkler Mann von kleiner, aber stämmiger Figur und mit dem Antlitz eines Denkers. Das war Herr Arthur Griffith, der unirischste Führer, der Irland je geleitet hat, ruhig bis zur Sanftmut, zurückhaltend bis zum Anschein des Griesgrams. Ein Mann lakonischer Redeweise, antwortete er in einsilbigen Worten, wo die meisten geglaubt hätten, daß die Würde des Augenblicks ein oratorisches Meisterstück verlange. Aber wir fanden in den wenigen Wochen un-

serer Bekanntschaft heraus, daß sein Ja — Ja bedeutete und sein Nein — Nein. Er führte die irische Delegation. Wir fragten ihn, ob er unterzeichnen wollte. In seiner abgerissenen Stakkatoart sagte er: „Ich spreche nur für mich: ich will unterzeichnen."

Neben ihm saß ein hübscher junger Irländer. Niemand konnte seine Nationalität verkennen. Er war irisch durch und durch, in jeder Hinsicht ein Gegensatz zu seinem schweigsamen Nachbarn. Lebendig, überströmend, hochgespannt, fröhlich, impulsiv, schnell von Heiterkeit zu Grimm und wieder zurück zur Heiterkeit übergehend, voll faszinierenden Zaubers, aber auch voll gefährlichen Feuers. Das war Michael Collins, einer der mutigsten Führer, die jemals von einer tapferen Rasse hervorgebracht worden sind. Trotzdem war er noch in qualvollem Zaudern begriffen, als die ruhige und sanfte kleine Gestalt zu seiner Linken schon ihren Entschluß gefaßt hatte. Beide sahen, wie die Schatten des Verhängnisses sich über dem schicksalsschweren Papier zusammenballten — ihres eigenen Verhängnisses. Sie wußten, daß die Feder, mit der sie ihre Unterschrift daruntersetzten, im gleichen Augenblick ihr Todesurteil unterschrieb. Der kleine Mann sah über den eigenen Fall hinaus Irland aus seinen Mühen und Beschwerden als freie Nation emporsteigen, und das genügte ihm. Michael Collins erbleichte nicht, als er das Gespenst des Todes sah. Aber er empfand die echt irische Furcht vor dem Vorwurf, der den Unterdrückten so leicht über die Lippen geht, dem Vorwurf, daß er fremder Tücke unterlegen sei und Irland verraten habe. Patrioten, die dem Dolch des Tyrannen mit heiterem Sinn entgegentreten, verlieren die Nerven vor dieser fürchterlichen Anschuldigung. Es war das erstemal, daß Michael Collins je Furcht gezeigt hat; es war auch das letztemal. Ich wußte, weshalb er zögerte, obwohl er kein Wort äußerte, das sein Inneres enthüllt hätte. Und ich bemühte mich in einer Ansprache an ihn darzutun, wie dieser Vertrag Irland mehr gewähre, als Daniel O'Connell und Parnell jemals erhofft hätten; wie seine Landsleute ihm ewig dankbar sein würden nicht nur für den Mut, der ein solches Angebot erkämpfte, sondern auch für die Weisheit, die es annahm.

Er bat um einige wenige Stunden Bedenkzeit und versprach eine Antwort um 9 Uhr. 9 Uhr verging, aber die irischen Führer

kehrten nicht zurück. Es schlug 10, es schlug 11 Uhr, und sie waren noch nicht wieder da. Wir zweifelten daran, sie wiederzusehen. Da kam eine Botschaft vom Sekretär der irischen Delegation, daß sie auf dem Wege nach Downing Street wären. Als sie hereinmarschierten, konnte man an ihren Gesichtern erkennen, daß sie nach langem Kampf zu einer großen Entscheidung gekommen waren. Aber immer noch gab es Schwierigkeiten zu überwinden, nicht Schwierigkeiten grundsätzlicher Natur, sondern solche wegen Einzelheiten. Hierüber verhandelte man in geschäftsmäßiger Weise, und bald nach 1 Uhr morgens war der Vertrag fertig. Ein freundliches Geplauder voll fröhlichen guten Willens füllte die Zeit, während die Stenographen den Entwurf abschrieben; er war von Korrekturen, Einschüben und Zusätzen entstellt, deren jeder viele Stunden eines anhaltenden Redekampfes verkörperte.

Draußen im Vorraum saß ein Mann, der alle Hilfsmittel eines erfinderischen, wohlgeschulten, durch zähen Willen unterstützten Geistes aufgeboten hatte, um jeden Versuch einer Verständigung zum Scheitern zu bringen, Herr Erskine Childers; seine schmächtige Figur, sein liebenswürdiges, feines und geistiges Äußere, sein ruhiges und höfliches Benehmen verrieten nichts von den heftigen Leidenschaften, die in seiner Brust tobten. Bei jedem kritischen Punkt während der Verhandlungen spielte er eine unheilvolle Rolle. Es war klar, daß er ein Emissär de Valeras war, und getreulich erfüllte er die Aufgabe, die ihm dieser Visionär gestellt hatte. Jeder Entwurf, der aus seiner Feder hervorging — und alle ersten Entwürfe wurden von ihm verfaßt — stellte die grundsätzliche Auffassung in Frage, auf die die britischen Delegierten unwiderruflich festgelegt waren. Er war einer jener Männer, die von Natur eines Kompromisses unfähig sind. Tapfer und entschlossen war er zweifellos, aber zu seinem Unglück war er auch starr und fanatisch. Als wir den Beratungsraum, in dem wir stundenlang zusammengesessen hatten, endlich verließen, erschöpft von der angestrengten und aufregenden Arbeit, aber froh, daß unser großes Versöhnungswerk vollendet war, trafen wir Herrn Erskine Childers draußen in bitterer Enttäuschung und unterdrücktem Zorn über das, was er als die Preisgabe der Grundsätze auffaßte, um die er gekämpft hatte.

Ich habe ihn seit jenem Morgen nicht wieder gesehen. Michael Collins und Arthur Griffith begegnete ich öfters nach der Unterzeichnung des Vertrags, um mit ihnen mancherlei Hindernisse zu erörtern, die während seiner Durchführung aufgestiegen waren, und ich gewann für beide eine große Zuneigung. Der arme Collins wurde von einem seiner eigenen Landsleute auf einer einsamen irischen Straße niedergeschossen, während er beschäftigt war, dem Lande, das er so sehr liebte, die feste Ordnung und gute Regierung wiederzugeben, die allein Nationen in den Stand setzen, die Segnungen der Freiheit zu genießen. Arthur Griffith starb, erschöpft von seinen Sorgen und Mühen um die Sache, für die er so viel getan hatte, bis sie auf die Höhe des Siegs gebracht worden war. Erskine Childers wurde in der Morgendämmerung mit der Kugel hingerichtet, als Rebell gegen die Freiheiten, die zu gewinnen er geholfen hatte.

Fürwahr, der Weg zu Irlands Freiheit ist bis zum Ende mit Tragik gepflastert. Aber die blutbefleckte Wildnis ist beinahe durchschritten. Die grünen Auen der Freiheit dehnen sich vor den Augen dieser gemarterten Nation aus. Irland wird bald dem Namen der grünen Insel Ehre machen, und ich bin stolz darauf, meinen Anteil bei Aufrichtung des Pfeilers gehabt zu haben, der für alle Zeit die Grenze zwischen dem Elend der Vergangenheit und der Hoffnung der Zukunft bezeichnen wird.

London, 16. Dezember 1922.

Namen- und Sachregister

Die Zahlen bezeichnen die Seiten.
Materien, die sich aus der Inhaltsangabe ergeben, sind nicht aufgenommen. Das gleiche gilt für die Stichworte „Deutschland" und „England", deren Erörterung das ganze Buch durchzieht.

A

Aalandinseln 129.
Abrüstung 2, 130.
Aleppo 172.
Alexander, König von Griechenland 176
Alkoholismus 93, 150ff.
Allianz, heilige 130.
Anatolien 172, 174, 177f.
Angora 169f., 176.
Annuitäten, deutsche Reparations- 99.
englische an Amerika 102f.
Antisemitismus 163.
Araber 165ff.
Arbeitslosigkeit in England 99, 109.
Armenien 130, 171, 175.
Armenische Greuel 148.
Asquith 113, 171.
Austreibung von Deutschen aus dem besetzten Gebiet 59.

B

Baldwin, Vertrag mit den Vereinigten Staaten 93ff.
Balfour, Lord, Note an Frankreich 100ff., Palästina-Deklaration 164, 181.
Baker, Ray, Wilsons Mitarbeiter 162.
Bankierkommission 52.
Barthon 11, 54, 74, 136.
Beaconsfield, Lord s. Disraeli.
Belgien 3, 20, 32, 46, 64, 66, 69, 78, 131.
Besatzungskosten 41.
Birkenhead, Lord 182.
Bismarck 41, 89.
Bolschewisten 4, 28, 48, 57, 144.
Bonar Law 22ff, 63, 111, 181.
Bosnien, Annexion 82.
Briand, Aristide 4, 9ff., 137.
Brückenkopf, englischer, am Rhein 54.
Burke, Edmund 148.

C

C-Bonds, deutsche 65.
Caesar, Julius 157.
Cannes, Konferenz von 3, 11, 75.
Cecil, Lord Robert 64.
Central Southwark, Wahl 107.
Chamberlain, Austen 117, 181.
Chamberlain, Joseph („Joe") 182.
Chauvinisten, französische 138.
Childers, Erskine 184.
Churchill, Winston 156, 182.
Cilicien s. Zilizien.
Clémenceau 160ff.
Collins, Michael 183ff.
Covenant, schottischer 92.
Crewe, Lord 112.
Cuno, Reichskanzler 47.
Curzon, Lord 143.

D

„Daily Telegraph", englische Zeitung 170.
Damascus 171.
Dänemark 140.
Dardanellen 174.
Dariac, Bericht 136.
De Valera 184.
„Die-hards", englische Parteigruppe 138.
Disraeli 116, 180.
Dominions, britische 116
Downing street 181, 184.

E

Ebert, Reichspräsident 77.
Edgehill, Nachwahl in 61, 120.
Einkreisung Deutschlands 25.
Elsaß-Lothringen, Annexion 82, 85, Rückannexion 140.

Engelhardt, Oberst 145.
Essen a. d. Ruhr 48.

F

Faschismus 126.
Fawcett, Mrs. 165.
Finland 131.
Fisher, Lord, Großadmiral 158.
Flotte, deutsche, als Kriegsgrund 82.
Foch, Marschall 15ff., 70, 136.
Föderalismus, amerikanischer 152.
Frankensturz 44.
Franklin-Bouillon 19.
Frankreich
  Bevölkerungsstillstand 7.
  Bevölkerungsverlust im Kriege 50.
  Halt in Zilizien 176.
  Politik in Cannes 3.
  Protektion über Syrien 172.
  Stellung zu England 89.
  Verhandlungen in Angora 176.
  Wahlsystem 116.
Franz Ferdinand, Erzherzog Thronfolger 25.
Frauenstimmrecht 117, 121.
French Lord — von Ypern 158.
Friedrich der Große 29.

G

Galizien 85.
Garantievertrag 9.
Genua, Konferenz von 3ff., 11.
Gewerkschaften, englische 109.
Gilbert, J. D. 107.
Gladstone 116, 121f., 154, 180ff.
Greenwood, Sir Hamar 182.
Grey of Fallodon, Lord 111f.
Griffith, Arthur 182ff.

H

Haig, Sir Douglas, Oberkommandierender der britischen Streitkräfte 159.
Heilige Allianz s. Allianz.
Hewart, Lord 182.
Henderson, Arthur 118.
Homs 172.
Hughes, Staatssekretär 37ff., 52f., 68.

I (J)

v. Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes 83f.
Japan 51, 82.
Imperialismus, deutscher 21.
Indien 121.
Irland 5, 121f.
  Alkoholgesetzgebung 153.
  Home Rule 154.
  Freistaat 179ff.
Ismet Pascha 170.
Italien 3, 26, 27, 46, 69, 131, 172ff.
Juden 163ff.
Jugoslawien 27.

K

Kanaan 166.
Kapitalismus 123f.
Karl I. von England 152.
Kelten 82, 84.
Kemal Pascha 176.
Kemalisten 177.
Keynes, John M. 140.
Kinderreichtum Deutschlands 7.
Kirchen, Aufgaben der 82, 92.
  ihre Stellung zum Alkoholismus 154.
Kleinasien 174.
Koalitionsregierung, Zusammenbruch der englischen 112, 121.
Kolonien, deutsche 41, 78.
Kolonialpolitik, italienische 178.
Konservative Partei Englands 106f.
Konstantin, König von Griechenland 176.
Konstantinopel 175, 178.
Kreditpolitik, englische, im u. nach dem Kriege 94f.
Krieg 1870/71 84.
Kriegsausbruch 1914, Ursachen 25ff.
Krupp v. Bohlen u. Halbach, Verurteilung 64.
Kruppwerkstätten 78.

L

Labour-Partei 109ff., 123.
Lausanne, Konferenz v. 148, 169ff.
Lawson, Lady 111.
Liberalismus in England 112.
Liverpool, Nachwahl 61.
Londoner Konferenz Dez. 1922, Zusammenbruch 13.
Londoner Ultimatum Mai 1921, änderungsbedürftig 72.
Lothringen (Erze) 15, 55, 58, 61.
Loucheur 58ff.
Lowe, Robert („Bob"), Viscount of Sherbrooke 116.
Ludwig XIV. 29.
Luftflotte 27, 80, 130.
Luther 89.
Luxemburg 20.

M

Macassey, Sir Lynden, über die Labour-Partei 124.
MacDonald, Ramsay 124.
McKimmon Wood 111.
Magyaren 85.
Maine-Gesetz 152.
Makino, Baron, Vertreter Japans 160.
Manchester, Wahl in 106, 111.
Marx, Karl 78.
Meerengen (Bosporus u. Dardanellen) 172.
Mesopotamien 171.
Militarismus, europäischer 29.
Militärkonvention mit Frankreich, von England abgelehnt 11.
Millerand 54.
Milton 2.
Mississippi 13.
Mittelländisches Meer 178f.
Montefiore, Sir Moses 165.
Moratorium für Deutschland 45.
Mudania, Vertrag von 178.
Musik, deutsche, in England 89.
Mustapha Kemal Pascha, s. Kemal.

N

Napoleon I. 148.
Nationalliberale Partei Englands 116ff.
Nebukadnezar 78.
New Haven 37, 52, 68.
New York 11.
Nitti 32, 162.
Normannen, Eroberung Englands durch die 62.

O

Oberhaus 110, 121, 179.
Oberschlesien 128.
„Observer", englische Zeitung 136.
O'Connell, Daniel 183.
Österreich 26f., 83.
Ostsee 12.
Oxford 139.

P

Papsttum 86.
Palästina 163ff.
Paléologue 145.
Palmerston, Lord 180.
Pariser Konferenz 1922 (Dezember) 22ff., 37, 51f., 62ff.
Parnell, John Stewart 183.
Pascal 90.
Pas de Calais, Bergwerke 55.
Peel, Arthur Wellesley, Sprecher des Unterhauses 180.
Peel, Sir Robert 180.
Pericles 176.
Pertinax 136.
Peter der Große 78.
Peter-Pauls-Festung 144.
Pitt, William 148, 181.
Pfänderpolitik, französische 23, 70.
Pfänder, „produktive" 71.
Polen 27, 28, 129.
Poincaré
  Ablehnung der Garantie Englands 12.
  Äußerung zu Foch 19.
  Forderung des Ruhrgebiets 13.
  Indiskretionen 161.
  Pfänderpolitik 25, 55ff.
  Präsident der Repko 55.
  Reden 63.
  insbes. über die Schuld Frankreichs an England 103f.
  Stellung zum Versailler Vertrag 136f.
  Stellung zum Völkerbund 51.
Pugatschew 147.
Puritanismus 92, 150.

Q

Quai d'Orsay, Methoden des 7, 15, 72.
Quirinal 176.

R

Rachekrieg, deutscher 8f.
Rapallo, Vertrag von 52.
Rathenau 10.
Reform-Akt (1832) 116.
Reformation, deutsche 89.
Reichsbahnen, deutsche, als Anleihesicherheit 71.
Renan, Ernest 90.
Reparationsproblem 30ff.
  vom Völkerbund zu lösen 51, 132.
Reparationskommission, Fehlen Amerikas in der 32, 69, 74.
Repräsentativsystem 109ff., 121.
Revolution
  in Frankreich 151.
  in Rußland 175.
„Revue des Deux Mondes", französische Zeitschrift 162.
Rhein
  „Frankreichs Grenze" 6ff., 14.
  „Blutstrom" 7.
  Deutschtum der Bevölkerung des linken Rheinufers 13.
  Zollgrenze am — 23.

Rheinische Republik eine Scheinrepublik 20.
Robertson, Sir William, Feldmarschall 159.
Ruhrgebiet, Einbruch ins — 5, 42ff.
Ruhrkohle 51.
Rumänien 27f.
Russell, Lord John, Viscount Amberley 180.
Rußland
Abrüstung 4.
Anerkennung der Sowjetregierung 143ff.
Auftreten in Genua 2.
Friedensgarantie 12.
Heer 4, 28.
Hilfsquellen 48.
Interesse an Europa 13.
Rapallovertrag 52.
Stellung zum Völkerbund 133.
Vorkriegszustände 78f.

S

Saar 15, 55.
Sachverständigenkommission unter amerikanischer Beteiligung 40f.
Scrymgeour, Mr., Vorlage eines Prohibitionsgesetzes 156.
Serbien 83.
Sergius, Großfürst 145f.
Sèvres, Friedensvertrag von — 174, 178.
Slawen 82.
Smyrna 172.
Snowden, Philipp 123f.
Sibirien als Strafkolonie 144.
Sonnino, Sidney, italienischer Minister 160, 175.
Sozialpolitik
der Labour-Partei 123.
des Völkerbundes 141.
Spa, Konferenz von — 59, 75.
Steuerpolitik Englands 96.
Stinnes, Hugo 58.
Syrien 171, 175..

Sch

Schlesien 55.
Schleswig 140.
Schottland 114, 153.
Schwarzes Meer 12, 175.
Schwarze Truppen am Rhein 59.
Schweden 131.

T

Tardieu 18, 161.
„Temps", französische Zeitung 161.
Temperenz 152ff.
Teutonen 82, 84.
Theunis 63.
Thomas, Albert 142.
„Times", englische Zeitung 16, 37, 117, 171, 172.
Tirpitz, Großadmiral v. 83.
Tories 112, 116, 135.
Triest 78.
Tschechoslowakei 27.
Turanier 172.
Türkei 78, 85, 133, 148.
Mißwirtschaft 164ff.
Undank gegen die Alliierten 174.
Vertrag der Alliierten im Jahre 1915. über die Teilung der — 171.

U

Überindustrialisierung Englands 110, 125.
Ultimatum, Londoner, v. 1921 72.
Ultimatummethode 2.
Ural 9.
Utrecht, Friede von — 135.

V

Venizelos 176.
Vereinigte Staaten von Amerika
Ablehnung des Versailler Vertrags 130, 137.
Abrüstungspolitik 2.
Ausscheiden aus der Repko 32, 69, 74.
Gläubigerland und „Goldland" 102.
Große Anleihe an Europa 5.
Mandat über Armenien 175.
Nichtteilnahme an der Konferenz von Genua 4.
Unter dem Einfluß des „mittleren Westens" 98.
Wahlsystem 116.
Versailles, Vertrag von, 2, 70, 85, 130ff., 134ff.
Victor Hugo 90.
Völkerbund 51, 91, 127ff.
Ablehnung durch die Vereinigten Staaten 130.
Antrag der Zionisten an den — 168.
„Aufkündigung" durch Frankreich 132.
Fehlschläge seiner Politik 129.
Reparationsfrage, Zuständigkeit 133.
Sozialpolitik 141.
Ziele 139.

W

Wahlreform, britische, von 1917 117, 121.
Wales 153.
Washington, Konferenz von, 1921/22 2, 57.
Wehrlin, Major 145.
Whigs 116, 135.
Wilhelm II. 83.
Willesden, Nachwahl 61, 120.
Wilna 85, 129.
Wilson, Präsident 136, 160ff., 175.
Worthington-Evans, Sir Laming 182.

Z

Zarismus 144ff.
Zilizien 171, 175ff.
Zionismus 167f.
Zölle
am Rhein 23.
Kontrolle über die deutschen — 56.

Weiterhin sind erschienen in der Reihe unsrer wertvollen politischen Memoirenwerke

WOODROW WILSON

Memoiren und Dokumente. Herausgegeben von R. St. Baker. Elegant in Halbleinen Bd. I/III . . . . . GM. 45.—
auf holzfreiem Papier, Bd. I/III GM. 51.—

HERM. FREIH. VON ECKARDSTEIN

Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. Elegant in Halbleinen auf holzfreiem Papier, Bd. I/II . . . . . GM. 17.—
Elegant in Halbleder, Bd. I/II GM. 33.50

HERM. FREIH. VON ECKARDSTEIN

Die Isolierung Deutschlands. In Halbleinen auf holzfreiem Papier . . . . . GM. 6.—
Elegant in Halbleder . . . . GM. 12.50

OTTMAR VON MOHL

Fünfzig Jahre Reichsdienst. Elegant in Halbleinen . . . . . GM. 7.—

OTTMAR VON MOHL

Ägypten. Elegant in Halbleinen GM. 7.—

JOSEF GRAF STÜRGKH

Politische und militärische Erinnerungen. Elegant in Halbleinen . . . . . GM. 8.—
In Halbln. auf holzfr. Papier . GM. 9.—

JOSEF GRAF STÜRGKH

Im Großen Deutschen Hauptquartier. Elegant in Halbleinen . . . . . GM. 5.—

LLOYD GEORGE

Ist wirklich Friede? Elegant in Halbleinen GM. 4.50

Ausführliche Prospekte stehen auf Wunsch kostenlos zur Verfügung.

PAUL LIST VERLAG LEIPZIG

kehrten nicht zurück. Es schlug 10, es schlug 11 Uhr, und sie waren noch nicht wieder da. Wir zweifelten daran, sie wiederzusehen. D[illegible] eine Botschaft vom Sekretär der irischen Delega[illegible] auf dem Wege nach Downing Street wären. Als sie [illegible]ierten, konnte man an ihren Gesichtern erkennen, [illegible]ch langem Kampf zu einer großen Entscheidung [illegible]waren. Aber immer noch gab es Schwierigkeiten zu[illegible] nicht Schwierigkeiten grundsätzlicher Natur, sonde[illegible]n Einzelheiten. Hierüber verhandelte man in geschä[illegible]Veise, und bald nach 1 Uhr morgens war der Vertra[illegible] freundliches Geplauder voll fröhlichen guten Wil[illegible] Zeit, während die Stenographen den Entwurf absc[illegible]ar von Korrekturen, Einschüben und Zusätzen ents[illegible]ieder viele Stunden eines anhaltenden Redekam[illegible]erte.

Draußen im Vorra[illegible] Mann, der alle Hilfsmittel eines erfinderischen, w[illegible] durch zähen Willen unterstützten Geistes aufgel[illegible]um jeden Versuch einer Verständigung zum Sche[illegible]gen, Herr Erskine Childers; seine schmächtige Fi[illegible]enswürdiges, feines und geistiges Äußere, sein ruhi[illegible]liches Benehmen verrieten nichts von den heftig[illegible]haften, die in seiner Brust tobten. Bei jedem kri[illegible]während der Verhandlungen spielte er eine u[illegible]lle. Es war klar, daß er ein Emissär de Valeras [illegible]reulich erfüllte er die Aufgabe, die ihm dieser Visio[illegible]tte. Jeder Entwurf, der aus seiner Feder hervorg[illegible]lle ersten Entwürfe wurden von ihm verfaßt — [illegible]rundsätzliche Auffassung in Frage, auf die die b[illegible]egierten unwiderruflich festgelegt waren. Er war [illegible]Männer, die von Natur eines Kompromisses unfähig [illegible]und entschlossen war er zweifellos, aber zu seinem [illegible]er auch starr und fanatisch. Als wir den Beratun[illegible]em wir stundenlang zusammengesessen hatten, en[illegible]n, erschöpft von der angestrengten und aufreger[illegible]aber froh, daß unser großes Versöhnungswerk volle[illegible]afen wir Herrn Erskine Childers draußen in bitterer[illegible]ng und unterdrücktem Zorn über das, was er als die[illegible]r Grundsätze auffaßte, um die er gekämpft hatte.